Donnerstag, 17. Oktober 85 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 242 - 42.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

Investitionsschub in den deutschen Unternehmen

(in Milliarden DM)

70 · 65 · 60 · 55

1980 · 1981 · 1982 · 1983 · 1984 · 1985

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland ist im Laufe dieses Jahres zu einem tragenden Element des konjunkturellen Aufschwungs geworden. Für Ausrüstungen wandten die Unternehmen im ersten Halbjahr 1985 rund 65 Milliarden Mark auf; gut 1? Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Einbruch (siehe Grafik) ist auf den Arbeitskampf im Sommer 1984 zurückzuführen. Seite 13

POLITIK

Herstatt: Der Bundesgerichtshof hat die Verurteilung des früheren Bankiers wegen betrügerischen Bankrotts aufgehoben. Herstatt hat sich nach Auffassung des Gerichts lediglich der Untreue schuldig gemacht, als er trotz Überschuldung seiner Bank 1974 Dividenden und Tantiemen ausschüttete. (S. 24)

Neue Heimat: In Berlin haben vier Gewerkschaftschefs, darunter der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks, Pagels, die Konsequenz aus Wohnungsverkäufen der Neuen Heimat gezogen und ihre Aufsichtsratsmandate bei der NH Berlin niedergelegt.

Nach China: Außenminister Genscher tritt am 28. Oktober einen viertägigen China-Besuch an.

Nicaragua: Die Linksregierung hat die Bürgerrechte ausgesetzt. Diplomaten werten die Maßnahme als einen Schlag gegen die kirchliche Opposition. (S. 7)

Wischnewski: Der SPD-Politiker ist gestern von einer Lateinamerika-Reise zurückgekehrt, bei der er sich auch um die Freilassung der entführten Tochter des salvadorianischen Präsidenten Duarte bemüht haben soll. Im Interesse der Betroffenen wollte Wischnewski keine näheren Angaben machen.

Flugzeug: Ägypten wird keine Entschuldigung der USA für das Abfangen des Verkehrsflugzeugs mit den Terroristen der „Achille Lauro" an Bord erhalten, stellte Präsident Reagan klar. (S. 7)

Philippinen: Die US-Regierung hat Präsident Marcos dringend vor der Gefahr eines kommunistischen Umsturzes gewarnt und eine entschiedenere Bekämpfung der Guerrilla gefordert, meldete die „Washington Post".

Beziehungen: Israel verhandelt mit Polen über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, teilte Regierungschef Peres mit.

WIRTSCHAFT

Entwicklungshilfe: Die Bundesregierung will 1986 Neuzusagen um mehr als zehn Prozent auf rund 3,9 Milliarden Mark erhöhen. Davon entfallen auf Afrika weit über 40 Prozent. (S. 13)

Energie: Der Anteil der Kernkraftwerke an der Stromerzeugung ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres rasant angestiegen. Er beträgt jetzt rund 35 Prozent (1984: 26 Prozent).

Börse: Nach den Rekordumsätzen der vergangenen Tage kam es an den deutschen Aktienmärkten gestern zu einer Konsolidierung, die den Aufwärtstrend aber nur kurz stoppen konnte. Der Rentenmarkt war schwach. WELT-Aktienindex 233,29 (233,46). BHF-Rentenindex 104,293 (104,493). Performance Index 107,360 (107,535). Dollarmittelkurs 2,6813 (2,6613) Mark. Goldpreis pro Feinunze 325,65 (327,00) Dollar.

KULTUR

Theater: Ein Fest fürs Auge bescherte Andrej Serban den Besuchern des 33. Internationalen Theaterfestivals in Venedig mit seiner Inszenierung von Carlo Gozzis Märchen „König Hirsch". Starke Beachtung fand auch Eduardo de Filoppos „Sturm". (S. 23)

Ausstellung: Zwanzig Monate nach seinem Wechsel aus der „DDR" in die Bundesrepublik stellt der Maler Peter Herrmann in Berlin jetzt erstmals seine neueren Arbeiten vor. Sie zeigen, daß der Bruch mit der alten Heimat noch nicht überwunden ist. (S. 23)

SPORT

Tennis: Deutschland spielt in der ersten Runde des Davis-Pokals 1986 in Mexiko. Gibt es einen Sieg, sind die USA der nächste Gegner. (S. 11)

Tischtennis: Die deutsche Mannschaft muß wieder gegen den Abstieg aus der Europaliga kämpfen. Sie unterlag Aufsteiger Niederlande mit 3:4. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Bandenkrieg: Fünfzig Tote hat der Krieg um die Kontrolle der Unterwelt von Marseille in den vergangenen zwei Jahren gefordert. Eine Sonderbrigade der Polizei soll jetzt die Herrschaft der Mafia brechen. (S. 24)

Untersuchung: Haarsträubende Zustände in der Orthopädie des Krankenhauses Hamburg-Barmbek bringt ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß ans Licht. Hat die Stadt ihre Aufsichtspflicht verletzt? (S. 24)

Wetter: Stark bewölkt, vereinzelt Sprühregen. 11 bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Nach 22 Jahren Nobelpreis wieder an deutschen Physiker

Klaus von Klitzing drang in neue Dimensionen der Forschung vor

DIETER THIERBACH, Bonn

Mit dem 42jährigen Stuttgarter Professor Klaus von Klitzing hat die Königlich-Schwedische Akademie der Wissenschaften nach 22 Jahren erstmals wieder einem deutschen Wissenschaftler den Nobelpreis für Physik verliehen. Von Klitzing, seit Anfang des Jahres Direktor am Max-Planck-Institut für Festkörperforschung in Stuttgart, werde für die Entdeckung des „quantisierten Hall-Effektes" geehrt, hieß es in der Begründung der Akademie. Seine Arbeit habe Entwicklung und Produktion in der Halbleiter-Elektronik vorangebracht.

Als vorerst letztem Deutschen wurde dem Heidelberger Kernphysiker Hans D. Jensen 1963 – gemeinsam mit zwei Amerikanern – der Preis zuerkannt. Vor ihm war 1961 Rudolf Mössbauer mit dem Nobelpreis geehrt worden.

Professor Stig Lundquist, der Vorsitzende des Nobelpreiskomitees für Physik, bezeichnete die Entdeckung, die von Klitzings gemacht hat, als „sehr aufregend". Wie die schwedische Akademie in ihrer Begründung weiter schreibt, war es eine große Überraschung, als von Klitzing im Frühjahr 1980 den „Quanten-Hall-Effekt", inzwischen auch Klitzing-Effekt genannt, experimentell nachwies. Der Physiker zeigte, daß der elektrische Widerstand treppenstufenähnliche Plateaus aufweist, die mit außerordentlicher Genauigkeit einer bestimmten Regel folgen. Experten folgerten schon damals, der „Quanten-Hall-Effekt" sei möglicherweise die aufregendste Entdeckung seit dem Nachweis der Supraleitung im Jahre 1911. Der Preis, der mit 1,8 Millionen Schwedenkronen – das sind umgerechnet etwa 585 000 Mark – dotiert ist, wird von Klitzing am 10. Dezember in Stockholm überreicht. Bundespräsident Richard von Weizsäcker dankte Klitzing „für das Vorbild und die Ermutigung, die Sie der Jugend geben".



Klaus v. Klitzing FOTO: DIE WELT

Zwei Physiker teilen sich den diesjährigen Chemienobelpreis: Die beiden amerikanischen Professoren Herbert A. Hauptman (68) und Jerome Karle (67) wurden von der Schwedischen Akademie für ihre „entscheidenden Einsätze bei der Entwicklung direkter Methoden zur Bestimmung von Kistallstrukturen" gewürdigt. Ihre Verfahrensweise sei ein praktisch funktionierendes Werkzeug und habe zu Geräten geführt, mit denen sowohl in der organischen, als auch in der anorganischen und Naturstoffchemie die Struktur von Molekülen bestimmt werden könne, hieß es in der Begründung weiter. Die Arbeit sei zwar nicht in der Chemie geleistet worden, aber für die Chemie bedeutsam. Entwickelt wurde die Methode von Hauptman und Karle schon zu Anfang der 50er Jahre.

Seite 3: Weitere Beiträge

DER KOMMENTAR

Solo-Vergabe

DIETER THIERBACH

Seit gestern befindet sich ein deutscher Physiker in guter Gesellschaft. Er steht mit seiner Entdeckung in der Reihe so klangvoller Namen wie Albert Einstein, Werner Heisenberg, Rudolf Mössbauer, Max Planck und Wilhelm Conrad Röntgen. Bedacht mit der höchsten Auszeichnung, die Wissenschaftler erlangen können, haben diese mit ihrer Arbeit Meilensteine für das Verständnis unseres modernen Weltbildes gesetzt.

Seine Erkenntnisse holte sich Klaus von Klitzing nicht in den gigantischen, kilometerlangen Tunneln der Hochenergiephysiker, sondern aus dem Innern eines winzigen Kristalls. Das, was durch Generationen von Schulbüchern vererbt worden war, darf getrost abgelegt werden: Der elektrische Widerstand, in Ohm gemessen, ist nicht mehr abhängig von Länge und Dicke des Materials. Seit von Klitzing gelten hier die Abstufungen der Quantenmechanik. Innerhalb von nur zwei Wochen machte der Physiker seine entscheidenden Messungen, die eine renommierte physikalische Fachzeitschrift zunächst gar nicht haben wollte. Ein Gutachter lehnte sie mit der Bemerkung „Where is Wurzburg?" ab.

Überrascht hat die Tatsache, daß Klaus von Klitzing den Nobelpreis nicht mit einem älteren „erfahrenen" Kollegen teilen muß. Doch die Solo-Vergabe entspricht den Vorstellungen seines Stifters, Alfred Nobel. Es wollte Entdekkungen insbesondere von jungen Wissenschaftlern ausgezeichnet sehen.

Darf der „Klitzing-Effekt" als Indiz gewertet werden, daß es mit der Forschung bei uns gar nicht so schlecht bestellt sein kann? Man darf nicht vergessen, daß von Klitzings wissenschaftliche Laufbahn still und heimlich beendet gewesen wäre, hätten nicht die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft ihn zu einem der ersten „Heisenberg-Stipendiaten" innerhalb der Förderung des qualifizierten, wissenschaftlichen Nachwuchses erkoren. Er hätte sich bei einer Beschäftigung zusammen mit vielen anderen Spitzenkräften wiedergefunden – auf Stellungssuche nach einem Arbeitsplatz in der Industrie.

Republikaner verlassen Regierung Craxi

Italienische Regierung vor dem Sturz / Spadolini fühlt sich im Fall „Achille Lauro" übergangen

DW. Rom

Nach dem Ausscheiden der Republikanischen Partei aus der Koalitionsregierung in Rom galt gestern nachmittag der Rücktritt des Kabinetts von Bettino Craxi (Sozialisten) als sicher. Die Partei von Verteidigungsminister Giovanni Spadolini zog ihre drei Minister aus der Fünf-Parteien-Koalition zurück, weil sie nicht bereit war, die umstrittenen Entscheidungen Craxis in der Affäre um das entführte Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro" mitzutragen. Spadolini kritisierte, daß er in der Krise um das Schiff nicht ausreichend konsultiert worden sei.

Die italienische Ausreiseerlaubnis für den Palästinenserführer Abul Abbas, der sich in einem von amerikanischen Kampfflugzeugen zur Landung gezwungenen Terroristen-Flugzeug befand, hatte die Beziehungen zwischen Italien und den USA schwer belastet. Craxi und sein Außenminister Andreotti vertraten in der Angelegenheit eine eher pro-arabische Politik. Demgegenüber macht Spadolini aus seinen Sympathien für Israel kein Hehl. Er stellte immer wieder seine unverbrüchliche Treue zum Bündnis mit den Vereinigten Staaten heraus. Wie Spadolini sagte, hat er von der Ausreiseerlaubnis für Abul Abbas erst durch das Fernsehen erfahren.

Die Entscheidung über das Ausscheiden der Republikaner aus der italienischen Regierung kam durch

SEITE 2:
Für Klarheit sorgen

einen einstimmigen Beschluß zustande. Am Montag war Parteichef Spadolini demonstrativ einer Sitzung des Kabinetts ferngeblieben. Die Republikaner stellten in der seit August 1983 bestehenden Koalition aus Sozialisten, Christlichen Demokraten, Sozialdemokraten und Liberalen den Verteidigungsminister, den Finanzminister und den Minister für die Beziehungen zum Parlament.

Unmut über das Verhalten Craxis regte sich auch bei den Sozialdemokraten und den Liberalen. Allerdings hatten diese Parteien angekündigt, daß sie nicht aus der Regierung ausscheiden würden. Auch ohne die Republikaner hätten die verbleibenden Regierungsparteien noch eine Mehrheit von 337 Sitzen. Die Partei Spadolinis hält 29 der insgesamt 630 Mandate im italienischen Parlament. Vor allem die Christlichen Demokraten wollten eine Regierungskrise zum jetzigen Zeitpunkt vermeiden.

Politische Beobachter in Rom waren gestern nachmittag sicher, daß der Sozialist Craxi ohne die Republikaner nicht weiter regieren wird. Es dürfte Craxi damit nicht vergönnt sein, den 14. November 1985 zu erreichen, an dem er der am längsten amtierende Ministerpräsident in der italienischen Nachkriegsgeschichte geworden wäre.

Fehrenbach mahnt Tarifparteien zu Besonnenheit

DW. Mainz

Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Gustav Fehrenbach, hat anläßlich der DGB-Aktionswoche an Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften appelliert, „die kriegerischen Aussagen zu reduzieren". „Dies gilt auch für mich", sagte Fehrenbach im ZDF-Wirtschaftsmagazin WISO. Er fügte hinzu, eine Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes hätte ein „ungeheuer schlechtes Verhältnis der Bundesregierung zu den Gewerkschaften zur Folge". Es sei dann nicht mehr möglich, als letztes legitimes Mittel bei Tarifauseinandersetzungen den Arbeitskampf zu wählen. Fehrenbach kann sich nach eigenen Worten nicht vorstellen, daß die gegenwärtige Bundesregierung – „die auch von den Arbeitnehmern gewählt wurde" – einen solchen Schritt unternehmen würde.

Die Leiche Klinghoffers hat Schußverletzungen

DW. Damaskus

Bei dem am Montag nahe der syrischen Hafenstadt Tartus an Land geschwemmten Leichnam handelt es sich um den Amerikaner Leon Klinghoffer, der nach der Kaperung des Kreuzfahrtschiffes „Achille Lauro" ermordet worden sein soll. Nach der Identifizierung durch syrische und amerikanische Experten deutete ein Sprecher der US-Botschaft in Damaskus an, die Leiche weise drei Einschüsse im Körper auf. Die USA gehen davon aus, daß die vier Palästinenser, die das Schiff gekapert hatten, den in einem Rollstuhl sitzenden Klinghoffer erschossen und anschließend über Bord geworfen haben. Dagegen hatten die palästinensischen Terroristen behauptet, der querschnittgelähmte Passagier sei an den Folgen eines Herzinfarkts gestorben. Die vier Terroristen sind in Italien in Haft.

Kohl macht DGB ein neues Angebot

Regierung fordert Gemeinsamkeit im Kampf gegen Arbeitslosigkeit / Rau soll sich stellen

PETER JENTSCH, Bonn

Mehr als sechs Stunden lang diskutierte der Deutsche Bundestag gestern das Problem, das seit Jahren die Innenpolitik der Bundesrepublik bestimmt: die hohe Arbeitslosigkeit. In sechsstündiger Debatte wurde dabei einmal mehr deutlich, daß es zwischen der Regierungskoalition und der SPD-Opposition keinen gemeinsamen Weg zu geben scheint, dieses Problem zu lösen.

Sprecher von CDU/CSU und FDP machten deutlich, daß ihre Wirtschafts-, Finanz-, Stabilitäts- und Sozialpolitik Wirtschaftskraft und -wachstum gestärkt und damit eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt eingeleitet habe. Die Redner der SPD bestritten diese Erfolge, zeichneten das Bild einer „Neuen Armut" und bekräftigten ihre Forderung nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen, etwa in Form ihrer Initiative „Arbeit und Umwelt". Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg machte mit einem Satz die ganze Kluft der unterschiedlichen Wege zwischen Regierung und Opposition zur Lösung des Problems deutlich, als er den SPD-Vorschlägen angesichts des Strukturwandels jegliche Effizienz absprach und betonte: „Es macht keinen Sinn, gegen einen neuen, positiven Trend anzureden."

Die von der Bundesregierung beantragte Debatte, die Bundeskanzler Helmut Kohl mit einer Regierungs-

SEITEN 2 UND 12:
Weitere Beiträge

erklärung zur Lage auf dem Arbeitsmarkt eröffnet hatte, wurde in weiten Teilen bestimmt durch die Kritik der Union an der Aktionswoche des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Regierung. Kohl wies die Vorwürfe des DGB zurück. Er hielt den Gewerkschaften vor, daß sich die „schwierigen Probleme, um deren Lösung wir gemeinsam streiten und ringen, nicht mit Propaganda, Agitation und Klassenkampfparolen lösen" ließen. Er kündigte zugleich an, daß er noch im Dezember, wenn die Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung des nächsten Jahres vorlägen, Gewerkschaften und Arbeitgeber zu einem gemeinsamen Gespräch einladen werde. Dann solle geprüft werden, „was im nächsten Jahr getan werden kann, um zusätzliche Impulse für Arbeitsplätze und Beschäftigung zu geben." Er forderte zugleich „alle Seiten innerhalb und außerhalb dieses Hauses auf, die legitime und notwendige Auseinandersetzung auf die Frage zu konzentrieren, „Wie wir die Lage der Arbeitslosen verbessern können". Kohl: „Wenn sie aber eine Kundgebungswoche ins Leben rufen, werden wir das auch tun." Was die Opposition dabei erleben werde, könne sie schon an der heutigen Aussprache erkennen.

● Fortsetzung Seite 12

Deutschland fordert freie Diskussion

cgs, Budapest

Auf dem Kulturforum der KSZE in Budapest hat gestern der deutsche Chefdelegierte Karl Günther von Hase an die ungarische Regierung appelliert, die verbotene Veranstaltung des „Helsinki-Forums" in der ungarischen Hauptstadt doch noch zuzulassen.

Die Bundesrepublik Deutschland habe im Vertrauen darauf, daß auch außerhalb der Konferenzräume frei diskutiert werden könne, dem Tagungsort Budapest zugestimmt. Von Hase wandte sich gegen jede staatliche Beschränkung bei der Ausübung kultureller Aktivitäten. Zahlreiche Zusagen, die in Helsinki und Madrid von östlicher Seite gemacht wurden, seien bis jetzt nicht eingelöst worden.

Seiten 2 und 5: Weitere Beiträge

Strauß: Nicht annehmbar

DW. München

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat den von Experten aus CDU/CSU, FDP und SPD erarbeiteten Entwurf für eine gemeinsame Entschließung zur Deutschlandpolitik als „in der vorliegenden Form nicht annehmbar" kritisiert. In einem gestern von der Staatskanzlei in München veröffentlichten Schreiben an den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, verlangte Strauß eine Überarbeitung und Ergänzung. Es müsse der Eindruck vermieden werden, daß den Ostverträgen eine „Bindungswirkung" zugebilligt werde. Weiter bemängelte Strauß die Betonung einer „Verantwortungsgemeinschaft" der beiden deutschen Staaten.

Seite 4: Bonner Verantwortung

Barre: Keine Zukunft mit Mitterrand

Eine rechte Mehrheit unter einem sozialistischen Präsidenten „bedeutet politische Unsicherheit

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der frühere französische Premierminister Raymond Barre warnt in einem Interview mit der WELT vor einer Periode politischer Unsicherheit und Unrast in Frankreich nach den Parlamentswahlen im März 1986. Eine solche Entwicklung sei zu befürchten, falls die heute in der Opposition stehenden Rechtsparteien die Mehrheit erhielten, Mitterrand als Staatspräsident aber im Amt bleibe. Barres Begründung: Eine Rechtsregierung, die aus den Wahlen hervorgehen würde, könnte nicht mit einem Präsidenten im Elysée-Palast zusammenarbeiten („ko-habitieren"), der von einer anderen Mehrheit für eine andere, nämlich sozialistische Politik gewählt wurde. Barre hat Präsident Mitterrand daher wiederholt öffentlich aufgefordert, nach einem Wahlsieg der Rechten zurückzutreten oder sich dem Regierungsprogramm eines bürgerlichen Premierministers, den er zu ernennen hätte, zu unterwerfen.

Barre, mit hoher Wahrscheinlichkeit Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 1988 in Frankreich, gibt zu Bedenken, daß eine neue Regierung in den zwei Jahren, die ihr zur Durchsetzung einer „auf Dauer angelegten" Sanierungspolitik bis zu den Präsidentschaftswahlen bleiben, keine Politik machen könnte, welche die Franzosen überzeugen würde.

SEITE 6:
Wortlaut des Interviews

Mitterrand könnte den Unmut der Wähler dann dazu nutzen, die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, die die alte Mehrheit wieder an die Macht zurückbringen könnten.

Der letzte Premierminister unter Präsident Giscard d'Estaing äußert sich zufrieden mit dem Zustand der deutsch-französischen Zusammenarbeit, findet aber, daß diese im industriellen Bereich noch ausbaufähig ist. Der Antrieb dazu müsse von den Unternehmen, nicht von staatlicher Intervention kommen. Zum Ausgleich der Handelsbilanz müsse Frankreich seine Exporte in die Bundesrepublik intensivieren.

Zur Lage der Europäischen Gemeinschaft äußert Barre sich optimistisch, fordert aber drei Dinge zum Weiterkommen: die Errichtung eines authentischen Binnenmarkts, die Entwicklung der technologischen Zusammenarbeit, die Intensivierung der politischen Zusammenarbeit und deren Ausdehnung auf den Sicherheitsbereich.

Der Mann, der vielleicht 1988 die Geschichte Frankreichs lenken könnte, bekennt sich vehement zur deutsch-französischen Solidarität im Falle einer Krise in Europa. „Niemals würde Frankreich einer Aggression vom Balkon aus zuschauen und sich nicht an deren Abwehr beteiligen. Weder militärisch noch strategisch läßt sich die Verteidigung Deutschlands von der Frankreichs trennen."

Polen: Jeder fünfte Bürger blieb den Wahlurnen fern

Warschau spricht dennoch von Unterstützung des Regimes

DW. Warschau

Nach den „Wahlen" in Polen hat ein Verwirrspiel um Zahlen und Prozente eingesetzt. Die Verwirrung liegt bei der Interpretation der Wahlenthaltungen. Zum Beispiel ist das offizielle Ergebnis für Danzig 65,81 Prozent, „Solidarität" hingegen spricht von 52 Prozent. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Wahllokale zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich besucht wurden, so daß Hochrechnungen auf Grund zeitweiser Beobachtungen problematisch sind. Auch wenn man davon ausgeht, daß die offiziellen Zahlen (78 Prozent) stimmen, so ergibt sich daraus, daß mehr als jeder fünfte Stimmberechtigte in Polen nicht gewählt hat. Das sind also rund 5,5 Millionen wahlberechtigte Bürger, nach Ostblockverhältnissen eine unerhört hohe Zahl.

Dem hält die Regierung entgegen, daß mehr als Dreiviertel aller Polen zur Wahl gegangen sind und daß ein großer Teil der Nichtwähler aus Gleichgültigkeit und nicht auf Grund des Aufrufs von „Solidarität" den Urnen ferngeblieben sei. Wer „gewählt" habe, habe diesmal einen bewußten politischen Akt zur Unterstützung der Regierung getan. Dieser Logik widerspricht es aber, daß die meisten Wähler ihre Zettel unverändert in die Urnen warfen, also politisch eher gleichgültig zu sein scheinen. Dem widersprechen auch die Ergebnisse der Parlaments-„Wahlen" vom März 1980, also vor Gründung der „Solidarität", an denen sich nach Ostblockmanier 98,87 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten.

Urban erklärte den Unterschied damit, daß man damals zu Zeiten des bald darauf gestürzten Parteichefs Edward Gierek aus einer gewissen Gewohnheit und aus Nachahmungstrieb gehandelt habe. Jetzt also soll das, was damals „Gewohnheit" war, ein politischer Akt sein. Die Logik spricht nach Meinung politischer Beobachter eigentlich dafür, daß es eher umgekehrt ist und daß diejenigen, die diesmal den Wahllokalen fernblieben, sich dabei durchaus etwas gedacht haben und bewußter handelten als viele, die ihre Zettel unverändert in die Urnen steckten.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Für Klarheit sorgen

Von Friedrich Meichsner

Italiens Republikanische Partei verläßt die Regierung Craxi. Das Kabinett des sozialistischen Ministerpräsidenten wird damit nach mehr als zweijähriger Amtszeit gesprengt. Es muß zurücktreten, wenn es nicht Gefahr laufen will, in der Außenpolitik zumindest optisch an die Seite der Kommunisten zu rücken.

Zum erstenmal seit dem Krieg hat damit eine italienische Regierungskrise ihre Ursache in außenpolitischen Differenzen der Koalitionspartner. Daran ändern auch die Erklärungen der Republikaner nichts, die als Anlaß der Krise die Verletzung des Prinzips der Kabinettskollegialität durch Craxi herausstellen. Denn dieses Prinzip wurde ja eben in der Außenpolitik verletzt: durch den einsamen Entschluß Craxis und seines Außenministers Andreotti, dem palästinensischen Terroristenführer Abul Abbas die Ausreise aus Italien zu ermöglichen.

Diese Entscheidung und die heimliche Art und Weise, in der sie in die Tat umgesetzt wurde, haben eine schwere Belastung der Beziehungen zu Italiens traditionellem Hauptverbündeten, den USA, bewirkt. Die Republikaner, schon immer die entschiedensten Verfechter fester italienischer Westbindung, mochten dies nicht hinnehmen.

Natürlich stellt der Fall Abul Abbas weder die Substanz der italienisch-amerikanischen Freundschaft noch gar die Zugehörigkeit Italiens zur westlichen Allianz in Frage. Aber auch wenn die Trübung nur oberflächlich ist und sein kann, ist der republikanische Schritt zu begrüßen. Zwingt er doch die anderen vier Regierungsparteien, wenn sie ihre Koalition mit den Republikanern erneuern wollen, außenpolitisch Klarheit zu schaffen.

Die Versuchung, gute Beziehungen zur arabischen Welt für eine eigenständige italienische Nahostpolitik zu nutzen, mag in gewissen römischen Kreisen groß sein. Erfolg kann eine solche Politik aber nur haben, wenn sie fest eingebunden ist im westlichen Lager. Dem Republikaner Spadolini ist das schon immer klar gewesen. Der Sozialist Craxi und sein christdemokratischer Außenminister Andreotti haben diese Klarheit in der „Achille Lauro"-Affäre vermissen lassen.

Kultur und Nation

Von Astaf Domberg

Auf dem Europäischen Kulturforum der KSZE in Budapest hat der Chefdelegierte der Bundesrepublik, Botschafter Karl-Günther von Hase, die Bonner Position zur deutschen Teilung präzisiert. Hase erklärte hier: „Deutschland, geteilt in West und Ost, ist eine Kulturnation, heute wie gestern." Die deutsche Kulturnation lebe weiter in ihrer Einheit – und die „Einheit der Kultur" habe sich immer wieder als „einigendes Band" erwiesen.

Da wird also dieses Stichwort, das von der SPD ausgegeben wurde, auch namens der Regierung der geistigen Wende gebraucht. Was heißt „Kulturnation"? Einstmals zählte man auch Österreich und andere deutschsprachige Länder oder Landesteile dazu. Wie will man heute die Grenzen abstecken, ohne in Turbulenzen zu geraten? Bedenklich wird es aber, wenn der Begriff „Kulturnation" als Rückzugsposition in der deutschen Frage bezogen wird. Denn wenn man unter Deutschland zunächst die Bundesrepublik und die „DDR" versteht, dann gehören beide nicht nur der gleichen Kulturnation, sondern der gleichen Nation an. Die Einheit (oder auch Vielfalt) der deutschen Kultur steht auf einem ganz anderen Blatt.

Wenn aber die Deutschen ihre Einheit auf das Kulturelle, eben auf die „Kulturnation", beschränken wollten, setzt das eine Übereinstimmung über den Begriff und das Wesen der Kultur zwischen dem kommunistischen System in Ost-Berlin und der pluralistisch-demokratischen Regierung in Bonn voraus. Kann jemand im Ernst glauben, daß sich eine solche Übereinstimmung je erzielen läßt?

Gerade wenn man erkennt, daß der Begriff der „Kulturnation" ein schwankender Boden ohne festen Halt ist, sollte man sich in der Bundesrepublik darauf besinnen, daß das Ziel deutscher Politik die Einheit der Nation ist – in Freiheit, wie sich versteht und wie man im Grundgesetz nachlesen kann. Die „Kulturnation" erscheint in diesem Zusammenhang als eine Hilfskonstruktion ohne wirkliche Tragfähigkeit. Auch die gastgebenden Ungarn zum Beispiel sprechen, wenn von ihren fast drei Millionen Landsleuten außerhalb der staatlichen Grenzen die Rede ist, ganz schlicht und einfach von: Nation.

Randale als Anfrage

Von Peter Schmalz

Aus Schaden kann man klug werden. Dem bayerischen SPD-Spitzenkandidaten zur Landtagswahl, Karl-Heinz Hiersemann, ist zumindest eine Erkenntnis zugeflogen: Die Demonstranten, die ihn während der Müchner Anti-Atom-Kundgebung am Reden hinderten, waren „Berufsprotestierer". Da schau einer an, was einer nicht alles im Eierhagel lernen kann. Zuvor hatte die SPD stets empört auf die Warnung des Innenministers reagiert, sie würde sich mit „Berufsdemonstranten" solidarisieren.

Der Naturschutz-Vorsitzende Hubert Weinzierl hatte den Aufmarsch als „heimatverbundene Frauen und Männer" beschrieben. Die Polizei hat festgestellt, daß von 155 Bussen ganze acht aus der Wackersdorfer Gegend kamen. Von den vier Sonderzügen startete einer mit 500 Leuten in Nürnberg, die restlichen drei kamen aus Hamburg, Münster und Siegen.

Von den zehn Verhafteten kommen drei aus Berlin, zwei aus München, je einer aus Wien, einer vom Bodensee und einer als Erwerbsloser von nirgendwo. Einer immerhin wohnte in Landshut. Von dort sind es „nur" noch 90 Kilometer Luftlinie bis zur Wackersdorfer „Heimat".

Einen zauberhaften Dialog hat die Polizei festgehalten. „Wofür demonstrierst du?" fragte eine Punkerin eine Mitgefangene. „Gegen Wackersdorf", antwortete diese. „Ich glaube, dort sollen Atombomben gebaut werden." Worauf die Punkerin sagte: „Hier haben uns die Bullen aber gar nicht gut behandelt. Bei Randale in anderen Städten hatten wir mit denen keine Schwierigkeiten. Ich komme nicht mehr nach München. Sollen die doch schauen, wo sie ihre Leute für Demonstrationen herbekommen. Ich mach' das nicht mehr mit!"

Schöner kann man Heimatverbundenheit, aber auch den „Informationsvorsprung der betroffenen Jugend" nicht zusammenfassen. Die Evangelische Kirche legt demnächst ein Papier vor, in dem sie uns über Straßenproteste belehrt: „Auch wenn sie rechtswidrig sind und den dafür vorgesehenen Sanktionen unterliegen, müssen sie als Anfragen an Inhalt und Form demokratischer Entscheidung ernst genommen werden." Vielleicht richtet das die arme Randale-Macherin wieder auf.



Der märchenhafte Versprecher KLAUS BÖHLE

Kohl und Rau

Von Heinz Heck

Die SPD verlangt einen Kurswechsel, nicht nur, wie gestern im Bundestag, in der Beschäftigungspolitik. Ihr Kanzlerkandidat Johannes Rau will den Kurswechsel total, von der Sozialpolitik bis hin zum – von seinem Parteifreund Helmut Schmidt initiierten – NATO-Doppelbeschluß. Gesetze sollen gekippt, Verträge in Verhandlungen rückgängig gemacht werden.

Wir sind mitten im Wahlkampf für die Bundestagswahl 1987. Da ist man in der Wahl der Mittel nicht immer zimperlich. Nicht jedes Wort paßt auf die Goldwaage. Was Rau jedoch jetzt als Sofortprogramm für den Fall seiner Kanzlerschaft aus dem Sack gelassen hat, wird ihn bis zum Januar 1987 nicht mehr loslassen.

Zugegeben: Die SPD und die sie stützenden DGB-Gewerkschaften sind in einer vertrackten Lage. Die seit dem Herbst 1982 von der neuen Bundesregierung erzielten wirtschaftlichen Erfolge lassen sich inzwischen auch mit den größten rhetorischen Anstrengungen nicht mehr wegdiskutieren. Wenn der Bonner Oppositionschef Hans-Jochen Vogel gestern im Bundestag die deutsche Spitzenposition in der Stabilitätspolitik mit dem Hinweis auf die weltweite Entwicklung abtat, so muß er damit kläglich scheitern: Jedermann weiß, daß es ohne – auch schmerzhafte – nationale Anstrengungen nicht geht, wenngleich nicht bestritten wird, daß die internationale Entwicklung die Bonner Bemühungen unterstützt hat.

Doch man weiß jetzt von Rau, daß er „als Kanzler sicherlich alle Kürzungen im Sozialbereich rückgängig machen" würde. Man weiß damit auch, daß die Stabilitätspolitik wieder aufgegeben würde. In Nordrhein-Westfalen hat es unter anderem auch daran gefehlt. Hierfür gibt es keinen unverdächtigeren Kronzeugen als Raus Finanzminister Diether Posser, der erst vor wenigen Tagen in einem Hilferuf an seine Kabinettskollegen die Gefahren der Verschuldungsexplosion an Rhein und Ruhr beschworen und auf die strangulierende Wirkung rasch steigender Zinslasten am Beispiel Brasiliens, Mexikos und Polens, aber auch Bremens und des Saarlandes hingewiesen hat. Überzeugender als jeder CDU-Oppositionspolitiker in Düsseldorf das könnte, hat Posser hierfür auch die Ausgaben verantwortlich gemacht, „die wir als sozialdemokratisch geführte Regierung und Fraktion aus politischer Überzeugung auf uns genommen haben".

Geldwertstabilität ist fünfzig Prozent der Sozialplitik, wenn nicht mehr. Wer unbeirrbar und verläßlich an dieser Politik festhält wie Finanzminister Gerhard Stoltenberg, tut damit mehr für den sozialen Frieden, als es eine Politik der Füllhörner und Spendierhosen vermag, wie wir in dreizehn Jahren Umverteilungspolitik leidvoll erfahren haben. Es ist erschreckend, daß die SPD, daß Rau und Vogel aus diesen Fehlern nicht gelernt haben und ihren dümmlichen Spruch von der Umverteilung von unten nach oben immer wieder aufsagen.

„Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist die wichtigste innenpolitische Aufgabe", heißt es in einem Entschließungsantrag der SPD zur gestrigen Debatte. Wohl wahr – und alle Fraktionen können dem zustimmen. Nur über den Weg dorthin gehen die Meinungen weit auseinander. Auch wenn Graf Lambsdorff die Untauglichkeit von Beschäftigungsprogrammen noch so überzeugend darlegt – auch hier hat die SPD nicht aus Fehlern gelernt.

Wäre Arbeitslosigkeit damit wirksam zu bekämpfen, so hätte die SPD in ihrer Regierungszeit verantwortungslos gehandelt. Warum hat sie es erst zur Millionenarbeitslosigkeit kommen lassen, wenn ein paar Spritzen aus Bonn die Arbeitslosen von den Straßen hätten fegen können?



Vorbild Mexiko? Kandidat Rau, Mahner Posser FOTO: DEW

Die konjunkturelle Erholung ist, anders als die SPD meint, bisher keineswegs „am Arbeitsmarkt vorbeigegangen". Nur sollte niemand Wunder erwarten. Zunächst mußte der in der ausgehenden Schmidt-Ära zu beobachtende massive Anstieg der Arbeitslosenzahlen gestoppt werden. Das ist inzwischen trotz der Krise in der Bauwirtschaft gelungen, und die Zunahme der Beschäftigung auf breiter Front läßt sich nicht mehr leugnen. Sie dürfte im Vorwahljahr 1986 vollends unübersehbar werden. Die Wende vom Herbst 1982 hat die Bundesrepublik in drei Jahren aus der Sackgasse wachsender Staatsverschuldung, steigender Arbeitslosigkeit und zunehmender Geldentwertung herausgeführt. Die sich bereits abzeichnende Krise wurde in letzter Minute abgewendet. Das Wahlergebnis vom März 1983 hat gezeigt: Der Mehrheit ist klar, daß mit dieser SPD-Politik auf Dauer kein Staat zu machen ist.

Doch Rau will nach eigenen Worten dahin zurück. Zurück zu einer Politik der finanzpolitischen Verantwortungslosigkeit, zurück zu Schuldenbergen, die die nächste Generation belasten und dieser statt Gewinnen nur steigende Zinslasten bringen. Zurück aber auch von internationalen Vereinbarungen.

Getreu dem Motto „Pacta sunt servanda" hat die Union beim Regierungswechsel alle von ihren Vorgängern geschlossenen Verträge wie die Ostverträge weiterhin honoriert. Rau erklärt nun, er wolle „natürlich" auch zurück vom NATO-Doppelbeschluß. Läßt sich die Abkehr der SPD von „ihrem" Exkanzler Schmidt noch deutlicher belegen? Läßt sich die Abkehr der SPD vom Bündnis noch deutlicher belegen?

Solange verteilt werden konnte, war für die SPD die Welt noch in Ordnung. Als aber zum Beispiel Rentenanpassung verzögert und von der Lohnentwicklung abgekoppelt wurde, um die marode gewordenen Rentenfinanzen zu sanieren, verlor die SPD den Spaß am Regieren. Schmidt hatte für zum Teil richtige Ansätze bald keine Gefolgschaft mehr. Hat Rau die Anhänger für die falsche Politik?

IM GESPRÄCH Roine Carlsson

Waffen-Schmed der Nation

Von Gottfried Mehner

Daß der Posten des schwedischen Verteidigungsministers neu zu besetzen war, wußte Olof Palme schon lange: Der bisherige Amtsinhaber Anders Thunborg (51) hatte Anfang des Jahres angekündigt, daß er nach der Wahl nicht mehr zur Verfügung stehe. Er möchte Flüchtlingskommissar bei der UNO werden. Mit Thunborg verlieren die Sozialdemokraten einen seit vielen Jahren herausragenden sicherheitspolitischen Fachmann, der wegen seiner Kompetenz bis in die Reihen der Opposition hohen Respekt genoß. Daß die Anspruchslatte für den Nachfolger hoch lag, war also klar.

Insofern brachte die Berufung von Roine Carlsson (48) nahezu zwangsläufig eine Enttäuschung. Thunborg war fünf Jahre lang Staatssekretär im Verteidigungsministerium und verfügte so über eine tragfähige Ausgangsposition. Auch internationale Glanzlichter fehlten nicht: Von 1976 war er Schwedens ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen und unter anderem Vorsitzender der Studienkommission für Kernwaffenfragen. Dem am 10. Dezember 1937 in Hallstavik geborenen Carlsson fehlt nicht nur diese internationale Politur – er ist verteidigungspolitisch ein absoluter Anfänger.

Andererseits muß er Qualitäten besitzen, denn er schaffte aus kleinsten Anfängen als Schmiedelehrling in einer Papierfabrik den Aufstieg (1982) zum Industrieminister mit besonderer Verantwortung für die staatlichen Unternehmen. 1970 avancierte er zum Vorsitzenden der schwedischen Papierindustriearbeiter-Gewerkschaft. Seit 1971 war er Mitglied des Hauptvorstandes des schwedischen Gewerkschaftsbundes.

Von den Alltagsrealitäten weicht die schwedische Verteidigungspolitik gerne im wolkigen Internationalismus aus: Dafür stehen die Vorstöße für ein Nuklearwaffen-Moratorium, eine atomwaffenfreie Zone im Norden und einen von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freier Korridor in Mitteleuropa. Als erstes Land hat Schweden auch eine Studie über die industrielle Umstellung der Waffenproduktion auf die Herstellung ziviler Güter gemacht. Ein idealistischer Ansatz: Stockholm möchte beispielhaft vorangehen und demonstrieren, wieviel besser die Welt mit etwas gutem Willen sein könnte. Wenn es nur die U-Boote nicht allzu toll trieben.



Verteidigungsminister ohne Militär-Vorkenntnis: Carlsson FOTO: EPA

Die strategische Bedeutung Nordeuropas habe zugenommen, hatte Palme richtigerweise in seiner Regierungserklärung gesagt. Aber dann kamen keine Präzisierungen, sondern nur unentschlossene Beschwörungsformeln der schwedischen Neutralitätspolitik, die zu der unentschlossenen Neubesetzung des Verteidigungsministeriums passen. Für viele die offene Frage: Wenn schon ein Gewerkschafter auf dem Posten des Außenministers nicht reüssiert hat, warum dann auf den zweiten exponierten Posten erneut einen Gewerkschafter setzen? Und wird der Hammer, den Roine Carlsson so gern und fröhlich schwingt, auf ungebetene Gäste in den Gewässern vor Schwedens Marinebasen niedersausen?

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Kölner Stadt-Anzeiger

Er schreibt zur Rentenreform:

Es ist keineswegs überraschend, daß der Bundesvorstand der CDU sich gegen das Modell einer Grundrente ausgesprochen hat und für die Beibehaltung des geltenden Rentensystems eintritt, das auf der Beitragsleistung beruht ... Dennoch ist es zu begrüßen, daß Biedenkopf dem Gremium angehört, das sich über eine neue Rentenformel den Kopf zerbrechen soll. Geißlers Formulierung, die Rentenfinanzen seien solide und für eine gründliche Strukturreform bestehe ausreichend Zeit, erweckt nämlich leicht den Eindruck, die Union gebe sich einem trügerischen Sicherheitsgefühl hin.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie geht auf die Wahl in Polen ein:

Es ist schon mehr als Chuzpe, wenn Regierungssprecher Urban aus den Wählerzahlen eine neue Legitimation für das Regime herausliest. In Wirklichkeit ist es wohl so, daß sich die Mehrheit der Polen dem Zwang des Faktischen beugt, den Weg des geringsten Widerstandes geht.

Straubinger Tagblatt

Sie kommentiert die Differenzen in der SPD-Fraktionsleitung:

Löffler, den Wehner als Vize in den Fraktionsvorsitz holte, Ehrenberg, der ministrabel war, und Haehser, der als Staatssekretär zu SPD-Regierungszeiten ebenfalls kabinettsreif war, erzeugen mit ihrem Rückzug aus der Fraktionsleitung nicht nur das Gefühl der Mutlosigkeit, sondern auch der mangelhaften innerparteilichen Geschlossenheit: Flügelschläge lassen zunächst nur die SPD-Bundestagsfraktion erzittern, erschüttern aber auf Sicht wohl die ganze Partei. Die Schuld daran allein dem unglücklich agierenden Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel zu geben, hieße, die Sache zu einfach erklären zu wollen. Das Epizentrum dieses Bebens ist nicht bei Personen, sondern bei deren Standpunkten und Denkweisen zu suchen.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung relativiert Gorbatschows Wohlstandspläne:

Falls Gorbatschow seine Versprechungen erfüllt, wird der Lebensstandard des sowjetischen Normalbürgers sich noch vor der Jahrhundertwende so verbessern, wie es bisher kaum vorstellbar ist ... Trotz aller Versprechungen wird die Hauptthese strikt bleiben: Bleibt nüchtern, arbeitet härter, und dann wird das Leben in Zukunft vielleicht besser.

DER BUND

Das Berner Blatt untersucht das Verhältnis Ägyptens zu den USA:

Die USA brauchen Kairo als Vermittler zu arabischen Staaten, die nicht mit ihnen sprechen wollen ... Die Ägypter freilich sind sich auch voll bewußt, daß das Überleben ihrer Wirtschaft entscheidend von der amerikanischen Unterstützung – mehr als eine Milliarde Dollar Wirtschaftshilfe nur in diesem Jahr – abhängt, daß Washington im Juni rasch noch zusätzlich 500 Millionen Dollar Sonderhilfe zur Überwindung der katastrophalen Zahlungsbilanzdefizite bereitstellte und daß schließlich jeder dritte Laib Brot aus amerikanischem Getreide gebacken wird.

Kontinuität, aber auch Suche nach korrektem Kurs

Widersprüchliches von Gorbatschow zur Vorbereitung des Parteitages / Von Carl Gustaf Ströhm

Man müsse der Wirklichkeit „ohne Vorurteile" gegenübertreten. So charakterisierte Generalsekretär Michail Gorbatschow auf der Plenarsitzung des sowjetischen Zentralkomitees den „neuen Stil" der Moskauer Führung. Er gab damit zumindest indirekt zu verstehen, daß es in der Vergangenheit in Moskau Vorurteile – und das heißt: Fehleinschätzungen – gegeben hat.

Die von Gorbatschow vorgelegten Papiere, die nun von den Parteimitgliedern als Vorbereitung des KPdSU-Kongresses im Frühjahr diskutiert werden sollen, enthalten einen Entwurf über die „Hauptrichtlinien der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR" bis zum Jahre 2000, ferner ein verändertes Parteistatut und ein neues Parteiprogramm. Das bisherige Programm der KPdSU, das unter Chruschtschow verkündet worden war, ist vor allem deshalb hinfällig, weil es versprochen hatte, die Sowjetunion werde bis 1980 die USA wirtschaftlich überholen. Daß davon nicht die Rede sein kann, ja, daß dieses Ziel heute weiter denn je entfernt ist, weiß nicht nur der Generalsekretär, sondern das ganze Volk.

In seiner Rede vor dem ZK wurde Gorbatschow noch deutlicher, als man es bisher von ihm gewohnt war. Ungeduldig forderte er, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion müsse „beschleunigt" werden – was gleichfalls impliziert, daß diese Entwicklung bisher stagnierte oder nur langsam vorankam. Entgegen der bisherigen Übung sowjetischer Parteiführer, die Situation hier schwarz und dort weiß zu malen, sprach Gorbatschow von der „außerordentlichen Verschiedenheit der sozialen und politischen Kräfte", die wirksam seien.

Daher sei es notwendig, die gegensätzlichen und manchmal miteinander in Konflikt stehenden Interessen zu berücksichtigen, um, wie Gorbatschow sagt, einen „korrekten politischen Kurs" auszuarbeiten. Was in solchen Sätzen beinahe wie eine Anerkennung des pluralistischen Prinzips erscheint, wird allerdings – auch das ist inzwischen eine Besonderheit des Gorbatschow-Stils – im nächsten Atemzug zurückgenommen, etwa wenn der Generalsekretär auf die „Kontinuität in den theoretischen und politischen Grundthesen der KPdSU" hinweist. Ist dies die Kontinuität Lenins oder Stalins, Chruschtschows oder Breschnews?

Ebensowenig werden praktisch denkende und handelnde Menschen etwas mit den nebelhaften Exkursen des Parteichefs in die Welt der Ideologie anfangen können: Etwa wenn er doziert, daß man die „höhere Phase" des Kommunismus nicht durch Überspringen des Sozialismus erreichen könne, daß es aber andererseits auch falsch sei, den Sozialismus nicht als Übergangsphase, sondern als „eigenständige Formation" zu betrachten.

Im Gegensatz zu Chruschtschow (der gleichfalls mit großen Veränderungen in der Struktur von Partei, Wirtschaft und Staat beginnen wollte) glaubt Gorbatschow nicht an eine rasche Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaft in der Sowjetunion. Als Angehöriger einer nicht mehr vom revolutionären Eifer geprägten Generation glaubt er auch nicht an Wunder. Andererseits kann, will und darf er auch nicht der ideologischen Vision von der kommunistischen End-Gesellschaft, von der Endstation aller menschlichen Geschichte, eine Absage erteilen. Hier liegen die Grenzen jedes Pragmatismus – denn wer es dem Knaben im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern" nachmacht und ausruft: „Der Kaiser ist nackt und die kommunistische Gesellschaft ist eine Utopie" – der riskiert gefährliche Erschütterungen.

Folglich versucht Gorbatschow jetzt alles auf einmal: Modernisierung, Intensivierung der Produktion, Disziplinierung der Kader und der Arbeiterschaft, aber auch Kontinuität. Es handelt sich aber um eben jene Kontinuität, die bisher Modernisierung, Intensivierung und Rationalisierung der sowjetischen Wirtschaft be- und verhindert hat. Um diesen Widerspruch kommt Gorbatschow nicht herum. Es mag sein, daß sich hinter seinen gegensätzlichen Aussagen auch Macht- und Positionskämpfe verschiedener Kreml-Gruppierungen verbergen.

Die Sowjetunion, so formulierte es ein osteuropäischer Beobachter, sei bisher ein nach rückwärts gewandtes, an der Vergangenheit orientiertes Gebilde gewesen. Gorbatschow spüre, daß man – besonders nach dem Abtreten der Kriegs- und der Stalin-Generation – das Imperium auf die Zukunft hin „umorientieren" müsse. Allerdings stolpert der Erneuerer im Kreml dabei immer wieder über die eigenen ideologischen Fesseln. Ob aus der Modernisierung also wenigstens etwas wird, bleibt zweifelhaft.

Erstmals seit 22 Jahren erhält mit Klaus von Klitzing wieder ein Deutscher den Nobelpreis für Physik

Frühmorgens um zwei war die Welt wieder etwas klüger

Von DIETER THIERBACH

Am 5. Februar 1980, morgens um zwei Uhr, geschah das für meine Arbeit Entscheidende, die wichtige Entdeckung, die so viel Aufsehen erregt hat." Klaus von Klitzing erinnert sich in einem Gespräch mit der WELT, wie alles begann. Für den jetzigen Direktor am Stuttgarter Max-Planck-Institut für Festkörperforschung und frischgebackenen Nobelpreisträger war diese Nacht im Hochfeld-Magnetlabor in Grenoble entscheidend.

Schon Jahre zuvor hatte er als Heisenberg-Stipendiat mit Untersuchungen an Transistoren begonnen, die aber noch nicht zu aufsehenerregenden Ergebnissen führten, weil sich das Magnetfeld, mit dem er an der Würzburger Universität experimentieren konnte, als zu schwach erwies. Das änderte sich, als von Klitzing ab August 1979 als Gast des Stuttgarter Max-Planck-Instituts die Gelegenheit hatte, für sieben Monate im Hochfeld-Magnetlabor in Grenoble mit einem extrem kräftigen Feld von 200 000 Gauß arbeiten zu können.

Im Frühjahr des Jahres 1980 gelangen ihm dann innerhalb von nur zwei Wochen die entscheidenden Messungen. „Was wir untersucht haben, sind die elektronischen Eigenschaften von Silizium, genau genommen von Metall-Oxid-Silizium-Feldeffekt-Transistoren." Die Grundelemente integrierter Schaltkreise waren ihm vom Forschungslabor der Firma Siemens in München und dem Cavendish Labor der Universität Cambridge (Großbritannien) zur Verfügung gestellt worden. Ziel seiner Untersuchungen war es zunächst, herauszufinden, inwieweit die elektrischen Eigenschaften eines Halbleiter-Kristalls von den Herstellungsbedingungen und den damit verbundenen Verunreinigungen abhängig sind. Er suchte – schlicht und einfach – nach „Dreck-Effekten". Von Klitzing: „Normalerweise fließt der Strom, also die ganze Informationsübertragung, in sehr dünnen Schichten an der Oberfläche eines solchen Silizium-Halbleiterkristalls. Dieser Stromfluß wird durch allerhand Störungen an der Oberfläche beeinträchtigt. Ich erwartete somit Meßergebnisse, die ganz empfindlich von der jeweiligen Technologie abhingen."

Was er jedoch an jenem 5. Februar 1980 frühmorgens entdeckte, war genau das Gegenteil und zugleich ein grundsätzliches physikalisches Phänomen. Die von ihm in den Halbleiter-Kristallen gemessenen Widerstandsplateaus hingen gerade nicht von äußeren Bedingungen, also nicht von den Dimensionen des Halbleiter-Elements, auch nicht von Verunreinigungen oder vom Magnetfeld ab. Die Plateaus, so erkannte von Klitzing, konnten nur von Naturkonstanten bestimmt sein: „Die eigentliche Erkenntnis dieser Nacht war, daß gewisse Meßergebnisse neu interpretiert werden mußten. Denn: Sie waren vollkommen unabhängig davon, wer die Proben hergestellt hatte, und letztlich sogar, aus welchem Material sie hergestellt wurden und welche Geometrie sie aufweisen."

Dieses Phänomen, das im starken Magnetfeld unter bestimmten Bedingungen auftritt, wird seitdem im Branchenjargon „quantisierter Hall-Effekt" genannt. Von Klitzing: „Normalerweise wird dieser Hall-Effekt dazu verwendet, um die Anzahl der Elektronen, die bei diesem Transport mitspielen, zu bestimmen. Es treten in solchen ganz dünnen Schichten in hohen Magnetfeldern eben diese Phänomene auf, die vollkommen unabhängig von der mikroskopischen Struktur des Halbleitermaterials des Festkörpers sind."

Mit seiner Entdeckung des Quanten-Hall-Effektes (QHE) hat er die für elektrische Widerstände geltende Einheit „Ohm" auf eine Naturkonstante von der Größe eines Fünfmillionstels der Einheit zurückgeführt. Auf von Klitzings Entdeckung basieren schon jetzt mehr als 300 wissenschaftliche Arbeiten, deren Themen von der Präparationstechnik über die Festkörperphysik und die Quantenfeldtheorie bis zur mathematischen Physik reichen.

„Solche ‚Quantenphänomene' sind heute in fast allen neuen elektronischen Bauelementen wichtig. Der Halbleiterlaser zum Beispiel ist ein ganz wichtiges Produkt. Solche Strukturen, wie wir sie damals verwendet haben, sind heutzutage auch für neuartige Bauelemente hochinteressant. Diese Phänomene werden weiterhin laufend an Bedeutung gewinnen." Experten sind schon jetzt davon überzeugt, daß sich die Ergebnisse von Klitzings Grundlagenforschung auf die Weiterentwicklung der Mikroelektronik und der darauf gründenden Informationstechnologie revolutionierend auswirken.

Der neue Nobelpreisträger sieht sich als reiner Experimentalphysiker in der Grundlagenforschung. „Die Anwendung dieser Phänomene interessierte uns nicht direkt. Wir wollen die Ursachen und die Grundlagen in der Halbleiterphysik erforschen. Wir bauen somit die Grundsteine dafür, daß man bei der Anwendung auf dem richtigen Weg landet."

Von Klitzing bemängelt, daß die Lücke zwischen den eigentlichen Grundlagenforschern und den Anwendern zu groß sei. „Da fehlt etwas in Deutschland, was in Amerika und den anderen Instituten und Ländern vorhanden ist: die Industrieforschung ... Wenn wir wirklich hochqualitative Bauelemente haben wollen, sind wir auf die Industrie angewiesen. Wir können uns nicht die teuren Forschungsanlagen leisten, wie sie die Industrie hat. Also sind wir in gewisser Weise abhängig." Zur Frage der Geräteausstattung: „Für Geräte, die schnell veraltern, gibt's normalerweise kein Programm, so etwas nachher wieder zu erneuern. Ich will es einmal so sagen: Im Vergleich zu vielen Ländern stehen wir relativ gut da. Wenn ich das allerdings absolut zu Amerika oder Japan sehe, kriege ich ab und zu das Grauen ..."

Verspürt er, wie viele Wissenschaftler vor ihm, einen „Abwanderungsdrang" ins Ausland? Von Klitzing gibt zu: „Ich gehe gerne ins Ausland. Für ein Jahr könnte ich mir das gut vorstellen, ich war gerade für zwei Monate in den USA. Ich würde nicht ganz wegziehen, denn unter den gegebenen Umständen halte ich das eigentlich nicht für sinnvoll. Außerdem ist mit der Familie eine Randbedingung da."

Von Klitzing, verheiratet und Vater dreier Kinder, ist ein Dauerarbeiter: „Wissen Sie, mein Beruf ist ein Hobby. Da gibt es keinen Samstag und keinen Sonntag. Meine Familie hat mich in diesem Jahr vielleicht drei bis vier Tage gesehen." Aber er fügt gleich lachend hinzu: „Ich meine, es sollte nicht von anderen als Hobby anerkannt werden, die dann sagen: Ach, Sie brauchen ja doch keine Unterstützung, weil sie es ja doch nur als Hobby machen."

In Stuttgart vermißt er etwas die Lehrtätigkeit, die er an der Münchner Uni von 1980 bis 1984 als C-3-Professor ausübte. „Man kann ja nicht dauernd Spitzenforschung machen. Lehre bringt nicht nur für die Studenten etwas, sondern auch für den, der sie vorträgt. Wenn ich irgendwie die Möglichkeit sehe, werde ich auch noch versuchen, hier Vorlesungen zu halten."



Gute Nachricht aus Stockholm: Professor Klaus von Klitzing
FOTO: DPA



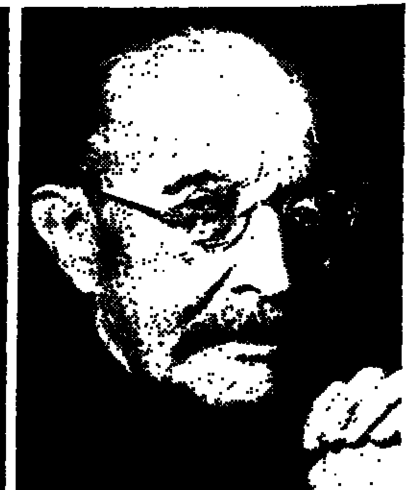
Preisträger 1921: Albert Einstein
FOTO: CAMERA PRESS



Preisträger 1901: Wilhelm Röntgen
FOTO: KEYSTONE



Preisträger 1932: W. Heisenberg
FOTO: KULTUR-REVUE



Preisträger 1918: Max Planck
FOTO: KEYSTONE

Von Röntgen bis Klitzing – 61 deutsche Nobelpreisträger

Physik

Wilhelm Conrad Röntgen (1901)
Philipp von Lenard (1905)
Karl F. Braun (1909)
Wilhelm Wien (1911)
Max von Laue (1914)
Max Planck (1918)
Johannes Stark (1919)
Albert Einstein (1921)
James Franck (1925)
Gustav Hertz (1925)
Werner Heisenberg (1932)
Walter W. Bothe (1954)
Rudolf L. Mößbauer (1961)
Hans D. Jensen (1963)
Klaus von Klitzing (1985)

Chemie

Emil H. Fischer (1902)
Adolf von Baeyer (1905)
Eduard Buchner (1907)
Wilhelm Ostwald (1909)
Otto Wallach (1910)
Richard Willstätter (1915)
Fritz Haber (1918)
Hermann Nernst (1920)
Richard A. Zsigmondy (1925)
Heinrich Otto Wieland (1927)
Adolf O. Windaus (1928)
Hans Fischer (1930)
Carl A. Bosch (1931)
Friedrich Bergius (1931)
Richard Kuhn (1938)
Adolf F. Butenandt (1939)
Otto Hahn (1944)
Kurt Alder (1950)
Otto P. H. Diels (1950)
Hermann Staudinger (1953)
Karl Ziegler (1963)
Manfred Eigen (1967)
Ernst O. Fischer (1973)
Georg Wittig (1979)

Medizin/Physiologie

Emil von Behring (1901)
Robert Koch (1905)
Paul Ehrlich (1908)
Albrecht Kossel (1910)
Otto F. Meyerhof (1922)
Otto H. Warburg (1931)
Hans Spemann (1935)
Gerhard Domagk (1939)
Werner Forssmann (1956)
Feodor K. Lynen (1964)
Karl von Frisch (1973)
Georges Köhler (1984)

Literatur

Theodor Mommsen (1902)
Rudolf C. Eucken (1908)
Paul von Heyse (1910)
Gerhart Hauptmann (1912)
Thomas Mann (1929)
Heinrich Böll (1972)

Frieden

Gustav Stresemann (1926)
Ludwig Quidde (1927)
Carl von Ossietzky (1935)
Willy Brandt (1971)

Riesenhuber: Wir sind auf dem richtigen Weg



Heinz Riesenhuber
FOTO: JUPP DARCHINGER

Aus Anlaß der Verleihung des Physik-Nobelpreises an den Deutschen Klaus von Klitzing sprach Dieter Thierbach mit Heinz Riesenhuber, dem Bundesminister für Forschung und Technologie.

WELT: Nach 22 Jahren ist wieder ein deutscher Wissenschaftler mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet worden. Im vergangenen Jahr erhielt der Deutsche Georges Köhler den Preis für Medizin. Sind die Deutschen wieder wer in der Wissenschaft?

Riesenhuber: Wir sind auf dem richtigen Weg. Dies beweisen nicht nur die beiden Nobelpreise, die Georges Köhler und Klaus von Klitzing zuerkannt wurden. Ich freue mich darüber, daß wissenschaftliche Leistungen eine so hohe Anerkennung gefunden haben. Wir können stolz auf diese Leistungen und die vieler anderer Wissenschaftler sein. Spitzenleistungen in der Grundlagenforschung wirken sich in der angewandten Forschung aus. Wenn die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft vertrauensvoll funktioniert, heißt dies neue Chancen für Innovation, Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsplätze. Wir dürfen aber nicht selbstzufrieden werden. Ich sehe in der Zuerkennung der Nobelpreise auch einen Ansporn und eine Herausforderung, diesen Leistungen nachzueifern.

WELT: Welche Bedeutung messen Sie der Fachrichtung bei, die Professor von Klitzing vertritt?

Riesenhuber: Ganz erhebliche. Die Festkörperforschung, die die Struktur und die statischen und dynamischen Eigenschaften der Materie erforscht, befindet sich seit Jahren in einer rapiden Entwicklung. Sie stößt in immer neue Dimensionen vor und weitet unser Verständnis von der Natur. Sie hat auch – so mein Eindruck – ein erhebliches Innovationspotential für die angewandte Forschung zum Beispiel für die Informationstechnik.

WELT: Sowohl Klaus von Klitzing als auch Georges Köhler haben in Instituten der Max-Planck-Gesellschaft geforscht. Ist diese Institution dabei, sich zur Wissenschaftsschule der Nation zu entwickeln?

Riesenhuber: Zweifellos bestätigt die Verleihung der Nobelpreise an zwei Wissenschaftler, die in Max-Planck-Instituten arbeiten, den ausgezeichneten Ruf dieser Wissenschaftsorganisation. Sie ist eine tragende Säule unserer Grundlagenforschung mit hohem internationalen Ansehen. Um diese Institute und Organisation beneiden uns viele. Ihre weitere Entwicklung zu sichern, ist auch erklärtes Ziel meiner Grundlagenforschungspolitik.

WELT: Einige hoffnungsvolle Nachwuchs-Wissenschaftler sind in den vergangenen Jahren abgewandert. Wird unser Forscher-Potential weiter ausgedünnt oder verzeichnen Sie einen Stillstand der Bewegung mit der Hoffnung, daß bei uns weitere Nobelpreisträger heranwachsen?

Riesenhuber: Wissenschaft und Spitzenforschung sind heute international. Ich habe keine Bedenken, wenn unsere jungen Wissenschaftler ins Ausland gehen, um sich dort weiter zu qualifizieren und in den besten Teams zu arbeiten. Wichtig ist dabei zweierlei: Einerseits wünsche ich mir, daß sie zurückkommen und mit ihrem neuen Wissen die Forschung in unserem Land voranbringen, und zweitens, daß auch viele ausländische Wissenschaftler zu uns kommen.

Sachverständige: Brüter ist „unverzichtbar“

dpa, Düsseldorf

Sachverständige der Energieversorgungsunternehmen und des Kraftwerkbaues halten die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar aus energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Gründen nach wie vor für unverzichtbar. Bei einer vom nordrhein-westfälischen Landtag einberufenen Expertenanhörung zur Frage der „Risiken einer möglichen Inbetriebnahme des Schnellen Brüters“ unterstrichen sie gestern in Düsseldorf die Bedeutung der Brüter-Reaktorlinie für die „langfristige Sicherstellung der Energieversorgung“. Diese dürfe „nicht in einem Land verneint werden, dessen Industrie in hohem Maße auf die langfristige Sicherstellung der Energieversorgung ausgerichtet ist“.

Daß der nach rund zwölf Jahren Bauzeit zum Preis von bislang rund 6,5 Milliarden Mark fertiggestellte, aber noch nicht in Betrieb genommene Brüter in Kalkar nur als Einstieg in eine langfristig zu verwirklichende Baulinie neuer Kernkraftwerke bewertet werden dürfe, verdeutlichte Professor August Wilhelm Eitz von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE): „Wenn wir jetzt die Brütertechnologie beenden wollten, wäre es unsinnig, Kalkar in Betrieb zu nehmen.“ Eitz kommentierte damit auch einen Beschluß des SPD-Parteirates, in dem sich die Sozialdemokraten vor rund drei Wochen unter Mitwirkung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau darauf festgelegt hatten, die Weiterentwicklung der Brütertechnologie zu beenden, das Genehmigungsverfahren für die Inbetriebnahme des Reaktors in Kalkar aber weiter „streng nach Recht und Gesetz“ abzuspulen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Strauß besteht auf Verantwortung Bonns

Entschließung zur Deutschlandpolitik unannehmbar

DW. Bonn

Der Entwurf einer gemeinsamen Entschließung zur Deutschlandpolitik von CDU/CSU, FDP und SPD (WELT v. 9.10.) ist für den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß „in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar“. In einem gestern veröffentlichten Brief an Theo Waigel, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, begründete Strauß seine Ansicht insbesondere mit dem Verschweigen der „besonderen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die jenseits von Oder und Neiße lebenden Deutschen“. Die WELT dokumentiert nachfolgend den Wortlaut des Briefes.

„Nach der Beunruhigung, die die wiederholten Erklärungen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, über die „Bindungswirkung“ der Ostverträge hinsichtlich der Grenzfragen ausgelöst haben, hat nunmehr der Entwurf einer Entschließung für eine gemeinsame Deutschlandpolitik für erneute Verunsicherung bei den Vertriebenen gesorgt, wie ein an mich gerichtetes Fernschreiben des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen zeigt.

Es ist zu begrüßen, daß mit dem o. a. Entwurf der Versuch unternommen werden soll auszuloten, ob es noch eine politische Gemeinsamkeit der im Bundestag vertretenen Parteien in der Deutschlandpolitik gibt und wie breit sie ist. Allerdings kann man nicht so tun, als ob es die Annäherung der SPD an sowjetische Positionen nicht gäbe. Nebulöse Phraseologie vermag verbale Übereinstimmung auszuweisen, ohne daß sie durch die Tatsachen gedeckt sind. Gerade dafür ist es jedoch notwendig, für uns unaufgebbare Rechtspositionen, deren Festschreibung durch das Bundesverfassungsgericht wir erstritten haben, eindeutig zu vertreten und alles zu vermeiden, was als Preisgabe dieser Rechtspositionen oder auch nur als Anschein einer solchen Preisgabe verstanden werden könnte. Im übrigen fehlt die Aufzählung der vier grundsätzlichen Festlegungen des Bundesverfassungsgerichts.

Unter diesen Gesichtspunkten bedarf der o. a. Entschließungsentwurf in folgenden Punkten der Überarbeitung bzw. der Ergänzung:

1. Ziffer II.1 und II.10 bewegen sich – gerade in der Zusammenschau – auf der Linie der von Rühe vertretenen „Bindungswirkung“ der Ostverträge. (Ziff. II.1 bekräftigt „jetzt und für die Zukunft die in den Verträgen von Moskau und Warschau und im Grundlagenvertrag verankerte Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität … aller Staaten in ihrer gegenwärtigen Form“; Ziff. II.10 stellt fest, eine „adäquate“ Lösung der deutschen Frage als „europäische Frage“ könne es nur geben, „wenn sie von den Menschen in beiden Staaten in Deutschland und der Völkergemeinschaft in Ost und West getragen wird.“ d.Red.)

2. Die Betonung der Verantwortungsgemeinschaft „der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bedeutet eine modifizierte Übernahme des Bahrschen Gedankens der „Sicherheitspartnerschaft“.

3. Eine gemeinsame deutschlandpolitische Entschließung kann für uns nur dann tragbar sein, wenn sie die besondere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die östlich von Oder und Neiße lebenden Deutschen nicht verschweigt, sondern hervorhebt.

Ich glaube, daß dieses Papier ohne *gründliche Behandlung im Parteivorstand* – nach eingehender Vorbereitung – in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar ist. Sonst könnte es höchstens als deutschlandpolitische Stilübung betrachtet und gewertet werden. Es kann nicht Sache einiger Experten sein, für die Union zu sprechen, weil hier fundamentale Probleme der nationalen Existenz angeschnitten werden, in denen ein Scheinkonsens nur schaden kann und so die Klarheit der politischen Begriffe und die Konturen politischer Positionen verwaschen werden.“

SPD-Lob für den Senat

Riebschläger: Unternehmenspolitik ein richtiger Weg

F. DIEDERICHS, Berlin

Bei der Vorstellung von wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Forderungen anläßlich der „Aktionswoche“ des DGB haben die Berliner Sozialdemokraten dem Berliner CDU/FDP-Senat in ungewöhnlich deutlichen Worten attestiert, in der Stadt ein „positives wirtschaftspolitisches Klima“ geschaffen zu haben. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Berliner SPD, der frühere Finanzsenator und jetzige Landeskassierer Klaus Riebschläger, sprach erneut von einer „positiven Grundstimmung in der Stadt“.

Die Berliner SPD verfolgt mittlerweile, so läßt sich schließen, nach dem Schock des Wahlfiaskos vom 10. März (32,4 Prozent der Wählerstimmen) die Rolle einer auf sachliche Vorschläge bedachten Oppositionspartei – einen Kurs, den Riebschläger bei der Vorstellung des Arbeitsmarktpapiers mit den Worten charakterisierte, man werde sich nicht mehr in die Rolle des „Miesmachers“ drängen lassen. Sinnvolle Maßnahmen des Senats, so der SPD-Politiker, würden auch von seiner Partei mitgetragen.

Riebschläger verkannte deshalb auch nicht, daß die auf Innovation und Qualifizierung abzielende Unternehmenspolitik des Berliner Senats ein richtiger Weg sei. Der Senat dürfe jedoch nicht zu sehr auf die Wirtschaft allein setzen. Die SPD sprach sich für eine „Investitionsoffensive“ aus, die von der öffentlichen Hand im Bereich der nichtrentablen Investitionen flankiert werden müsse. Hier nannte Riebschläger vor allem die Bereiche des Umweltschutzes und der Verbesserung der Verkehrs-Infrastruktur. Die SPD vertritt die Auffassung, daß die Finanzierung derartiger Programme nicht notwendigerweise zu einer Erhöhung der Netto-Neuverschuldung führen müsse. Hier böten sich Haushaltsumschichtungen und Subventionsabbau an.

Durch hohe Soziallasten in Schräglage geraten

Staatseigener Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG droht Konkurs

UWE BAHNSEN, Hamburg

In Hamburg reiben sich die Mitglieder des SPD-Senats, vor allem Finanzsenator Horst Gobrecht, die Augen: Ausgerechnet einem Staatsunternehmen, der HHLA, droht im Hafen, dem wirtschaftlichen Herzen der Stadt, ein finanzieller Infarkt.

Eine Marzipantorte, geziert mit der zuckerigen Nachbildung der Firmenzentrale, mit brennenden Geburtstagskerzen gesäumt – das war der herzige Blickfang auf der Titelseite eines farbenfreudigen Prospekts, mit dem die staatliche Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) sich am 31. Mai dieses Jahres zum 100jährigen Bestehen öffentlich vorstellte: „Leistungsstark wie nie zuvor“.

Preisverfall und private Konkurrenz

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und Wirtschaftssenator Volker Lange, zugleich HHLA-Aufsichtsratsvorsitzender, hatten Glückwunschadressen für die Festschrift abgeliefert, in der HHLA-Chef Helmuth Kern, bis 1976 ein Jahrzehnt hindurch selbst Wirtschaftssenator, und seine Vorstandskollegen darlegten, wie alles zum Besten bestellt sei.

Mittlerweile aber verfinstern sich die Mienen der Spitzengenossen um Dohnanyi und Lange, wenn das Stichwort HHLA fällt; und das geschieht derzeit im Senatsgehege des Hamburger Rathauses ziemlich häufig. Gram und Verdruß befallen dabei vor allem den Finanzsenator Horst Gobrecht, denn er soll für die HHLA einen hohen Betrag – es geht um 125 bis 150 Millionen Mark – bereitstellen, um den städtischen Umschlagriesen vor dem Kollaps zu bewahren.

Diese Finanzspritze ist die einzige Alternative zu der – zwar senatsintern schon diskutierten, aber politisch nicht durchsetzbaren – Radikallösung, die HHLA schlicht in Konkurs gehen zu lassen und dann mit einer Anschlußgesellschaft weiterzuführen. Gobrecht wird infolgedessen in den Stadtsäckel greifen müssen – erst auf dem Wege der Bürgschaft, aus der dann eine Subvention werden dürfte.

Die Frage, wie die HHLA in diese Schräglage geraten konnte, ist leicht zu beantworten. Hohe Pensionsverpflichtungen als Folge einer Betriebsvereinbarung, in der die Gewerkschaft ÖTV eine partielle Überversorgung der gegenwärtig rund 2300 HHLA-Rentner hatte festschreiben können, lassen sich von der seit einigen Jahren voll im Wettbewerb mit den privaten Firmen stehenden HHLA nicht mehr erwirtschaften.

Im Hafen hat sich ein ruinöser Konkurrenzkampf um Ladung entwickelt, der zu einem Preisverfall führte, und den bekam die HHLA, deren Vorstand bei einem Anteil von 43 Prozent am Gesamtumschlag des Hafens auf weitere Expansion gesetzt hatte, voll zu spüren. Mittlerweile klafft bei den Pensionsrückstellungen der HHLA eine Deckungslücke von mehr als 100 Millionen Mark.

Wirtschaftssenator Volker Lange resümiert, das Problem habe sich „über viele Jahre“ entwickelt: „Allerdings sind 1985 durch den Preisverfall zusätzliche Verluste entstanden. Das und die erheblich höheren Personalkosten von neun Prozent durch den neuen Tarifvertrag sowie immer höhere Sozialleistungen haben die HHLA in diese Lage gebracht.“ Helmuth Kern hat vor diesem Hintergrund derzeit einen schweren Stand. Er muß sich im eigenen Hause mit der mächtigen ÖTV herumschlagen und ihr Abstriche bei einer neuen Versorgungsregelung abhandeln; bislang will die ÖTV ihm mit 25 Millionen Mark entgegenkommen, und das ist ihm nicht genug.

Zugleich muß er das Unternehmen in einem einerseits ruppigen, andererseits aber hochsensiblen Markt halten und sich zudem mit seinem Parteifreund Volker Lange um die städtische Finanzspritze balgen. Das Verhältnis zwischen den beiden Genossen hat sich dadurch nicht gerade verbessert. Als Präsident des Unternehmensverbandes Hafen steht ihm zudem auch noch die private Konkurrenz auf der Matte, wenn es um grundsätzliche Belange des Hafens geht, und von dessen Gedeihen lebt nach wie vor jeder sechste Arbeitnehmer in der Hansestadt.

Ex-Senator Helmuth Kern verteidigt sich gegen zum Teil bärbeißige Kritik aus dem Rathaus, er führe das Unternehmen falsch, mit dem Argument, ohne die drückenden Pensionslasten stünde die nach seiner Darstellung technisch bis ins letzte durchrationalisierte HHLA glänzend da – eben „leistungsstark wie nie zuvor“ – und deshalb seien politische Entscheidungen notwendig. Doch die HHLA-Aufseher um Wirtschaftssenator Lange sehen das etwas anders.

Ein betriebswirtschaftliches Gutachten soll ihnen zunächst einmal jenen Durchblick verschaffen, den sie aus Kerns Büchern offenbar nicht haben gewinnen können. Wie sehr überdies das Klima zwischen ihm und Lange getrübt ist, wurde soeben deutlich, als sich der Wirtschaftssenator gegen Attacken der CDU zu verteidigen suchte, er habe in Sachen HHLA zu lange abgewartet.

Belegschaft muß Opfer bringen

Er müsse sich, so meinte der HHLA-Aufsichtsratsvorsitzende, „auf Zahlen des Unternehmens verlassen können“. Die auf die HHLA zukommenden Verluste seien Anfang dieses Jahres auf 4,5 Millionen Mark beziffert worden; erst Mitte dieses Jahres habe er erfahren, daß die Verpflichtungen aus dem hauseigenen Pensionsvertrag von rund 20 Millionen Mark für 1985 nicht erwirtschaftet werden könnten.

Nun ist guter Rat teuer. Wenn im Februar nächsten Jahres das Gutachten vorliegt, will Lange mit seinen Senatsgenossen entscheiden, ob die HHLA sich von derzeit verlustbringenden Bereichen, etwa der Container-Reparatur, trennen soll. Schon heute aber steht für ihn fest, was auf jeden Fall geschehen soll: Die gesamte Belegschaft werde Opfer bringen müssen – „vom Kaiarbeiter bis zum Vorstandsvorsitzenden“.

Helmuth Kern selbst ist 58 und wird demnächst in Pension gehen. Im Rathaus überlegen sich einige Genossen, ob sie das etwas beschleunigen können.

Goppel, das Rote Kreuz und die Rolle von Strauß

Bayerisches Hickhack um das Amt des BRK-Präsidenten

PETER SCHMALZ, München

Mit 80 Jahren fühlte sich Bayerns ehemaliger Ministerpräsident Alfons Goppel noch jung genug, dem Bayerischen Roten Kreuz nach 18 Jahren für weitere vier als Präsident vorzustehen. Doch die Delegierten der BRK-Landesversammlung wünschten sich einen Jüngeren und verweigerten dem einzigen Kandidaten Goppel die Gefolgschaft: Dem CSU-Politiker fehlten fünf Stimmen zur einfachen Mehrheit, worauf sich dieser von seinen bisherigen Vorstandskollegen verärgert mit den Worten verabschiedete: „Ob wir uns wiedersehen, weiß ich nicht.“

Zu diesem Eklat haben hinter den Kulissen Vorgänge geführt, die tief in der bayerischen Politik wurzeln. Da ist einmal Franz Josef Strauß – dem Goppel vor sieben Jahren nur zögernd den Stuhl des Ministerpräsidenten räumte –, der seinem Vorgänger geraten hatte, sich nochmals zu bewerben, weil, wie Strauß nach der Rückkehr aus China meinte, dies ein Amt für einen „älteren Staatsmann“ sei.

Das wahre Motiv für die Strauß-Bitte glauben Beobachter allerdings in der Person eines anderen CSU-Politikers zu sehen. In der des ehemaligen bayerischen Innenministers Bruno Merk. Dieser war 1977 vor dem der Münchner Staatskanzlei zustrebenden Strauß auf den Präsidentenstuhl des Sparkassen- und Giroverbands geflüchtet, der CSU-Vorsitzende hat ihm jedoch noch heute die Wirren um eine bürokratisch vollzogene Gebietsreform nicht verziehen.

Ein Trostpflaster

Ausgerechnet Merk aber, als Vize bereits im BRK-Vorstand, hatte angekündigt, er werde gegen Goppel antreten. Darum hätten ihn, den erst 63jährigen, zahlreiche Mitglieder gebeten. Damit aber schien Strauß keineswegs einverstanden. Der habe mit seinen Spar- und Girokassen „genug zu tun“, ließ er über Merk verlauten, worüber sich dieser dem Vernehmen nach sakrisch ärgerte. Nach einem Vieraugengespräch mit Goppel zog Merk seine Kandidatur wieder zurück, meinte aber man, er sei auch mit dem Vizeposten zufrieden, wenn er als Trostpflaster vom BRK in Bayerns Zweite Kammer, den Senat, geschickt würde.

Und schon wurde gemunkelt, er wolle dort in zwei Jahren den Strauß-Freund Weiß als Senatspräsidenten beerben und von dort aus den Ministerpräsidenten mit unangenehmen Gesetzesinitiativen piesacken.

Heubl ins Spiel gebracht

Nach diesem Hickhack war der Eklat nicht mehr zu vermeiden. Im Dezember soll eine neue Landesversammlung zur zweiten Präsidentenwahl schreiten. Goppel hat sich beleidigt zurückgezogen, mit einer erneuten Kandidatur wird nicht gerechnet. Kehrt er rechtzeitig aus seinem Schmollwinkel zurück, kann er noch Ehrenpräsident werden.

Präsident aber wird nun doch voraussichtlich Bruno Merk, der sich natürlich nicht selbst vorschlägt, wohl aber vernehmlich äußert, er stehe zur Verfügung, falls man ihn rufe, womit deshalb auch demnächst zu rechnen ist. Auf Belehrungen von Strauß, sagt Merk, könne er gerne verzichten, er finde sie ohnehin deplaziert.

Strauß brachte aber noch rasch einen Kandidaten ins Spiel, über den er sich in der Vergangenheit zwar auch schon mal ärgern durfte, aber offenbar nicht so stark und nachhaltig wie über Merk: Landtagspräsident Franz Heubl sei ein geeigneter Mann. Der ist zur Zeit im Ausland, dürfte aber über seine Namensnennung nicht erbaut sein, wäre doch eine Kandidatur gegen Merk ein unkalkulierbares Risiko und ist Heubl doch schon ein Doppel-Präsident: im Landtag und bei der Bergwacht.

Bremen kauft NH-Wohnungen

dpa, Bremen

Die stadteigenen Wohnungsbaugesellschaften in Bremen werden die rund 8000 von der Neuen Heimat (NH) an die ebenfalls gewerkschaftseigene BG-Immobiliengesellschaft (BGI) verkauften Sozialwohnungen zu einem Quadratmeterpreis von 700 Mark übernehmen. Nach Angaben des Bremer Bausenators Bernd Meyer (SPD) haben intensive Verhandlungen mit der NH und der BGI einen dahingehenden „Durchbruch“ gebracht.

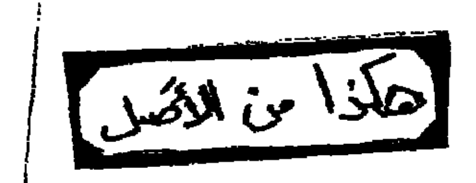
Die vom Senat geforderte Verpflichtung, in den nächsten fünf Jahren keine weiteren Wohnungen in Bremen zu veräußern, wollte die NH nicht eingehen. Nach Angaben Meyers werde es jedoch zu einer Ergänzung der Mietverträge kommen, die ein Dauerwohnrecht für die jetzigen Mieter vorsieht. Dieser Zusatz, betonte Meyer, sei allerdings Voraussetzung für den Vertragsabschluß.

Rückbesinnung auf Wanderjahre

AP, Straßburg

Die angesichts hoher Arbeitslosigkeit immer häufiger zu hörende Forderung nach mehr Mobilität der Arbeitnehmer hat in der Europakonferenz der Gemeinden und Regionen in Straßburg eine neue Variante erhalten. Dort wurden die 21 Mitgliedsländer des Europarates angeregt, sich wieder auf die fast vergessene Tradition der Wanderjahre für Gesellen zu besinnen.

In einem Bericht zum Thema „Die Jugendlichen in der Stadt“ wird die Schaffung eines europaweiten Netzes für „neue Europagesellen“ befürwortet, das es jungen Menschen nach Abschluß ihrer Berufsausbildung ermöglichen soll, die ersten Berufserfahrungen in Betrieben anderssprachiger Länder zu machen. Mit dieser Initiative soll ein Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit dort geleistet werden, wo junge Menschen nach ihrer Berufsausbildung keinen Arbeitsplatz finden.



Den Ruf des Helsinki-Forums nach Freiheit durfte das Volk nicht hören

Ungarn als Gastgeber in einer schwierigen Lage / Offizielle Veranstaltung verboten

C. GUSTAF STRÖHM, Budapest

Die Budapester Privatwohnung, aus deren Fenster man auf die Donau und die Elisabethbrücke blicken kann, war voll mit Besuchern – Ausländern und Ungarn. An der Tür wurden die Ankömmlinge von Laszlo Rajk jun. – dem bekannten Dissidenten und Sohn des unter Stalin hingerichteten kommunistischen Innenministers – begrüßt.

Hierher war das Kultursymposion der „Internationalen Helsinki-Föderation für Menschenrechte" ausgewichen, dessen Abhaltung im offiziellen Rahmen des Budapester Intercontinental-Hotels von den ungarischen Behörden verboten worden war. Dieses Verbot hatte gleich am Eröffnungstag einen Schatten auf das gleichzeitig in Budapest stattfindende offizielle Kulturforum der KSZE geworfen.

Als mitten im Gedränge das Licht ausging, rief jemand laut: „Polizei!" Aber die kommunistischen Ordnungshüter griffen nicht ein. Sie hatten auch eine improvisierte Pressekonferenz für Helsinki-Aktivisten im Hotel-Foyer ungehindert zugelassen, obwohl die Anwesenheit einiger auffällig-unauffälliger Herren in Zivil durchaus bemerkt wurde.

Freiheit über die Grenzen

Im privaten Rahmen, die Wohnung gehört dem avantgardistischen Schriftsteller Istvan Eörsi, der sich ironischerweise zur Zeit in West-Berlin auf Besuch aufhält – präsentierte sich die ungarische Dissidentenszene, die zahlenmäßig zwar klein sein mag, aber über einige interessante Köpfe verfügt. Da war György Konrad, der Schriftsteller, der über „das Recht, anders zu sein" einen Vortrag hätte halten sollen. Jetzt richtete er die Aufforderung an die europäischen Intellektuellen, über alle politischen Grenzen hinweg in eine „freie Kommunikation" miteinander einzutreten. Freiheit und Toleranz, so Konrad, müßten verwirklicht und „für jedermann die Fenster geöffnet werden".

Befleißigte sich Konrad noch einer diplomatischen Sprache, so konnte man aus dem Munde eines älteren Herren, der plötzlich in tadellosem Englisch das Wort ergriff, wesentlich Direkteres hören. „In unserem armen Lande," so sagte er, „geschieht alles nach dem Willen Moskaus." Auch das Verbot des Helsinki-Symposions schrieb er einer direkten Einmischung der Sowjets zu. Daher müsse Ungarn für seine Selbstbestimmung kämpfen: „Wir werden für diese Rechte kämpfen, bis wir frei sind. Wir möchten die Fremdherrschaft loswerden, und Ihr im Westen wollt Euch gegen die Macht Moskaus verteidigen. Gott segne Euch!"

„Wer ist das?" fragte ich einen neben mir stehenden Ungarn. – „Das ist Rechtsanwalt Tibor Pak. Die Behörden haben ihn amtlich für verrückt erklärt. Niemand lädt ihn ein, aber er kommt immer wieder und spricht auf unseren Zusammenkünften."

Unter den Rednern fiel Gaspar Miklos Tamas auf, Wissenschaftler, aus Siebenbürgen gebürtig und erst seit einigen Jahren in Ungarn wohnhaft. Tamas brach eine Lanze für die liberale Demokratie des Westens, obwohl, wie er sagte, viele westliche Intellektuelle von dieser Regierungsform enttäuscht seien. Die ungarischen und die osteuropäischen Intellektuellen stritten für diese „scheinbar hinfällige Idee", weil sie Bewohner des „gewaltigen eurasischen Kontinents und des einzigen Archipels sind, der GULag heißt".

In Budapest rätselt man, warum die ungarischen Behörden das Helsinki-Forum zuerst genehmigen oder tolerieren wollten – um es dann doch zu verbieten. Das ungarische Regime hatte in voller Kenntnis, um wen es sich da handelte, den Teilnehmern die Einreise gestattet – darunter auch zwei prominenten Exil-Tschechen, dem bekannten Dramatiker Pavel Kohout und seinem Kollegen Jiri Grusa. Es steht zu vermuten, daß es Proteste einiger „Bruderstaaten" und womöglich auch der Sowjetunion gegen eine solche Veranstaltung gab – wobei der anderen osteuropäischen Staaten besonders die Präzedenzwirkung eines solchen Unternehmens als bedrohlich empfanden.

Treue der „Bruderländer"

„Sie wollten es allen recht machen, und jetzt haben sie sich vielleicht zwischen alle Stühle gesetzt," kommentierte ein ungarischer Beobachter das Verhalten der Regierung. Denn erst hoffte das offizielle Budapest offenbar, durch die Anwendung der gegenüber Dissidenten in diesem Lande schon öfters praktizierten „repressiven Toleranz" – indem man sie mit Einschränkungen gewähren ließ – im Westen einen positiven Eindruck zu machen. Jetzt soll das härtere Vorgehen den östlichen „Bruderländern" Linientreue signalisieren.

Die Amerikaner haben bereits durch ihren Chefdelegierten, Botschafter Stoessel, gegen die Verletzung der Helsinki-Prinzipien durch die Gastgeber protestiert. Der Vertreter der Bundesrepublik, Botschafter Karl Günther von Hase, änderte den Text seiner Rede ab und forderte die ungarischen Gastgeber des Kulturforums auf, die Helsinki-Föderation ungehindert gewähren zu lassen.

Die Vorfälle um das Helsinki-Symposion in Budapest haben mit einem Schlag die diffizile Situation der Gastgeber, das labile politische Gleichgewicht des ganzen Unterfangens – und natürlich auch die Grenzen kommunistischer Toleranz deutlich gemacht. Ungarn ist, auch wenn die liebenswürdige Form so manchen westlichen Besucher besticht, ein kommunistisches Land in große Machtkonstellationen eingebunden.

Verbaut ein linker Kleinkrieg den Weg zum Weltraum-Schwerpunkt?

Von W. WESSENDORF

Die Bremer Universität gerät wieder bundesweit in die Schlagzeilen. Im Brennpunkt des überregionalen Interesses steht die Einrichtung des ersten Lehrstuhls für Raumfahrt. Trotz erheblichen Widerstands aus der eigenen Partei hat der Bremer SPD-Senat 2,5 Millionen Mark als Anlauf zur Finanzierung freigegeben.

Nun brodelt es unter den Rüstungsgegnern in der Alma mater und unter den Genossen, die damit eine Beteiligung an der Strategischen Verteidigungsinitiative der USA (SDI) und an „Eureka" vorweggenommen sehen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ), Horst Isola, Linksaußen seiner Partei, rief die Landesregierung an: „Ein solcher Beschluß ist äußerst problematisch im Vorfeld der nicht abgeschlossenen Diskussion in der SPD."

Der eloquente Senator für Wissenschaft, Horst-Werner Franke, konterte: „Der Forschungs- und Ausbildungsschwerpunkt soll zur Stärkung der Infrastruktur des Landes beitragen und für wichtige Bereiche der bremischen Wirtschaft zur Verfügung stehen." Ein Eckpfeiler der bremischen Wirtschaft sei die zivile Raumfahrt, betonte Franke. Die ERNO-Raumfahrttechnik habe das Weltraumlabour Spacelab entwickelt und gebaut und bilde schließlich das europäische Raumfahrtzentrum. Der Senator: „Diese Position muß durch die Universität gehalten und ausgebaut werden."

Doch von einem Lehrstuhl, wie vom Senat im Juni beschlossen, reden weder der Ressortchef für Wissenschaft noch der Rektor der gebeutelten Universität, Jürgen Timm. Franke steckte zurück: „Wir bauen eine kleine wissenschaftliche Einheit, gleichsam eine Forschungsnische, die transparent angesiedelt ist." Und Timm sagt: „Wir wollen auf dem Gebiet der Raumfahrt Auftragsforschung betreiben." Die Gefahren militärischer Auftragsforschung seien unkalkulierbar. Den zivilen Anspruch hervorhebend, fügte Timm hinzu: Universitätsforscher würden ihre Arbeitsergebnisse publizieren, militärisch ausgerichtete Aufträge würden dies von vornherein ausschließen."

Franke beugte der Kritik seiner Genossen vor. Die in der Bundesrepublik unter den Universitäten „einmalig hohe Forschungstransparenz" erfordere geradezu die zivile Ausrichtung. Er, Franke, sei ein erbitterter Gegner von SDI. Er werde sogar die Lehrer in den Bremer Schulen bitten, gegen diesen „Wahnwitz" Aufklärung zu leisten. Wenn SDI verwirklicht würde, brauche über Abrüstung nicht mehr diskutiert zu werden.

Unterdessen wird in den Universitätsgremien über die angepeilte Zielsetzung der Raumfahrtforschung debattiert. „So lange der akademische

Landesbericht Bremen

Senat nicht entsprechende Strukturentscheidungen trifft", schrieb Timm an die Expertenkommission, die Mitglieder des Gesprächskreises Raumfahrttechnologie der Universität, „würden die bereitzustellenden Finanzmittel nicht in die Universität eingebracht." Dazu erklärte der Rektor: „Wir sehen uns sonst unzumutbaren Entscheidungszwängen ausgesetzt." Die bereitgestellten Gelder bleiben daher zunächst in der Obhut des Wissenschaftssenators.

Außerdem schielt Franke auf die erheblichen Mittel des Bundesforschungsministeriums. Der ehrgeizige Minister: „An diesen Topf wollen wir ran." Dazu strebt er eine enge Rückkopplung mit dem BMFT an. Franke muß allerdings Dampf machen. Denn Universitäten in anderen Bundesländern lauern nur darauf, den Schwerpunkt für Weltraumforschung zu sich zu holen. Das gilt besonders für die TH Stuttgart. Das BMFT antwortet lakonisch: „Wir treffen sachliche Entscheidungen. Uns ist es egal, wo die Finanzmittel hingehen."

Timm will indessen die Ziele der Bremer Uni aussitzen. Das kann vor dem politischen Hintergrund zu lange dauern. Allein ein Jahr wird für die Suche nach dem „Eck-Professor" für die Raumfahrt in Bremen vergehen, meint Timm. Ein Professor und zehn wissenschaftliche Mitarbeiter sollen das Forschungsteam an der Weser bilden. Langfristig möchte Timm sogar weitere Professoren für die Arbeit gewinnen.

Der Rektor verfolgt dabei strikt die Trennung von ziviler und militärischer Forschung und Nutzung. Seine Kriterien: bemannte Raumfahrt diene militärischen Zwecken, unbemannte Raumfahrt stehe unter zivilen Vorzeichen. Gerade die Arbeiten der bremischen Raumfahrtindustrie erstrecken sich aber auf bemannte Raumfahrt – für die zivile Anwendung. So startet Ende dieses Monats Spacelab als erste deutsche Mission zu wissenschaftlichen Zwecken, die rein ziviler Natur sind. Gleichzeitig wird in der Hansestadt von MBB Erno die erste kommerzielle Weltraumnutzfahrtgesellschaft Intospace GmbH gegründet (DIE WELT vom 30.09.).

Die Landesregierung wird bis 1989 rund 7,4 Millionen Mark für die Raumfahrtforschung mobilisieren. Eine weitere Million wird der Bund für Investitionen beisteuern. Der Senator für Wirtschaft hat die Gelder ohne zusätzliche Belastung des stark angeschlagenen Bremer Haushalts im Rahmen des sogenannten Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms eingeplant.

Für den neuen Präsidenten des Bremer Senats, Bürgermeister Klaus Wedemeier, gibt es indes keinen Zweifel, daß Bremen weiter das Zentrum für die europäische Raumfahrt bleiben muß. Er erklärte in diesem Zusammenhang: „So lange es Rüstung gibt, werde ich mich um solche Aufgaben für Bremen kümmern."

Plädoyer für Weltraum-Macht Europa

dpa, Köln

Die westeuropäischen Staaten sollten versuchen, aus Westeuropa eine Weltraum-Macht des 21. Jahrhunderts mit permanent bemannten Weltraumstationen zu machen. Dies hat gestern der Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Karl Kaiser, vorgeschlagen. Kaiser, der Politik-Professor an der Kölner Universität ist, sagte in Köln, eine europäische Welt-

raum-Macht brauchte zwar nicht die gleichen Fähigkeiten wie die USA oder die Sowjetunion zu erwerben. Sie sollte aber „insbesondere in der zivilen Nutzung das breite Spektrum der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich einer permanenten Präsenz bemannter Raumstationen verfolgen".

Ein Agentenfall wie aus dem Lehrbuch

Wie Ost-Berlin das Schicksal eines Überläufers zu Spionagezwecken ausnutzt

WERNER KAHL, Bonn

„Warum gommst'n so spät, Gumpel", bekam der junge Rheinländer, der am 4. November 1981 den Schnellzug Köln–Berlin auf der „DDR"-Grenzstation Marienborn verließ, in der Bahnhofswache zu hören. Statt eines Willkommensgrußes dafür, daß er in die „DDR" übesiedeln wollte, reagierte der Posten in der Schreibstube sauertöpfisch wegen der späten Stunde: Koffer auspacken, Taschen leeren, wieviel Schulden im Westen hinterlassen?

So schilderte der heute 26 Jahre alte frühere Angestellte bei den amerikanischen Streitkräften in Mönchen-Gladbach, Hans-Jürgen M., vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht die Aufnahme im anderen Teil Deutschlands. Nur dem „DDR"-Geheimdienst war der verschuldete große Blonde sofort willkommen. M. ließ sich überreden, als „Friedenskämpfer" an seine alte Arbeitsstelle bei der NATO zurückzukehren.

Die Beweisaufnahme vor dem 4. Strafsenat wegen Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland und die USA wurde zu einem lehrbuchhaften Anschauungsunterricht über die Werbungsmethoden der östlichen Nachrichtendienste unter Übersiedlern aus dem Westen, die in der „DDR" eine Existenz suchen. Die Auswahl wird unter anderem in den Aufnahmelagern Barby bei Magdeburg, Dorotheenstraße (Ost-Berlin) und Zepernick bei Berlin getroffen.

Nur zwei Tage brauchten drei auf den Rheinländer angesetzte Spezialisten des Geheimdienstes. In diesen 48 Stunden prüften andere „DDR"-Agenten am Wohn- und Arbeitsort im Rheinland, ob die Angaben von M. stimmten. Dabei konnte ein DKP-Funktionär behilflich sein, den M. eingeweiht hatte. M. hatte nicht geflunkert. Da war tatsächlich das Entsetzen in der Familie, als er dem Vater anvertraut hatte, daß er gleichgeschlechtlich veranlagt war. Er hatte auch 17 000 Mark Schulden. Nach einem Selbstmordversuch hatte er die Behandlung im Landesnervenkrankenhaus Rheidt vorzeitig abgebrochen und sich in den Osten abgesetzt.

Ob das was mit Spionage zu tun habe, hatte er seinen Angaben zufolge die Vernehmer des Staatssicherheitsdienstes gefragt, als diese ihn als „Kundschafter des Friedens" verpflichteten. Bei der Rückkehr an seinen Arbeitsplatz im US-Depot 14 blieb der dreitägige Aufenthalt in der „DDR" unbemerkt, weil er sich zuvor krank gemeldet hatte. Neben der Aufgabe, Militärspionage zu betreiben, erhielt M. den anscheinend für Ost-Agenten gleichen Auftrag: Sekretärinnen, in diesem Fall die Chefsekretärin des US-Kommandanten, auf Lebens- und Liebesgewohnheiten hin zu beobachten.

Die eigentliche Bedeutung, die der „kleine Fisch" für den Osten hatte, wurde aus den Instruktionen ersichtlich. Bei militärischen Einsätzen sollte er sich telefonisch oder telegrafisch bei einer bürgerlichen Deckadresse in der Ostberliner Wollankstraße melden. Vor einem Manöver hieß die verschlüsselte Nachricht „Markus ist krank." Markus bedeutete Manöver, krank war das Kennwort für den Übungsbeginn. Dementsprechend signalisierte „Markus ist wieder gesund" Manöverende. Hatte Markus jedoch einen „Unfall" erlitten, so hieß das, bei den US-Streitkräften sei plötzlich Alarm ausgelöst worden.

Für den Bruch mit dem Staatssicherheitsdienst und die Einweihung westlicher Sicherheitsbehörden in seine Aufträge war für den Agenten entscheidend, daß er auch seine Freunde bespitzeln sollte. Oberstaatsanwalt Rosenbaum, seit zehn Jahren Ankläger in Spionageverfahren, sprach von skrupelloser Ausnutzung eines kranken Menschen. Aus Angst habe M., so der psychiatrische Sachverständige, beim Geheimdienst „zu allem ‚Ja und Amen' gesagt".

Die fünf Berufsrichter des Strafsenats kamen zu einem ungewöhnlichen Beschluß: In der Erwartung, daß M. sich ärztlicher Behandlung unterzieht und beim Sozialamt sechs Monate lang ehrenamtlich gemeinnützige Arbeit leistet, wurde das Verfahren vorläufig eingestellt. „Eine solche Chance erhält man nur einmal im Leben", entließ der Vorsitzende, Klaus Wagner, den Angeklagten.

Ein Kompromiß – aber noch kein Durchbruch in der Medienpolitik

GERNOT FACIUS, Bonn

Ministerpräsident Bernhard Vogel (Mainz) und der Hamburger Erste Bürgermeister Klaus von Dohnanyi haben sich, so tickerten gestern die Nachrichtenagenturen in die Redaktionen, „über ein Medienkonzept geeinigt". Das Konzept solle der Konferenz der Ministerpräsidenten vorgelegt werden, die vom 23. bis 25. Oktober in Saarbrücken tagt. Haben der Christdemokrat Vogel und der Sozialdemokrat von Dohnanyi damit schon den Weg für eine Einigung auf einen gemeinsamen Staatsvertrag zur Neuordnung der Medienlandschaft freigemacht? Die Skepsis war vor allem in den Staatskanzleien der Unions-regierten Länder groß.

Zunächst kann allenfalls von einer gemeinsamen medienpolitischen Linie der Regierungschefs Vogel und Dohnanyi die Rede sein. Die Positionen des CDU-Mannes aus Rheinland-Pfalz und des Sozialdemokraten aus Hamburg waren in den vergangenen eineinhalb Jahren nie weit voneinander entfernt. Es war schließlich Dohnanyi, der die Kurskorrektur der SPD gegenüber privaten Rundfunkanstalten in Gang setzte. Aber Dohnanyi kann und will gar nicht den Eindruck erwecken, als ob er für die Gesamtheit der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, geschweige denn für die Bundes-SPD als „Wortführer" auftreten könnte. Zwischen Dohnanyis Politik und der Einstellung der Ministerpräsidenten Börner (Hessen), Rau (Nordrhein-Westfalen) und Lafontaine (Saarland) liegen Welten. Börner bleibt bei seiner Verweigerungsstrategie, Rau beeilt sich nicht mit der Durchsetzung liberaler Regelungen und Lafontaine möchte manches von dem rückgängig machen, was die CDU-Regierung an der Saar an Erleichterungen für private Anbieter ermöglicht hat.

Die Regierungen in Mainz und Hamburg schwiegen gestern über die Details des Kompromisses, zu dem offenbar zeitliche und inhaltliche Regelungen für die Werbung der öffentlichrechtlichen Anstalten und der neue privaten Veranstalter gehören. Bekannt ist, daß Vogel in die Sondierungen mit Dohnanyi einen Vorschlag zur Dynamisierung des Werbeumfangs der Anstalten eingebracht hatte. Nach den Vorstellungen Vogels sollten künftig die prozentualen Anteile von Werbe- und Gebühreneinnahmen der einzelnen Rundfunkanstalten (Relation beim ZDF etwa 60:40) festgeschrieben werden, wobei damit zugleich eine flexiblere Handhabung des Werbeumfangs sowie der zeitlichen Plazierung verbunden wäre. Würden so künftig die Minuten-Preise sinken, könnten die Rundfunkanstalten auch mehr Werbung betreiben – dem Vernehmen nach auch nach 20 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen, um den festgeschriebenen prozentualen Gesamtanteil an den Werbeeinnahmen zu erhalten. Auch bei einer Erhöhung der Gebühreneinheiten müßten die Werbezeiten entsprechend dynamisiert werden. Dafür sollte es allerdings keinerlei Werbung in den bundesweit ausgestrahlten Dritten Programmen geben. Auch auf Werbung im 3. Programm des Hessischen Rundfunks sollte nach diesem Vorschlag verzichtet werden. Vogels Vorschlag ist selbst im Unionslager nicht unumstritten.

Staatssekretär Stoiber von der bayerischen Staatskanzlei gab gestern zu erkennen, daß zumindest die CSU den privaten Anbietern bestimmte Vorschriften über die inhaltliche Gestaltung der Programme machen möchte. Stoiber bestand in einer Rede vor Postingenieuren in München darauf, daß die neuen Programme auch die „wichtigen sozialen, kulturellen und kirchlichen Anliegen" nicht vernachlässigen dürften. Im Gegenzug sollte „ein sozial oder kulturell bedeutsamer Programmanteil aus Rundfunkgebührenmitteln bezuschußt" werden.

WELT-Interview mit dem französischen Oppositionspolitiker Raymond Barre über Frankreich, Deutschand und Europa

„Die Allianz ist die einzige Garantie für die Freiheit Westeuropas"

Der ehemalige Premierminister Raymond Barre ist ein Politiker ohne politische Partei und ohne klar definierte Ideologie. Dennoch steht er seit einem Jahr in den Meinungsumfragen an der Spitze aller Politiker der Opposition. Mit ihm sprachen in Paris August Graf Kageneck und Joachim Schaufuß.

WELT: Herr Premierminister, wie erklären Sie sich das Phänomen Raymond Barre?

Barre: Es ist nicht einfach, ein Phänomen, das einen selbst betrifft, zu erklären. Dennoch kann ich Ihnen einige Gedanken darlegen, die sich aus dem ableiten lassen, was ich in der Entwicklung der öffentlichen Meinung meines Landes beobachte.

Die Franzosen haben seit 1981 (Jahr des Regierungswechsels in Frankreich, d. Red.) eine Reihe von Dingen begriffen, die ich ihnen zwischen 1976 und 1980 zu erläutern versucht habe, denen sie entfliehen zu können glaubten, und die sich als richtig herausgestellt haben. Dazu gehört der *grundlegende wirtschaftliche* und soziale Wandel, den uns die internationale Lage und die Zunahme des *weltweiten Wettbewerbs* aufzwingen. Sie haben begriffen, daß der Wohlstand nicht ewig dauern kann. Sie haben auch die leichtfertige Art bemerkt, mit der man ihnen Versprechungen und neue Programme anbot, und sie haben gesehen, daß man sie betrogen hatte.

Anfänglich hatten sie den Sozialisten Glauben geschenkt. Sie glaubten, daß die neue Politik ihnen Wachstum, besseren Lebensstandard, ganz allgemein mehr Wohlergehen bringen würde. Da sahen sie sich schnell getäuscht. Seitdem sind sie sehr mißtrauisch gegenüber den Verantwortlichen unserer politischen *Parteien geworden, deren Verlautbarungen* je nach den Ereignissen wechseln. Die Franzosen können im übrigen *feststellen, daß ich ihnen* in der Vergangenheit nie die harten Realitäten verschwiegen habe, und dies ohne jede Rücksicht auf meine „Popularität". Auch wissen sie, daß ich das Land immer im Geist der Toleranz, des Pluralismus und des Respekts aller sozialen Schichten geführt habe. Soweit zur Erläuterung der Situation. Ich weiß, daß die öffentliche Meinung stets Schwankungen unterworfen ist *und man den Meinungsumfragen* keinen allzu hohen Stellenwert einräumen sollte.

WELT: Sind Sie der Ansicht, daß sich die Mentalität der Franzosen dauerhaft verändert hat, insbesondere in Bezug auf die Inflation? Hat sich der Preisauftrieb beruhigt? Und hat das sozialistische Experiment nicht zur Änderung der Mentalitäten beigetragen?

Barre: Zum ersten Punkt kann ich sagen, daß die Franzosen heute die Stabilität der Preise und des Geldes als *unerläßlichen Faktor* einer wirtschaftlich befriedigenden Situation und als Bedingung für Wachstum und *sozialen* Fortschritt betrachten.

Jetzt kommt es darauf an, daß man ihnen im kommenden Wahlkampf keine abenteuerlichen Versprechungen macht. Der Geist der Härte und der Vernunft, den ich einst gepredigt habe, der von den Sozialisten zwei Jahre lang vernachlässigt und dann 1983 wiederentdeckt wurde, dieser Geist muß erhalten bleiben. Denn wir sind nicht am Ende unserer Anstrengungen zur dauerhaften Aufrichtung der französischen Wirtschaft. Was die Franzosen brauchen, ist Klarheit.

Zu Ihrem zweiten Punkt: Ja, das sozialistische Experiment war in zweifacher Hinsicht heilsam. Zu*nächst hat es gezeigt, daß eine verführerische* Politik der Bequemlichkeit schlimmere Folgen hat als eine Politik der *Opfer. Zum zweiten hat es den* Franzosen die Augen geöffnet für Wahlversprechen und Demagogie. Nach meiner Ansicht war dieses Experiment eine Art Entwöhnungskur für Frankreich.

WELT: *Herr Michel Rocard* (ein profilierter Sozialist, d. Red.) sagt dasselbe.

Barre: Ja, aber leider hat Herr Rocard drei Jahre lang eine Politik unterstützt, die er verurteilt hatte.

WELT: Sie sind der einzige Politiker der Opposition, der eine Zusammenarbeit mit Präsident Mitterrand im Fall eines Wahlsiegs der Rechtsparteien strikt ablehnt. Wie erklären Sie das?

Barre: Ich habe diese Haltung seit 1983 eingenommen, und ich habe dafür meine sehr genauen Gründe. Einige Leute behaupten, ich sei gegen die Ko-Habitation (das *Zusammenwohnen* unter einem Dach mit Mitterrand, d. Red.), weil ich an der Spitze *der Meinungsumfragen* stehe, besonders im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen, und weil ich ein Interesse daran hätte, die Präsidentschaftswahlen zeitlich vorzuziehen. Sie werden feststellen können, daß ich meine Reserven zur Ko-Habitation schon anmeldete, als ich keineswegs dieselben Chancen zu haben schien, die man mir heute beimißt.

Mein erster Grund ist verfassungsmäßiger Natur. Die Funktion des Präsidenten der Republik und seine Rolle im politischen Leben Frankreichs müssen erhalten bleiben. Der Präsident wird seit 1962 direkt gewählt. Er ist das Oberhaupt der Exekutive und verfügt über das Vertrauen der Franzosen. Er ist das einzige direkt gewählte Mitglied der *Exekutiv-Gewalt.*

Die Politik in Frankreich – und das verstehen unsere ausländischen Freunde dank anderer verfassungsrechtlicher Strukturen bei ihnen zu Hause nicht immer – beruht auf drei Elementen und ihrem Ineinandergreifen:

- einem Präsidenten, dem das Vertrauen der Franzosen gehört,
- einer Regierung, die vom Präsidenten eingesetzt ist, über sein Vertrauen verfügt und von einer parlamentarischen Mehrheit unterstützt wird,
- einer parlamentarischen Mehrheit, die fest zusammenhält und dieselbe Mehrheit widerspiegelt, welche den Präsidenten gewählt hat.

Diese drei Elemente machen Stärke und Wirksamkeit der Institutionen der 5. Republik aus.

Was würde nun eine Ko-Habitation bewirken? Sie würde bedeuten, daß sich der Präsident nicht mehr auf ei*ne Regierung* und *auf eine parlamentarische* Mehrheit stützen könnte, denn diese wäre ja gegen die von ihm verkörperte Politik gewählt worden.

Die Ko-Habitation würde ferner bedeuten, daß sich das Machtzentrum vom Präsidenten auf den Premierminister verlagert. Die Politiker der Opposition, welche für eine Ko-Habitation eintreten, sprechen gerne von einer „parlamentarischen Interpretation der Verfassung". Sie wünschen, daß die Exekutivgewalt auf den Premierminister übergeht, daß, wie man *in Frankreich* gerne sagt, „der Präsident bis zum Ende seines Mandats auf dem Speicher abgestellt wird".

Aus zwei Gründen bin ich gegen eine solche Konzeption: Das Übergewicht des Staatspräsidenten muß aufrecht erhalten bleiben, und wenn wir zurückgehen auf eine „parlamentarische Interpretation der Verfassung", dann gehen wir auf die 4. Republik, auf das Parteienregime zurück.

Im übrigen habe ich nie behauptet, man müsse den Präsidenten verjagen *oder* einen Putsch organisieren. Was ich gesagt habe, ist folgendes: Der Präsident muß die Konsequenzen *aus dem Scheitern der Regierung und* der parlamentarischen Mehrheit an den Urnen ziehen, denen er bis dahin *Richtschnur* und Antrieb war. Das einzige was ich sage, ist, daß die neue Regierung auf ein Regieren verzichten *sollte*, wenn der Präsident diese Konsequenz nicht zieht, das heißt auf seinem Posten bleibt und sich nicht unterwirft. In der 5. Republik gibt es keine Regierungsbildung durch das Parlament, die Regierung wird vom Präsidenten ernannt. Keinesfalls darf eine neue Parlamentsmehrheit dem Präsidenten die Glaubwürdigkeit wieder verschaffen, die er vor der öffentlichen Meinung verspielt hat.

Mein zweiter Grund, gegen die Ko-Habitation zu sein, ist nicht weniger wichtig. Wenn wir eine Wirtschafts- *und Sozialpolitik* machen wollen, die der Wiederaufrichtung Frankreichs dienen soll, dann halte ich solches in einer so *kurzen Zeitspanne wie zwei* Jahren für unmöglich. Eine Sanierungspolitik ist eine Politik, die auf Dauer angelegt ist. Blicke ich nach Deutschland, so sehe ich, daß die Geldpolitik Herrn Stoltenbergs auf Dauer angelegt ist. Ich fürchte aber, daß die Zeit einer neuen Regierung *für eine neue Politik zu kurz* bemessen ist, um die Franzosen von ihrer Wirksamkeit zu überzeugen. Daß es Zweifel, Unruhe in der Öffentlichkeit geben wird und daß der Präsident dann, was er verfassungsmäßig darf, die Nationalversammlung auflösen könnte, um wieder zu der Mehrheit zurückzukehren, die ihn seit 1981 unterstützt hatte.

Ich habe viel Hochachtung vor Monsieur Mitterrand. Wenn er 1986 demissioniert, neu kandidiert und wiedergewählt werden sollte, dann spreche ich am nächsten Tag nicht mehr von der Ko-Habitation, weil er von den Franzosen (in seinem Amt als Staatspräsident) bestätigt worden ist. Aber ein Mann, der 1981 die Nationalversammlung aufgelöst hat, der fünf Jahre regiert hat, die Legislativwahlen verliert und einer anderen parlamentarischen Mehrheit gegenübersteht, kann nicht sagen: „Ich verhalte mich so als wenn nichts passiert wäre, ich bleibe im Amt und ich regiere mit dieser neuen Mehrheit." Das ist *nicht möglich. In meiner Ablehnung* der Ko-Habitation stütze ich mich also auf einen verfassungsmäßigen und einen politisch-wirtschaftlichen Aspekt, beide scheinen mir von großer Wichtigkeit zu sein.

WELT: Fürchten Sie nicht, damit ein wenig isoliert dazustehen?

Barre: Dazu *etwas Grundsätzliches.* Was zählt in der Politik, ist nicht die eigene Zukunft, sondern die Zukunft des Landes, *dem man dient. Ich kann* mich täuschen. Aber ich bin überzeugt, daß man seinen Grundideen treu bleiben und nicht alle Kompromisse eingehen muß. Ich werde die Entwicklung in Ruhe abwarten.

WELT: Kann es mit der Ko-Habitation nicht zu Unruhen kommen, können nicht wirtschaftliche Spekulationen aufkommen? Selbst wenn die Bildung einer Rechtsregierung zunächst Vertrauen verbreiten würde, könnte die Furcht, das Problem des Rücktritts des Präsidenten könnte nicht gelöst werden, sich nicht nachteilig auf das internationale Klima auswirken?

Barre: Ich bin der Ansicht, daß die institutionelle Situation Frankreichs nach den Wahlen keinerlei Unsicherheit, keinerlei Zweifel in die Zukunft aufkommen lassen darf, wenn eine klare und dauerhafte Politik gemacht werden soll. Was hat Präsident Mitterrand gemacht? Er wurde im Mai 1981 gewählt. Im Juni hat er die erst drei Jahre vorher gewählte Nationalversammlung aufgelöst, um zu einer Mehrheit zu kommen, auf die er seine Politik abstützen könnte, und mit dieser Mehrheit *hat er fünf Jahre* lang regiert.

Eine genau umgekehrte Situation wäre, so bin ich überzeugt, ein Unheil für Frankreich. Eine Situation, in der Regierung und Parlament eine Tendenz verfolgen, die nicht die des amtierenden Präsidenten ist, und in der der Präsident – vergessen wir nicht, daß er den Joker in der Hand hat – die Nationalversammlung auflösen kann, *eine solche Situation könnte* ein Gefühl der Unsicherheit erzeugen, mehr noch, eine Vertrauensbildung verhindern, die unerläßlich zur Lösung der vielen Aufgaben Frankreichs ist. Ernsthafte Sanierungsmaßnahmen könnte man dann nicht ergreifen. Ich bin weder ein Phantast noch ein gefährlicher Ideologe. Was ich sage, beruht auf einer fünfjährigen Erfahrung als Premierminister Frankreichs.

WELT: Welches wäre denn der Unterschied zwischen der Politik der augenblicklichen Regierung und der, welche Sie empfehlen?

Barre: Seit die sozialistische Regierung ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik im April 1983 radikal geändert hat (im Sinne der Austerity, d.Red.), hört man immer wieder sagen, daß es kaum mehr einen Unterschied gibt zwischen dem, was die jetzige Regierung tut und dem, was ich machen würde. Das ist natürlich Zweckpropaganda, die in Frankreich und im Ausland nicht immer auf taube Ohren stößt. Ich will Ihnen sagen, warum *ich die Politik kritisiere,* selbst wenn ich 1983 dem Kurswechsel der Sozialisten zugestimmt habe.

1. Die sozialistische Sanierung beruht auf Kontrollen, vor allem der Preiskontrolle. Erfolge in der Anti-Inflationspolitik sind teilweise künstlicher Natur, da die meisten der im Verbrauchsindex erfaßten Preise strikt von der Regierung kontrolliert werden.

2. Die *Haushaltspolitik ist nur* scheinbar restriktiv. Das Defizit steigt jährlich. Die berühmte Defizitbegren*zung des Präsidenten auf 3 Prozent* des Bruttosozialprodukts ist in Wahrheit eine Defizit-Indexierung. Das Haushaltsdefizit muß sofort reduziert werden, andernfalls können wir nicht zu Steuererleichterungen für Unternehmen und Steuerzahler kommen.

3. Die Regierung konnte das Zahlungsbilanzdefizit vermindern, aber die Bilanz nicht ausgleichen. Deshalb steigt die Auslandsverschuldung Frankreichs laufend weiter.

4. Die Beschäftigungspolitik der Regierung zieht seit 1981 laufend Ar*beitsplatzverluste nach sich. Um das* abzustellen, muß dreierlei geschehen: Abbau das Haushaltsdefizits, Investitionsanreize für die Unternehmen und eine Sozialpolitik flexibler Arbeitsbedingungen und Tarife.

5. Der von den Sozialisten stark vermehrte öffentliche Sektor muß allmählich auf dem Wege der Reprivatisierung wieder abgebaut werden. Vor allem im Bereich der Banken und der im Wettbewerb stehenden Unternehmen.

In keinem dieser fünf Bereiche hat die *sozialistische Regierung* bisher irgend etwas unternommen. Hier aber muß ohne Verzug gehandelt werden.

WELT: Sind Sie mit der *französisch-deutschen* Zusammenarbeit im industriellen Bereich zufrieden? Glauben Sie, daß das große Handelsbilanzdefizit Frankreichs gegenüber der Bundesrepublik unvermeidbar ist – und wenn nein, was könnte dagegen unternommen werden? *Oder sollte man* die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern nicht eher unter dem weniger problematischen Aspekt der Leistungsbilanz sehen?

Barre: Was die industrielle Kooperation betrifft, so sage ich Ihnen, daß man sich niemals mit der Situation begnügen darf, die zu einem bestimmten Zeitpunkt besteht.

Meiner Ansicht nach haben die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich alles Interesse daran, die industrielle Kooperation weiter zu entwickeln – aber das muß vor allem über engere Beziehungen zwischen den Unternehmen der beiden Länder geschehen. Ich glaube nicht, daß diese Kooperation durch staatliche Interventionen intensiviert werden könnte. Gewiß gibt es Bereiche, in denen die französische und die deutsche Regierung Kooperationen veranlassen können. Dies war beim Airbus der Fall. Weitere Großprojekte könnten dem politischen Willen der beiden Regierungen entspringen. Aber *letztlich muß* die *industrielle* Kooperation von den Unternehmen sichergestellt werden.

Ich bin deshalb sowohl für wechselseitige Beteiligungen zwischen französischen und deutschen Firmen unter Respektierung ihrer Interessen, als auch für solche, durch die bestimmte Ziele vor allem im Hochtechnologiebereich verwirklicht werden sollen.

WELT: *Denken Sie dabei an Eureka?*

Barre: Ich habe stets meine Unterstützung für das Eureka-Programm bekundet. Ich wünsche, daß dieses Programm von den Unternehmen verwirklicht wird, allerdings im Rahmen einer globalen Politik der Regierungen der EG und dritter Länder, zum Beispiel der Schweiz und Schwedens. Auch meine ich, daß Eureka umso besser reüssiert, je weniger bürokratisch dieses Projekt ist.

Zur Frage des Handelsbilanzdefi*zits kann ich Ihnen sagen,* daß es im Interesse der Franzosen liegt, die Exporte in die Bundesrepublik aus*zuweiten. Das kann unter der Bedingung* gelingen, daß wir international wettbewerbsfähig sind. Dann sind wir das auch in der Bundesrepublik.

Aber es muß sich um eine echte Wettbewerbsfähigkeit handeln, die aus der Verbesserung der Produktionsbedingungen und der Beherrschung der Produktionskosten resultiert und nicht um *künstliche Mittel* wie ständige Abwertungen.

Im übrigen dürfen wir heute nicht mehr in streng bilateralen Vorstellungen denken. Frankreich unterhält *Handelsbeziehungen* mit zahlreichen Ländern. Was zählt, ist deshalb die globale Situation seines Außenhandels und das Ergebnis seiner Leistungsbilanz.

Ich habe immer wieder betont, daß der wichtigste Indikator die Leistungsbilanz und nicht die Handelsbilanz ist. Im Dienstleistungsverkehr verbucht Frankreich bedeutende Überschüsse. Allerdings reicht es nicht aus, daß dadurch die Defizite im Warenverkehr lediglich ausgeglichen werden. Vielmehr muß die Leistungsbilanz durch Überschüsse die Währung stärken und Frankreich erlauben, seine Rolle in der Weltwirtschaft zu spielen, insbesondere durch Investitionen und Kapitalanlagen im Ausland.

WELT: Halten Sie den Franc für abwertungsbedürftig?

Barre: Wenn man abwerten muß, wertet man ab. Am besten ist eine Politik, die nicht dazu führt. Ich habe es *fertiggebracht,* fünf Jahre lang die Francparität ohne Interventionen der Banque de France zu halten. Aber es *gibt berühmte Beispiele* von gelungenen Abwertungen und verfehlten Aufwertungen. Die Pfundaufwertung Churchills von *1925 hat Großbritannien* erstickt – die Francabwertung Poincarés von 1928 um immerhin zwei Fünftel des Francwerts hat Frankreich wieder ins wirtschaftliche Gleichgewicht gebracht.

WELT: Sind Sie zufrieden mit dem derzeitigen Zustand der EG als politischer Einheit gegenüber den Supermächten? Werden sich nach dem Paris-Besuch von Herrn Gorbatschow die Spannungen in Europa vermindern?

Barre: Zunächst zur EG. Angesichts meiner langjährigen Brüsseler *Erfahrungen* kann ich Ihnen sagen, daß ich nicht pessimistisch bin. Ich glaube, daß die Europäische Gemeinschaft langsam aber sicher voranschreitet und weiter voranschreiten wird. Unglücklicherweise leben viele Leute mit einer Art europäischem Romantismus. Sie wollen schneller vorankommen, als das in Wirklichkeit möglich ist, und ihre Enttäuschungen, die sie beklagen, sind enttäuschte Illusionen.

Meiner Ansicht nach gibt es gegenwärtig in der EG drei grundsätzliche Dinge zu tun, und ich hoffe, daß Frankreich und die Bundesrepublik dazu ihren Impuls und dauerhaften Beistand geben: erstens, die Errichtung eines großen autenthischen EG-Binnenmarktes, zweitens, die Entwicklung der technologischen Zusammenarbeit nach den Prinzipien über die wir gesprochen haben, und drittens die Intensivierung der politischen Kooperation und deren Ausdehnung auf den Sicherheitsbereich, und zwar insbesondere durch die *Gründung eines politischen Sekretariats,* in welchem dieser neue politische Wille zum Ausdruck kommt.

Diese drei Vorhaben sollten innerhalb der nächsten zehn Jahre verwirklicht werden.

Was die Beziehungen zwischen West- und Osteuropa betrifft, so müssen sie zwei Prinzipien entsprechen, nämlich dem Dialog und der Standhaftigkeit. Der Dialog ist deshalb nötig, weil die West- und Osteuropäer auf dem gleichen Kontinent leben und weil sie sich darum bemühen *müssen, daß auf diesem Kontinent* Sicherheit und Frieden herrscht. Andererseits ist Standhaftigkeit deshalb *nötig, weil wir weder Einschüchterungen* noch Konzessionen akzeptieren können, die auf Zeit für unsere Sicherheit *gefährlich* sein würden.

Natürlich dürfen dadurch nicht die Bindungen innerhalb der Atlantischen Allianz in Frage gestellt werden. Diese Allianz ist die einzige Garantie für die Freiheit Westeuropas. Im Rahmen dieser Allianz müssen wir westeuropäischen Länder unseren Willen an der gemeinsamen Verteidigung manifestieren und unseren Anteil daran übernehmen. Und wir müssen darüber wachen, daß die Gegensätze zwischen West- und Osteuropäern der Sowjetunion keine Gelegenheit zum Eingreifen bieten.

So glaube ich, daß verhältnismäßig einfache Ideen die Politik Westeuropas gegenüber dem Osten bestimmen sollten. Ich möchte noch eins hinzufügen: Wir sind Mitglieder der Atlantischen Allianz und wir sind ihr treu – aber in dieser Allianz darf nicht nur ein einziges Verhalten möglich sein, nämlich das der Anpassung an die Position der stärksten Alliierten. Vielmehr muß zugestanden werden, daß es nicht gegen den Geist der Allianz verstößt, wenn es unterschiedliche Interessen zwischen deren Mitgliedern gibt. Deshalb muß die wichtigste Aufgabe jedes Verbündeten darin bestehen, gegenseitiges Verständnis zu zeigen und den Interessen des einen wie des anderen gerecht zu werden. Allianz heißt nicht „Rührt-Euch".

WELT: Als französischer Premierminister haben Sie 1976 als erster in Frankreich das Wort von der „Ausdehnung des Allerheiligsten", das heißt der atomaren Abschreckung, geprägt. Wäre Frankreich gegebenenfalls bereit, die Bundesrepublik atomar zu schützen?

Barre: Ich darf Ihnen dazu sagen, daß *mir die Ausdehnung* der nuklearen Garantie Frankreichs auf die Bundesrepublik oder auf andere westeuropäische Länder nicht möglich erscheint. Monsieur Mitterrand selbst hat das sehr klar gesagt, vor dem Parlament in Den Haag anläßlich seines Staatsbesuchs in den Niederlanden und bei verschiedenen anderen Gelegenheiten in Frankreich.

Der Grund dafür ist sehr einfach: Jede Garantie dieser Art muß glaubwürdig sein. Jedoch ist Frankreichs nukleare Abschreckungspolitik auf *das Prinzip* der Abschreckung des Schwachen gegenüber dem zu Starken ausgerichtet. Wir können deshalb nicht versuchen, *glauben zu machen,* daß wir mehr tun könnten.

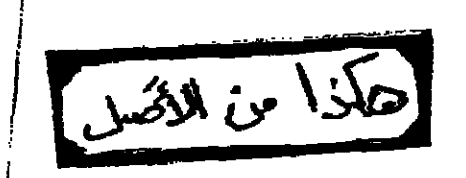
Aber eines möchte ich doch hinzufügen, daß sich unsere deutschen Freunde nicht von wiederholten Reden beeindrucken lassen sollten, wonach Frankreich im Falle einer Aggression den Konflikt vom Balkon aus vor sich abrollen ließe, ohne daran teilzunehmen. Wie könnten wir eine solche Haltung einnehmen, wo wir doch sehr *genau wissen, daß* sich weder strategisch noch militärisch die Verteidigung Deutschlands von der Frankreichs trennen läßt. Im übrigen stehen französische Truppen in Berlin, und in der Bundesrepublik ist ein französisches Armeekorps stationiert.

Dieser Bereich der Sicherheit und die Verteidigungskooperation müssen gelassen und aufrichtig diskutiert werden – aber das setzt gegenseitiges Vertrauen zwischen den Partnern voraus. Es ist unerläßlich, daß die Franzosen der Bundesrepublik vertrauen. Sie haben mich jedenfalls noch niemals von den deutschen Unsicherheiten (Unwägbarkeiten) sprechen gehört, in dem Sinne, als ob ich eine Abdrift der Bundesrepublik fürchtete. Warum, weil ich nicht daran glaube und außerdem weil ich davon überzeugt bin, daß ein Alliierter seinem Alliierten Vertrauen entgegenbringt. Ich füge hinzu: Ein Partner in einer Gemeinschaft vertraut seinem Partner. Und ich wünsche, daß unser deutscher Alliierter das *gleiche* Vertrauen zu Frankreich hat wie wir zu ihm.

Seit 1950 haben wir damit begonnen, etwas geschichtlich Einmaliges zu unternehmen. Zwei Völker, die sich bekämpft hatten, beschlossen, ohne die Vergangenheit zu vergessen, nicht mehr Sklaven ihrer Vergangenheit zu bleiben und zusammen auf der Basis ihrer Entente und ihrer Kooperation die Gemeinschaft der Völker Westeuropas zu gründen. Dies ist es, was zählt und dies muß der entscheidende Faktor für unser gegenseitiges Vertrauen sein.



Frankreich war überrascht, als Präsident Giscard d'Estaing am 25. August 1976 den weithin unbekannten Wirtschaftsprofessor Raymond Barre als Nachfolger von Jacques Chirac zu seinem zweiten Premierminister ernannte. Barre (61) hatte bis dahin nur einen kurzen Ausflug in die Politik gemacht (1962 als Kabinettschef *im Industrieministerium)* und war später Europa-Kommisssar in Brüssel gewesen. In seine *fünfjährige Regierungszeit* fällt die Sanierung des Franc und eine erste Phase der Austerity-*Politik*. Der Abgeordnete von Lyon teilt sein Leben zwischen den Bänken des Palais Bourbon und den Hauptstädten der westlichen Welt, wo man immer gerne seinen Rat hört. FOTO: CAMERA PRESS



SDI-Resolution: ABM wird nicht verletzt

Unbehagen bei NATO-Delegierten trotz US-Zusicherung

FRITZ WIRTH, San Francisco

Nach viertägigen Diskussionen haben die NATO-Parlamentarier in San Francisco auf ihrer Jahrestagung sich zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) bekannt. Es war ein mühseliges „Ja", das auf den Rükken zahlreicher „Wenn" und „Aber" und vielen Vorbehalten steht und sich in der vierstündigen Schlußdebatte vorübergehend im Dschungel von 20 Änderungsanträgen zu verirren drohte.

Um so erstaunter waren am Ende die Befürworter dieses neuen Verteidigungssystems, mit 91 gegen 28 Stimmen bei 28 Enthaltungen einen so klaren Sieg errungen zu haben. Die Erklärung: Die Schlußresolution zur SDI war so breitflächig mit Rückversicherungsklauseln versehen worden, daß am Ende nicht einmal mehr die deutschen SPD-Delegierten dazu nein sagen konnten. Mit einer Ausnahme enthielten sie sich der Stimme.

Die vom amerikanischen Senator und neuen Präsidenten der NATO-Versammlung, Charles Mathias, und vom britischen Sozialdemokraten John Cartwright vorgelegte SDI-Resolution befürwortet die Forschung am neuen amerikanischen Verteidigungssystem unter Einhaltung und Berücksichtigung der Grenzen, die der ABM-Vertrag setzt. Die deutschen Sozialdemokraten haben zusammen mit dänischen, britischen, französischen und griechischen Sozialisten 14 Änderungsanträge formuliert, die von der Versammlung entweder klar niedergestimmt oder freiwillig zurückgezogen wurden.

Forschung muß zu einer Zweibahnstraße führen

Dagegen wurden vier Änderungsanträge des Delegierten Franke (CDU) angenommen, in denen festgehalten wurde, daß die Strategie der „flexiblen Reaktion" gültig bleibt, so lange es keine wirksamere Alternative gibt, daß die SDI-Forschungsarbeiten nicht zu einer amerikanischen strategischen Überlegenheit führen dürfen, daß die Entscheidung über eine Entwicklung und Stationierung des neuen Systems erst nach Konsultationen mit den Verbündeten und Verhandlungen mit den Sowjets gefällt werde, und daß die technologischen Ergebnisse der SDI-Forschung in einer transatlantischen „Zweibahnstraße" von den Bündnispartnern genutzt werden können.

Frankes Forderungen basierten auf der SDI-Position der Bundesregierung, wie sie zuvor auch vom deutschen Delegationsleiter Abelein formuliert worden war.

Die Debatte selbst spiegelte deutlich das Unbehagen zahlreicher Delegierter über die Auslegung der ABM-Verträge durch die USA wider, was bei der Mehrzahl der amerikanischen Delegierten spürbare Verärgerung auslöste. Sie zeigten sich betroffen über das Unvermögen und in einigen Fällen sogar über die mangelnde Bereitschaft einiger Delegierter, die klaren Zusicherungen der Reagan-Administration zu akzeptieren.

Denn sowohl Außenminister Shultz wie auch der amerikanische Abrüstungsexperte Paul Nitze haben in San Francisco in aufsehenerregenden Erklärungen versichert, daß die USA mit ihrer SDI-Forschung nicht die bestehenden ABM-Verträge unterminieren wollen, sondern auf einer eng ausgelegten Interpretation der Vertragsklauseln bestehen.

Amerika sucht keine strategische Überlegenheit

Nitze wies den SPD-Delegierten Gansel, der offenbar diese Versicherung von Shultz für nicht ausreichend hielt, darauf hin, daß es bei den ABM-Verhandlungen Anfang der siebziger Jahre die USA gewesen seien, die das Verbot neuer Verteidigungstechnologien in den Vertragstext mit einbauen wollten, was jedoch am Widerstand der Sowjets scheiterte. Nitze: „Wir haben, im Gegensatz zur Sowjetunion, immer auf eine restriktive Auslegung der ABM-Verträge bestanden und werden das auch in Zukunft tun."

Im übrigen gab Nitze SDI-Klippschul-Unterricht nach dem Thema: „Was ist die SDI, und was ist sie nicht." Er gab dabei eindeutige Zusicherungen über die „wesentlichen Merkmale der SDI-Forschung, daß beispielsweise alle Verbündeten konsultiert werden und mit den Sowjets verhandelt wird, bevor und wenn überhaupt ein solches System stationiert werden soll, und daß keine strategische amerikanische Überlegenheit angestrebt werde. Unbegründet sei die Furcht, daß die SDI-Forschung auf Kosten der konventionellen Verteidigung gehe, denn sie beanspruche zur Stunde nur ein Prozent des US-Verteidigungshaushaltes.

Es war vergebens. Die Zweifel blieben, wie die anschließende Debatte zeigte, in der immer noch gefordert wurde, was bereits zugesichert worden war. SDI ist offenbar für viele europäische Politiker immer noch die unheimliche strategische Unbekannte, die man am besten auf abwägende Distanz hält.

Hat sich Le Pen ein Millionenerbe erschlichen?

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die „Nationale Front" von Jean-Marie Le Pen steckt in einer Krise. Einer seiner früheren Mitstreiter, der Ex-Abgeordnete Demarquet, beschuldigte in „Le Monde", sich 1976 das Millionenerbe des sterbenskranken Industriellen Hubert Lambert erschlichen und vielleicht dessen vorzeitigen Tod herbeigeführt zu haben. Le Pen bestritt die Vorwürfe.

Lambert (42), ein nervenkranker Alkoholiker, war in der Nacht zum 21. Januar 1976 plötzlich gestorben. Demarquet, Neurologe und Hausarzt der Familie Lambert, deutete an, Le Pen könne seinem Patienten Alkohol eingeflößt und so seinen Tod beschleunigt haben. Wenige Tage vor seinem Ableben hatte Lambert Le Pen zum Universalerben seines 35,5 Millionen Franc (10,2 Millionen Mark) betragenden Vermögens eingesetzt.

Wenn die Beschuldigungen Demarquets stimmen, müßte es zu einer Strafverfolgung Le Pens kommen. Das wäre das sichere Ende der politischen Karriere des umstrittenen Mannes und womöglich das seiner Partei, die obendrein über die Aufstellung der Listen für die Parlamentswahlen im März zerstritten ist.

Gonzalez setzt auf eine pragmatische Linie

Absagen an ideologische Forderungen im Bericht zur Lage der Nation / Mehrheit für Verbleib in der NATO

ROLF GÖRTZ, Madrid

Während draußen auf der Straße die spanische Nationalpolizei eine Demonstration linker NATO-Gegner auf dem Wege zum Parlament abdrängte, demonstrierte der sozialistische Ministerpräsident Felipe Gonzalez drinnen vor dem Plenum den pragmatischen Stil seiner eigenen „Caudillaje". Mit diesem Vergleich zum Franco-Regime jedenfalls kritisierten ihn die entsetzten Ideologen der vor kurzem noch bis zur Hofberichterstattung regierungsnahen Zeitung „El Pais".

Mit seinem Bericht zur Lage der Nation – der letzte in dieser Legislaturperiode – leitete Gonzalez jedoch selbstsicher das Wahljahr 1986 ein. Das 100 000 Mann Heer, der von ihm allein abhängigen Sozialisten in Verwaltung und Institutionen bleibt sein sicherer Treibriemen. Gemäßigt im Ton, triumphalistisch im Inhalt stellte dieser Bericht eine „Absage an jede Ideologie" dar. So der Kommentar des oppositionellen ABC. Am Tag zuvor legte dieselbe Zeitung in einer Karikatur dem sozialistischen Ministerpräsidenten einen Stoßseufzer auf die Zunge: „Heilige Jungfrau, laß mich da, wo ich jetzt bin." Auf einer mit Rädern versehenen Wahlurne rast Felipe Gonzalez über die ganze erste Seite abwärts. Die Zeitung spielte auf die Schwierigkeiten des Premiers mit seiner eigenen Partei an. Namhafte Politiker der Regierungspartei, unter ihnen der Chef der sozialistischen Gewerkschaft UGT, Nicolas Redondo, und der Juso-Chef hatten sich in einem „Friedensmanifest" dafür ausgesprochen, das Spanien „keinem der Militärblöcke" angehören solle.

Die Antwort des Oppositionsführers Fraga Iribarne, Chef der konservativen Volksallianz, mochte ihn beruhigen. Bemüht, cholerisch klingende Ansätze zu vermeiden, ließ Fraga Iribarne trotz aller Kritik an Gonzalez' Bericht zur Lage der Nation, der an der „wirklichen Lage" vorbeigehe, einen gewissen Konsens mit der Regierung erkennen. Offene Übereinstimmung herrscht bei Regierung und Opposition in der NATO-Frage, die Felipe Gonzalez aus internen Gründen nur in einem Nebensatz streifte: „Spanien muß ein kollektives System der Sicherheit anerkennen. Die Notwendigkeit, in der NATO zu verbleiben, hat internationale, aber auch interne Gründe." Fraga: „Die Regierung hat in diesem Punkt die volle Unterstützung der Opposition."

Der spanische Ministerpräsident gab offen zu, daß die Regierung irrte, als sie vor drei Jahren die Schaffung von 800 000 Arbeitsplätzen versprach. Tatsächlich stehen heute 700 000 Arbeitslose bei einer Quote von 22 Prozent Unbeschäftigten mehr auf der Straße, wenn dieser Vergleich anläßlich der unverhältnismäßig hohen Schwarzarbeit zulässig ist. Als Beweis der nach Ansicht des Ministerpräsidenten positiven Entwicklung der Wirtschaft, zitierte Gonzalez einen Anstieg des Exports auf 23 Prozent des Bruttonationalprodukts und der Auslandsinvestitionen um acht Prozent.

In den drei Jahren der sozialistischen Regierung hat man die Inflation um die Hälfte auf etwa acht Prozent senken können. Den Anstieg der Devisenreserven nannte Gonzalez einen „historischen Rekord". Das Wirtschaftskapitel seines Berichtes schloß der Regierungschef mit dem Hinweis auf die EG: „Spanien integriert sich unter Bedingungen eines angemessenen Gleichgewichts."

Oppositionssprecher Fraga bestätigte das „Funktionieren der demokratischen Institutionen", stellte jedoch mit berechtigter Ironie fest, daß sich dies in der inzwischen von den Sozialisten überbesetzten Verwaltung offenbar nicht durchgesprochen habe. Besonders die Justiz funktioniere „nach ihrer jüngst vollzogenen Reform nicht zum Wohle des Bürgers". Die Opposition kritisiert seit Monaten die Politisierung des Obersten Gerichtswesens durch die Regierungspartei gegen den lautstarken Protest unabhängiger Richter.

Im Gegensatz zum optimistischen Bericht des Ministerpräsidenten zeichnete der Oppositionssprecher in der Frage der Kriminalität ein verheerendes Bild vor allem aufgrund der zunehmenden Drogensucht. „In schneller Entwicklung haben wir mit 80 000 Heroinsüchtigen alle Rekorde geschlagen." Er prangerte die Sozialisten an, im Gesetz zwischen weichen und harten Drogen zu unterscheiden und so zu dem Elend beigetragen zu haben, da die weiche Droge nur den Übergang zur harten darstelle. Zur wirtschaftlichen Entwicklung korrigierte Fraga, daß sich die Investition in festen Werten um 3,3 Prozent verringert habe. Scharf kritisierte er die Schulpolitik. Die Regierung verfolgt hierbei das Ziel, den traditionellen Einfluß der Kirche durch die Propagierung einer eigenen Ideologie ersetzen zu wollen.

Ortegas Schlag gilt vor allem der Kirche

Ausnahmezustand in Nicaragua / Versammlungsverbot

WERNER THOMAS, Bonn

Die sandinistische Regierung in Nicaragua will mit der Wiedereinführung des Ausnahmezustandes ihren absoluten Machtanspruch festigen. Die interne Opposition kann ihren letzten Spielraum verlieren. Diplomatische Beobachter glauben, daß diese Maßnahme aber besonders gegen die katholische Kirche und Kardinal Miguel Obando y Bravo gerichtet ist, den wichtigsten Gegenspieler der Comandantes.

Ein entsprechender Erlaß der Regierung hebt das Recht auf Versammlungsfreiheit, auf freie Meinungsäußerung und die Verbreitung von Ansichten im Rundfunk sowie das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung auf. Das Brief- und das Telefongeheimnis wurden von den Sandinisten ebenfalls außer Kraft gesetzt.

Staatschef Daniel Ortega stempelte in einer Fernsehansprache die oppositionellen Kräfte zu Komplizen der „terroristischen Politik der Reagan-Regierung und der antisandinistischen Rebellen. Wir können nicht länger mit verschränkten Armen die von den USA begünstigten konterrevolutionären Umtriebe tolerieren". Die USA geben Millionen aus, „das nicaraguanische Volk umzubringen". Als Bedingung für das Aufheben der „außergewöhnlichen Maßnahme" nannte Ortega die Beendigung der „imperialistischen Aggression" gegen Nicaragua.

Schon 1982 Regierung mit Sondervollmachten

Die Bevölkerung des mittelamerikanischen Landes kennt schon Notstandssituationen. Bereits zwischen März 1982 und November vergangenen Jahres hatte die marxistische Regierung mit Sondervollmachten regiert. Aber auch nach der Aufhebung des Belagerungszustandes ließ das Innenministerium die Zeitung La Prensa zensieren, Oppositionsvertreter überwachen und einschüchtern. Enrique Bolanos, der Präsident des Privatsektorverbandes COSEP, wurde vor wenigen Wochen ein Opfer von Enteignungsaktionen und stand vorübergehend unter Hausarrest. Ein Funktionär der sozialdemokratischen Partei erklärte Anfang Oktober: Wir blicken traurigen Zeiten entgegen.

Seit einigen Monaten waren jedoch Zeichen einer ideologischen Aufweichung zu registrieren. Die „höllische Wirtschaft" (Daniel Ortega) und der fast vierjährige Krieg gegen die Contra-Brigaden, der sich verschärft, stimmten viele Nicaraguaner revolutionsmüde. So verloren die Blockwart-Organisationen (Komitees zur Verteidigung des Sandinismus) ihre Kontrolle über manche Wohnbezirke. So demonstrierten Anfang der Woche streikende Bauarbeiter. So forderten vier Parteien und zwei unabhängige Gewerkschaften eine Volksabstimmung über die Regierungspolitik. Seit der Machtübernahme der marxistischen Comandantes im Juli 1979 ist die Opposition ständig geschrumpft. Prominente Politiker wie die früheren Junta-Mitglieder Alfonso Robelo und Arturo Cruz gingen ins Exil. Die verbliebenen Oppositionskreise konnten sich nie frei enfalten.

Die Popularität des Obando y Bravo

Den größten Einfluß behielt dagegen die katholische Kirche. Miguel Obando y Bravo, einziger Kardinal Mittelamerikas, und seit wenigen Wochen wieder Vorsitzender der nationalen Bischofskonferenz, gilt als der populärste Mann Nicaraguas.

Die Kirche befürchtet eine neue Runde der Konfrontation mit dem sandinistischen Staat. Am Dienstag durchsuchten Sicherheitsbeamte kirchliche Einrichtungen, beschlagnahmten Schriften und verhinderten den Andruck einer neuen Publikation. Da die Notstandsgesetzgebung auch die Versammlungsfreiheit einschränkt, scheinen nun auch die gespäten Besuche des Kardinals in mittleren Städten des Landes gefährdet zu sein.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler erklärte, mit der Ausrufung des Notstandes habe das Regime in Nicaragua die Maske fallen lassen. Der in dem mittelamerikanischen Land stattfindende Bürgerkrieg könne sofort beendet werden, wenn die Sandinisten die freie Wahlen und Pluralismus ließen.

Der Rhein, Deutschlands bedeutendster Strom, ist das Sorgenkind seiner Anwohner. Durch bauliche Maßnahmen in der Vergangenheit strömt der Fluß an zahlreichen Stellen mit voller Geschwindigkeit. Die Folge: starke Erosionserscheinungen am Boden des Flußbettes. Seit nunmehr zehn Jahren wird deshalb mit Kies nachgeholfen, um die gravierenden Folgen in Grenzen zu halten.

Futterbeschaffung für den Rhein

Von HARALD STEINERT

Während man am langsam fließenden Niederrhein mit wasserbaulichen Korrekturen immer vorsichtig blieb, wurde die Regulierung des Oberrheins zum harten Kampf. Selbst die Regulierung der Jahre 1880 bis 1900, die das Überschwemmungsgebiet um rund die Hälfte auf 500 Quadratkilometer reduzierte und den Schiffsverkehr stark verbesserte, veränderte die Hydrologie nicht entscheidend.

Die Regulierung begann durch den Strombaumeister Tulla in der Mitte des 19. Jahrhunderts: Die Seitenarme wurden zu einem Hauptstrom zusammengefaßt, dieser wurde begradigt, gegen den Hochwasserschutz wurden Dämme gebaut. Die Hochwassergefahr war tatsächlich gebannt, die Kürzung des Rheinlaufs um 14 Prozent durch die Tullasche Regulierung und die Zusammenfassung der Stromarme jedoch führte zu solcher Steigerung der Fließgeschwindigkeit, daß der Rhein – um die erhöhte „Schleppkraft" seines Wassers abzusättigen – begann, seine Sohle anzunagen: Jährlich wurden rund 0,6 Millionen Kubikmeter „Geschiebe" (Sand und Kies) erodiert, die Sohle sank um fast acht Meter, wobei der Grundwasserspiegel an den Ufern sank und Felder und Wiesen vertrockneten.

Eine zweite Regulierung im 20. Jahrhundert durch Baudirektor Honsell, die den Rhein in ein noch engeres *Korrektionsbett zwang*, verschlimmerte die Lage: Der Strom floß noch schneller, und die Sohlenerosion beschleunigte sich. Man hatte offenbar mit diesen Korrekturen eine Pandorabüchse geöffnet.

Die Denaturierung – sprich Kultivierung – des Oberrheins erreichte ihren Höhepunkt nach dem Ersten Weltkrieg, als Frankreich das Recht erhielt, den Oberrhein in ein Kanalbett auf seine Seite umzuleiten – der „Rheinseitenkanal" war etwa 50 Kilometer lang, zwischen Basel und Freiburg. Weiter abwärts wurde der Rhein bis Straßburg in Schlingen auf die französische Seite gezogen.

Der Fluß rächt sich für die Eingrenzungen

In diese Rhein-Umleitung wurden Staustufen mit Kraftwerken eingebaut. Immerhin war jetzt der Rhein voll schiffbar, und Basel wurde so zur Seestadt der Schweiz. Dafür sank der Wasserspiegel im „Altrhein" noch viel mehr, um ihn herum versteppte die Landschaft.

Der Rhein jedoch rächte sich für diese Vergewaltigung, indem er den Menschen zu einem Wettlauf zwang: Sobald er unterhalb der ausbetonierten Kanalstrecke in eine neue Staustufe gezwungen wurde, begann er unterhalb der Stufe seine Sohle anzunagen – der „Erosionskeil" konnte dabei in einem Jahr bis zu 2,5 Meter Tiefe und mehrere Kilometer Länge erreichen.

Die Ursache: Man hatte ihm wieder die Geschiebezufuhr abgeschnitten, teils durch den betonierten Kanal, teils durch die Erosionsverhinderung *in dem* aufgestauten Teil. Sobald der Stau passiert war, begann der Fluß mit voller Geschwindigkeit zu strömen und seine volle Schleppkraft zu entwickeln, zu deren Absättigung die Sohle erodiert wurde.

Die Abhilfe war jedesmal der Bau einer nächsten Staustufe flußabwärts in 15 bis 25 Kilometern Entfernung. So wurden fast im Vierjahrestakt seit 1957 sechs neue Staustufen rheinabwärts gebaut, und der Wettlauf zwischen dem sohlenannagenden Fluß und dem Staustufenbau schien sich bis zum Rheindurchbruch fortzusetzen.

Endlich kam der damalige Baudirektor der „Bundesanstalt für Wasserbau" in Karlsruhe, Karl Felkel, auf einen Ausweg, der diesem Rennen der Staustufen flußabwärts ein Ende machen konnte: Er schlug vor, den geschiebehungrigen Rhein einfach an der letzten Staustufe mit Geschiebe zu füttern, d.h. in ausreichenden Mengen Kies und Sand einzuschütten, damit die Schleppkraft des Stroms abgesättigt wurde.

Diese Idee wurde erstmals 1975 an der gerade letzten Staustufe Gambsheim erprobt, dann ab 1978 an der *inzwischen fertig gewordenen* nächsten Staustufe Iffezheim praktiziert: Sie erwies sich als voller Erfolg, man konnte so jede Sohlenerosion verhindern und das Flußbett zentimetergenau in seiner Tiefe stabilisieren. Benötigt werden jährlich rund 160 000 *Kubikmeter Kies, die Kosten sind* erheblich – mit fünf bis sieben Millionen DM pro Jahr –, doch nur ein Bruchteil der Kosten einer neuen Staustufe, die mehrere Milliarden betragen.

Allerdings kann auf lange Sicht die „Futterbeschaffung" für den Rhein Probleme bringen, die nötigen Kiesabbaggerungen sind nicht eben land*schaftsfreundlich, doch sicherlich* gegenüber den Staustufen das weitaus kleinere Übel.

Das dem Oberrhein zugefütterte Geschiebe wird inzwischen am Niederrhein dringlich erwartet. Denn dort ist der Fluß seit Jahrzehnten außer Rand und Band geraten, mindestens zum Teil wegen fehlenden Geschiebes. Diese Erosionsprozesse sind durch die ungleichmäßige Mobilisierung des Geschiebes an anderen Stellen – so z. B.in den Rheinschlingen bei Düsseldorf – mit Ablagerung der erodierten Sandmassen verbunden: Dort muß laufend gebaggert werden, um die Fahrwassertiefe zu erhalten. Man kann jedoch die Baggermassen nicht wieder in den Rhein an anderer Stelle *einleiten, weil der* Fluß damit zu stark verunreinigt würde. Diese Zwangsbaggerungen summieren sich mit zu den „Sohlenmassenverlusten".

Ein Abschluß der Häfen wäre völlig undenkbar

Bei dem Kampf gegen die Wassertiefenverringerung sind die Häfen am Rhein und neben dem Rhein mit am meisten betroffen: Während im lebendigen Strom die Wasserspiegelsenkung zum großen Teil durch die Erosionseintiefung der Sohle kompensiert wird, wirkt in dem ruhenden Wasser der Häfen nur die Wasserspiegelsenkung. Denn ein Abschluß der Häfen gegen den Rhein ist zwar theoretisch möglich, jedoch in der Praxis völlig unökonomisch. In den *Häfen* treten *Umschlagschwierigkeiten* auf, weil die Hubhöhe zwischen Land mit Kran und Schiff sich steigert. Die Hafenmauern und Kais sinken, Gebäude verlieren die Standfestigkeit. Die Häfen zwischen Bonn und der niederländischen Grenze *schätzen, daß sie jeder Zentimeter* Wasserspiegelsenkung rund 6,3 Millionen DM kostet.

Die interessanteste Lösung der Wasserspiegelsenkung wurde im Hafen Duisburg praktiziert, wo man die Bodensenkung durch den Kohleabbau sich zunutze machte: Der Abbau wurde so gezielt durchgeführt, daß sich das ganze Hafengebiet um 2,30 *Meter senkte, so gleichmäßig, daß* über Tage sozusagen alles beim alten blieb, als der Untergrund der Wasserspiegelung nachfolgte.

Das Sohlenprofil des Rheins wäre vermutlich inzwischen schon wieder zu einem erheblichen Teil ausgeglichen, wenn dem Fluß von der Bergseite her laufend Geschiebe zugeführt worden wäre, mit dem er die Sohlenmassenentnahmen ausgleichen kann. Es ist z. B. in den tiefen Senken der Kohleabbaufelder zu beobachten, daß der Rhein willig solche Senken mit Kies und Sand füllt – so er sie hat.

Doch sein Wasser ist Geschiebeverarmt; seine Nebenflüsse liefern alle keine Geschiebe mehr, weil sie – wie die Mosel – kanalisiert sind. Die Oberrhein-Regulierung hat die Geschiebezufuhr weitgehend abgeschnitten. Da sind die 160 000 Kubikmeter, die bei der Staustufe Iffezheim in das Rheinwasser gekippt werden, ein durchaus willkommener Beitrag zur Verminderung der Sohlenerosion und Wasserspiegelsenkung am Niederrhein.

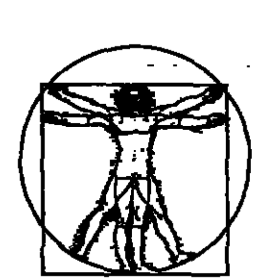
NOTIZEN

Computer aus China

Peking (Reuter) – Chinesische Wissenschaftler haben nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Neues China von gestern zwei Computer entwickelt, die zur Entwicklung von Weltraumschiffen und Waffen benutzt werden können. Der digitale Simulationscomputer Yinhe-F1 und der Minicomputer Yinhe-X1 seien von der Universität für Nationale Verteidigungswissenschaften und Technologie in Changsha in der Provinz Hunan in drei Jahren entwickelt worden.

Reinigungsfanatismus

Recklinghausen (lnw) – Gegen den alljährlich übertriebenen „Reinigungsfanatismus" in Gärten und Parks hat sich die Landesanstalt für Ökologie (LÖLF) in Recklinghausen gewandt. Sie weist darauf hin, daß Herbstlaub kein Abfall, sondern ein wichtiges Glied im Stoffwechselkreislauf der Natur ist. Die Blätter gehörten nicht in die Mülltonne, sondern sollten unter Büschen, Hecken und Bäumen der Natur zurückgegeben werden. Die Umweltschützer empfehlen ferner, Laub zu kompostieren, soweit das Blattwerk nicht von schadstoffbelasteten Bäumen an verkehrsreichen Straßen stamme.



Mehr Blutspender

Düsseldorf (lnw) – Die weitverbreitete *Angst vor Aids hat sich zu*mindest im vergangenen Jahr auf den Blutspendedienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Landesverband Nordrhein, nicht negativ ausgewirkt: 1984 konnte der Landesverband mit insgesamt *620 013* Spendern einen Zuwachs von 28 888 Blutentnahmen im Vergleich zu 1983 verzeichnen.

Zusammenschluß

München (dpa) – Für etliche Millionen Mark wollen Wissenschaftler in aller Welt die globalen Veränderungen im ökologischen Zusammenwirken von Atmosphäre, Mate*rie* und Lebewesen untersuchen. Mindestens zehn Jahre werden für dieses Langzeitprogramm notwendig sein, berichtete der britische Biologe und Nobelpreisträger Sir John Kendrew (Oxford) als Präsident des unabhängigen „Internatio*nal Council of Scientific Unions*" vor der Presse. Weltweit sind hier 21 Forschungseinrichtungen und 70 Akademien vertreten.

Wo Metalldampf als Brenngas dient

Die Entdeckung eines Essener Physikers ermöglicht eine neue Beschichtungstechnik

Von WILM HERLYN

Nicht selten verdankt die Menschheit dem Zufall einige ihrer wichtigsten Entwicklungen. Der Diplomphysiker an der Universität-GH Essen, Fachbereich Physik, Dr. Horst Ehrich, weiß bis heute nicht genau, wo „es" passierte: „Ein Versehen" oder „Zufall" oder „falsche Schaltung" – wie auch immer –, *er entdeckte einen Typ* des elektrischen Lichtbogens, mit dem eine neue Ära der Beschichtungstechnik eingeleitet wird.

Erforscht werden sollten eigentlich Aspekte der Kernfusion. Dazu sind bekanntlich Temperaturen von mehreren Millionen Grad erforderlich. Wissenschaftler untersuchen u. a. in den Großanlagen von Jülich oder Garching, wie sie das Problem in den Griff bekommen, daß die extrem erhitzten Gase an den Wänden der Kessel stark abkühlen. Dazu kommt der unangenehme Nebeneffekt, daß die Wände der Kessel angegriffen werden und Verunreinigungen die Gase verschmutzen.

Bei einer Versuchsreihe von vor knapp zwei Jahren schloß Ehrich die Stromzuführung zu dem Experimentierkessel in seinem Labor wahrscheinlich falsch an, eine Lüsterklemme wirkte als *Elektrode*, und im Vakuum des Kessels brannte ein leuchtendes Gas als Lichtbogen. Ein Effekt, der seit Erfindung des Lichtbogens um 1830 noch nie aufgetreten war.

Elektroden im Vakuum

Knapp fünf Sekunden brannte er bei der Fehlschaltung, und Ehrich stellte später fest, daß die Innenwände des Kessels silbrig bedampft waren. Ungefähr *ein halbes Jahr lang* wälzte er Literatur, genauso lange benötigte er, die „Fehlschaltung" zu rekonstruieren und sie regelbar zu machen – dann hatte er das Prinzip begriffen.

Der Lichtbogen stellt eine Gasentladung zwischen zwei Elektroden dar. Die Stromstärken können von etwa einem Ampere bis zu vielen tausend Ampere betragen. Zwischen den Elektroden wird ein Plasma aufrechterhalten, das für den Stromfluß sorgt. Bei den bisher bekannten Lichtbogen befinden sich die Elektroden anfänglich in einer Gasatmosphäre, die nach der Zündung des Lichtbogens in den *Plasmazustand* übergeht. Zur Erzeugung eines Lichtbogenplasmas ist also ein Brenngas zwingend erforderlich.

Neu an dem jetzt von Ehrich entdeckten Lichtbogen ist aber, daß sich die Elektroden *anfänglich im* Vakuum befinden und daß beim Betrieb Metall von der Anode verdampft. Dieser Metalldampf dient als Brenngas und macht die sonst übliche Gasatmosphäre überflüssig.

Die Elektroden müssen dabei so konstruiert sein, daß sie bei längerem Betrieb des Lichtbogens einerseits genügend Metalldampf liefern, andererseits aber nicht durch Schmelzen zerstört werden. Bei geeigneter Konstruktion kann dieser Lichtbogen, so *fanden Ehrich und* sein Mitarbeiter, der Diplomingenieur Hans-Peter Hinz, inzwischen heraus, mit fast allen Metallen betrieben werden.

Der Niederschlag des entstehenden Metalldampf-Plasmas auf Oberflächen ergibt dann die gewünschte Beschichtung, die ohne störende Fremdgase entsteht. Der neue Lichtbogentyp brennt mit erstaunlich geringer elektrischer Leistung. Für einen Betrieb in Aluminiumdampf ist eine Stromstärke von 25 Ampere bei einer Spannung von 25 Volt (das sind 875 Watt) völlig ausreichend.

Dabei läßt sich in nur etwa zehn Sekunden durch den Niederschlag des Aluminium-Plasmas auf einer handtellergroßen Glasplatte zum Beispiel ein Spiegel herstellen. Der relativ niedrige Leistungsbedarf und die sehr kurze Beschichtungszeit führen zu einer kaum merklichen Erwärmung der beschichteten Gegenstände. Das bedeutet aber, daß auch wärmeempfindliche Kunststoffe abriebfest metallisch beschichtet werden können. Das war bisher nicht möglich.

Ehrich, der sich seine Erfindung weltweit hat patentieren lassen, wird von Anfragen aus der Industrie geradezu überschwemmt, seit er auf der Hannover-Messe im Frühjahr in einem Gemeinschaftsstand der nordrhein-westfälischen Universitäten seine neue Technik vorführte.

Breite Anwendungspalette

Für den benachbarten Fachbereich Chemie bedampft er jetzt Glaskörper für Versuche, die nach der Erfahrung der Kollegen eine „wesentlich höhere Stabilität als Vergleichskörper" besitzen. Die VDO-Forschung fragt an, ob mit dieser Technik verschiedene Teflonarten besser haftbar gemacht werden können; die Krupp-Medizin läßt Versuche machen, ob ein bedampfter Metallkern für die darüberliegende Keramikhülle günstiger ist, die Firma Braun schickte Kunststoffgehäuse ihrer Rasierapparate.

Die Palette der denkbaren Anwendungsbereiche ist breit: Sei es die Verpackung von Lebensmitteln, die mit bedampfter Folie noch länger frisch gehalten werden können, sei es, Kunststoffrohre mit einer Sperrschicht zu versehen, die Lufteintritte nahezu unmöglich macht – ein Problem, das vor allem die Rohre von Fußbodenheizungen haben.

Der 45jährige Ehrich, seit 1979 in Essen, will gelassen die Angebote aus der Industrie abwarten. Jetzt erforscht er zunächst einmal, wie seine Erfindung wirtschaftlich rentabel eingesetzt werden kann. Für die Leistungsschau des Landes Nordrhein-Westfalen, die im kommenden Jahr in Moskau stattfindet, hat er sich bereits angemeldet.

Suchaktion in explodierenden Sternen

In Arizona nimmt ein Teleskop zur Beobachtung von Supernovae seinen Betrieb auf

Von RAINER KAYSER

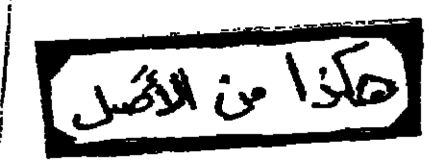
Die Explosion von Sternen, sogenannte Supernova-Ausbrüche, läßt sich nicht vorhersagen, ihre Entdeckung ist Sache des Zufalls. Diesem Manko soll mit einem neuen Instrument abgeholfen werden, das an der Universität von Arizona jetzt in Betrieb genommen wurde.

Das Kernstück der Anlage, ein Fernrohr, ist nahezu unbeweglich installiert. Durch die Rotation der Erde überstreicht es im Tagesverlauf einen Kreis am Himmel. Senkrecht zu dieser Bewegungsrichtung schwenkt das Gerät um einen kleinen Betrag, etwa ein Drittel des Monddurchmessers, auf und ab. So wird Tag für Tag der gleiche Himmelsausschnitt abgetastet. Das einfallende Licht wird von einer elektronischen Kamera in digitale Daten umgewandelt und an einen Rechner übermittelt. Dort wird ein Vergleich mit den Daten vom Vortag vorgenommen. Jede Veränderung wird registriert – effektiver als das menschliche Auge es könnte.

Aus dem genauen Verlauf der Helligkeit versuchen die Astronomen Rückschlüsse *auf die physikalischen* Vorgänge vor und während der Sternexplosion zu ziehen. Von großer Wichtigkeit ist auch die Kenntnis der maximalen Helligkeit, da man aus ihr die Entfernung der Galaxie, in der die Supernova sich befindet, berechnen kann.

Obwohl der überwachte Ausschnitt nur 0,01 Prozent des Himmels darstellt, hoffen die Forscher, etwa eine Supernova pro Woche zu finden. Für jedes Objekt würde man eine vollständige Lichtkurve erhalten und so Fortschritte in der Theorie der Supernova-Ausbrüche verzeichnen.

Auf Grund der Helligkeit im Augenblick der Explosion kann man eine Supernova noch in sehr weit entfernten Sternsystemen sehen. *Mit* den exakt bestimmten Maximalhelligkeiten hoffen die Astronomen bei zahlreichen Galaxien Entfernungsbestimmungen durchführen zu können, um auf diesem Wege zu Aussagen über die Ausdehnung und das Alter unseres Kosmos zu gelangen.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Professor Tschasow

„Preis und Wert": WELT vom 12. Oktober

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

die „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges" wurden 1981 in den Vereinigten Staaten aufgrund einer Initiative des amerikanischen Arztes Professor Lown gegründet. Wir haben uns ihnen noch im selben Jahr angeschlossen. 1982 wurde die deutsche Sektion gegründet. Zu den Präsidenten gehört, wie Sie berichteten, auch der sowjetrussische Arzt Professor Tschasow. Für Präsidenten und Mitglieder gilt die Satzung dieser Vereinigung, die keinen Unterschied zwischen den Bedrohungen durch Atomkriegs-Vorbereitungen in Ost und West macht. Ich kann Ihnen darüber hinaus aus meiner persönlichen Erfahrung versichern, daß ich unter den Mitgliedern der IPPNW niemanden getroffen habe, der auch nur den Anschein erweckte, daß er mit „Handlangern des Terrors zusammenarbeiten" würde. Zu den Sprechern der deutschen Sektion gehören die Professoren Horst-Eberhard Richter (Gießen) und Ulrich Gottstein (Frankfurt), zwei untadelige Ärzte, die es – ohne Zweifel gemeinsam mit Professor Tschasow – zuwege gebracht haben, daß im sowjetrussischen Fernsehen freimütig über die Ziele der IPPNW, also auch über die waffentechnische Entwicklung in der UdSSR diskutiert wurde! Sie werden einräumen, daß allein diese Tat nicht Tadel, sondern Anerkennung verdient.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Dr. Horst Göttig,
Göttingen-Geismar

*

Professor Tschasow wurde 1983 in das Zentralkomitee der KPdSU gewählt, das für den Terror gegen Sacharow verantwortlich ist. (Anm. d. Red.)

Risikozuschlag nötig

„Sozialpolitik – wirksamer, gerechter und nicht teurer": WELT vom 11. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

Senator O. Fink hat zu Problemen der Sozialpolitik Stellung genommen. Manches davon ist sicher im Ansatz richtig, anderes zu verschwommen oder bleibt völlig unerwähnt. Jeder weiß, daß die Kostenexplosion im Gesundheitswesen Dimensionen erreicht hat, daß der finanzielle Kollaps, insbesondere der Krankenkassen, unabwendbar erscheint, wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird. Schon 1979 habe ich an Hand von überzeugenden Beispielen darauf hingewiesen, daß in unserem fast ausschließlich auf die Therapie ausgerichteten Gesundheitswesen die Präventivmedizin bislang ein Stiefkind geblieben ist, obwohl vorbeugen bekanntlich nicht nur besser, sondern auch billiger ist als heilen.

Dies gilt insbesondere für die Zivilisationskrankheiten, die sich wirksam überhaupt nur durch Vorbeugung bekämpfen lassen. Dies trifft für die etwa ein Dutzend Raucherkrankheiten ebenso wie für koronare Herzkrankheiten, Leberzirrhose, Diabetes etc zu. Wir ziehen es vor, an den Symptomen zu kurieren, statt die Ursachen zu beseitigen. Es gilt, Anreize für gesundheitsbewußte Lebensweise zu schaffen. Dazu ist eine grundsätzliche Neuorientierung auch unseres Krankenversicherungssystems unerläßlich. Das bisher gültige Solidaritätsprinzip ist richtig und gerecht im Hinblick auf quasi schicksalhafte Erkrankungen. Die Gleichstellung mit bedingtem Vorsatz selbstverschuldeter Krankheiten mit jenen, die jeden von uns treffen können, ist nicht nur ökonomisch auf die Dauer untragbar, sondern auch ungerecht.

Gesundheitsbewußte Versicherte werden gezwungen, selbstverschuldete Krankheiten anderer durch gleiche Beiträge mitzufinanzieren und werden dadurch indirekt bestraft. Umgekehrt wird dadurch sozialschädliches Verhalten gefördert. Die Versuchung zum Mißbrauch wird übergroß. Die Krankenkassen werden zum Selbstbedienungsladen für diejenigen, die die Genüsse des Augenblicks – Fressen, Saufen und Rauchen – über ihre Gesundheit stellen. Krankfeiern aus gesundheitsfernen Erwägungen wird zu einem Kavaliersdelikt. Dies gilt für Rauchen und alkoholbedingte Krankheiten ebenso wie für Übergewicht und Zahnkaries durch erhöhten Zuckerkonsum.

Allein die Kosten für Zahnbehandlung und Zahnersatz liegen fast in der gleichen Höhe wie für sämtliche ambulante ärztliche Leistungen zusammengenommen. Auch das Rauchen ist ein besonders überzeugendes Beispiel. Durch keine andere Einzelmaßnahme könnten nach einer Feststellung der Weltgesundheitsorganisation mehr Menschenleben gerettet und mehr Krankheiten verhütet werden als durch eine deutliche Senkung des Zigarettenkonsums. Obwohl sich das Rauchen demnach zur wichtigsten einzelnen Krankheits- und Todesursache entwickelt hat, die noch dazu im Prinzip am leichtesten verhütbar ist, weigert sich die Bundesregierung hartnäckig, unseren Vorschlag eines Risikozuschlages auf Tabakwaren und Alkohol aufzugreifen, der direkt den Krankenkassen in Abhängigkeit von der Zahl ihrer Mitglieder zufließen soll.

Statt dessen zahlt die Bundesregierung lieber 28 Prozent der inzwischen mehr als 1,5 Milliarden Mark betragenden Subventionen für den Tabakanbau im EG-Bereich, das heißt letztlich, um die Zahl der Raucherkrankheiten noch zu vermehren! Statt energisch zu handeln, sieht man tatenlos Jahr für Jahr der Ausrottung einer mittleren deutschen Großstadt durch das fragwürdige Vergnügen des Rauchens zu. Auch die Krankenkassen handeln ähnlich kurzsichtig: Die geringen Kosten für eine ambulante Raucherentwöhnung vor dem Auftreten bleibender Gesundheitsschäden werden nicht übernommen. Statt dessen übernimmt man lieber die Kosten für den oft monatelangen Krankenhausaufenthalt von Hunderttausenden Patienten mit Raucherkrankheiten, von denen allein an Lungenkrebs mehr als 25 000 jährlich sterben.

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. F. Schmidt,
Mannheim

Mitglied des Sachverständigenbeirates Smoking and Health der WHO

Wort des Tages

„Gegen das Fehlschlagen eines Planes gibt es keinen besseren Trost, als auf der Stelle einen neuen zu machen oder bereitzuhalten."

Jean Paul, deutscher Autor (1763–1825)

Verdienstvoll

„Wie gut sind die Frauen in Mathe": WELT vom 12. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Lehrer an Gymnasien und später Leiter einer Mädchenoberschule kann ich aufgrund jahrzehntelanger Beobachtung die Erkenntnisse der Verfasserin über Einflüsse der Geschlechtskomponente auf die Leistungen von Schülern und Schülerinnen nur bestätigen. Wenn man die von Sigrid Hunke aufgeführten individuellen Faktoren im Auge behält, so zeigen sich doch generell höhere (Denk-)Leistungen respektive Zensuren in Mathematik, wenn Lehrer Jungens, Lehrerinnen Mädchen unterrichten; andernfalls ihre Leistungen meist sinken. Während männlicher Unterricht bei Mädchen, weiblicher Unterricht bei Jungen in Deutsch, Geschichte, Religion, Kunst, wo Gefühlsmäßiges angesprochen wird, bessere Resultate bringt, als wenn das gleiche Geschlecht unterrichtet. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen.

Es ist sehr verdienstvoll von der Philosophin Hunke, auf diese die Geschlechterpsychologie revolutionierenden Gesichtspunkte hingewiesen zu haben, nachdem man sich seit Jahrzehnten in völlig sterile Abseitigkeiten verrannt hat, und die Einseitigkeit der Perspektive als grundsätzliche Fehlerquelle zu entlarven.

Dr. Ferdinand Kühn,
Zürich

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Der große alte Mann des deutschen Arbeitsrechts, Professor **Wilhelm Herschel**, feiert heute seinen 90. Geburtstag. Als Wissenschaftler, Publizist, Arbeitsrichter und Praktiker der Staatsverwaltung hat er sich länger als ein halbes Jahrhundert für die Kontinuität dieses Rechtsgebietes engagiert. Gradlinig verlief sein Schaffen nach dem Krieg vom Zentralamt für Arbeit der britischen Besatzungszone über den Frankfurter Wirtschaftsrat bis zum Bundesarbeitsministerium, in dem er für die ersten zwölf Jahre die Abteilung Arbeitsrecht und Arbeitsschutz geleitet hat. Unter **Konrad Adenauer** und **Anton Storch** besaß er freie Hand, seine Erfahrungen in den Neuaufbau einzubringen: Tarifvertragsgesetz, Montanmitbestimmung, Betriebsverfassungsgesetz, Arbeitsgerichtsgesetz. Und souverän widerstand er allen Versuchungen, staatliche Eingriffe in Arbeitskonflikte vorzuprogrammieren für den Fall, daß die Tarifpartner sich nicht einigten. Vielmehr wurde den Sozialparteien die Möglichkeit belassen, sich als gesellschaftliche Ordnungsmächte zu bewähren. Das war die Konsequenz aus dem Fehler vor 1933, durch Zwangsschlichtung die Tarifpartner von Verantwortung zu entlasten und statt dessen die Autorität des Staates von Arbeitskampf zu Arbeitskampf aufs Spiel zu setzen. Der politischen Stabilität der heutigen Demokratie ist diese Entscheidung gut bekommen.

VERANSTALTUNG

Friedlich vereint zeigten sich die Spitzen von Regierung und Opposition, als der neue WDR-Intendant **Friedrich Nowottny** in Bonn zum Empfang bat: An seiner Seite sein Bonner Nachfolger **Ernst Dieter Lueg**, jetzt Leiter des WDR/ARD-Studios Bonn und dessen Stellvertreter, **Eberhard Piltz**, bis vor wenigen Tagen Korrespondent in Rom. Bundeskanzler **Helmut Kohl** führte das Bundeskabinett fast geschlossen in den Bonner Presseclub: **Hans-Dietrich Genscher**, **Gerhard Stoltenberg**, **Hans Engelhardt**, **Rita Süssmuth**, **Christian Schwarz-Schilling**, **Heinrich Windelen**, **Heinz Riesenhuber**. Das Parlament mit seinem Präsidenten **Philipp Jenninger** und den Vizepräsidenten **Annemarie Renger** und **Dieter Julius Cronenberg** waren zur Stelle, der frühere Bundespräsident **Walter Scheel** und der frühere Bundeskanzler **Helmut Schmidt** kamen und der ehemalige Bundeswirtschaftsminister **Otto Graf Lambsdorff** sowie der ehemalige Außenminister **Gerhard Schröder**, die beiden Regierungssprecher **Friedhelm Ost** und **Herbert Schmülling** sowie der frühere Regierungssprecher **Klaus Bölling**. Oppositionsführer **Hans-Jochen Vogel** war da, die Staatsminister **Friedrich Vogel** und **Jürgen Möllemann**, die Staatssekretäre **Hans Neusel**, **Lothar Rühl** und **Georg Gallus**, CDU-Generalsekretär **Heiner Geißler** und FDP-Kollege **Helmut Hausmann**, SPD-Bundesgeschäftsführer **Peter Glotz**, Israels Botschafter **Yitzhak Ben-Ari** und unter anderem von Wirtschaft und Banken Bundesbankpräsident **Karl Otto Pöhl** und der Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank, **F. Wilhelm Christians**.

AUSZEICHNUNG

Der Untersekretär der Päpstlichen Medienkommission, der deutsche Jesuit **Karlheinz Hoffmann**, ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der Ordensverleihung durch den deutschen Botschafter am Heiligen Stuhl, Dr. **Peter Hermes**, wohnte auch der emeritierte Präsident der Päpstlichen Kommission für die sozialen Kommunikationsmittel, Kardinal **Andrej Maria Deskur**, bei. Hoffmann, 1927 in Hamborn im Ruhrgebiet geboren, seit 1984 Jesuit, leitete unter anderem von 1967 bis 1969 die Arbeitsgemeinschaft „Katholische Fernseharbeit in Deutschland" und war in dieser Zeit außerdem kirchlicher Beauftragter beim Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF). Hoffmann ging 1969 als Leiter der deutschsprachigen Abteilung zum Vatikan nach Rom, wo er 1971 auch die deutschsprachige Ausgabe des „Osservatore Romano" ins Leben rief. Seit September 1973 ist Hoffmann Untersekretär der Päpstlichen Kommission für soziale Kommunikation.

WAHL

Der neue Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks (WDR) hat unter dem Vorsitz von **Reinhard Grätz** einen neuen Verwaltungsrat für den WDR gewählt. Diesem Aufsichtsgremium gehören nach einstimmiger Wahl folgende Persönlichkeiten an: Professor **Günter Brakelmann**, Dr. **Ludwig Jörder**, **Hilde Junker-Seeliger**, Dr. **Hans Hellmut Krause**, **Dieter Mahlberg**, Dr. **Theodor Schwefer** und **Günter Triesch**. Für die Beschäftigten des WDR gehören dem Verwaltungsrat **Rita Zimmermann** und **Jochen Kaufmann**, vom Personalrat entsandt, an. Die Amtsdauer beträgt drei Jahre.

Der Mitherausgeber und Mitverleger der „Nürnberger Nachrichten" (NN), **Heinrich G. Merkel**, ist im Alter von 85 Jahren verstorben. Der gebürtige Schlesier, der nach Kriegsende zunächst eine Lizenz für die Würzburger „Main-Post" erhalten hatte, war seit 1949 Mitherausgeber der „NN". Merkels Bemühungen haben in erster Linie den gemeinsamen Anliegen der Zeitungsverleger gegolten. Bis ins hohe Alter wirkte er als Ehrenvorsitzender des Verbandes Bayerischer Zeitungsverleger und als Ehrenmitglied des Präsidiums des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger.

Die Verführung – rein wissenschaftlich betrachtet

In vier Sekunden funkt's

Wer kennt denn nicht die Techniken des gezielten Kennenlernens, der gezielten Verführung? Anmache von Adam und Eva bis heute – das Ziel ist immer dasselbe. Der knackige Apfel, das weiße Spitzentaschentuch, das exakt vor die Füße des feschen Kavaliers fällt, oder der anerkennende Pfiff, nach dem sich eine Dame nicht umdreht, über den sie sich aber dennoch freut.

Wesentlich eleganter ist jener Trick mit dem 5-Mark-Stück: Der Herr eilt zu der unbekannten Schönen: „Sie haben gerade dieses 5-Mark-Stück verloren." Dame: „Nein, das kann nicht sein." Herr: „Ich habe es aber doch gerade gefunden." Dame: „Es ist aber wirklich nicht meines." Herr: „Na, wo ich es nun gefunden habe, könnten wir es doch wenigstens gemeinsam ausgeben. Darf ich Sie zu einem Kaffee einladen?"

Ein anderer Trick, sich die Autonummer einer Schönheit zu merken, zieht leider nicht mehr. Bittet man beim Straßenverkehrsamt um den Namen der Halterin mit der Ausrede, der Fahrer habe angeblich eine kleine Beule gefahren, so stößt man auf Schweigen. Die Ämter sind nämlich gehalten, keine Auskünfte mehr an Privatpersonen zu geben – nicht wegen der Sorge vor Verführung, sondern aus Gründen des Datenschutzes.

Aus Forschung und Technik – ZDF, 21.00 Uhr

Dennoch: Wege und Techniken der Verführung bleiben vielfältig. Auf keinem anderen Gebiet machen sich die Männer und Frauen so viele Gedanken, lassen ihrer Phantasie so freien Lauf. Zeitungsanzeigen sind ein steter Quell für moderne Anmachlyrik. Da sucht nicht irgendein „Er" irgendeine „Sie", nein, da bietet etwa einer „viel an Geist, Seele und Körper" und flog schon „Millionen von Kilometern um die Welt, aber jetzt will ich endlich ankommen". So etwas rührt und reizt, die Antwort fiel – so heißt es – waschkörbeweise aus und, da bundesweit gestreut, erlaubte sich der Suchende eine Reise durch die Republik. Er klopfte, und ihm wurde aufgetan.

Vier Sekunden lang soll angeblich ein Blick sein, der signalisiert: Ich will dich kennenlernen. Dann folgt ein verhaltenes Niederschlagen der Lider, später ein weiterer Vier-Sekunden-Blick-Kontakt.

Aber schauen sich die meisten wirklich so tief in die Augen, wie Poeten und Romantiker schwärmen? Weit gefehlt! Frauen sehen – so stellten Wissenschaftler fest – zuerst auf den männlichen Po. Ihre entwicklungsgeschichtliche Theorie: Ein Mann mit schmalen, durchtrainierten Backenmuskeln ist nicht nur ein guter Jäger, sondern auch ein potenter Partner. Männer dagegen reizt diese Körperpartie nicht nur zum Schauen, sie greifen auch gerne zu. Der Griff hat Tradition. Schon auf den Sklavenmärkten priesen die Händler das feste Fleisch, und der Vertrag wurde perfekt, wenn der Käufer den Beweis ertastet hatte.

Der männliche Blick dagegen fällt zuerst auf den Busen, Quelle für Lust und Nahrung für die Nachkommen. Tests mit der Eye-Moving-Camera, einer Art überdimensionaler Brille, dokumentierten an Versuchspersonen, wohin dieser erste Blick fällt.

Auf der Bühne der abendländischen Geschichte gibt es neben dem Thema Tod kein Spektakel, das dramatischer, spannungsgeladener und abwicklungsreicher in Szene gesetzt wird als das Schauspiel der Sexualität. Das transparenter zu machen ist Ziel ernsthafter wissenschaftlicher Anstrengungen. Aber jenseits des kontroversen Dialogs zwischen Anthroposophen, Soziologen, Kulturhistorikern, Psychologen macht sich eine Wissenschaftsdomäne breit, die in Sachen Sex gewissermaßen das Hausrecht für sich beansprucht: Die Sexologie mit ihrem magischen Fetisch, dem „idealen" Orgasmus.

Irgendwie und irgendwo hat danach alles mit Sex und Verführung zu tun, mit Wissenschaft und Technik auch. Also ist die lockere Dokumentation darüber in der seriösen ZDF-Reihe „Aus Forschung und Technik" der richtige Sendeplatz dafür, dachte sich Redakteur Joachim Bublath. Er sitzt im Studio mit einem Schwein als Gast – honi soit, qui mal y pense.

Der wahre Hintergrund: Eber erzeugen den Sexduftstoff Pheromon, der die Sau paarungsbereit macht. Dieser moschusähnliche Duft ist auch in Trüffeln enthalten. Darum werden Schweine als Jäger auf diese edelsten und teuersten Speisepilze angesetzt. Pheromon ist aber auch im Sellerie enthalten, was diesem, als Salat serviert, den Spitznamen „Fritzchen freu dich" eintrug.

Ein Test erwies: Versuchspersonen bezeichnen immer dann völlig normal gekleidete Frauen auf Fotos als besonders attraktiv, wenn sie beim Betrachten – ohne es zu wissen – das Pheromon rochen. Bublath wagte ein anderes Experiment: Er besprühte einen Zahnarztstuhl mit Pheromon. Heute abend wird im ZDF zu sehen sein, ob der Duftstoff auch die Angst vor dem Bohrer nimmt.

GABRIELE HERLYN

KRITIK

Provinzialismus als Norm

Der sowjetische Regisseur Juli Raisman ist 1903 geboren, seinen ersten Film drehte er Mitte der Zwanziger. So ist denn die lange Reihe seiner Werke wie ein Kardiogramm des Möglichen, des Erlaubten und des Verbotenen. Die Wechselbäder der sowjetischen Kulturpolitik temperierten gewissermaßen seine – fast immer – zeitgeschichtlichen Filme.

Ein Privatleben (ZDF) ist ein Film aus dem Jahre 1982, er läuft an einer, man möchte sagen: gönnerhaft langen Leine. Kritik sickert da und dort durch die Dialoge, vor allem Kritik an dem, was in unseren Betrieben Personalpolitik oder Menschenführung genannt würde, dort Kaderarbeit heißt, vermute ich.

Im Mittelpunkt der Geschichte steht ein hoher sowjetischer Industriemanager, der urplötzlich abgesetzt wird, seine Privilegien verliert, in seiner Selbstsicherheit erschüttert erscheint, bis – ganz zum Schluß – der erlösende Anruf aus dem Ministerium den Mann wieder rehabilitiert. Die Geschichte hätte allüberall auf der Welt spielen können, wo es Industrie und Manager gibt. Überall ist das Ausscheiden aus einem aktiven Leben oft ein Schock, manchmal sogar eine menschliche Tragödie. Die Fabel also unterscheidet sich kaum von Darstellungen ähnlicher Begebnisse anderswo. Der Mann flippt aus, weiß mit sich nichts anzufangen, verirrt sich zu seiner früheren Sekretärin, säuft – soweit also im Osten nichts Neues. Aber!

Aber: Wie das vor sich geht, wie die Umwelt dieses Funktionärs beschaffen ist, wie er mit seinen Mitmenschen umgeht, vorher und nachher, wie die Versatzstücke aussehen, die der Film um den Mann aufrichtet, wie die gesamte Bewußtseinslage ist, innerhalb der sich die Filmfabel entwickelt, aus der sie überhaupt zu verstehen ist – das ist unvergleichlich und eng an das Herstellungsland gebunden.

Die Fabel lehrt (von dem trivialen, eher harmlosen „Ätsch-Ätsch"-Erlebnis abgesehen) in sich nichts, aber sie macht die dortige Realität dingfest, ohne sich durch Denunziation zu gefährden, denn Raisman ist kein Dissident, er zieht seine Striche innerhalb des Grenzkreises seiner Atelierfreiheiten.

Die Bewußtseinslage also: Der Mann ist ein Macho, würden unsere lieben Emanzen sagen, sie täten es mit Recht. Seine Pascha-Allüren sind in ihrer Kleinbürgerlichkeit fast schon komisch, aber wenn man sich umsieht, entdeckt man, daß die ganze Welt, in der sich das alles abspielt, reinrassig kleinbürgerlich ist: Die Inneneinrichtung der Funktionärswohnung gleicht im Prinzip der seelischen Inneneinrichtung ihrer Bewohner.

Ist das Land, das sich, wie man immer wieder hört, stürmisch vorwärtsentwickelt haben soll, fünfzig Jahre stehengeblieben? Ist seine psychische Infrastruktur nur eine Replik der bourgeoisen Lebensformen?

Juli Raisman hat lediglich menschliche Mängel innerhalb des Systems aufdecken wollen. Das erbrachte nichts Neues. Neu ist allenfalls, wie selbstverständlich ihm die spießige Welt der Funktionärsfamilie erschien, denn das griff er nicht auf. Vielleicht sah er es auch gar nicht, vielleicht ist ihm der triviale Provinzialismus zur „Norma" geworden.

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Der NDR und SFB arbeiten an einem Filmprojekt über den **Alltag im Dritten Reich**. Dabei geht es den Autoren Wolfgang Menge und Horst Königstein auch um Schiffsreisen mit der NS-Reiseorganisation „Kraft durch Freude". Viele Reisen gingen nach Madeira und Norwegen. Horst Königstein sucht ehemalige Besatzungsmitglieder dieser Kreuzfahrtschiffe. Männer und Frauen, die bereit sind, von ihren Erlebnissen zu erzählen, können an Horst Königstein, c/o NDR-Fernsehen, Postfach, 2000 Hamburg 54 schreiben oder sich über die Rufnummer 040/413 47 69 direkt mit ihm in Verbindung setzen. DW

*

Den **Ernst-Schneider-Preis** der Deutschen Industrie- und Handelskammern erhalten das Autorenteam Werner Filmer/Dieter Storp sowie Armin Maiwald vom Westdeutschen Rundfunk. Filmer und Storp, die die Auszeichnung bereits zum dritten Mal verliehen bekommen, wurde der Preis für eine Sendung über einen Auktionator „Unter dem Hammer", Maiwald für den Fernsehbeitrag „Unser Ladenschlußgesetz – ein Gänseblümchen wird entblättert" zugesprochen. Der Preis ist mit jeweils 10 000 Mark dotiert. dpa

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

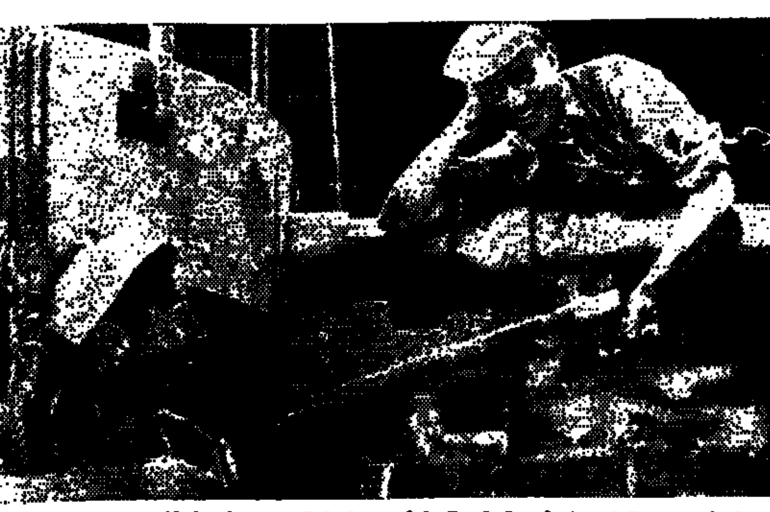
9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
Kleine Fische – große Wirkung: eine Caritas-Initiative / Arbeitslose Akademiker – Neue Chancen im Umweltschutz / Tips für Arbeitslose zum Thema Krankenversicherung
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Der Schimmelreiter
12.00 Umschau
12.10 ZDF Magazin
Moderation: Fritz Schenk
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Ein Platz für Tiere
Durch Krieg sieben Monate zwischen Pinguinen festgehalten
Außergewöhnlich ist das Abenteuer zweier Mädchen, über das Professor Grzimek diesmal berichtet.
16.55 Stadtrallye
Eine Schnitzeljagd für Fixe
Heute in Füssen
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 DGB – wohin?
Schutzverband oder Gegenmacht?
Film von Adalbert Wiemers
Als gewerkschaftliche „Glanzleistung", die ein „neues Tor aufgestoßen" habe, beurteilte der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr den Arbeitskampf '85 um die 35-Stunden-Woche.
21.00 Lieder der vier Jahreszeiten
Aufzeichnung einer Veranstaltung im Festspiel- und Kongreßhaus in Bregenz
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Roulette mit sechs Kugeln
Kriminalfilm von Peter Hemmer
Mit Helmut Fischer, Willy Harlander, Henner Quest, Manfred Zapatka u. a.
Der Sohn des Münchner Ehepaares Steinemann wurde entführt. Die Kidnapper verlangen 200 000 Mark Lösegeld, das der entnervte Vater durch einen Polizeibeamten übergeben lassen will. Der jedoch findet bei der Übergabe den Tod ...
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Unsere Nachbarn, die Briten
Das englische Frühstück
Gibt es etwas „typisch Englisches"? Dieser Frage gehen Henry Livings und Bruce Mac Donald nach.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tips für Aktive
Mit Tieren leben: Hunde / Wenn's passiert ist ...
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Nervensäge
Willis Mutter
Wie schon so oft, wünscht sich Katharina ihren Willi auf den Mond. Diesmal wegen seiner Mutter, die sich bei Ihnen häuslich niedergelassen hat, und Katharina gehörig auf die Nerven geht. Doch Willi scheint gegen die Mama völlig machtlos.
19.00 heute
19.30 Udo Jürgens
live & hautnah
21.00 Aus Forschung und Technik
Die sexuelle Verführung
Bericht von Joachim Bublath
21.45 heute-journal
22.05 Was nun, Herr Strauß?
Fragen an den CSU-Vorsitzenden von Klaus Bresser, Wolfgang Herles und einem Überraschungsgast
23.05 Fred Astaire: Marine gegen Liebeskummer – Follow The Fleet
Amerikanischer Musicalfilm (1936)
Mit Fred Astaire, Ginger Rogers, Randolph Scott, Lucille Ball, Betty Grable u. a. Musik: Irving Berlin
Choreographie: Hermes Pan
Regie: Mark Sandrich
0.55 heute



„Marine gegen Liebeskummer" haben sich Fred Astaire und Randolph Scott verordnet (ZDF, 23.05 Uhr) FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Im Zeichen des Bösen
Amerikanischer Spielfilm (1957)
21.45 Landesspiegel
Boat People – gerettet oder gestrandet?
22.15 Kulturszene
23.00 Subway
Jazz mit dem Quartett des belgischen Mundharmonika-Virtuosen Jean „Toots" Thielemans
0.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Formel Eins
19.15 Natur und Freizeit (17)
Mit Ulrich Nebelsiek
20.00 Tagesschau
20.15 I – wie Ikarus
Französischer Spielfilm (1979)
Mit Yves Montand u. a.
Regie: Henri Verneuil
22.00 Kultur aktuell
23.10 Jazzfestival Hamburg (1)
Art Blakey und die Jazz Messengers
0.10 Nachrichten

HESSEN
18.30 SFB-Computer-Club (1)
19.05 Autoreport
19.20 Pirat der sieben Meere
Amerikanischer Spielfilm (1963)
21.00 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Bild der Woche
„Elspeth Tucher" von Dürer
21.55 Festung Kabul
Die Rolle der Russen in Afghanistan
22.40 Delle und Breeton

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Martin Luther (5)
Das Gewissen
21.05 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.50 Frau Stadtrat
Angelika Wagner, Freie Frauenliste, Reutlingen
22.35 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.50 Schwamm drüber?
Bildungsmagazin
22.35 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.50 TV-Club Saar 3

BAYERN
19.00 Martin Luther
Fernsehfilm in fünf Teilen
1. Der Protest
20.30 Serenata concertana
Von Luigi Boccherini
20.45 Theologie der Befreiung
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Zeichen des Bösen
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Drehbuch und Regie: Orson Welles
23.25 Rundschau
23.30 Actualités

SAT 1

13.30 Kum Kum
Die Sonnenuhr
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
Bob und die Brandstifter
15.00 Siebzte in die Welt
Yang-Xun, der Bauernmaler
15.30 Musicbox
Videoclips mit Pop- und Rockmusik
16.30 Die Bären sind los
Die große Überraschung
17.00 Kobra übernehmen Sie
Spion ohne Gepäck
18.00 Abenteuer Wildnis
Flucht in die Taiga: Der Freiheit ausgeliefert
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Im Banne der roten Tigerin
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit Robert Mitchum, Elsa Martinelli, Jack Hawkins u. a.
Regie: Phil Karlson
20.30 High Chaparral
Der Champion
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Das Licht am Ende der Welt
Span.-ital.-franz. Spielfilm (1971)
Mit Yul Brynner, Kirk Douglas, Samantha Eggar u. a.
Regie: Kevin Billington
0.05 APF blick:
Letzte Nachrichten

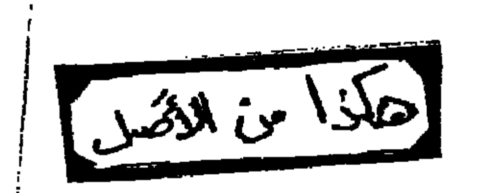
3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
U. a. Grenzstation Helgoland
Porträt eines Felsens im Meer
Von Hans Joachim Kürtz
19.00 heute
19.30 Derrick
Solo für Margarete
Von Herbert Reinecker
Die Verfolgung eines offensichtlich betrunkenen Autofahrers führt die Polizei auf die Spur eines schrecklichen Verbrechens.
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Querschnitte
Vor dem Menschen stirbt der Wald
Von Hoimar von Ditfurth
22.45 Vom Essen besessen
Bericht von Oliver Affolter
23.30 3-SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Komm doch mal in die Küche
18.55 7 vor 7 – Newsshow
19.22 Karlchen
19.30 Delvecchio
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Ein Halleluja für Camposanto
Italienischer Spielfilm (1971)
22.08 RTL-Spiel
22.25 Reserviert für Henry Jäger
22.42 Wetter
22.45 Horoskop
22.50 Betthupferl

Für Ihre nächste Tagung oder Konferenz Orte und Hotels in Deutschland empfehlen sich.



FUSSBALL / Junioren-Team bei der Europameisterschaft trotz 2:0 gegen Portugal ausgeschieden

Berti Vogts ist trotzdem zufrieden. Olaf Thon als Beispiel für eine wirksame Talent-Förderung

sid/dpa, Karlsruhe

Die Enttäuschung bei Trainer Berti Vogts war deutlich. Schließlich war die von ihm betreute deutsche Fußball-Nationalmannschaft der unter 21jährigen in der Europameisterschaft gerade erneut ausgeschieden. Doch des Trainers Enttäuschung schlug nicht in Resignation um.

„Wir haben gewonnen und trotzdem verloren", meinte Vogts nur, weil seine Schützlinge trotz ihres 2:0-Sieges in Karlsruhe gegen Portugal aufgrund des vorangegangenen schwedischen 2:0-Erfolges in der CSSR den ersten Platz in der Gruppe zwei endgültig den Skandinaviern überlassen mußten. Doch sein bitteres Fazit hätte Vogts ebensogut ins Positive umkehren können: Die Aufgabe seiner Mannschaft, Talenten internationale Erfahrung zu vermitteln, wurde voll erfüllt.

„Sechs Spieler aus diesem Jahrgang sind in das A-Team aufgerückt", zog Vogts Bilanz, wobei er Olaf Thon als glänzendes Beispiel heraushob. Der Schalker hatte gerade gegen Portugal seine ansteigende Formkurve unter Beweis gestellt und als Spielgestalter im Mittelfeld fungiert. „Er war überragend und hat seine Klasse demonstriert – Olaf hat fast wie ein Südamerikaner gespielt", lautete das fast schon überschwengliche Lob des Trainers.

Aber auch Thomas Berthold, Ludwig Kögl, der in Karlsruhe mit Tricks und Dribblings begeisterte, Herbert Waas, Michael Rummenigge und Michael Frontzek schafften im Laufe der Zeit über die Durchgangsstation Junioren-Mannschaft den Sprung nach oben.

Am Beispiel des Mönchengladbacher Verteidigers Frontzek kann der Bundestrainer auch noch einmal festmachen, wie wichtig internationale Einsätze für den Fußball-Nachwuchs sind. „Er hätte vielleicht häufiger in der U 21 spielen sollen", merkte Berti Vogts an, nachdem Frontzek wie auch Olaf Thon oft in seinem Spielerkader gefehlt hatte – um eine Reservistenrolle in der A-Mannschaft des Deutschen Fußball-Bundes einzunehmen. So ist Vogts kleiner Seitenhieb in diese Richtung verständlich: „In Karlsruhe durfte ich ja einmal die bestmögliche Formation stellen."

Dieser Ausklang wird nun zum neuen Anfang. Nachdem der Gruppensieger feststeht und die Europameisterschafts-Qualifikation zum zweiten Mal nach 1983 verpaßt wurde, bestreitet die deutsche „Unter 21"-Auswahl die bedeutungslose letzte Partie gegen die CSSR am 16. November in Regensburg möglicherweise bereits in neuer, zukunftsweisender Formation.

„Ich muß mit Franz Beckenbauer absprechen, wen er ein weiteres Mal auf internationaler Ebene sehen will", schränkte Vogts zwar ein. Doch seine Vorstellungen sind schon konkret: „Im Februar 1986 in Italien spielt die U 21 mit ganz neuem Gesicht."

Der 19jährige Thon, vor 6500 Zuschauern im Karlsruher Wildparkstadion als Krönung seiner guten Leistung auch noch Torschütze wie der Nürnberger Dieter Eckstein, bildet dabei sicherlich zusammen mit dessen Klubkameraden Stefan Reuter, Jürgen Kohler aus Mannheim und dem Münchner Kögl das Gerüst, um das die künftige Mannschaft mit dem Stichtag 1. August 1965 entstehen soll. „Unsere vier stärksten Kräfte", meint Berti Vogts. Und angesichts dieser Basis ist dem Trainer nicht bange vor dem Neuaufbau. Denn in seinem Notizbuch stehen die Namen einer ganzen Reihe junger, talentierter Spieler.

So werden zu einem Sichtungslehrgang mit rund 25 Teilnehmern Ende Oktober in Duisburg-Wedau zum Beispiel die Kaiserslauterner Schupp und Moser, Simmes und Kutowski aus Dortmund, Schwabl vom FC Bayern München, Gaudino aus Mannheim, der Saarbrücker Foda, Eichin aus Mönchengladbach oder aber auch die Zweitliga-Spieler Lars Schmidt aus Karlsruhe, Labbadia aus Darmstadt und Freiler aus Homburg eingeladen.

Der Hamburger Wolfgang Rolff, der Routinier, den der Trainer als einzigen Spieler schon vor dem Anpfiff von der Entscheidung zugunsten der Schweden informiert hatte, und der Frankfurter Klaus Theiss sollen in jedem Fall die Plätze der beiden erlaubten älteren Akteure behalten. Aber auch Waas und Eckstein hätten, erklärte Berti Vogts weiter, eine Chance verdient, als ältere Spieler weiter zum Kader zu gehören. Obwohl gerade Rolff und Waas – bei allem Einsatz – neben Frontzek zu den Akteuren mit A-Länderspielerfahrung gehörten, von denen man mehr hätte erwarten dürfen.

Die deutsche Mannschaft spielte in folgender Aufstellung: Aumann – Theis, Reuter, Kohler, Frontzek – Rolff, Hochstätter (86. Drehsen), Thon – Klinsmann (46. Eckstein), Waas, Kögl.

Eine neue Strafe gegen England?

sid, Düsseldorf

Dem englischen Fußball-Verband droht nach der Verbannung seiner Klubs aus dem Europapokal nach der Katastrophe von Brüssel nun auch noch die Aussperrung von der Europameisterschaft 1988 in Deutschland. Bei der Sitzung des Exekutiv-Komitees der Europäischen Fußball-Union steht heute in Wien Englands Startberechtigung zur Debatte. Während einige Komitee-Mitglieder im Kampf gegen das Rowdytum ein weiteres Exempel statuieren wollen, fürchtet eine Mehrheit Schaden für den Fußball, wenn England vor der Tür bliebe. Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), erklärte: „Eine EM ohne England kann man und sollte man nicht ausrichten."

NACHRICHTEN

Jubiläums-Erfolg

Eppelheim (dpa) – Die deutsche Handball-Nationalmannschaft gewann ihr 500. Länderspiel. In Eppelheim besiegte sie Dänemark mit 26:19. Uli Roth (6), Fraatz und Neitzel (beide 5) waren die erfolgreichsten Schützen.

Pause für Remmert

Düsseldorf (sid) – Jockey Peter Remmert, der am Sonntag in Düsseldorf von dem Hengst Marlin stürzte, muß wegen eines Rippenbruchs eine Pause einlegen. Remmert fällt zumindest für das Wochenende aus, für das er in Mailand (mit Solarstern) und beim Preis des Winterfavoriten in Köln engagiert war.

Trainer entlassen

Mannheim (sid) – Der Eishockey-Bundesligaklub Mannheimer ERC hat Trainer Wilbert Duszenko entlassen. Ihm wurden taktische Mängel und eine unzulängliche Trainingsplanung vorgeworfen. Vorläufig wird die Mannschaft von den Nationalspielern Harold Kreis und Marcus Kuhl trainiert.

Fußballspieler angeklagt

Prag (sid) – Sechs Fußballspieler vom CSSR-Zweitligaklub Gottwaldow sind in Prag wegen illegaler Einnahmen in Höhe von rund 18 000 Mark angeklagt worden. Die Spieler sollen diese Summe erhalten haben, um in Gottwaldow einen Vertrag zu unterschreiben oder nicht zu einem anderen Klub zu wechseln. Ihnen drohen Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren.

ZAHLEN

FUSSBALL

Junioren-Europameisterschaft, Gruppe 2: Deutschland – Portugal 2:0.

TENNIS

Hallenmeisterschaften der Schweiz in Basel, 1. Runde: Schwaier (Deutschland) – Dickson (USA) 6:4, 6:2, Mecir (CSSR) – Westphal (Deutschland) 6:1, 6:2. – Hallenmeisterschaften von Australien in Sydney, 1. Runde: Schultz (USA) – Jarryd (Schweden) 6:4, 6:4. – Hallenmeisterschaften von Japan in Tokio, 2. Runde: Carlsson (Schweden) – Rittersbacher (Deutschland) 6:1, 6:4. – Damen, 1. Runde: Schropp (Deutschland) – Koizumi (Japan) 1:6, 6:3, 6:2. – **Damenturnier** in Filderstadt, 1. Runde: Lindqvist (Schweden) – Calleja (Frankreich) 6:2, 6:3, Gerken (USA) – Hack (Deutschland) 6:2, 6:3, Shriver (USA) – Brown (England) 6:3, 6:4, Karlsson (Schweden) – Torres (USA) 6:1, 6:2, Benjamin (USA) – Meier (Deutschland) 7:5, 6:3, Goles (Jugoslawien) – Cueto (Deutschland) 7:5, 6:0, Reggi (Italien) – Russell (USA) 6:2, 6:4, Temesvari (Ungarn) – McNeil (USA) 6:1, 4:6, 6:3.

TISCHTENNIS

Europaliga, 2. Spieltag: Deutschland – Niederlande 3:4. – Einzelergebnisse: Böhm – Haldan 5:21, 21:17, 21:11, Wosik – van Spanje 21:18, 14:21, 14:21, Schreiber-Olschewski – Kloppenburg 11:21, 17:21, Böhm/Roßkopf – Haldan/van Spanje 14:21, 24:22, 20:22, Schreiber/Wosik – Kloppenburg/Haldan 20:22, 14:21, Böhm – van Spanje 21:13, 21:15, Wosik – Haldan 21:19, 21:9.

EISHOCKEY

Bundesliga, 7. Spieltag: Düsseldorf – Bayreuth 6:5, Kaufbeuren – Rießersee 4:7, Mannheim – Landshut 5:2, Rosenheim – Iserlohn 5:2, Schwenningen – Köln 2:7

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 6. Spieltag: Bamberg – Bayreuth 77:76, Charlottenburg – SSV Hagen 80:86, TSV Hagen – Köln 74:96, Langen – Gießen 71:84, Leverkusen – Oldenburg 81:70, Osnabrück – Göttingen 61:74.

TENNIS

Mexiko ist erster Gegner

SAD, London

Die deutsche Tennis-Mannschaft muß in der ersten Runde des Davispokals 1986 vom 7. bis 9. März in Mexiko antreten. Gewinnt sie dieses Spiel, trifft sie voraussichtlich wieder auf die USA (erstes Spiel gegen Ecuador), diesmal aber nicht im eigenen Lande. Das ergab die Auslosung des Mannschafts-Wettbewerbs gestern in London.

Mexiko ist Anfang Oktober durch einen 4:1-Sieg über Brasilien in die Gruppe der 16 besten Tennis-Nationen aufgestiegen. Günter Sanders, Sportdirektor des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), sagte zum deutschen Los: „Ich bin recht zufrieden. Das größte Problem dürften die klimatischen Verhältnisse sein. Doch wir werden uns einzustellen wissen." Daß dann möglicherweise die USA der Gegner sind, irritiert Sanders nicht: „Diese Auslosung macht mir Spaß, weil wir dann auch in den USA beweisen können, wie stark wir sind."

Das bisher einzige Davispokal-Spiel zwischen Deutschland und Mexiko fand im Mai 1957 in Köln statt. Peter Scholl, Rupert Hubert, Ernst Buchholz und Horst Hermann unterlagen damals in der zweiten Runde 1:3.

Die weiteren Spiele der ersten Runde: Australien – Neuseeland, Spanien – England, UdSSR – Jugoslawien, Indien – CSSR, Italien – Paraguay, Dänemark – Schweden.

STAND ● PUNKT

Eine neue Exklusivität

Die geographische Lage ist schuld. In unseren Breiten ist es Anfang Dezember zu kalt, zu dunkel, zu naß, um in freier Luft noch Tennis spielen zu können. Und eine Halle, in der 60 000 Menschen Platz haben, gibt es bei uns nicht. So findet das Daviscup-Finale in München in einer der größten und schönsten Hallen des Landes statt. 100 000 Menschen, die sich gerne eine Eintrittskarte gekauft hätten, werden sie nicht bekommen. Das liegt in der Natur der Sache.

Doch an einem Punkt wird es kritisch: Nur etwa 3000 der 13 030 Karten werden in den freien Verkauf kommen. Mit den anderen wird zum Teil auf eine Art spekuliert, die für den deutschen Sport neu ist. Ion Tiriac, Manager von Boris Becker, ist beauftragt, das finanzielle Wohl des Tennis-Verbandes gewaltig zu mehren. Dafür kann er über 3000 Karten verfügen. Die Idee ist einfach: Mit diesen Karten werden Werbepartner und Sponsoren angelockt. Sie dürfen sie kaufen, an verdiente Mitarbeiter oder Geschäftsfreunde weitergeben, nachdem sie in die Werbekasse gezahlt haben. So sollen rund sechs Millionen Mark hängenbleiben.

Dem Verband sei es gegönnt. Doch die Exklusivität, in die sich das Tennis einst zurückzog, wird dabei geradewegs am Begriff des Volkssports vorbei in eine neue Exklusivität überführt. Kein zu hoher Preis für das viele Geld?

que

TISCHTENNIS

Harte Kritik an Böhm

sid, Willstätt

Hans Wilhelm Gäb war erbost und sparte nicht mit deutlichen Worten. „Das sind die Hunde, die wir zur Jagd auch noch tragen müssen", schimpfte der Präsident des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB) nach der unerwarteten 3:4-Niederlage seiner Nationalmannschaft im Europaligaspiel in Willstätt gegen Holland. Die Kritik zielte vor allem auf vermeintliche Leistungsträger, wie den deutschen Meister Georg Böhm aus Saarbrücken, der zwar zwei Einzel gewann, aber versagte, als es darauf ankam.

Den 49 Jahre alten Präsidenten hatte aufgeregt, daß im vorentscheidenden Herren-Doppel der erst 16 Jahre alte Frankfurter Jörg Roßkopf den sieben Jahre älteren Böhm geradezu mitschleppen mußte. „Da hat ein erfahrener Chef neben einem Lehrling einfach die Verantwortung nicht angenommen", kommentierte Gäb die Vorstellung im Doppel, das schließlich 14:21, 24:22, 20:22 verloren ging. Da stand es 1:3 und wenig später sogar 1:4, als Anke Schreiber-Olschewski und Ralf Wosik (Frankfurt/ Düsseldorf) im Mixed mit 20:22, 14:21 verloren und für die vorzeitige Niederlage sorgten.

Holland, der Aufsteiger des Vorjahres ist damit dem Klassenerhalt in der Achter-Liga nähergekommen. Der DTTB muß sich dagegen nach Rang drei in der Saison 1984/85 wieder einmal nach unten orientieren.

SCHACH / Großartige Leistung von Kasparow bei seinem dritten Sieg

Weltmeister Karpow total überspielt

LUDEK PACHMANN, Köln

Titelverteidiger Anatoli Karpow mußte in der 16. Partie der Schach-Weltmeisterschaft vor einem unabwendbaren Matt kapitulieren. Er gab nach dem 40. Zug seines Herausforderers Garri Kasparow auf. Kasparow führt jetzt in dem auf 24 Partien angesetzten Wettkampf mit 8,5:7,5 und bräuchte in den letzten acht Spielen jeweils nur ein Remis zu erreichen, um Karpow den Titel abzunehmen.

Für den Weltmeister ist diese Niederlage aus zwei Gründen besonders bitter. Noch nie stand er in einem Wettkampf vor der Situation, einen Punktevorsprung seines Gegners ausgleichen zu müssen. Drei seiner Titelkämpfe (1974 und 1978 gegen Kortschnoi und der erste Wettkampf gegen Kasparow) haben gezeigt, daß Karpows Schwäche im letzten Drittel eines Wettkampfes liegt.

Zum anderen hat Karpows theoretische Vorbereitung versagt. Er und eine Sekundanten hatten mehr als zwei Wochen Zeit, eine überzeugende Atwort gegen Kasparows Bauernopfe im elften Spiel zu finden. Das ist mlungen. Die Art und Weise, mit desich der Weltmeister das taktisch komlizierte Spiel seines Gegners aufzingen ließ und wie er – mit den weißn Steinen – unterlag, muß in seineKarriere als einmalig gelten.

ie kommentierte Notation

(arpow weiß, Sizilianisch):

1.e4 c5, 2.Sf3 e6, 3.d4 cxd, 4.Sxd4 Sc6, 5.Sb5 d6, 6.c4 Sf6, 7.Sbc3 ...

Mit S3 kann Weiß versuchen, den Komplikionen aus dem Weg zu gehen. Vielcht werden wir diese Abweichung vom üblichen Aufbau in diesem Wettkampf noch erleben.

7. ... a6, 8.Sa3 d5, 9.cxd exd, 10.exd Sb4, 11.Le2 ...

In der elften Runde folgte 11.Lc4 Lg4! und Karpow verzichtete mit 12.Le2 auf die Verteidigung seines Mehrbauern. Ein schnelles Remis war unausweichlich. In meinen Anmerkungen hatte ich damals in der WELT im Falle von 11.f3 Lf5, 12.0-0 Lc5+, 13.0-0 Lc5+, 14.Kh1 0-0 das Eindringen des Springers b4 auf d3 als ausreichenden Ersatz für den Bauern bezeichnet. In einer etwas veränderten Position wird nun diese Ansicht bestätigt.

11. ... Lc5,

Vielleicht eine Überraschung für Karpow: Nach 11. ... Sbxd5, 12.Sxd5 Sxd5, 13.Lf3 oder 12. ... Dxd5, 13.0-0 Le7, 14.Lf3 wäre der schwarze Damenflügel unter Druck. Und die vereinfachte Position würde dem Stil des Weltmeisters ausgezeichnet entsprechen.

12.0-0 0-0, 13.Lf3 Lf5, 14.Lg5 Te8, 15.Dd2 b5, 16.Tad1 Sd3, 17.Sab1 ...

Eine ungewöhnliche Position. Die schwarzen Figuren stehen so aktiv, daß der weiße Mehrbauer keine Rolle spielt, er stört – wie sich bald zeigen wird – die Leichtfiguren sogar in ihren Bewegungen.

17. ... h6, 18.Lh4 ...

Nach 18.Le3 folgt Lxe3, 19.fxe3 Db6 und der Bauer e3 ist nicht zu decken.

18. ... b4, 19.Sa4 Ld6, 20.Lg3 Te8, 21.b3 g5(!),

Beide weißen Springer sind so ungünstig postiert, daß ein solcher Vorstoß am Königsflügel äußerst wirksam ist.

22.Lxd6 Dxd6, 23.g3 Sd7, 24.Lg2 ...

Nach 24.Sb2 würde S7e5, 25.Lg2 Sxb2, 26.Dxb2 Tc2 folgen.

24. ... Df6, 25.a3 a5, 26.axb axb, 27.Da2 ...

Eine kuriose Position: Weiß ist fast pattgesetzt. Neben diesem an sich unnützen Zug kam nur noch 27.Lh1 oder 27.h3 in Betracht.

27. ... Lg6(!), 28.d6 ...

Auf den ersten Blick sieht 28.Lb3 stark aus, aber danach käme das Qualitätsopfer S7e5!, 29.Lxc8 Sf3+ nebst Txc8 in Betracht. Falls 28.Sd2, so gewinnt Schwarz mit Te2. Denn 29.Lf3 scheitert an Txd2! nebst Dxf3 – dies war der Sinn des Zuges Lg6!.

28. ... g4, 29.Dd2 Kg7, 30.f3 ...

Schwächt zwar fast tödlich die Rochade-Stellung, aber was sollte Weiß sonst ziehen? Nun zeigt Kasparow seine taktischen Fähigkeiten im besten Lichte!

30. ... Dxd6, 31.fxg Dd4+, 32.Kh1 Sf6(!), 33.Tf4 Se4(!),

Danach muß Weiß die Dame abgeben, bekommt aber nur scheinbar einen ausreichenden Ersatz.

34.Dxd3 Sf2+, 35.Txf2 Lxd3, 36.Tfd2 De3(!), 37.Txd3 Te1(!), 38.Sb2 Df2(!),

Die endgültige Entscheidung. Es droht nicht nur Dxb2, sondern in erster Linie Te1+ nebst Matt.

39.Sd2 Txd1+, 40. Sxd1 Te1 – aufgegeben.

Eine Aufgabe des Weltmeisters vor einem Matt in zwei Zügen. Eine großartige Leistung von Garri Kasparow.

Kohl macht dem DGB ein neues Angebot

● Fortsetzung von Seite 1

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel erteilte dem Appell zur Gemeinsamkeit eine klare Absage und stellte der von Kohl positiv dargestellten Bilanz der Regierungspolitik entgegen, Kohl hätte seine „Politik ungeschminkt beim Namen nennen" und eine „Regierungserklärung zum sozialen Abbau und zur Massenarbeitslosigkeit abgeben" sollen. Die zentrale Herausforderung liege nämlich in der „mit dem kontinuierlichen Sozialabbau verbundenen andauernden Arbeitslosigkeit von über zwei Millionen Männern und Frauen, von über 540 000 jungen Menschen unter 25 Jahren".

Eindringlich hatte der Kanzler zuvor vor der Ideologie der SPD gewarnt, daß mit mehr staatlichen Ausgaben auf Dauer mehr Arbeitsplätze zu schaffen seien. Die dadurch bewirkte Fehlsteuerung habe eine Entwicklung eingeleitet, „an deren Ende über zwei Millionen Arbeitslose stehen". In diesem Sinne hatte sich auch Otto Graf Lambsdorff geäußert, der dem DGB und der SPD vorwarf, nur schwer „angemessen auf die Änderung von Industrie-, Arbeits-, Freizeit- und Verbrauchsstrukturen zu reagieren: Der im Gleichschritt marschierende Einheitsarbeitnehmer bestimmt nicht die Zukunft."

Nach Kohls Worten hat die Regierung aus den Erfahrungen folgende Schlußfolgerungen gezogen: „Wir haben die Politik des ziellosen Geldausgebens beendet und die Staatsfinanzen wieder *auf eine solide Grundlage* gestellt." Damit sei der Staat wieder handlungsfähig; er könne wichtige Impulse geben. „Wir haben der wirtschaftlichen Talfahrt Einhalt geboten." Seit 1982, „als die gesamtwirtschaftliche Leistung real um 14 Milliarden Mark schrumpfte, verzeichnen wir ein Wachstum von 100 Milliarden Mark." Dies eröffne „eine realistische Perspektive zu mehr Arbeitsplätzen und wachsende Beschäftigung". Schließlich führe die Preisstabilität zu mehr Kaufkraft der privaten Haushalte – „eine sozialpolitische Tat ersten Ranges". Der Strukturwandel auch in Krisenbranchen und struk*turschwachen Regionen sei geför*dert, die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und die Investitionsschwäche überwunden worden. „Das heißt: Es gibt eine klare Perspektive für eine wachsende Zahl von Arbeitsplätzen."

Die heutige Opposition sei an den „finanzpolitischen Voraussetzungen einer jeden aktiven Arbeitsmarktpolitik gescheitert", betonte Kohl. In diesem Zusammenhang wendete sich *die Debatte plötzlich* zu einer Debatte über den künftigen Kanzlerkandidaten der SPD, Johannes Rau. Diesem und den Kollegen im Kabinett habe der nordrhein-westfälische Finanzminister Posser in *einem Brief* „den Unterschied zwischen der Haushaltspolitik Nordrhein-Westfalens und der der Bundesregierung verdeutlicht". „Es liegt auf der Hand," so zitierte der Kanzler aus dem Schreiben Possers, „daß sich eine solche spezielle Ver*schuldungspolitik* nur wenige Jahre durchhalten läßt, weil die dramatisch rasch steigenden Zinslasten den Haushalt sonst in Kürze geradezu erdrosseln würden, wie am abschrek*kenden Beispiel* anderer hochverschuldeter Länder (Brasilien, Mexiko, Polen, aber Bremen und das Saarland) zu studieren ist".

Theo Waigel nannte eine solche SPD-Politik in Nordrhein-Westfalen, „während SPD-Sprecher hier im Hause vor der hohen Verschuldung der USA mit möglichen ungünstigen Auswirkungen auf die Bundesrepu*blik" warnen*, „*doppelzüngig*". „Da müssen wir vielmehr vor einem Kanzler Rau warnen!"

Daß der „Kanzlerkandidat der SPD z.A., zur Anstellung" (Graf Lambsdorff) als „Bruder *Leichtfuß* riesige Wechsel auf die Zukunft ausstellt", warfen Rau auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vor. Blüm: „Wenn alle Sanierungsmaßnahmen der letzten zehn Jahre *rückgängig gemacht würden*, müßten alle Arbeitnehmer im Jahr 1590 Mark mehr Beiträge und Sozialabgaben zahlen. Ein wahrlich soziales Programm." Er schlug Rau für den „*Klein-Fritzchen-Preis der Sozialpolitik*" vor.

Stoltenberg zeigte „Verständnis" dafür, daß die SPD Rau nicht vorzeitig zum Kanzlerkandidaten küren wolle, „damit er sich nicht verschleißt". Er forderte ihn aber auf, an „*einer der nächsten großen Wirt*schaftsdebatten im Bundestag" teilzunehmen, diesen „Mut" zu zeigen, und zu „beweisen, wieviel er von Wirtschaftspolitik versteht".

Posser klagt: NRW hat zuviel Schulden gemacht

Die WELT dokumentiert Brief des Finanzministers an Rau

DW. Bonn

„Die Finanzlage des Landes ist *schlecht." Dies ist das Fazit* eines Briefes, den der nordrhein-westfälische Finanzminister Diether Posser seinem Ministerpräsident Johannes Rau Ende September geschrieben hat. Darin listet der Finanzminister die Gründe für die Ebbe in der Finanzkasse des Landes auf. Bundeskanzler Helmut Kohl und der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger hielten Rau gestern in der Debatte des Bundestags Possers Anmerkungen vor. Die WELT dokumentiert wesentliche Teile des Briefes:

„Nordrhein-Westfalen
– liegt im Flächenländervergleich mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 3070 Mark hinter dem Saarland und *Schleswig-Holstein an drittletz*ter Stelle
– zahlt schon seit 1981 im Länderfinanzausgleich nichts mehr. Zahlungsansprüche, die wir nunmehr zu *haben glauben, werden uns durch* einen ungerechten Finanzausgleich vorenthalten
– ist doppelt so hoch verschuldet wie seine Gemeinden (66,6 Milliarden *Mark zu 36,1 Milliarden Mark*) ...

Hauptursachen sind in Mehrausgaben zu suchen, die wir als sozialdemokratisch geführte Regierung und Fraktion aus politischer Überzeu*gung in der Vergangenheit auf uns* genommen haben, aber in diesem Umfang nun nicht mehr überall durchhalten können, zum Beispiel Sonderausgaben im Rahmen des *Ruhrprogramms*, eine besonders gemeindefreundliche Politik mit dem bis heute höchsten Verbundsatz aller Flächenländer, im Ländervergleich überproportionalen Leistungen im *Wohnungsbau*, bei der Weiterbildung, dem Umweltschutz und der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die hier übernommenen Mehrausgaben lassen sich im Ländervergleich zwar nicht exakt beziffern; zum Teil fehlt es bis heute an den dafür erforderlichen verläßlichen statistischen Grundlagen. Dem Grund nach sind unsere Mehrleistungen aber kaum zu bestreiten.

In der Summe aller dieser Entwick*lungen* auf der Einnahme- und Ausgabenseite ergibt sich, daß wir, um im Durchschnitt der übrigen Flächenländer zu bleiben, seit Anfang der 80er Jahre Jahr für Jahr etwa drei bis vier Milliarden Mark weniger Neuverschuldung hätten auf uns nehmen dürfen als wir das tatsächlich getan haben. Das bedeutet: Soll sich unsere Neuverschuldung so entwickeln, wie es dem Durchschnitt der anderen Flächenländer entspricht, müßten wir für 1986 eine Neuverschuldung von etwa drei bis vier Milliarden Mark vorsehen *und nicht*, wie geplant, von 8,9 Milliarden Mark.

Es liegt auf der Hand, daß sich eine solche spezielle Verschuldungspolitik nur wenige Jahre durchhalten *läßt*, weil die dramatisch rasch steigenden Zinslasten den Haushalt sonst in Kürze *geradezu erdrosseln* würden, wie am abschreckenden Beispiel anderer hochverschuldeter Länder (Brasilien, Mexiko, Polen, aber auch Bremen und das Saarland) zu *studieren ist*.

Eine einfache und rasche Lösung gibt es nicht. Wir haben lange und mühsame Jahre vor und auch schon hinter uns, in denen Fortschritte – *wenn überhaupt – nur ganz allmäh*lich und nur um den Preis politischer Opfer an anderer Stelle errungen werden können. Die Lage der Landesfinanzen gleicht einer chronischen *Krankheit*, bei *der eine rasche* Wunderheilung nicht in Sicht ist. Es ist daher zu befürchten, daß sich die gegenwärtigen finanzpolitischen Probleme in dieser Wahlperiode nicht be*seitigen lassen*.

Auf der Einnahmeseite können wir nur hoffen, daß das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht über den Länderfinanzausgleich und die *Bundesergänzungszuweisungen* zu unseren Gunsten ausgeht. Aber auch nach gewonnenem Prozeß werden die Zahlungen noch lange auf sich warten lassen, da der Bund einschließlich der Bundesratsmehrheit sich mit dem Vollzug des Karlsruher Spruches sicher nicht übereilen wird.

Auf der Ausgabeseite müssen wir auf alles nicht Notwendige verzichten. Wir brauchen eine *politische* Diskussion über die besonderen Vorrangbereiche der Landespolitik: Was nicht dazugehört, muß soweit wie irgend möglich und vertretbar gekürzt werden. Daß in dieser Situation ein bedauerlicher Widerspruch liegt, ist nicht zu verkennen: Wir haben für die gesamten 80er Jahre die absolute Mehrheit im Landtag und können sie, soweit diese Mehrausgaben erfordert, nur wenig nutzen."

Vorstoß in Bonn für Hilfe an Namibia

CDU-Politiker von Hassel bedauert Haltung Genschers

BERNT CONRAD, Bonn

Für eine „Wende in der Namibia-Politik der westlichen *Staaten*" hat sich der ehemalige Bundestagspräsi*dent* Kai-Uwe von Hassel (CDU) ausgesprochen. Auf einer Veranstaltung der Deutsch-Namibischen Entwicklungsgesellschaft in Bonn plädierte er dafür, die vor vier Monaten in Südwestafrika gebildete *Übergangsregierung* zu tolerieren und unverzüglich Geldmittel für technische Hilfe, Bildungshilfe und Kapitalhilfe zugunsten Namibias freizugeben.

Der CDU-Politiker übte scharfe Kritik daran, daß die Weltmeinung gegen die Übergangsregierung in Windhuk mobilisiert worden sei und daß auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Regierungsbildung als „null und nichtig" bezeichnet habe. In der „Regierung der nationalen Einheit" seien alle Rassen zusammengekommen, betonte von Hassel. Man habe sich darauf geeinigt, ein gemeinsames vielrassiges Vielparteien-Parlament *zu schaffen* und eine gleichartig zusammengesetzte Übergangsregierung zu bestellen. Aber anstatt diese Entwicklung zu begrüßen und zu unterstützen, werde im Westen erklärt, man erkenne die Regierung nicht an, obwohl sie gar nicht um Anerkennung gebeten habe.

Der ehemalige Bundestagspräsident bezeichnete es als „großen Erfolg des gemeinsamen Bemühens der *namibischen Kräfte*, die Konfliktlösung durch einen großen Versöhnungsschritt zu erreichen. Aber hier und anderswo im Westen würdigt man diesen erstaunlichen Fortschritt überhaupt *nicht". Man nehme nicht* zur Kenntnis, daß die südafrikanische Apartheid in Namibia seit langem überwunden sei.

Weil die Swapo eine Beteiligung an der Übergangsregierung ausgeschlagen habe, stehe die westliche Fünfergruppe (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Bundesrepublik Deutschland) gegen diese Regierung und versage ihr den Respekt, fuhr von Hassel fort. „Man lehnt jede materielle, *technische oder* Bildungshilfe bilateral oder multilateral konsequent ab. Man hat zuweilen den Eindruck, als scheine man zu hoffen, daß diese Übergangsregierung scheitert."

Nach Ansicht des Unionspolitikers erhält Namibia nur deshalb als einziges Entwicklungsland der Welt keine Entwicklungshilfe, weil die Swapo, „die sich für die einzige legitime Vertretung Namibias hält und auch von den Vereinten Nationen so gesehen wird, nur für sich selbst diese Hilfe beansprucht, und es ablehnt, daß ihre *farbigen Brüder innerhalb* Namibias an der Entwicklungshilfe teilhaben".

Tatsächlich sei aber überhaupt nicht zu bestreiten, daß die Swapo marxistisch-leninistisch sei und ein Namibia anstrebe, an dem außer der Swapo niemand mehr beteiligt würde. „Sie verfolgt ihr Ziel mit allen Formen der Einflößung von Angst und Schrecken und nackter Erpressung. Ihre Menschenrechtsverletzungen sind bei Kennern Tagesthema," der heutige Grundrechtskatalog würde in einem Swapo-Staat sehr schnell in einer blutigen und kommunistischen Diktatur untergehen."

Besonders nachdrücklich wandte sich von Hassel dagegen, daß die protestantischen Kirchen völlig einseitig die Swapo *unterstützten und nicht* zm Protest dort aufriefen, „wo Tausende umkommen, gefoltert werden".

Konkret sprach sich der CDU-Politiker dafür aus, daß die Bundesrepublik „den Startschuß zu einer Gewerbeschule, zu medizinischen Zentren, zu Bildungseinrichtungen gibt und auch großzügige Mittel für Stipen*dien*" für die Ausbildung junger Namibier in Deutschland zur Verfügung stellt. Die afrikanische Bevölkerung brauche diese Hilfe heute.

„Entwicklungshilfe vor der Unabhängigkeit" forderte auch der Fraktionsvorsitzende der Demokratischen *Turnhallen-Allianz (DTA) in der na*mibischen Nationalversammlung, Hans-Erik Staby. Er wies darauf hin, daß die Bevölkerung Südwestafrikas in den nächsten Jahren erheblich anwachsen und *das damit verbundene* Problem der rapiden Landflucht erhebliche Sorgen bereiten werde. Die wirtschaftlichen Probleme des Landes seien nur mit Hilfe der westlichen Industriestaaten zu lösen, sonst stünde Namibia in weiteren sieben Jahren möglicherweise am Rande des Abgrunds.

Staby bekräftigte die Bereitschaft der Übergangsregierung zu einem Dialog mit allen politischen Kräften Namibias, *einschließlich* der Bereitschaft zum Gespräch mit der Swapo.

Bonn begrüßt „Klarstellungen" Washingtons

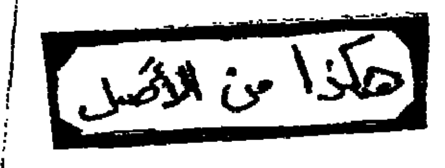
BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung ist über den Verlauf der Brüsseler Sondersitzung der NATO-Außenminister vom Dienstag sehr befriedigt. Nach ihrer Ansicht kann das Genfer Gipfeltreffen zwischen Präsident Ronald Reagan und KP-Chef Michail Gorbatschow jetzt weiter konstruktiv vorbereitet werden. Dazu gehört vor allen die Begegnung mit Reagan, zu der Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in der nächsten Woche nach New York fliegen werden.

Nach Bonner Angaben hat US-Außenminister George Shultz gleich zu Beginn der NATO-Sitzung klargestellt, daß für die Auslegung des amerikanisch-sowjetischen Vertrages von 1972 über Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) in bezug auf das US-Weltraumverteidigungsprogramm (SDI) verschiedene Auslegungen möglich seien. Präsident Reagan habe aber die Linie bestätigt, die sich an einer restriktiven Auslegung orientiere. Shultz *fügte hinzu*, vor einer Änderung oder Ausweitung dieser Position werde es Konsultationen und Verhandlungen geben. Das bedeutet, daß die USA SDI-Systeme zunächst nur *erforschen*, aber *noch* nicht entwickeln oder testen wollen.

Diese Klarstellung wurde in Brüssel von Genscher und den Außenministern der anderen NATO-Partner nachdrücklich begrüßt. In Bonn hatte es Irritationen gegeben, weil der amerikanische Sicherheitsberater McFarlane erklärt hatte, der ABM-Vertrag erlaube und billige auch Tests und Entwicklungen von Raketenabwehrsystemen. Kohl und Genscher hatten in der vergangenen Woche den Amerikanern auf mehreren Wegen Bedenken gegen eine solche Auslegung vorgetragen, weil sie früheren Zusicherungen Reagans widerspreche. Bundeskanzler Kohl hatte dies gegenüber dem amerikanischen Abrüstungsberater Paul Nitze und Genscher in einem Brief an Shultz zum Ausdruck gebracht.

Diese Bedenken sind nun ausgeräumt. Mit Befriedigung ist in Bonn *ferner registriert worden*, daß Amerikaner und Europäer in Brüssel übereingestimmt haben, man sollte kritische Punkte in den jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschlägen nicht mit einem *glatten Nein*, *sondern* mit Gegenvorschlägen beantworten.



Notschrei Hunger

Mk. – Gestern wurde zum fünften Mal der Welternährungstag begangen. Er fiel mit dem 40. Gründungstag der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO zusammen. Weltweit eine Gelegenheit über den Hunger, eine der Geißeln der Menschheit, nachzudenken. Bringt man das, was von der FAO an Materialien darüber zusammengetragen wurde, auf einen Nenner, so ist global gesehen die Produktion von Nahrungsmitteln gestiegen und sie würde ausreichen, um alle Menschen so zu versorgen, daß sie nicht hungern müßten. Gleichzeitig wird, so die FAO, „das Hungerproblem von Tag zu Tag kritischer", wie sich vor allem in Afrika zeigt.

Auf den ersten Blick mag die Situation paradox erscheinen: In den Industriestaaten gewaltige Agrarüberschüsse und gleichzeitig eine Zunahme der Hungernden in der Dritten Welt. Wer die Lösung auf ein reines Umverteilungsproblem reduzieren will, macht einen groben Fehler. Sicher, die Katastrophenhilfe ist wichtig und notwendig. Aber sie darf eigentlich nur eine Überbrückungshilfe sein.

Als Hauptursache für den Hunger nennt die FAO den Umstand, daß die Landwirtschaft auf der Prioritätenliste auch vieler notleidender Länder nicht obenan steht. Hier hat zwar in den letzten Jahren ein Umdenken eingesetzt, wurden neue Schwerpunkte gesetzt. Hier muß auch die Hilfe der Industriestaaten wohl noch verstärkt werden – von der Entwicklung des entsprechenden Saatguts bis hin zu besseren Methoden der Bodenbearbeitung. Auch an einem solchen Tag sollte an diese Zusammehänge erinnert werden.

Fisch numeriert

Ha. – Wer den Mangel verwalten will, kommt um bürokratische Vorkehrungen kaum herum. Was nützt es zum Beispiel, Regeln für eine sparsame Nutzung der europäischen Fischereigründe aufzustellen, wenn ihre Einhaltung nicht überprüft werden kann. In der Erwartung des spanischen EG-Beitritts hat die EG-Kommission deshalb vorgeschlagen, daß alle Fischer künftig ein „Bordbuch" führen müssen, in dem die Fänge genau verzeichnet werden. Eintragungen sollen nicht nur für solche Fischarten vorgeschrieben werden, für die Fangquoten gelten, sondern auch für Sorten, die ihnen bislang unregistriert ins Netz gehen durften. Über jede Strafverfolgung wegen Überschreitung der Quoten wünscht die Kommission informiert zu werden. Wie anders auch kann sie kontrollieren, ob die nationalen Behörden Verstöße ahnden oder ein Auge zudrücken. Schon jetzt freilich läßt sich absehen, daß die Zahl der Beamten für diese Aufgabe bald nicht mehr ausreichen wird. Je weniger Fische es gibt, desto mehr braucht man Beamte.

Neue Ware Wissen

Von JOACHIM WEBER

Auf die Wirtschaftswissenschaftler, vor allem die Betriebswirte, kommt die Auseinandersetzung mit einer neuen Ware, einem neuen Produktionsfaktor zu: der Information, dem „Wissen als Steuerungselement, Wissen als Handelsobjekt, Wissen als Besitz, Wissen, das erzeugt, vermittelt, verändert und verbraucht wird und damit einen regelrechten Warencharakter bekommt", wie es Siemens-Vorstand Karl-Heinz Beckurts auf dem Betriebswirtschaftertag in Berlin formulierte.

Information sollte dabei nicht direkt mit dem Begriff der Daten gleichgestellt werden. Denn: „Wir leben in einer Flut von Daten bei gleichzeitigem Mangel an Informationen", stellte Daimler-Vorstand Werner Niefer ernüchternd fest.

Zwar wird es vergleichsweise geringes Kopfzerbrechen bereiten, den Faktor Information in die mehr oder minder bewährten ökonomischen Globalmodelle einzufügen. Schwierigkeiten wird es jedoch immer dann geben, wenn mit den erweiterten Modellen auch gerechnet werden soll. Denn noch entzieht sich die Ware Information, bisher eher als freies Gut betrachtet (wenngleich im allerorten wachsenden Verwaltungskostenblock längst enthalten), noch weitgehend der Bewertung.

Das fängt schon bei den Kosten an. Zwar gibt es bereits einzelne Märkte für Informationen (wie Börsendaten, Nachrichten, Adressen oder auch Seminare und zuletzt Zeitungen und Zeitschriften), an denen sich Preise bilden, wie angemessen sie auch immer sein mögen. Doch für die große Masse der Informationen, die zum Beispiel ein Unternehmen selbst beschafft oder durch die Aufbereitung vorhandener Daten gewinnt, gibt es praktisch keine Bewertungsansätze.

Charakteristisch, wenn auch vielleicht in der Verteilung nicht ganz repräsentativ, sind da die Ergebnisse einer Befragung von zwölf Unternehmen, von der in Berlin berichtet wurde: Zehn von ihnen kannten nicht einmal die globalen Kosten ihrer Informationsbeschaffung, eins nannte die gesamte Gehaltssumme, ein weiteres beschränkte sich auf 90 Prozent davon.

Selbst die Kosten der Datenverarbeitung, die grundsätzlich als Informationskosten anzusehen wären, sind keineswegs überall fest im Griff. Fast im Gegenteil: Die Ausbreitung der eigenständigen Datenverarbeitung am Arbeitsplatz hat ihre Erfassung schwerer gemacht als sie es ohnehin schon war.

Fast unüberwindlich werden die Schwierigkeiten aber bei der Frage, ob sich der Aufwand für die Beschaffung oder Aufbereitung einer bestimmten Information wirklich lohnt. Da es schon bei den Globalzahlen hapert, wird die Kostenerfassung – sprich: Umlage – im einzelnen Fall unmöglich, wenn nicht gerade ein spezielles Programm zu schreiben ist.

Die Frage nach dem „Lohnen" impliziert aber auch die nach dem Nutzen. Hier wird die Lage vollends hoffnungslos. Wie soll man beispielsweise eine einzelne Information bewerten, die gemeinsam mit 100 anderen zu einer (hoffentlich) richtigen Entscheidung führt? Wie eine andere, deren schnelle Beschaffung den Entscheidungsprozeß so beschleunigt, daß es zum erfolgreichen Geschäftsabschluß kommen kann? Was ist gar eine Information wert, die zwar in verschiedenen Entscheidungsprozesse mitwirkt, deren Wirkung aber insgesamt diffus bleibt? Und wie sieht es schließlich mit der Qualität (und ihrer Kontrolle) von Informationen überhaupt aus?

Die Reihe der offenen Fragen ließe sich beliebig fortsetzen. Jede von ihnen betrifft indirekt auch die Frage nach dem Nutzen des Einsatzes von Systemen zur Informationsverarbeitung, wie sie sich fast allen Unternehmen heute stellt. Lohnt sich der größere Computer oder nicht? Auch diese Frage läßt sich bislang nur mit Erfahrungen beantworten.

Prof. Norbert Szyperski (Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung) wartete in Berlin nur mit einem Anhaltspunkt auf: „Marktführer, also erfolgreiche Unternehmen, liegen mit ihren Investitionen in Informationssysteme meist über dem Durchschnitt." Und zur datentechnischen Aufrüstung: „Da ist es, wie mit dem teuren Radar auf einem Schiff – was es wert ist, merkt man erst bei schlechtem Wetter." Das Radargerät für den Informationsdschungel selbst aber muß erst noch entwickelt werden – Arbeit genug für einige Generationen von Betriebswirten und Informatikern.

BUNDESBANK / Unternehmen haben wichtige innere Antriebskraft zurückgewonnen

Investitionsneigung klar verbessert Chancen für anhaltendes Wachstum

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Investitionstätigkeit ist neben der Auslandsnachfrage zum tragenden Element des Aufschwungs geworden. Damit, so betont die Bundesbank, habe die Wirtschaft ihre wichtigste innere Antriebskraft zurückgewonnen, die positiv auf das übrige konjunkturelle Geschehen ausstrahle und die Bedingungen für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum verbessere. Die Erweiterung, Modernisierung und technologische Erneuerung der Sachanlagen erleichtere zugleich die Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme.

Die Besserung der Ertrags- und Finanzierungsverhältnisse in der Wirtschaft habe zu dieser ausgeprägten Entfaltung nicht nur beigetragen, sie sei vielmehr die unerläßliche Voraussetzung dafür gewesen, schreibt die Bundesbank in ihrem heute veröffentlichten Monatsbericht. Im ersten Halbjahr 1985 wendeten die Unternehmen für Ausrüstungsinvestitionen rund 65 Milliarden Mark oder gut 17 Prozent mehr auf als in der gleichen Vorjahreszeit, die allerdings im Zeichen des Arbeitskampfes stand. Die Ausrüstungsinvestitionen übertrafen das schon sehr hohe Ergebnis der zweiten Hälfte 1984 um drei Prozent. Für eine weiterhin günstige Investitionskonjunktur sprechen nach Meinung der Bundesbank die in diesem Jahr anhaltend kräftig gestiegenen inländischen Investitionsgüterbestellungen, die im Juli/August-Durchschnitt um elf Prozent höher waren als vor einem Jahr.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen schrumpften zwar saisonbereinigt wegen des ungewöhnlich kalten Winters gegenüber dem zweiten Halbjahr 1984 um fast zehn Prozent auf 27 Milliarden DM, und sie unterschritten auch ihr Vorjahresniveau erheblich. Doch deuten nach Einschätzung der Notenbank die seit Jahresbeginn kräftig gestiegenen Aufträge im gewerblichen Bau, die im Juli/August-Durchschnitt das Vorjahresniveau um rund acht Prozent übertrafen, darauf hin, daß auch die unternehmerischen Bauinvestitionen vom allgemeinen Aufwärtstrend der Investitionstätigkeit erfaßt werden. In Vorräte investierten die Unternehmen 24 Milliarden Mark nach knapp 23 vor einem Jahr.

Mit der Ausweitung der gesamten Investitionsaufwendungen um 8,5 Prozent auf 116 Milliarden Mark hielt, wie in Phasen steigender Investitionen üblich, die Zunahme der Eigenfinanzierungsmittel (vor allem nicht entnommene Gewinne und Abschreibungserlöse) um 4,5 Prozent auf 98 Milliarden Mark nicht Schritt, so daß die Eigenfinanzierungsquote gegenüber dem ersten Halbjahr 1984 von 87,5 auf 84,5 Prozent zurückging. Das Finanzierungsdefizit stieg daher von gut 13 auf 18 Milliarden Mark, so daß die Unternehmen mehr als im Vorjahr auf die Fremdfinanzierung angewiesen waren. Hinter dieser Pauschalzahl verbirgt sich allerdings eine im einzelnen sehr unterschiedliche Entwicklung. Unternehmen mit reichlichem Cash-flow und guter Liquidität konnten zum Teil ihre finanziellen Reserven aufstocken, andere mußten auf Reserven zurückgreifen oder zusätzliche Kredite aufnehmen. Das spiegelt sich in einer gesamten Beschaffung von 34 Milliarden Mark durch Kreditaufnahmen und (nur 1,5 Milliarden DM) Aktienemissionen bei gleichzeitiger Bildung von knapp 16 Milliarden Geldvermögen.

Einen kräftigen Stimulus erhielt die Investitionsbereitschaft durch die Ertragsverbesserung, bemerkt die Bundesbank. Die Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen, grober Maßstab für die Entwicklung der Betriebsergebnisse, waren mit 158 Mrd. DM um sechs Prozent höher als im vorangegangenen Halbjahr und um fünf Prozent höher als vor einem Jahr, worin die Notenbank aber noch keine generelle Entspannung der Risikosituation im Unternehmensbereich sieht. Die Unternehmereinkommen stiegen weiter leicht von 22 auf 23 Prozent des Volkseinkommens, was die Bundesbank nicht nur mit der Ertragsbesserung erklärt, sondern auch als Indiz dafür wertet, daß die Unternehmertätigkeit jetzt vielfach wieder als attraktiver betrachtet wird.

AUF EIN WORT



„Gratisbutter- und Weihnachtsbutteraktionen verstoßen gegen das Gesetz und fairen Wettbewerb. Die Überschußproblematik läßt sich nur durch Anpassung der Produktion an die Nachfrage lösen."

Ulrich Rau, Präsident des Verbandes der Deutschen Margarineindustrie e. V., Bonn FOTO: DIE WELT

Mehr Atomstrom verbraucht

DW. Frankfurt

Die Kernenergie lieferte in den ersten drei Quartalen 1985 mit rund 90,5 Mrd. Kilowattstunden fast ebensoviel Strom wie im gesamten Vorjahr. Im Vergleich zu den ersten neun Monaten 1984 stieg die Kernenergieerzeugung um 43 Prozent, meldet die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) nach ersten Erhebungen. Die 13 Kernkraftwerke mit zusammen 16 Blöcken sowie drei Versuchsanlagen erzeugten bis Ende September 89,7 (62,6) Mrd. KWh für die öffentliche Versorgung und 0,85 (0,80) Mrd. KWh für die deutsche Bundesbahn. Strom aus Uran stellte in den ersten neun Monaten 1985 rund 35 (26) Prozent der Erzeugung der öffentlichen Versorgung.

BDI

Wirtschaft aus eigener Kraft jetzt widerstandsfähiger

DW./rtr, Köln

Die konjunkturelle Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1985 ist nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) vom Export und von Ausrüstungsinvestitionen im Inland getragen. In seinem gestern veröffentlichten Konjunkturbericht weist der BDI auf eine kräftige Ausweitung der Beschäftigung hin. Allein in der Industrie habe sich die Zahl der Mitarbeiter im zweiten Quartal um 100 000 erhöht.

Insgesamt sei die deutsche Wirtschaft aus eigener Kraft widerstandsfähiger geworden. Die Investitions-Dynamik, so die BDI-Analyse, sei beachtlich und biete Chancen für ein solides Wachstum. Zudem sei die Abnahme der weiterhin hohen Zuwachsraten der Auslandsnachfrage mittlerweile durch die steigende Inlandsnachfrage ausgeglichen worden, vor allem bei Grundstoff-, Produktions- und Investitionsgütern. Für ein breiteres Wachstum gebe es somit von den Preisen und der Beschäftigung her günstige Bedingungen, so daß für 1986 „begründete Hoffnung" auf ein Anziehen auch der bisher noch schwachen Verbrauchernachfrage bestünde.

Die Auslandsnachfrage hat nach BDI-Angaben seit Jahresbeginn das hohe Niveau gehalten. Eine Trendwende wegen der Dollar-Schwäche sei vorerst nicht zu befürchten, denn veränderte Wechselkurse würden den Export nicht gleich aus der Bahn werfen. Probleme für die deutschen Unternehmen sieht der BDI allerdings bei einer Manipulation der Wechselkurse entstehen. Der zuletzt abrupte Dollar-Einbruch habe bereits zu Verunsicherungen geführt.

ARBEITSMARKT

„Kündigungsschutz ist ein großes Einstellungshemmnis"

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Rund 48 Prozent der 800 Unternehmen, die an einer Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) beteiligt waren, haben seit Mai von den gesetzlichen Erleichterungen für den Abschluß befristeter Arbeitsverträge nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz Gebrauch gemacht. Sie hätten insgesamt rund 3000 befristete Arbeitsverträge abgeschlossen.

Über offene Stellen berichteten 59 Prozent. In Baden-Württemberg, Bayern, im Sieger- und Sauerland seien überdurchschnittlich viele offene Stellen gemeldet worden. Unterdurchschnittlich lägen die Zahlen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen. Von den vorhandenen Stellen seien 55 Prozent den Arbeitsämtern gemeldet worden. Positive wie negative Beispiele für die Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern hielten sich die Waage. Auf die hypothetische Frage, welche Einstellungsmöglichkeiten im Unternehmen gesehen würden, wenn es einen Tarif gebe, der 20 Prozent unter der heute geltenden niedrigsten Tarifgruppe läge, antworteten 47 Prozent der Befragten, daß sie Neueinstellungen vornehmen würden. Als wichtigstes Einstellungshemmnis nannten 80,3 Prozent die rechtliche Erschwerung der Kündigung, elf Prozent die Lohnfortzahlung und 8,7 Prozent die Sozialplanregelung.

Als wirksamste Maßnahme zum Abbau der Arbeitslosigkeit bezeichneten 30 Prozent eine Liberalisierung des Arbeitsrechts. An zweiter Stelle mit 26 Prozent folgten Maßnahmen, die auf die Höhe der Arbeitskosten abzielen. Die ASU sieht sich durch die Umfrage in ihrer Forderung nach „mehr Marktwirtschaft am Arbeitsplatz" bestätigt.

ENTWICKLUNGSHILFE

Bonn will die Zusagen 1986 um zehn Prozent erhöhen

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung will ihre Entwicklungshilfezusagen 1986 gegenüber diesem Jahr um rund 10,5 Prozent auf 3,91 Milliarden Mark erhöhen. Der Anteil der Kapitalhilfe steigt um 7,8 Prozent auf 2,75 und der der technischen Hilfe sogar um 16,7 Prozent auf 1,16 Milliarden Mark.

In der Verteilung nach Kontinenten bleibt Afrika mit 1,59 (1985: 1,56) Milliarden Mark Spitzenreiter vor Asien mit 1,50 (1,20) Milliarden, wenn auch nicht mehr so ausgeprägt wie bisher. Bei der Kapitalhilfe hat Asien dem Schwarzen Kontinent allerdings mit 1,20 gegenüber 1,07 Milliarden Mark den Rang abgelaufen. Die Bundesregierung verstärkt massiv die technische Hilfe für Afrika. Hier konzentrieren sich die rückständigsten Länder der Dritten Welt. Mit der technische Hilfe soll nicht zuletzt die Aufnahmefähigkeit für Kapitalhilfe auf lange Sicht verbessert werden.

Für Lateinamerika sind 1986 Hilfszusagen über 442 (377), für europäische Entwicklungsländer 145 (216) Millionen Mark vorgesehen. Die Vergleichbarkeit der Zahlenangaben ist allerdings durch den Umstand beeinträchtigt, daß vor allem kleinere Entwicklungsländer aus Vereinfachungsgründen Zwei-Jahres-Zusagen erhalten. Der Anteil Europas ist deshalb stark rückläufig, weil Portugal keine Kapitalhilfe mehr erhält.

Die Rahmenplanung des Entwicklungsministeriums, der diese Zahlen entstammen, wird derzeit zusammen mit dem Bundeshaushalt 1986 im Parlament und den zuständigen Ausschüssen (Haushalt und Entwicklung) beraten. Darin werden unter anderem auch die Hauptempfänger aufgeführt. Bei der Kapitalhilfe sind dies Indien mit 360 (1985: 360) Millionen Mark, Ägypten 235 (235), Israel 140 (140), Türkei 130 (130), Pakistan 120 (120), Indonesien 100 (100), Bangladesch 100 (100), Kenia 90 (zum Vergleich 1984 mit 79 Millionen, da Mehrjahreszusage), Tunesien 85 (1984: 80) und Sri Lanka 80 (30) Millionen Mark. Die Zahlen verdeutlichen, daß sich unter den ersten Zehn mit zusammen 1,44 Milliarden Mark praktisch keine Veränderungen ergeben haben.

Die Hitliste der Empfänger technischer Hilfe wird von Kenia mit 55 (1984: 56,9) Millionen Mark angeführt, gefolgt von Somalia mit 40 (5), Volksrepublik China 35 (30), Ägypten 33 (33), Indien 33 (30), Indonesien 33 (30), Bangladesch 30 (40), Brasilien 30 (28), Nepal 28 (1984: 27,7) und Togo 28 (1984: 25,4) Millionen Mark.

Die Kapitalhilfekonditionen richten sich nach dem Entwicklungsstand der Empfängerländer. 16 ärmste Länder (LLDC) erhalten 536 Millionen Mark als Geschenk, 14 Länder bekommen 1,15 Milliarden Mark Kredite mit 50 Jahren Laufzeit (10 tilgungsfreie Jahre) zu 0,75 Prozent Zinsen, 13 Länder 497 Millionen mit 30 Jahren Laufzeit (10) und zwei Prozent Zinsen und sechs Länder 415 Millionen mit 20 Jahren Laufzeit (5) und 4,5 Prozent Zinsen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Verschuldungsabbau auch ohne Bundesbankgewinne

Bonn (VWD) – Als unzutreffend hat gestern der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Friedrich Voss, die Behauptung zurückgewiesen, der Abbau der jährlichen Nettoneuverschuldung des Bundes sei in erster Linie das Ergebnis hoher Bundesbankgewinne. Zwischen 1982 und 1985 sei die Nettoverschuldung um rund zwölf Milliarden DM gesunken, die Ablieferung der Bundesbank dagegen nur um 2,4 Milliarden Dollar gestiegen. Die in den letzten Jahren entstandenen hohen Gewinnabführungen der Bundesbank seien weder der früheren noch der jetzigen Wirtschaftspolitik zu danken. Sie seien vielmehr eine Folge der institutionellen sowie der binnen- und der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Anleihe aufgelegt

München (sz.) – Eine Anleie über 50 Millionen DM hat die Österreichische Investitionskredit AG, Wien, unter Federführung der Bayerischen Vereinsbank AG, München, aufgelegt. Die Emission ist mit einem Kupon von 6,625 Prozent bei einem Ausgabekurs von 100 Prozent ausgestattet. Zurückgezahlt wird die Anleihe am 1. November 1990. Die Einführung in den geregelten Freiverkehr am der Münchner Börse ist vorgesehen.

Diskontsatz gesenkt

Brüssel (dpa/VWD) – Die belgische Nationalbank hat gestern nach eigenen Angaben erneut den Diskontsatz von 9,5 auf neun Prozent gesenkt. Die Maßnahme tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Niedersachsen am Markt

Hannover (dos) – Mit einer Anleihe in Höhe von 400 Mill. DM kommt das Land Niedersachsen auf den Markt. Nach Angaben der Norddeutschen Landesbank sind die neuen Inhaber-Schuldverschreibungen mit einem Nominalzins von 6,5 Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren ausgerüstet. Vom Gesamtvolumen werden 300 Mill. DM vom 18. Oktober an zum Kurs von 99,50 Prozent zum Verkauf gestellt; die restlichen 100 Mill. DM dienen der Marktpflege. Die Börseneinführung ist für den 23. Oktober vorgesehen. Die Rendite für private Anleger beträgt 6,57 Prozent. Die letzte Niedersachsen-Anleihe (400 Mill. DM) wurde im September 1984 begeben. Damals betrug der Nominalzins 7,75 Prozent bei einem Ausgabekurs von 99,90 Prozent.

Regere Nachfrage erwartet

Köln (AP) – Der Einzelhandel rechnet für das kommende Weihnachtsgeschäft mit einer regeren Nachfrage als im vergangenen Jahr. Nach Berechnungen der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels wird sich der zusätzliche Weihnachtsumsatz in diesem Jahr auf rund 18 Mrd. Mark belaufen. Dies wären 3,8 Prozent des erwarteten Jahresumsatzes für 1985. Ihren Optimismus begründete die Hauptgemeinschaft unter anderem mit der Belebung des privaten Verbrauchs im zweiten Halbjahr 1985.

SPD: Kritik an AEG-Kauf

Bonn (dpa/VWD) – Der geplante Aufkauf der Aktienmehrheit des AEG-Konzerns durch die Daimler Benz AG ist für die SPD-Bundestagsfraktion „aus gesellschaftspolitischer Sicht völlig unakzeptabel", kritisierte der SPD-Wirtschaftsexperte Uwe Jens gestern. Dies sei der größte Unternehmenszusammenschluß in der Geschichte der Bundesrepublik, „eine Super-Elefantenhochzeit". Besonders bedenklich sei die damit verbundene Konzentration im Bereich der Rüstungsindustrie. Die AEG wickelt einen Teil ihres Geschäfts mit Rüstungsgütern ab. Die Motoren- und Turbinen-Union (MTU) und die Dornier GmbH, die vor kurzem ebenfalls mehrheitlich an Daimler Benz gingen, haben Rüstungsanteile, die etwa die Hälfte der Umsätze ausmachen.

Volcker dementiert

Washington (AP) – Der amerikanische Zentralbankchef Paul Volcker hat Berichte dementiert, wonach er seinen Posten aufgeben und den Vorsitz der Weltbank übernehmen werde. „Ich bin hier, ich bleibe hier", sagte Volcker auf einer Konferenz.

ATOMFORUM

Exportbedingungen wurden beklagt

dpa/VWD, Bonn

Das Deutsche Atomforum hat angesichts des hart umkämpften Weltmarktes für Kerntechnik an die Bundesregierung appelliert, die Bedingungen für entsprechende deutsche Exporte durch eine Ausweitung der Ausfuhrgarantien zu verbessern. Zum Abschluß einer zweitägigen Fachtagung über die Entwicklung des kerntechnischen Weltmarktes betonte das Atomforum gestern, die deutschen Hersteller seien technisch und wirtschaftlich weltweit konkurrenzfähig.

Um diese gute Ausgangsposition zu halten, sind aber nach Auffassung des Atomforums sowohl Neuaufträge auf dem Heimatmarkt als auch eine flexiblere Handhabung des Finanzierungsinstrumentariums bei Auslandsaufträgen notwendig. Die staatlichen Hermes-Bürgschaften sollten sich daher nicht nur auf die eigentliche Hardware von Kernkraftwerken beschränken, sondern auch begleitende Regiearbeiten einbeziehen.

Die Nachfrage auf dem international frei zugänglichen Markt wird bis zum Jahr 2000 auf 30 Kernkraftwerke der großen Leistungsklasse über 900 Megawatt und auf insgesamt 50 bis 100 Anlagen unter Einschluß der kleinen und mittleren Leistungsklasse bis 600 Megawatt geschätzt. Von den 590 Kernkraftwerken, die weltweit in Betrieb, im Bau oder bestellt sind, wurden nach Angaben des Atomforums 135 exportiert. Der Löwenanteil von 40 Prozent stamme aus den USA; es folgen die UdSSR mit 33 Prozent und die Bundesrepublik mit zwölf Exportaufträgen. Während 1984 weltweit 34 Kernkraftwerkblöcke ihren Betrieb aufnahmen, sei jedoch lediglich mit dem Bau von 14 neuen Anlagen begonnen worden.

EG / Kommission: Bei unveränderter Politik nur eine bescheidene Verbesserung der Beschäftigungslage möglich

Doppelstrategie soll das Wachstum stärken

WILHELM HADLER, Brüssel

Eine „kooperative Strategie" für ein stärkeres und beschäftigungswirksameres Wirtschaftswachstum hat die EG-Kommission den Regierungen und Sozialpartnern vorgeschlagen. Durch eine Kombination von mäßigen Lohnsteigerungen und Maßnahmen zur Nachfragestützung könnte nach ihrer Meinung die Arbeitslosigkeit in der EG bis zum Ende der achtziger Jahre von elf auf etwa sieben Prozent verringert werden.

Das neue Konzept ist vom deutschen Kommissar Alois Pfeiffer entwickelt worden, der innerhalb der Europa-Behörde für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zuständig ist. Pfeiffer hofft, mit diesem „Angebot" den Dialog zwischen den Sozialpartnern und Regierungen neu beleben zu können. Erste Sondierungsgespräche hätten Interesse und Gesprächsbereitschaft gezeigt.

Die Kommission geht bei ihren Vorschlägen von der Annahme aus, daß bei unveränderter Politik und unveränderten Verhaltensweisen das Wachstum in der Gemeinschaft mittelfristig nicht mehr als 2,5 Prozent jährlich betragen wird. Ein solcher Wachstumstrend könne nur eine bescheidene Verbesserung der Beschäftigungslage bewirken, so daß die Arbeitslosenquote bis zum Ende des Jahrzehnts nicht merklich zurückgehen würde.

Nach den in den sechziger Jahren gültigen Verhältnissen wären Wachstumsraten von mehr als sechs Prozent nötig, um die zu einem schrittweisen Abbau der Arbeitslosigkeit erforderliche Beschäftigungszunahme von ein bis 1,5 Prozent jährlich zu erzielen. Dies liege gegenwärtig außer Reichweite, deshalb könne das Problem nur gelöst werden, wenn die Relation zwischen Wachstum und Beschäftigung verbessert werde.

Auf makroökonomischer Ebene komme es vor allem darauf an, in den nächsten Jahren erheblich mehr arbeitsplatzschaffende Investitionen zu realisieren. Dies sei vor allem eine Aufgabe der Unternehmer. Die Bereitschaft zu derartigen Investitionen setze aber ausreichende Nachfrageperspektiven sowie einen mäßigen Anstieg der Löhne voraus.

Nachfrageexpansion allein birgt nach dem EG-Konzept das Risiko in sich, „in erhöhter Inflation und Staatsverschuldung zu verpuffen". Lohnmäßigung allein bringe nicht oder nur sehr langsam den gewünschten Beschäftigungseffekt. Was Europa brauche, sei also eine Doppelstrategie. Die flankierende Nachfragestützung spiele nicht zuletzt für die „soziale Akzeptanz" der Lohnmäßigung eine entscheidende Rolle.

Im mikroökonomischen Bereich tritt die EG-Behörde dafür ein zu prüfen, „welcher Beschäftigungsbeitrag über größere Lohndifferenzierung und über eine kostenneutrale Neugestaltung und Verkürzung der Arbeitszeit erzielt werden kann". Auch müßten die Regierungen untersuchen, ob bestehende Rechtsvorschriften nicht das Funktionieren der Märkte und die Gründung neuer Unternehmen behindern.

Während der Geldpolitik nach wie vor die Aufgabe zugewiesen wird, den Stabilitätsrahmen zu sichern, soll die Haushaltspolitik künftig dort, wo Handlungsspielräume bestehen, die Nachfrage abstützen und durch den Abbau von Subventionen mehr Mittel für öffentliche Investitionen freimachen. Insgesamt hofft die Kommission so, das Wachstum auf drei bis 3,5 Prozent steigern und einen jährlichen Anstieg der Beschäftigung von ein bis 1,5 Prozent erreichen zu können.

In der Bundesrepublik zeichnet sich nach Ansicht der EG-Behörde bereits eine „positive Kettenreaktion" zwischen Preisstabilität, mehr Wachstum und Beschäftigung und mehr fiskalischem und außenwirtschaftlichem Handlungsspielraum ab, der auch genutzt werden sollte. So schlägt sie für 1986 höhere öffentliche Investitionen und ein Vorziehen der für 1988 geplanten Steuerreform auf 1987 vor.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Außenhandel steigt

USA wichtigstes Lieferland

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Bundesrepublik ist mit Abstand das größte Exportland der EG. Dies zeigt erneut die Außenhandelsstatistik der Zehnergemeinschaft. Von den Gesamtausfuhren der EG in Drittländer entfielen 1984 danach rund ein Drittel (32 Prozent) auf Lieferungen aus der Bundesrepublik. Es folgten Großbritannien mit 19 Prozent, Frankreich mit 17 und Italien mit 14 Prozent.

Insgesamt erreichten die Drittlandsexporte der Europäischen Gemeinschaft im vergangenen Jahr einen Wert von 351 Mrd. Ecu (rund 786 Mrd. DM). Sie kletterten damit um 16 Prozent gegenüber 1983. In den vorausgegangenen Jahren war die Zunahme des höheren Dollarkurses mit sechs und acht Prozent weit weniger kräftig ausgefallen.

Während die Ausfuhren in die Gesamtheit der westlichen Industrieländer 1984 um 24 Prozent anstiegen, verzeichneten die Lieferungen in die USA entsprechend einen Zuwachs von 40 Prozent.

Die Importe stiegen um 16 Prozent auf 382 Mrd. Ecu (rund 855 Mrd. DM). Damit erhöhte sich das Handelsbilanzdefizit der Gemeinschaft von 26,5 auf 31 Mrd. Ecu (69,4 Mrd. DM).

Am stärksten zugenommen haben die Importe von Fertigwaren (21 Prozent) sowie von Nahrungsmitteln und Rohstoffen (17 Prozent). Dagegen kletterten die Brennstoffeinfuhren nur noch um neun Prozent und erreichen einen Anteil an den Gesamtimporten von 28 Prozent gegen 34 Prozent 1981.

Hauptlieferant der EG waren die USA mit 16 Prozent aller Importe. Der Anteil der westlichen Industrieländer betrug zusammen 55 Prozent, der der Dritten Welt 35 und der der Staatshandelsländer 10 Prozent. Die innergemeinschaftlichen Importe erhöhten sich mit 14 Prozent zwar stärker als in den vorangegangenen Jahren, ihr Wachstum blieb jedoch leicht hinter dem der Drittlandsimporte zurück.

GRIECHENLAND / Loch in der Staatskasse erschwert Einhaltung der EG-Verpflichtungen

Athen möchte Übergangsfristen verlängern

E. ANTONAROS, Athen

Die griechische Regierung hat jetzt die EG-Kommission in aller Form um eine einjährige Verlängerung der Übergangsfristen im Zusammenhang mit zahlreichen Verpflichtungen nachgesucht, die mit dem Ende der fünfjährigen Übergangszeit am 31. Dezember 1985 fällig werden. In einem Schreiben an den Präsidenten der EG-Kommission, Jaques Delors, hat der Athener Wirtschaftsminister Simitis darauf hingewiesen, daß Griechenland zwar keine neuen Verhandlungen über die eigentlichen Beitrittsbedingungen wünsche, aus verwaltungstechnischen Gründen ein Aufschub jedoch „absolut notwendig" sei.

In erster Linie geht es um die Einführung der Mehrwertsteuer, die mit dem Auslaufen der fünfjährigen Übergangszeit am 1. Januar 1986 wirksam werden sollte. Doch bisher sind die griechischen Behörden nicht imstande gewesen, das Land auf diese wichtige Steuerreform vorzubereiten.

Angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage und des Milliardenlochs in der Leistungsbilanz wünscht Athen darüber hinaus eine Beibehaltung der Zollschranken, die ebenfalls zum Jahresende beseitigt werden müßten. Der Beitrittsvertrag, der am 1. Januar 1981 in Kraft trat, sieht vor, daß die Zollunion 1986 durchgeführt werden müßte. Aber bereits vor zwei Jahren hatte Griechenland unter Berufung auf Artikel 108 und 109 der Römischen Verträge erfolgreich um besondere Schutzmaßnahmen gegen die Flut von Importartikeln aus dem EG-Raum gekämpft. Ebenfalls werden zahlreiche Güter, vor allem im Agrarsektor, durch die Subventionierung von ähnlichen einheimischen Produkten direkt benachteiligt. Den Griechen geht es darum, wie westliche Diplomaten in Athen vermuten, längerfristig einige konkurrenzschwache Wirtschaftsbereiche von der geplanten Öffnung des Marktes ausklammern zu lassen.

Darüber hinaus wollen die Griechen die ebenfalls im Beitrittsvertrag vorgesehene Liberalisierung des Kapitalverkehrs um ein Jahr aufschieben. Dabei geht es vor allem um den Transfer der Gewinne von ausländischen Firmen in Griechenland ins Ausland. Schließlich beabsichtigen die Griechen, den Erdölmarkt und das Versicherungswesen nur mit kleinen Schritten reformieren zu lassen, obwohl verschiedene ausländische Firmen beim Europäischen Gerichtshof zahlreiche Klagen gegen Athens protektionistische Einstellung eingereicht haben.

Kapitalerhöhung bei Industriekreditbank

tb. Berlin

Die Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank (IKB), Berlin/Düsseldorf, hat ihr Kapital erhöht. Aus dem genehmigten Kapital in Höhe von 22 Mill. DM sind 18 Mill. zur Aufstockung des Grundkapitals von 162 auf 180 Mill. DM verwendet worden, teilte die Verwaltung der Bank gestern auf der Hauptversammlung in Berlin mit. Die neuen Aktien werden den Aktionären vom 23. Oktober bis 6. November im Verhältnis 9:1 zum Bezugskurs von 170 DM je 50-DM-Aktie angeboten. Sie sind für das Geschäftsjahr 1985/86 (31. 3.) voll gewinnberechtigt.

Von der Hauptversammlung wurde ein weiteres genehmigtes Kapital von bis zu 40 Mill. DM geschaffen und der Vorstand zur Ausgabe von Genußscheinen bis zu 100 Mill. DM ermächtigt. Für 1984/85 zahlt die IKB 7,50 DM Dividende.

JUGOSLAWIEN / Wirtschaftskrise bringt Unruhe

Bangemann sichert Hilfe zu

dpa/VWD/AFP, Belgrad

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann will die jugoslawischen Wünsche nach einem größeren Warenabsatz in der Bundesrepublik und der EG unterstützen. Der Markt müsse für Jugoslawien offener gestaltet werden, sagte der Minister gestern zum Abschluß seines zweitägigen Besuches in Belgrad. Das mit rund 20 Mrd. Dollar im Westen verschuldete Jugoslawien beklagt sich seit Jahren über das anhaltende Handelsdefizit mit der Bundesrepublik.

Bei einem Handelsvolumen von 1,5 Mrd. Dollar betrug das Defizit nach Angaben aus Belgrad in den ersten acht Monaten dieses Jahres über 400 Mill. Dollar. Im Warenverkehr mit der EG mußte Jugoslawien im gleichen Zeitraum bei einem Handelsaustausch von 3,9 Mrd. Dollar ein Minus von rund 700 Mill. Dollar verkraften. Verantwortlich für dieses Defizit machen jugoslawische Unternehmen die Zollschranken der EG.

Auch beim Streit um direkte Zahlungen an Belgrad aus dem EG-Haushalt, der von der Gemeinschaft bisher strikt abgelehnt wird, kam Bangemann seinen Gesprächspartnern entgegen: Eine Förderung von jugoslawischen Verkehrsprojekten, die auch für den Transitverkehr der EG Bedeutung hätten, aus dem EG-Haushalt sei denkbar. Jugoslawien drängt auf Unterstützung aus der EG, weil das soziale Klima sich seit einigen Monaten stetig verschlechtert. Der Regierung ist es nicht gelungen, die wirtschaftliche Lage zu verbessern und die Inflation, die auf Jahresbasis fast 100 Prozent erreicht erreicht hat, abzubremsen. Die zunehmende Unzufriedenheit der Arbeitnehmer des Landes führt immer öfter zu Streikbewegungen. Allein im ersten Halbjahr wurden 341 Arbeitsniederlegungen registriert – doppelt soviel wie in der Vergleichsperiode 1984. Dabei richteten sich diese illegalen Streiks, die in Jugoslawien aber stillschweigend anerkannt werden, in letzter Zeit gegen Betriebsgewerkschafts- und -parteifunktionäre.

Diese für ein sozialistisches Land ungewöhnliche Art des „Aufmuckens" wurde erstmals zu Beginn des Sommers in Slowenien registriert, als rund 120 Arbeiter einer Fabrik in der Nähe von Ljubljana in den Streik traten und ihre Gewerkschaftsausweise zurückgaben. Sie wollten gegen die „Nutzlosigkeit" ihrer Organisation und gegen die hohen Gehälter der Kader protestieren, die ihre eigenen Löhne sechsmal übersteigen. Sie wollen echte Interessenvertreter. Das Beispiel machte Schule. In Vinkovci in Kroatien lehnten Arbeiter die Beitragszahlung ab, in Kosovo forderten 3000 Arbeiter des Bergwerkes von Trepca die Absetzung der Betriebsgewerkschafts- und der Betriebsparteienzellenleitung. Die jugoslawische Presse, der ein relativ großer Freiraum eingeräumt wird, hat sich der Kritik an den Gewerkschaften weitgehend angeschlossen.

Nach offiziellen Statistiken lebt heute ein Drittel der Bevölkerung des Landes unter der Armutsschwelle. Die durchschnittliche Kaufkraft ging in etwas über drei Jahren um fast 40 Prozent zurück. Selbst wenn zahlreiche Jugoslawen ihre immer mageren Löhne durch „Schwarzarbeit" irgendwelcher Art aufzubessern versuchen und diese „Nebeneinnahmen" in den offiziellen Statistiken nicht berücksichtigt werden, mußte der Gürtel doch immer enger geschnallt werden. Die Unzufriedenheit über diese Entwicklung wird geschürt, wenn der einfache Arbeiter mit ansehen muß, wie die Gewerkschafts- und Parteifunktionäre sich keinerlei Einschränkungen auferlegen und ihre Privilegien von hohen Einkommen über Autos und Wohnungen weiter unbeschnitten sind.

Für eine Besserung der Lage gibt es bisher keinerlei Anzeichen. Die Exporte, die die Wirtschaft des Landes stützen, werden 1985 kaum die zu hoch gesteckten Planziele erreichen. Belgrad benötigt aber dringend Devisen, um seinen Schuldendienst für die über 20 Mrd. Dollar Auslandsverbindlichkeiten leisten zu können.

CHRYSLER / Tarifvertrag ausgelaufen – Neue Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Management gescheitert

Streik in über fünfzig nordamerikanischen Werken

rtr, Detroit

Rund 80 000 Beschäftigte bei Chrysler in den USA und Kanada sind am Dienstag von der Vereinigten Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) zum Streik aufgerufen worden, nachdem Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag gescheitert waren. „Seit Mitternacht liegt das ganze Unternehmen lahm und wir drohen auszubluten", sagte Chryslers Vizepräsident Miner. Ein Sprecher der Gewerkschaft sagte, vom Streik würden 50 Werke in 16 US-Bundesstaaten erfaßt und sechs kanadische Chrysler-Werke.

In Detroit und Toronto hatten Verhandlungsführer in einem Kampf gegen die Uhr versucht, einen Streik gegen den drittgrößten US-Autohersteller noch zu vermeiden. Als beide Seiten ihre Differenzen bis Mitternacht, als der alte Tarifvertrag auslief, nicht hatten lösen können, rief die UAW zum Streik auf. In den Werken mit Nachtschichten begann um Mitternacht der Streik.

Die UAW fordert eine Gleichstellung der Beschäftigten bei Chrysler mit ihren Kollegen bei General Motors und Ford sowie einen Ausgleich der an Chrysler zur Konkursabwendung vor Jahren gemachten Zugeständnisse. Die durchschnittlichen US-Lohnkosten je Stunde und Arbeiter betrugen bei Chrysler 1984 21,67 Dollar, verglichen mit fast 23 Dollar bei General Motors.

Der Präsident der amerikanischen UAW, Owen Bieber, sagte in Detroit, die Verhandlungen seien bis zur letzten Minute geführt worden, da in einigen Punkten sicherlich akzeptable Fortschritte erzielt worden seien. Der Streik sei ausgerufen worden, da die Meinungsunterschiede in bezug auf Arbeitsplatzsicherheit und andere nicht wirtschaftliche Fragen unüberbrückbar gewesen seien. Die Gewerkschaft wollte gestern an den Verhandlungstisch zurückkehren.

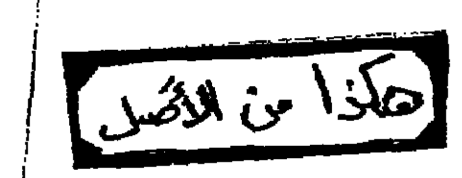
In Toronto sagte der Präsident der kanadischen UAW, Robert White, nachdem man sich über Lohnfragen und örtliche Streitpunkte in zwei Montagewerken nicht habe verständigen können, sei die Arbeit in sechs Chryler-Werke niedergelegt worden. Auch seine Gewerkschaft wollte gestern die Verhandlungen wieder aufnehmen. Chrysler hatte sich für eine Verlängerung des alten Tarifvertrages eingesetzt, um die Verhandlungen über den neuen ohne Streik fortsetzen zu können. Die Gewerkschaften lehnten dies aber ab.

Branchenexperten schätzten, daß der Streik Chrysler rund 70 Millionen Dollar in der Woche kosten wird. Große Folgen für die US-Wirtschaft sahen sie aber nur für den Fall, daß sich der Streik länger hinzieht.

Einige Gewerkschafter waren verbittert über Chrysler. Sie erinnerten an die auf eine Milliarde Dollar geschätzten früheren Zugeständnisse der Belegschaft, die es Chrysler ermöglicht hätten, sich vom Rand des Zusammenbruchs so weit zu erholen, daß seit Anfang 1983 Gewinne von rund 4,2 Milliarden Dollar eingefahren werden konnten. Jeder Arbeiter habe auf über 40 000 Dollar verzichtet, sagte ein Gewerkschaftsfunktionär, und Chrysler wolle nicht einmal die Sicherung der Arbeitsplätze versprechen.

Unternehmensvertreter hatten erklärt, Geldfragen hielten sie nicht für das Haupthindernis für einen Tarifvertrag. Allerdings wollten sie den Anstieg der Lohnkosten angesichts der Konkurrenz aus Japan und anderer ausländischer Pkw-Hersteller begrenzen.





HANNOVER RÜCK / Höher technischer Verlust

Ausbau der Sparte Leben

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Insgesamt befriedigende Ergebnisse erzielte die Hannover Rückversicherungs-AG, eine Tochter des Haftpflichtverbandes der Deutschen Industrie V. a. G. (HDI), im Geschäftsjahr 1984. Nach Angaben des Vorstands ergab sich bei einer Bruttobeitragseinnahme von 1,11 (0,98) Mill. DM (+ 13,2 Prozent) zwar ein erneut gestiegener versicherungstechnischer Nettoverlust (107,5 nach 83 Mill. DM); gleichzeitig aber verbesserte sich der Überschuß aus dem allgemeinen Geschäft auf 118 (88,5) Mill. DM.

Aus dem Jahresüberschuß wurden den freien Rücklagen 5 (2) Mill. DM zugeführt. Die Aktionäre erhalten wieder eine Dividende von 8 Prozent auf 50 (35) Mill. DM Grundkapital. Die Garantiemittel wurden kräftig auf 2,04 (1,57) Mrd. DM aufgestockt. Bezogen auf die Beitragseinnahmen für eigene Rechnung sind das 229 (209,5) Prozent. Der Bestand der selbstverwalteten Kapitalanlagen stieg um 28,7 Prozent auf 1,86 (1,45) Mrd. DM. Daraus wurden Erträge von 200 (143) Mill. DM gezogen.

Wenig Freude bereitet das versicherungstechnische Ergebnis. Zu einem Ergebnisverfall kam es in der Allgemeinen Haftpflicht, wobei das Auslandsgeschäft, vor allem die Übernahmen aus den USA, hohe Verluste brachte. In der Transport- und in der Feuerversicherung zeichnet sich im Zuge der Bereinigung eine Besserung ab, während die Kraftfahrtversicherung als Folge des Münchner Hagels ein Minus von 25 (4) Mill. DM verzeichnete.

Das noch junge Geschäft der Lebensrückversicherung entwickelt sich günstig. Mittlerweile erhöhte sich der Bestand auf 3,9 (2,3) Mrd. DM. Dieser Bereich soll in den nächsten Jahren kräftig steigen. Die Hannover Rück will den Anteil des Lebensgeschäfts am Gesamtbestand mittelfristig auf 10 (rund 3) Prozent erhöhen.

Für das laufende Jahr zeichnet sich allerdings insgesamt ein geringeres Beitragswachstum als 1984 ab. Nach Angaben des Vorstands dürfe noch nicht mit einer „wesentlichen Verbesserung" der versicherungstechnischen Ertragslage gerechnet werden.

HOLDER / In diesem Jahr Umsatz-Zuwachs erwartet

Neue Kunden für Schlepper

WERNERN NEITZEL, Stuttgart

Am Ende eines schwierigen Umstrukturierungsprozesses sieht sich die Unternehmensgruppe Holder/Platz, Metzingen. Insbesondere die anhaltende Nachfrageschwäche im Bereich der Schlepper für die Landwirtschaft habe dazu gezwungen, neue Märkte zu erschließen. Mit gutem Erfolg habe sich das Unternehmen mit seiner anspruchsvollen Schlepper-Technik auf den Kommunalbereich umorientiert. Wurden vor drei Jahren noch 70 Prozent der Schlepperproduktion im „grünen Bereich" abgesetzt, so sind es jetzt nur noch 30 Prozent, während 70 Prozent in den Kommunalbereich gehen.

Mit dem gefächerten Programm an Pflanzenschutzgeräten – hier ist die Gruppe im Inland Marktführer –, Spezialschleppern, Motorgeräten sowie Hochdruckreinigungsgeräten und -anlagen kam die Firmengruppe, die rund 900 Mitarbeiter in den drei Werken Metzingen, Frankenthal und Grunbach beschäftigt, im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) auf einen gegenüber dem Vorjahr in etwa gleichgebliebenen Umsatz von 130 Mill. DM.

Etwa jede zweite Umsatzmark entfällt auf das Auslandsgeschäft. Hauptumsatzträger ist hier die Pflanzenschutzgeräte-Sparte mit rund 55 Mill. DM Umsatz.

Das Stammhaus, die Gebr. Holder GmbH & Co., Metzingen, steuert vier Fünftel zum Gruppenumsatz, die Tochter Carl Platz GmbH, Frankenthal, ein Fünftel bei. Im Motorgeräte-Bereich hat die Gruppe ihre Entwicklungsschwerpunkte hauptsächlich in den Sektoren Hobby und professionelles Mähen gesetzt.

Generell zwingen nach Angaben von Geschäftsführer Hans Saur die Umweltproblematik, die betriebswirtschaftliche Modernisierung in der Landwirtschaft sowie der immer engere Markt für Agrar-Techniken zu hohen Entwicklungskosten. Allein im Pflanzenschutzbereich wurde der Entwicklungsetat auf 3,5 Mill. DM aufgestockt. Zum Ertrag meinte Saur, er sei „unbefriedigend und ganz leicht rot". Für 1985 erwartet er ein Umsatz-Plus. Holder ist mit Platz, bei dem der Sektor Hochdruckreinigung angesiedelt ist, seit 20 Jahren in einer Unternehmensgruppe verbunden.

PEUGEOT / Export soll Expansionsstütze werden

Fahrt in die Gewinnzone

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Während der staatliche französische Automobilkonzern Renault für dieses Jahr Verluste von immer noch 10 Mrd. Franc (nach 12,8 Mrd. Franc 1984) erwartet, will der private Peugeot-Konzern PSA einen mindestens ausgeglichenen Abschluß vorlegen. Für 1986 rechnet PSA-Präsident Calvet mit 1 Mrd. Franc Gewinn, der sich in den folgenden Jahren auf 6 bis 7 Mrd. Franc erhöhen könnte, „wenn alles gutgeht". Jedenfalls entscheide sich die Zukunft der französischen Automobilindustrie bis 1990.

Nachdem die PSA-Gruppe dank ihres Erfolgsmodells Peugeot 205 und eines starken Belegschaftsabbaus ihre Verluste von 2,6 Mrd. Franc 1983 auf 1,1 Mrd. Franc 1984 (mit Carryback auf 0,3 Mrd. Franc) reduziert hat, soll der neue Peugeot 309 den Weg in die Gewinnzone schaffen. Von den jetzt vorgestellten Personenwagen der unteren Mittelklasse hofft Peugeot, bis zum Jahresende in Frankreich 20 000 Stück zu verkaufen, was einem Marktanteil von sechs Prozent entsprechen würde.

Als wichtigste Konkurrenz des 309 werden der Renault 11, der Escort, der Golf und der Ritmo sowie der 305 von Peugeot selbst genannt, dessen Markteinbußen aber auf höchstens drei Prozentpunkte begrenzt werden sollen. Dagegen hofft Peugeot mit seinem 205, dessen Marktanteil in Frankreich bei zwölf Prozent liegt, weiter vorzudringen, und zwar vor allem in anderen europäischen Ländern.

Überhaupt will sich der Konzern in seiner Expansion stärker auf den Export stützen. Hier waren in letzter Zeit einige Rückschläge verbucht worden, vor allem auf den traditionellen Märkten Iran und Nigeria sowie mit einigen Modellen auch in den USA. In Europa lag der Marktanteil der PSA-Gruppe mit 11,5 Prozent in den ersten sieben Monaten dieses Jahres etwas unter den Erwartungen.

Der Umsatz der Automobilgesellschaft Peugeot-Talbot war im ersten Halbjahr 1985 um 2,6 Prozent auf 24,73 Mrd. Franc gestiegen. Dieses bescheidene Plus erklärt sich aus dem Verkaufsrückgang von Talbot (42 Prozent weniger Inlandszulassungen bis September), während Citroën den Umsatz um 15,5 Prozent auf 15,03 Mrd. Franc steigern konnte.

FACHINFORMATION / „Neue Techniken sind nicht benutzerfreundlich genug"

Markt wächst vor allem in den USA

INGE ADHAM, Frankfurt

Ein Markt ist da. Aber niemand kennt ihn so recht. Auch die Anbieter wissen nicht immer, wer ihre potentiellen Abnehmer sind. Das wurde bei einer Podiumsdiskussion der AFI Arbeitsgemeinschaft Fachinformation e. V. in Frankfurt deutlich. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich die branchenübergreifende Zusammenarbeit beim Erfassen und Weitergeben von Informationen zum Ziel gesetzt. Denn, so die AFI, Austausch, Auswertung und Anwendung von Fachinformation ist für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik von großer Bedeutung.

Daß dies auch von der Bundesregierung so gesehen wird, beweist das im Juni aufgelegte Fachinformationsprogramm 1985 bis 1988, für das unter der Ägide des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) rund 900 Mill. DM bereitstehen. In einem vorangegangenen Programm waren mit rund 600 Mill. DM unter anderem 20 Datenbanken gefördert worden.

In Bewegung geraten ist der Markt für Informationen vor allem durch die neuen Techniken. Das neu aufgelegte Programm soll, so Jan-Michael Czermak vom BMFT, das deutsche Fachinformationsangebot und seine Nutzung ausbauen und verbessern, damit deutsche Fachinformationsanbieter ihre internationale Stellung stärken können. Dabei soll private Initiative erleichtert und ermutigt werden. International soll der wechselseitige Zugang zur elektronischen Information erleichtert werden.

Mit diesen Grundsätzen zeigten sich die Praktiker aus der AFI durchaus zufrieden. Sie warnten aber vor einem Zuviel an Staat bei der Informationserfassung und -weitergabe. Der zukünftige Markt gehöre den Anbietern, die sich auf enge Bereiche spezialisierten, freilich nur, wenn es gelinge, benutzerfreundlicher zu werden. Bisher nämlich ist die Abfragung des gespeicherten Wissens immer noch überwiegend Sache von Spezialisten, der Dialog Datenbank für den Abfragenden zu kompliziert.

Nach Czermaks Ansicht wächst der elektronische Fachinformationsmarkt weltweit um 20 bis 30 Prozent im Jahr. Der Löwenanteil des Umsatzes und auch der produzierten Datenbasen entfällt dabei auf die USA. Auf die Situation in der Bundesrepublik wirft ein Schlaglicht, daß nach Schätzung des BMFT hier nur zwei Prozent des Umsatzes anfallen, aber vier Prozent der Datenbasen.

Das heißt im Klartext, das Informationsangebot ist da, aber die Nutzer halten sich zurück. Es ist der Fehler gemacht worden, die Technik zu benutzen, ohne über die vermutlichen Endbenutzer nachzudenken, meint man bei der AFI, vor der Einflußnahme des Staates auf den Markt für Fachwissen hätte eine ausführliche Marktanalyse stehen müssen.

Die Zukunft der Wissenverkäufer, ob staatlich oder privat, bleibt also ungewiß. Jürgen Schulte-Hillen (Scientific Consulting, Köln) warnte davor, den Markt zu überschätzen: Nach seiner Ansicht sind unter den weltweit rund 1450 Datenbanken nur wenige, die „echt Geld verdienen", und das vor allem mit Börsen- und Devisen- sowie Unternehmensdaten. Den Umsatz in der Bundesrepublik in diesem Bereich schätzt er auf 70 bis 80 Mill. DM im Jahr.

NAMEN

Joachim Kaddatz, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Juweliere und Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes für Uhren, Schmuck und Zeitmeßtechnik, Königstein/Ts., vollendet am 18. Oktober sein 60. Lebensjahr.

Jürgen Schlag, Vorstandsmitglied der Savag Saarbrücker Versicherungs-AG und Mitglied des Vorstandes der Savag Saarbrücker Krankenversicherungs-AG schied zum 30. September 1985 aus den Gesellschaften aus. Er wurde sowohl in den Aufsichtsrat der Savag-Sach als auch in den der Savag-Kranken berufen. Außerdem übernimmt er die Leitung der Vertriebsdirektion Süd der Sonderorganisation der Allianz AG, München. Für die Savag-Sach wurden Dr. **Günter Schlegelmilch** und **Robert Walter** ab dem 1. Oktober 1985 zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern bestellt. Frau **Sonja Oster-Fell** wurde per 1. Oktober 1985 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Savag-Kranken berufen. Zum Sprecher des Vorstandes der beiden Versicherungsgesellschaften wurde **Claude Tagger** berufen.

James L. Vincent bisher Group Vice President der Allied Signal Inc., wurde zum Geschäftsführer der Biogen Firmengruppe bestellt.

Arnold Walterscheid, mittelständischer Textilunternehmer im westfälischen Burgsteinfurt, wird am 20. Oktober 65 Jahre.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Nachl. d. Günter Wolfgang Kissinger, Leitershofen; **Bochum:** Winter & Co. Baubetreuungsges. mbH; **Kiel:** Nachl. d. Ella Laasch, Dänisch-Nienhof; **Kleve:** Herkules Immobilienges. mbH, Straelen-Herongen; HAJO Haus- u. Grundstücks-Verwaltungen GmbH, Uedem; Bruno Badur sen., Geldern; **Köln:** TS-Ticket-System GmbH, Weil am Rhein; **Neu-Ulm:** MIN-Trans Nacht-Express u. Eil-Zustelldienst GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Nordhorn: Henk Reinders Plastic GmbH Handelsunternehmen, Ringe OT Neugnadenfeld; Henk Reinders GmbH & Co., Ringe OT Neugnadenfeld.

Vergleich eröffnet: Ulm: Christian Riesser GmbH.

Vergleich beantragt: Flensburg: Leder & Leder GmbH, Harrislee; **Weilheim:** Paul Raggl GmbH Bauunternehmung, Oberammergau; **Wittlich:** VUKA HAUSBAU Ges. f. schlüsselfertiges Bauen mbH, Daun.

KAFFEE / Deutscher Verbrauch hat sich wieder erholt

Kritik am Abkommen wächst

JAN BRECH, Hamburg

Der deutsche Kaffeemarkt wird gemessen an der Menge in diesem Jahr um drei bis vier Prozent wachsen und das hohe Niveau der Jahre vor 1984 wieder erreichen. Die Einbußen von etwa fünf Prozent im Vorjahr, die sich im Zusammenhang mit der Einführung der Kurzzeitröstung ergeben hatten, sind weitgehend aufgeholt.

Zusätzliche Mengensteigerungen erhofft sich die Kaffeewirtschaft aus den jetzt beschlosssenen Preissenkungen. Die Branche, die noch bis vor kurzem über völlig unzureichende Margen geklagt hat, ist bei ihrem Wettbewerbsverhalten geblieben, Kostenentlastungen sofort am Markt weiterzugeben. Auf den gesunkenen Dollarkurs reagierten zuerst die Filialisten Tchibo und Eduscho mit Reduzierungen bis zu 1 DM je Kilogramm. Dem Beispiel sind inzwischen andere Kaffeeröster gefolgt.

Wenig Spielraum für weitere Preiskorrekturen bietet die Entwicklung an den Rohkaffeemärkten. Die Preise für Robusta-Kaffees liegen zwar an der unteren Grenze, die vom deutschen Markt bevorzugten hochwertigen Arabicas sind jedoch teuer geblieben. Die Differenz gegenüber dem Durchschnittspreis am Weltmarkt betrug Ende September 25 Prozent.

Vor diesem Hintergrund hat die deutsche Kaffeewirtschaft ihre Kritik an den Beschlüssen der Internationalen Kaffee-Organisation (ICO) wiederholt. Die Festlegung der Globalquote auf 58 Millionen Sack wird ebenso bemängelt wie die Verteilung zu geringer Exportquoten für hochwertige Sorten.

Als Ärgernis empfindet die Branche auch die Spaltung des Kaffeemarktes in ICO-Mitglieder und Nichtmitglieder. Der Ostblock, der dem Abkommen nicht beigetreten ist, zahlt für Rohkaffee den halben Preis wie Mitgliedstaaten. Gemessen an diesen Ostblockpreisen leistet der deutsche Kaffeetrinker über den Preis zusätzlich Entwicklungshilfe von rund 2,2 Mrd. DM pro Jahr.

Neue Bestimmungen des Abkommens, in denen sich die Produzentenländer zur Preisgleichheit verpflichten, hält die deutsche Kaffeewirtschaft für nicht ausreichend. Preisverzerrungen dieser Art lassen sich nach Meinung der Branche langfristig aber nicht durchhalten.

In den Verbraucherländern, aber auch bei kleineren Produzenten mehrt sich deshalb nach Beobachtungen des Hamburger Kaffeeverbands die Kritik an der Quotenfestlegung der ICO und der Praxis der Unterschiffung, über die die Preise trotz stetiger Überproduktion hoch gehalten werden.

Als deutliches Warnzeichen wertet es die deutsche Kaffeewirtschaft, daß die USA den jüngsten Beschlüssen des ICO nicht zugestimmt haben. Sollte das größte Kaffeeverbraucherland der Welt die Spielregeln des ICO künftig nicht mehr akzeptieren, droht das Abkommen zu platzen.

Kfz-Handwerk: Auslastung sinkt

dpa, Köln

Autos müssen immer seltener gewartet werden und sind zunehmend weniger anfällig für Verschleiß. Das deutsche Kfz-Handwerk sieht in dieser Entwicklung die wichtigste Ursache für die sinkende Auslastung vieler Werkstätten und den Umsatzrückgang um 1,8 Prozent, den das Gewerbe 1984 verzeichnen mußte. Von der Abgas-Sonderuntersuchung und dem Einbau von Katalysatoren versprechen sich die Werkstätten jedoch eine höhere Auslastung der Betriebe, erklärte Wilhelm Winter, Geschäftsführer des nordrhein-westfälischen Verbandes des Kfz-Handwerks in Köln.

Jedes Auto muß nach Angaben des Verbandes im Jahr durchschnittlich dreimal in die Werkstatt, einmal zur Wartung und zweimal zur Reparatur. Vor allem die Zahl der notwendigen Wartungen habe sich in den letzten fünf Jahren erheblich verringert, bei Neuwagen habe sich die Zahl halbiert, berichtete Winter. Dem stehe allerdings eine ständig steigende Zahl an Unfallschäden gegenüber. Während heute 40 Prozent der Reparaturen nach Unfällen erforderlich seien, rechnet das Kfz-Handwerk damit, daß dieser Anteil bis 1990 auf 60 Prozent steigen wird. Die Wartungs- und Reparaturkosten pro gefahrenem Kilometer seien mit rund 5 Pfennig für einen Mittelklassewagen seit zehn Jahren unverändert geblieben.

Die Zahl der weiblichen Lehrlinge im Kfz-Handwerk hat 1984 gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Prozent abgenommen. Im Vorjahr standen 656 angehende Auto-Mechanikerinnen und -Elektrikerinnen 84 634 männlichen Auszubildenden gegenüber.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Daimler-Mehrheit sicher

Frankfurt (cd.) – Die AEG-Konsortialbanken haben gestern faktisch einstimmig das Daimler Angebot akzeptiert, ihre AEG-Aktien, auf denen sie 1980 im Zuge der Sanierung zum Kurs von 150 DM hängengeblieben waren, an den Stuttgarter Automobilkonzern zum Kurs von 170 DM je Aktie zu verkaufen. Damit gelangt Daimler in den Besitz eines Pakets von gut 260 Mill. DM AEG-Aktien, was knapp 32 Prozent des zum Wochenbeginn auf 825,4 Mill. DM erhöhten AEG-Kapitals entspricht. Die Daimler-Mehrheit ist also gesichert, sobald das Kartellamt der Transaktion zustimmt.

Endgültig: Wollschläger

München (sz.) – Es war schon längst kein Geheimnis mehr, doch kam erst gestern die Bestätigung von der Münchner Krauss-Maffei AG: Zum neuen Vorstandsvorsitzenden ist mit Wirkung vom 1. Januar 1986 Burkhard Wollschläger, bislang Vorstandsmitglied der IWKA Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg AG, bestellt worden. Der Chefsessel bei Krauss-Maffei ist seit dem 1. Juli vakant, nachdem der Vertrag von Hans-Heinz Griesmeier zum 30. Juni 1985 ausgelaufen und nicht verlängert worden war. Wie weiter mitgeteilt wird, ist Vorstandsmitglied Robert Jasper aus „gesundheitlichen" Gründen am 1. Oktober ausgeschieden.

Flache Fernsehgeräte

Tokio (dpa/VWD) – Der japanische Elektronik-Konzern Casio Computer Co. wird 1986 Fernseher auf den Markt bringen, die nur vier Zentimeter tief sind und an der Wand aufgehängt werden. Nach einem Bericht der Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai" hat Casio die Flüssigkeitskristall-Technik und die Farbfilter soweit entwickelt, daß jetzt bereits die ersten Modelle vorgeführt werden. Sie sollen anfangs in Japan etwa 10000 Yen (1250 DM) kosten.

Höere Ausschüttung

Frakfurt (dpa/vwd) – Die Fonds der DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpiersparen werden 915 Mill. DM auchütten. Im Vorjahr hatte die Ausscüttungssumme bei DWS, hinter der e Deutsche Bank steht, 741 Mill. Dl betragen. Das Gesamtvermögen ar DWS-Fonds stieg im Geschäftsja 1984/85 (30.9) um 2,4 Mrd. auf 12,5 M. DM. Die Investmentgesellschaft begründete die Zunahme mit überwiegend günstigen Anlageergebnissen sowie einer weiteren Zunahme des Anteilumlaufs. Im einzelnen werden für die Aktienfonds Investa 1,80 DM und Intervest 3,50 DM je Anteilschein ausgeschüttet. Bei den Rentenfonds Inrenta gibt es 5,30 DM und bei Inter-Renta 3,90 DM. Je Anteil am Rohstoffonds werden 2,40 DM, beim Energiefonds 4,50 DM und beim Technologiefonds 1,40 DM ausgeschüttet.

Hahn startet Audi-Salon

Stuttgart (nl.) – Die Hahn-Firmengruppe, Fellbach bei Stuttgart, größter VW- und Audi-Händler in Baden-Württemberg, rechnet für das laufende Jahr mit einer Steigerung des Gruppenumsatzes um sechs Prozent auf 350 Mill. DM. Die 16 Niederlassungen der Hahn Automobile GmbH & Co., die eine der vier Betriebsgesellschaften der Gruppe ist, werden in diesem Jahr ihren Umsatz um 2,3 Prozent auf 220 Mill. DM steigern und wie im Vorjahr rund 7500 Fahrzeuge verkaufen. In Stuttgart ist der erste reine Audi-Salon eröffnet worden, was vor dem Hintergrund der Bemühungen der Organisation um ein eigenständiges Auftreten der Marken am Markt zu sehen ist.

Weiter lebhafter Aktienhandel

Nach Konsolidierung wieder anziehende Notierungen

DW. – Nach den Rekordumsätzen an der Dienstagbörse fiel die zu erwartende Konsolidierungsphase relativ kurz aus. Die meisten Standardaktien sackten trotz Glattstellungen nicht wesentlich durch. In der zweiten Börsenstunde sorgten Anlagekäufe inländischer institutioneller Anleger und Ausländer bereits für eine durchgreifende Kurserholung. Zu einem Rückschlag von 214 bis in die Nähe von 200 DM kam es bei den AEG-Aktien, für die sich gegen Börsenschluß jedoch ebenfalls die Nachfrage zu steigenden Kursen wieder belebte.

Relativ deutlich fielen die kursdrückenden Gewinnmitnahmen bei den Bankaktien aus. Diese hatten in den letzten Tagen von der AEG-Hausse überdurchschnittlich profitiert. Da die Institute einen großen Teil ihrer AEG-Aktien zum Kurs von nur 170 DM an Daimler ausliefern werden, sind der Gewinnspekulation aus diesem Geschäft jetzt Grenzen gezogen. Daimler-Aktien wurden noch einmal deutlich zurückgesetzt. Inzwischen bearbeitet die Börsenkulisse ein neues Feld. Es geht dabei um Conti-Gummi, wo eine Paketbildung trotz der vorhandenen Stimmrechtsbegrenzung vermutet wird. Conti erreichte neue Höchstkurse. In den Titeln der Großchemie wurden die Anlagekäufe auf bisheriger Basis fortgesetzt. Bei Henkel scheint sich die Nachfrage allmählich zu beruhigen. Hier erreichte der Kurs mit 436 DM seine bisherige Spitze und gab danach deutlich nach. Bei den Maschinenbauaktien wurden die Anlagekäufe fortgesetzt. Dabei genossen Linde wieder eine Vorzugsstellung.

Frankfurt: Adler konnten sich um 5 DM, Cassella um 0,90 DM, Degussa um 2 DM und Esslinger um 10 DM erholen. Altana wurden um 5,50 DM zurückgenommen, Dyckerhoff Vz. fielen um 1,80 DM und Enka um 5 DM.

Düsseldorf: Bilfinger zogen um 5 DM, DAB um 3 DM und Leffers ebenfalls um 3 DM an. Alexander und Rhenag sanken um je 3 DM und Gerresheimer Glas schlossen mit einem Minus von 2 DM ab.

Hamburg: Beiersdorf sanken um 2 DM. Phoenix Gummi verbesserten sich um 2,50 DM und HEW und NWK-Vz. blieben unverändert. Haller und Meurer konnten sich um 9 DM erholen.

Berlin: Rheinmetall Vz. gewannen 32 DM, Kempinski befestigten sich um 5 DM und Detewe um 1 DM. Tempelhofer Feld wurden um 40 DM und Engelhardt um 5 DM niedriger taxiert.

München: Agrob St. befestigten sich um 2 DM, Deckel zogen um 8 DM an und Zahnräder Renk erhöhten sich um 18 DM. Bay. Hartstein fielen um 15 DM, Audi AG gaben um 8 DM nach und Tucherbräu verminderten sich um 29 DM.

Stuttgart: Daimler waren um 30 DM nachgebend und Mercedes mußten 14,50 DM abgeben. Stuttgarter Hofbräu St. fielen um 6 DM. SEL zogen um 6 DM und Henkel erhöhten sich um 2,50 DM.

Nachbörse: etwas leichter

WELT-Aktienindex: 255,29 (255,46)
WELT-Umsatzindex: 7156 (8700)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inland

	16.10.	15.10.
Aach M Betl. 10	1699	1700
Aach. M. Vers. 7	1130	980
Aach. Rück. 9	2620	2650bG
Aseag *4	4708	460G
Ack-Gögg. 6	142,5	143
Adca 5	151bG	150,5
Adler 9	300G	300G
Adt 0	53,9	53bG
AEG 0	202	205
AEG KABEL 9	325	315T
Aesculap 9	441	443
AGAB 5	123,5	124
BBC 6	279	280
BSU Texafil 0	1320G	1320G
Buckau-W. 4,1	135	134G
Buderus *12,6	585G	585G
Bgl.Br.Ing. *12+1	980G	980G
Bgl.Brh.Rav. *0	375B	375G
Colw D. **18	710G	711
Cassella *15	561	560,1
Ceag 0	190	190
Chem. Vw. *16	548,5	548,5
Colonia 5	500	470
Commerzb. 6	254	255
Cobk.Rastw*0 RM	17,5T	17,5T
Conc. Chem. 4,5+5	341bG	341G
Conc. Spinne * 0	405B	405B
Contigas 7,5	387	382
Conti Gummi 3	170,8	166,7
Dahlb. St. 7,65	275	258
dgl. Vz. 14,55	396	395G
Daimler 10,5	1043	1073
Deckel AG 0	204	196
Dt. Atl. Tel.10+1	527G	527G
Doag 5	341	350
Dt. Babcock St. 3	173,5	178
dgl. Vz. 3,5	174	177
Glas & Sp. *11	270T	270T
Goldschm. 8	225	225
Glw. Frk. *9	250,5bG	250bG
Grünzw. H. 0	111,8	110,1
Guano *8	490B	490B
GHH St. 3	199,5	196,5
GHH Vz. 3	185,5	181,5
Hacker-Pschr. 23,5	1360	1370G
Hageda 0	115bB	115bG
Hagen Batt. 5+1	156T	158
Hall.-Meurer *0	180	161
Hamb. Berg 7+1	251	255
Hb.Hochb. *4+0,64	99B	99B
HEW 5	118,5	120
Hdl. Llb. 9	380bG	375bG
Hann. Papier 5,5	137	138
Harmstorf 0	97G	97,5
Harpener 11	354	354
Harzw. & B.St. 4	815G	805G
dgl. Vz. 4	710G	700bG
Hasen-Bräu 9	1100	1085G
Heidelb. Zem. 7	–	433
Heilit & W. 5	290B	290B
Hein. Lehm. *0	295bG	292
Heinr. Ind. *14+4	595	575
Hemmoor 12,5	260G	260G
Leffers 7,5	305	302
Lehmann 0	128	128
Leifheit 3	425bG	422,5
Leon. Drahtw. 10+2	395bB	396,5bG
Linde 10	600	604,5
Lind.Gildebr. *13	–	446,5
Löwenbräu 8+1,5	1262	1260bG
Lufthansa St. 3,5+1	228	228
dgl. Vz. 3,5+1	252bG	233
Magd. Feuer 7,5	725bG	740T
Maihak 4	–	260G
Maintraft *15	550	560T
MAB 6,5+1	370G	370G
dgl. Vz. 6,5+1	320G	313G
Mannesmann 4	233,5	233,5
Mannh. Vers. 8	660bG	652
Markt & K. 7	229	229bB
MAN St. 0	190	189
dgl. Vz. 0	176	180
MAN-Rol. 20,2	455	458T
M.Mühl.Weing. *0	289	288
Mauser 0	90	89
Mercedes 10,5	959,5	970
Metallges. 0	318	320
Met. u. Lock 0	115,5	122bG
Milag 6,5	413G	413G
Schering 12	549	546
Schiess 0	131	125
Schlenk 5+1	260B	260B
Schiqu.H. *14	715G	710bG
Schmal.-Lub. 1,875	162	164
Schub. & Salz 0	150	150
Schw. Zellst. *0	244	240
Securitas *0	820G	820G
Seitz Enz. N. 6	180	182
SEL 10,5	336,5	330,5
dgl. Vz. 4	151,5	152
Württ. Bd. *18	1660G	1670G
Würzb. Hofb. *0	295G	295G
Ymos 6	171	170bG
Zahnr. Renk. 7	279,8bB	274
Zanders Feinp. 6	217	220
Zeag Zement 10	549bB	550
Zeiss Ikon *10	290B	295
Zucker & Co. *0	430TG	420G
ZWL Gr. & Bet. 8	384,9	381

Freiverkehr

	16.10.	15.10.
Pom.Zuck 37,5	1250G	1250G
Rösler 4	335G	331
Rückforth 17	ausg.	ausg.
Schichau Uw. 0	1056B	1061
Schloß. St. *24	1415G	1415G
Schumag	395	410
Schuschlog *16	470bBrt	470bG
Schwabenverl. *0	395G	395G
Seebeckwerft 0	69G	69G
Sellwolff 0	40,5B	40,5B
Solenhofer *10	1790G	1790G
Spinne Z. **78,3	2070	2010G
Swd. Salzw. 10	381	370bG
Tonw. Wiesl. 5	640	630

Ausland in DM

	16.10.	15.10.
Abbott Labor	149,1	150,1
L'Air Liquide	175	165G
Akzo	108	108,8
Alcan	67	65,2
Alcoa	87G	86,5
Alg. Bk. Nedld.	433,5	435
All Nippon Air	7,55	7,5G
Allied Corp.	114	114
ALPS El.	17,3	16,6
Amax	34	33,5
Am. Cyanamid	131,5	132G
Dow Chemical	95,5	
Dresser	51	50
Driefontein Cons.	47,5	48
DuPont	157G	157
Dunlop	2,58	2,58
Eastern Air Lines	24,2	24,8
Eastman Kodak	116,8	119
Eaton	142G	145
Elf Aquitaine	64	62
Elsem	39	40,5
Emhart	75G	75bG
Ericsson	66,5	66
Esselte Business	56G	55G
Exxon	142,5	147
Mitsubishi El.	4,5G	4,5B
Mitsui Bk.	15,6G	15,4
Mitsui & Co.	5,8	5,95G
Mitsui Engin.	1,9G	1,9G
Mitsui O. S. K.	2,95	2,9G
Mitsumi El.	9,1	8,65
Mobil Corp.	80	81,5
Monsanto	118	117,9
Montedison	3,35	3,4G
Murata	25	22,5
Nat. Semicond.	[illegible]	30,9
NCR	95	91
Nat. Westminster	26T	26T
Western Mining	7,1bG	7,1
Westinghouse El.	104,6	103,7
Westl.-Utrecht H.	81,5	82,5
Weyerhaeuser	71,9	72
Xerox Corp.	129	125,5

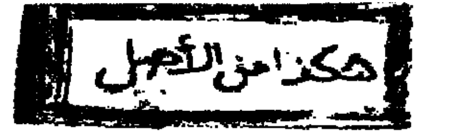
D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM. *Stücke in 100 DM, **abweichende Stückelung. Kursive Pos.= ausl. Freiverkehr. Ohne Gewähr.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp
Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm
Meinungen: Enno von Loewenstern
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck
Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger
Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525
7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71
8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.
Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.
Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.
Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.
Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.
Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Harry Zander
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Hans Biehl
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Ausland

Amsterdam

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Brüssel

Hongkong

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Optionshandel

Frankfurt: 16. 10. 85

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

Commercial Paper (Direktplazierung)	30–89 Tage
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage / 60 Tage / 90 Tage
Certificates of Deposit	1 Monat / 2 Monate / 3 Monate / 6 Monate / 12 Monate
US-Schatzwechsel	13 Wochen / 26 Wochen
US-Staatsanleihen	10 Jahre / 30 Jahre
US-Diskontsatz	
US-Primerate	
Geldmenge M1	

Renditenanstieg verlangsamt

Die Schwäche auf dem Rentenmarkt hält an. Die Kurse einiger öffentlicher Anleihen wurden um einen halben Punkt zurückgenommen. Auf dieser Basis verringert sich das Angebot, was Rentenhändler in ihrer Meinung bestärkt, das es sich bei dem Wiederanstieg der Zinsen nur um einen „Buckel" und nicht um eine Zinswende handelt. Die 6½prozentige Bundesanleihe (Emissionskurs 100,50 Prozent) wird an der Börse nur noch zu 99,25 Prozent gehandelt. Die Rendite liegt über der jetzt angebotenen Niedersachsen-Anleihe.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

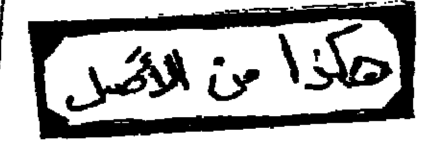
Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf DM-Auslandsanleihen



Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Auch Kupfer ging mit niedrigeren Notierungen aus dem Markt. Während Kaffee sich festigen konnte, schloß Kakao mit Verlusten.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	15.10.	14.10.
Dez.	304,25	304,25
März	310,00	311,00
Mai	303,00	303,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif. St.L. 1 CW Am. Durum

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

15.10.	14.10.
geschl.	36,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk: geschl. 22,25

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Devisenmärkte

US-Notenbankchef Volcker strebt kein Amt bei der Weltbank an. Dies und die Versicherung, nicht vorzeitig aus dem Amt zu scheiden, waren am 16. 10. neue positive Argumente für den US-Dollar. Er erreichte im Fernen Osten 2,6815, wurde durch Interventionen der Zentralbanken zu Beginn des Handels in Europa wieder auf 2,6660-80 gedrückt. Die sporadischen Eingriffe, die auch von der FED und der Bundesbank in Asien vorgenommen wurden, beeindruckten den Markt nicht mehr so stark, so daß sich ein neuer Kursanstieg bis 2,6850 einstellte. Zur Notiz von 2,6813 verkaufte die Bundesbank 13,8 Mill. Dollar. Das Englische Pfund zog um 6,7 Promille auf 3,783 an. In Belgien wurde der Diskont um ½ Prozent gesenkt. Trotzdem wurde der Belgische Franken mit 4,947 um 1,2 Pfennige höher gehandelt. US-Dollar in: Amsterdam 3,0245; Brüssel 54,26; Paris 8,173; Mailand 1808,00; Wien 18,843; Zürich 2,201; Ir. Pfund/DM 3,095; Pfund/Dollar 1,4109; Pfund/DM 3,783.

Devisen und Sorten

16.10.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,6773	2,6853	2,6459	2,62	2,71
London[2]	3,776	3,790	3,71	3,70	3,85
Dublin[2]	3,088	3,102	3,056	3,03	3,18
Montreal[1]	1,9528	1,9608	1,929	1,90	2,00
Amsterd.	88,595	88,815	88,42	87,75	89,50
Zürich	121,72	121,92	121,94	120,25	123,00
Brüssel	4,937	4,957	4,89	4,79	4,99
Paris	32,75	32,89	32,35	31,75	33,50
Kopenh.	27,53	27,65	27,305	26,50	28,25
Oslo	33,495	33,615	32,835	32,50	34,25
Stockh.**	33,32	33,48	32,55	32,50	34,25
Mailand[3]**	1,4775	1,4875	1,448	5,43	1,53
Wien	14,208	14,248	14,194	14,13	14,35
Madrid**	1,639	1,649	1,609	1,56	1,68
Lissabon**	1,616	1,636	1,537	1,20	2,00
Tokio	1,2355	1,2385	–	1,18	1,25
Helsinki	46,61	46,81	45,785	45,50	47,50
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,683	1,703	–	1,30	2,10
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*	1,8705	1,8755	–	1,80	1,90
Johannbg.*	0,958	0,978	–	0,80	1,20

Alles in Hundert; [1]1 Dollar, [2]1 Pfund, [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 16.10.: In D-Mark 2,21334 (Parität 2,24184); In Dollar 0,82510 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurse am 16.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Terminkurse nannte man am 16. Oktober auf gestriger Basis. Lediglich die Abschläge für Pfunde wurden etwas höher umgesetzt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,85-0,75	2,45-2,35	4,72-4,52
Pfund/Dollar	0,43-0,41	1,16-1,13	1,85-1,84
Pfund/DM	3,00-1,60	7,20-5,80	12,2-10,8
FF/DM	22-6	52-36	99-83

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16.10.85, Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4½-4¾	4-4¼
3 Monate	8⅛-8⅜	4⅝-4⅞	4½-4¾
6 Monate	8¼-8½	4¾-4⅞	4½-4¾
12 Monate	8⅜-8⅝	4⅞-5⅛	4⅝-4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 16.10. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1235,00	1590,30
5 US-Dollar (Indiana)**	770,00	930,90
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	208,00	259,92
1 £ Sovereign Elizabeth II.	202,00	253,08
20 belgische Franken	159,00	209,76
10 Rubel Tscherwonez	206,75	263,06
2 südafrikanische Rand	193,75	242,54
Krüger Rand, neu	871,50	1033,41
Maple Leaf	881,75	1045,10
Platin Noble Man	882,00	1045,38
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	216,25	275,08
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,50	231,99
20 franz. Franken „Napoleon"	171,00	223,44
100 österr. Kronen (Neuprägung)	840,00	991,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	160,50	205,77
10 österr. Kronen (Neuprägung)	83,25	112,01
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	376,75	463,70
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	87,50	122,55

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16.10: Tagesgeld 4,50-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,80 Prozent; Dreimonatsgeld 4,70-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,85 Prozent.
Privatdiskontsätze am 16.10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 16.10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 99,60, Rendite 6,35.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 530,00 T, Kölitzer 850,00 G, VAB 1830,00 G
Düsseldorf: BASF 247,00, IWK –, Linde –, Metallges. –, Nixdorf 555,00 bG, Schering 532,00, VEW 141 bG
Frankfurt: Allweiler St. 260,00 G, Allweiler Vz. 208,00 bG, BASF 248,00, Frankona 320,00 T, IWK 297,00, Linde 580,00, Magdeburger Feuer 440,00, Magdeburger Feuer Namen 820,00 G, Metallges. 300,00, Moto Meter –, Nixdorf 555,00, Schering 537,00, VEW 140,00, Wibau 7,50
Hamburg: Schering 530,00
München: BASF 248,00 bG, Bremer Wolle 175,00 bG, Isar Amper 348,00, IWK 295,00 bG, Linde 560,00, Metallges. 290,00 B, Nixdorf 553,00 bG, Schering 520,00, Stumpf 108,10 G, VAB 1950,00 B, VEW 141,00 bG, Wanderer 370,00 B.

Bezugsrecht: Zanders Feinpapier

Verhältnis: 3:1:160 DM – Altaktie: 233 DM – Bezugsrecht: 22 DM
Commerzbank Rentenindex: 109,949 (110,219)
Performance-Index: 228,583 (228,219)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 127,47 (126,00); Elektrowerte 223,50 (223,54); Autowerte 583,32 (510,18); Maschinenbau 170,65 (170,13); Versorgungsaktien 145,90 (145,87); Banken 228,23 (229,74); Warenhäuser 86,83 (86,70); Bauwirtschaft 232,86 (235,24); Konsumgüterindustrie 128,37 (126,95); Versicherung 1146,82 (1141,14); Stahlpapiere, 171,21 (171,11)

Kursgewinner:

Aach. Münch. Vers.	1110,00	+130,0	+13,2%
Schiess.	132,00	+8,70	+7,0%
Aach. Rück.	2840,00	+140,0	+5,1%
Asko	1060,00	+50,00	+4,9%
Otavi Minen	128,00	+6,00	+4,9%
Hindrichs Auff.	230,50	+10,50	+4,7%
Stolberg Zink	838,00	+38,00	+4,7%
Rheinmetall	392,00	+17,50	+4,6%
VGT	268,00	+12,00	+4,6%
Aach. Münch. Bet.	1748,00	+76,00	+4,5%

Kursverlierer:

Brau AG	260,00	-30,00	-10,3%
Stöhr	152,00	-8,00	-5,0%
Kochs Adler	285,00	-13,50	-4,5%
Langenbr.	105,00	-5,00	-4,5%
Triumph Int.	147,00	-7,00	-4,5%
Gerling NA. Vz.	320,00	-15,00	-4,4%
Engelhardt Brau	220,00	-10,00	-4,3%
Neckarwerke Essl.	251,00	-9,00	-3,7%
Badenwerk	167,00	-6,00	-3,4%
SEL	325,00	-11,20	-3,3%

Dollar-Anleihen

	15.10.	14.10.
11¼ EEC 90	102,75	102,875
10¾ EIB 95	100,125	100,125
11 dgl. 91	102,125	102,125
11½ dgl. 90	104,75	104,25
11⅞ dgl. 95	106,5	105,375
12 dgl. 95	106,25	106,25
7¾ N.Zeal.89	101,75	102,5
8½ dgl. 87	103,125	103,125
7 Pac.Gas 94	100,375	101,125
6¾ Penney 92	99	99,5
6¾ Procter 92	99,875	100,625
6⅞ Sears 91	102	102,625
6¾ Swed.Ex.91	99,5	100
7 TRW 94	100,375	101,25
6¾ Un.Tech.92	98,375	99,375
[illegible]	99,625	100,375
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8¼ dgl. 87	98,5	98,5
8 Philips 89	97,75	97,75
7¾ Renault 88	96,5	96,5
9¾ Sogenal 92	101	101
8 Solvay 85	99,5	99,5
10¼ dgl. 87	102	102
10¾ Stockh.86	100	100
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9¾ Volvo 87	100	100
10 WestLB 90	102,25	102,25
9¼ WorldBk.90	102,75	102,75
10¼ dgl. 89	103,5	103,5
9¾ Boc.Fin 95	101,25	101,25
9 M.+Hope 92	101,25	101,375
10⅝ Bk.Tok.91	103,125	103,25
10¾ dgl. 91	103,25	103,25
8¾ Bay.Vbk.88	99,75	99,75
10¾ CEPME 87	101	101
11¾ dgl. 95	107	108
12¾ dgl. 90	107	107
9¾ CNT 92	103,75	103,875
9¾ dgl. 95	103,875	104
12 dgl. 86	99,25	99,5
12¾ dgl 89	106	106
12⅞ dgl. 92	108	109
11¾ CNE 95	108	108
10¾ CECA 89	108,125	108,125
10 Citycal 91	102,75	102,875
10¾ Megal 95	104,25	104,125
13⅞ Nema 90	105	105
8¾ Oliv. 93	99,25	99,125
10¾ Peugeot 90	104	104
9 Philips 95	100,875	100,75
11¼ P.Bk. 91	107	107
11¾ Queb.P.89	107,25	107,25
13⅓ Queb.H.89	107	107
9¾ Rabobk. 95	103,625	103,625
11⅞ R.Xer. 88	104	104
9 SAS 95	99,875	99,75
11⅛ SDR 90	106,5	106,5
14 dgl. 92	105	105
11½ SNCF 94	109	109
13 Solte 87	103	103
11⅛ S.Afr. 89	98	98

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Rechnungs-Einheiten

ECU

ECU-Tageswerte

Zutiefst erschüttert trauern wir um

Ingrid Gösling

Mitglied der Geschäftsführung der Firmengruppe Finanzbau-Maritim

Sie verstarb unerwartet am 14. Oktober 1985 im Alter von 48 Jahren. Mit ihr verlieren wir eine Mitarbeiterin, deren Beitrag zum Unternehmenserfolg nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

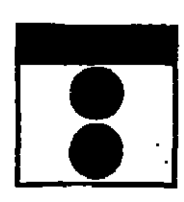
Von Anfang an war Frau Ingrid Gösling mit beispielhafter Sachkunde, klarem Intellekt und Weitblick an der Entwicklung der Firmengruppe Finanzbau-Maritim beteiligt. Ihr widmete sie in unermüdlichem Einsatz ihre ganze Schaffenskraft. Die Ausstrahlung ihrer Persönlichkeit und die Art ihres Umgangs mit Menschen haben ihre Umgebung motiviert.

Der noch unfaßbare Verlust ist schmerzlich. Wir werden Frau Gösling nicht vergessen und ihrer in großer Dankbarkeit gedenken.

Geschäftsleitung und alle Mitarbeiter der Firmengruppe Finanzbau-Maritim Bad Salzuflen

Die Beisetzung findet am Freitag, dem 18. Oktober 1985, um 13.30 Uhr, alter Friedhof, Hermannstraße, Herford, statt.

Trinkaus & Burkhardt



Trinkaus & [illegible]hardt
Kommandit[illegible]sellschaft auf Aktien
Düsseldorf

Gründung, Sitz und Gegenstand der Gesellschaft

Die **Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien** — nachstehend auch Bank oder Gesellschaft genannt — ist aus der Umwandlung der Kommanditgesellschaft Trinkaus & Burkhardt in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien hervorgegangen (vgl. besonderes Kapitel „Erläuterungen zur Umwandlung"). Die Gesellschaft wurde als Kommanditgesellschaft *auf Aktien am 13. Juni 1985 in das Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf* eingetragen.

Die Ursprünge der Gesellschaft gehen zurück auf das 1785 in Düsseldorf gegründete Großhandelsunternehmen Christian Gottfried Jaeger, das spätere Bankhaus C. G. Trinkaus, sowie auf das 1841 in Essen gegründete Bankhaus Simon Hirschland, dessen Rechtsnachfolger das Bankhaus Burkhardt & Co. war. Die als Kommanditgesellschaften geführten Bankhäuser C. G. Trinkaus, Düsseldorf, und Burkhardt & Co., Essen, fusionierten 1972 zur Kommanditgesellschaft Trinkaus & Burkhardt.

Die Bank hat ihren **Sitz** in Düsseldorf. Es bestehen Zweigniederlassungen in Essen, Frankfurt, München und Stuttgart.

Im Ausland ist die Bank durch Tochterinstitute in Luxembourg, die Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., und in Zürich, die Trinkaus & Burkhardt (Schweiz) AG, vertreten.

Gegenstand des Unternehmens ist satzungsgemäß der Betrieb von Bank- und Finanzgeschäften sowie der Betrieb aller im Zusammenhang damit stehenden Geschäfte, mit Ausnahme des Investmentgeschäfts. Die Bank ist berechtigt, im In- und Ausland andere Unternehmen zu gründen, zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen und Zweigniederlassungen zu errichten.

Kapitalverhältnisse

Das **Grundkapital** wurde in der Eröffnungsbilanz der Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien *zum 1. Januar 1985 mit DM 85 000 000,— ausgewiesen und war eingeteilt in 1 700 000 auf den Inhaber lau*tende Aktien im Nennbetrag von je DM 50,—.

Am 27. September 1985 hat die außerordentliche Hauptversammlung die persönlich haftenden Gesellschafter ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu DM 25 000 000,— bis zum 30. August 1990 mit Zustim*mung des Aufsichtsrates durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien im* Nennbetrag von je DM 50,— gegen Bareinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Das Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrates für einen Teilbetrag von bis zu DM 5 000 000,— ausgeschlossen werden, wenn bei der Erhöhung des Grundkapitals bis zu diesem Betrag die Aktien dazu verwendet werden, um sie Interessenten zu einem Preis anzubieten, der ihrem Wert entspricht, der sich nach objektiven, an den Maßstäben des Kapitalmarktes orientierten Kriterien ergibt. Im übrigen darf das Bezugsrecht nur insoweit ausgeschlossen werden, als dies zum Ausgleich von Spitzenbeträgen erforderlich ist.

Von dieser Ermächtigung haben die persönlich haftenden Gesellschafter mit Zustimmung des Aufsichtsrates am 27. September 1985 teilweise Gebrauch gemacht und das Grundkapital von DM 85 000 000,— um *DM 5 000 000,— auf DM 90 000 000,— gegen Bareinlagen* durch Ausgabe von 100 000 neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien zu je DM 50,— mit halber Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1985 zum Ausgabekurs von DM 50,— je Aktie zu DM 50,— erhöht. Das Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen.

Die DM 5 000 000,— neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien aus der Kapitalerhöhung sind von der Deutsche *Bank AG zum Ausgabepreis von DM 50,— je Aktie zu DM 50,— übernommen worden. Die Aktien werden dem* Börsenpublikum ab dem 21. Oktober 1985 zum Preis von DM 190,– je Aktie über DM 50,— freibleibend zum Kauf angeboten. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ausgabepreis von DM 50,— und dem Placierungspreis von DM 190,– wird an die Gesellschaft abgeführt.

Die Durchführung der Kapitalerhöhung um DM 5 000 000,— wurde am 2. Oktober 1985 in das Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf eingetragen.

Die Kapitalerhöhung dient im Hinblick auf die erwartete weitere Geschäftsausweitung der Verstärkung der Eigenmittel; das Aufgeld wurde in voller Höhe der gesetzlichen Rücklage zugeführt.

Neben den *DM 5 000 000,— Aktien aus der Kapitalerhöhung werden — ebenfalls vom 21. Oktober 1985* an — DM 15 500 000,— Aktien aus dem Besitz der Midland Bank-Gruppe freibleibend zum Preis von DM 190,– öffentlich zum Kauf angeboten. Mithin stehen ab dem 21. Oktober 1985 freibleibend insgesamt DM 20 500 000,— Aktien mit halber Gewinnanteilberechtigung für 1985 für interessierte Anleger zur Verfügung. Der Kaufpreis für die Aktien zuzüglich Effektenprovision und Börsenumsatzsteuer ist von den Erwerbern am 23. Oktober 1985 zu entrichten.

Das Grundkapital beträgt nunmehr DM 90 000 000,— und ist eingeteilt in 1 800 000 Aktien im Nennbetrag von DM 50,—. Die Aktien sind voll eingezahlt und lauten auf den Inhaber. Gemäß Satzung kann die Gesellschaft einzelne Aktien in Aktienurkunden zusammenfassen, die eine Mehrzahl von Aktien verbriefen.

Das Grundkapital ist verbrieft in:

6 000 Einzelurkunden über je 1 Aktie (= DM 50,—) Nr. 1— 6 000
7 000 Sammelurkunden über je 2 Aktien (= DM 100,—) Nr. 1— 7 000
26 000 Sammelurkunden über je 20 Aktien (= DM 1 000,—) Nr. 1—26 000

und

DM 63 000 000,— Globalurkunden über Aktien zu DM 50,— Nr. 6 001—1 266 000.

Es besteht noch ein genehmigtes Kapital von DM 20 000 000,—, das bis zum 30. August 1990 ausgenutzt werden kann.

Die Midland Bank plc, London, hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, daß sie über ihre Tochtergesellschaft *Midland Holdings Germany GmbH, Frankfurt, eine Mehrheitsbeteiligung an der Gesellschaft besitzt.* Nach Durchführung der Kapitalerhöhung und Aktienplacierung ist die Midland Bank-Gruppe mit 70,03 % an der Bank beteiligt.

Von dem Grundkapital in Höhe von DM 90 000 000,— werden DM 63 000 000,—, das entspricht nahezu dem Gesamtbesitz der Midland Bank-Gruppe, nicht an der Börse eingeführt.

Gegenstand dieses Prospektes sind DM 27 000 000,— auf den Inhaber lautende Aktien, eingeteilt in 540 000 Aktien zu je DM 50,— und verbrieft in:

6 000 Einzelurkunden über je 1 Aktie (= DM 50,—) Nr. 1— 6 000
7 000 Sammelurkunden über je 2 Aktien (= DM 100,—) Nr. 1— 7 000
26 000 Sammelurkunden über je 20 Aktien (= DM 1 000,—) Nr. 1—26 000.

Die zuzulassenden DM 27 000 000,— Aktien umfassen

die DM 5 000 000,— neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung 1985,
die DM 15 500 000,— Aktien aus dem Bestand der Midland Bank-Gruppe, die mit den Aktien aus *der Kapitalerhöhung zur Placierung kommen, sowie*
weitere DM 6 500 000,— Aktien, die im wesentlichen bereits jetzt von Minderheitsaktionären gehalten werden.

Um eine einheitliche Ausstattung der DM 5 000 000,— Aktien aus der Kapitalerhöhung mit den weiteren DM 22 000 000,— zuzulassenden alten Aktien zu gewährleisten, sind alle Aktien mit halber Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1985 zugelassen worden und werden auch ausschließlich in dieser Form notiert. Die andere Hälfte des Gewinnanspruchs für das Geschäftsjahr 1985 auf die DM 22 000 000,— alten Aktien werden die Berechtigten (das ist ausnahmslos der bisherige Gesellschafterkreis) ohne Vorlage eines Gewinnanteilscheines *unmittelbar gegen die Gesellschaft geltend machen.*

Die Aktienurkunden werden mit dem Ausstellungsvermerk „Düsseldorf, im Oktober 1985" versehen sein und die im Wege der mechanischen Vervielfältigung hergestellte Unterschrift eines persönlich haftenden Gesellschafters tragen. Außerdem werden sie von einem Kontrolleur eigenhändig unterzeichnet werden. Die dazugehörigen Bogen werden die Gewinnanteilscheine Nr. 1—20 und einen Erneuerungsschein umfassen. Der Gewinnanteilschein Nr. 1 der zuzulassenden Aktien über DM 27 000 000,— wird den Aufdruck „½" tragen.

Bis zur Auslieferung der Einzelurkunden sind die Aktien in Globalurkunden verbrieft, die bei der Wertpapiersammelbank Nordrhein-Westfalen AG, Düsseldorf, hinterlegt worden sind. Die Gesellschaft hat sich unwiderruflich verpflichtet, die Globalurkunden gegen Einzelurkunden auszutauschen, sobald diese fertiggestellt sind.

Der Druck der Aktien ist eingeleitet. Bis zum Austausch der Globalurkunden können Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden nicht geltend gemacht werden.

Organe der Gesellschaft

Persönlich haftende Gesellschafter sind:

Herbert H. Jacobi, *Bankier, Düsseldorf, Sprecher*
Ernst W. Brutsche, Bankier, Düsseldorf
Dr. Sieghardt Rometsch, Bankier, Düsseldorf
Wolfgang von Waldthausen, Bankier, Ratingen
Gerhard Winkel, Bankier, Düsseldorf.

Die Geschäftsführung obliegt den persönlich haftenden Gesellschaftern gemeinsam.

Die Gesellschaft wird gesetzlich durch jeden persönlich haftenden Gesellschafter einzeln vertreten.

Das Rechtsverhältnis der persönlich haftenden Gesellschafter zur Gesellschaft wird durch Vertrag geregelt, der zwischen jedem persönlich haftenden Gesellschafter und der Gesellschaft, vertreten durch den Aktionärsausschuß zu schließen ist. In diesem Vertrag sind Tätigkeitsvergütung und Gewinnbeteiligung zu bestimmen. Er *kann ferner,* neben sonstigen Bestimmungen, eine Vereinbarung über Ruhegeld, Hinterbliebenenversorgung und Versorgung im Falle der Invalidität beinhalten.

Die jährliche Gewinnbeteiligung für alle persönlich haftenden Gesellschafter zusammen darf 20 % des Jahresüberschusses der Gesellschaft vor Körperschaftsteuer, der nach Abzug eines Betrages von 4 % des Grundkapi*tals verbleibt, nicht übersteigen.*

Weitere persönlich haftende Gesellschafter können mit Zustimmung des Aktionärsausschusses durch einen mit einfacher Mehrheit zu fassenden Beschluß der Hauptversammlung in die Gesellschaft aufgenommen werden, jedoch nicht gegen den einstimmigen Beschluß der vorhandenen persönlich haftenden Gesellschafter.

Bei Ausscheiden eines persönlich haftenden *Gesellschafters — infolge vertraglicher Vereinbarung mit dem* Aktionärsausschuß, Kündigung, Todes, Eröffnung des Konkurs- oder Vergleichsverfahrens über das Vermögen eines persönlich haftenden Gesellschafters, Kündigung der Gesellschaft durch einen Gläubiger eines persönlich haftenden Gesellschafters — wird die Gesellschaft von den übrigen persönlich haftenden Gesellschaftern mit *den Kommanditaktionären fortgesetzt.*

Scheiden alle persönlich haftenden Gesellschafter aus der Gesellschaft aus, hat der Aufsichtsrat unverzüglich die Hauptversammlung einzuberufen. Die Hauptversammlung kann die Umwandlung der Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft oder mit Zustimmung des Aktionärsausschusses die Aufnahme neuer persönlich haftender *Gesellschafter beschließen.*

PROSPEKT

für die Zulassung zum Börsenhandel

von

DM 27 000 000,–
auf den Inhaber lautenden Aktien

mit halber Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1985

540 000 Aktien zu je DM 50,–

verbrieft in

6 000 Einzelurkunden über je 1 Aktie (= DM 50,–)
Nr. 1–6 000

7 000 Sammelurkunden über je 2 Aktien (= DM 100,–)
Nr. 1–7 000

26 000 Sammelurkunden über je 20 Aktien (= DM 1 000,–)
Nr. 1–26 000

– Wertpapier-Kenn-Nummer 811 510 –

an den Wertpapierbörsen zu
Düsseldorf, Frankfurt am Main, München und Stuttgart

Der **Aktionärsausschuß** hat gemäß Satzung mindestens drei und höchstens vier Mitglieder, die von der Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit gewählt werden.

Dem ersten Aktionärsausschuß, der bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das am 31. Dezember 1985 endende Geschäftsjahr beschließt, bestellt ist, gehören an:

Hervé de Carmoy, London, Chief Executive Officer International Division, Midland Bank plc, London, Vorsitzender
Léon Bressler, Paris, Président du Directoire, Midland Bank S.A., Paris, Stellvertretender Vorsitzender
Rudi Bogni, London, Assistant General Manager, Midland Bank plc, London
Dr. Bernhard Freiherr von Falkenhausen, Essen, Rechtsanwalt.

Der Aktionärsausschuß kann aus seiner Mitte Ausschüsse bilden und deren Aufgaben und Befugnisse festsetzen. Er unterstützt die persönlich haftenden Gesellschafter bei der Geschäftsführung und übt die ihm durch die Satzung zugewiesenen Aufgaben aus. Er vertritt insbesondere die Kommanditaktionäre und die Gesellschaft *gegenüber den persönlich haftenden Gesellschaftern.*

Jedes Mitglied des Aktionärsausschusses erhält neben dem Ersatz der ihm erwachsenen Auslagen (einschließlich Umsatzsteuer) eine Festvergütung von jährlich DM 5 000,— und darüber hinaus für jedes den Satz von vier vom Hundert übersteigende Dividendenprozent eine Zusatzvergütung von DM 1 000,—. Der Vorsitzende des *Aktionärsausschusses erhält das Doppelte, der Stellvertreter erhält das Eineinhalbfache der genannten Beträge.*

Der **Aufsichtsrat** besteht gemäß Satzung der Gesellschaft und den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes aus sechs Vertretern der Anteilseigner und drei Vertretern der Arbeitnehmer. Dem bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das am 31. Dezember 1985 endende Geschäftsjahr beschließt, bestellten Aufsichtsrat gehören an:

Dr. Bernhard Freiherr von Falkenhausen, Essen, Rechtsanwalt, Vorsitzender
Hervé de Carmoy, London, Chief Executive Officer International Division, Midland Bank plc, London, stellvertretender Vorsitzender
Rudi Bogni, London, Assistant General Manager, Midland Bank plc, London
Léon Bressler, Paris, Président du Directoire, Midland Bank S.A., Paris
Heinz Dolle, Düsseldorf,) Trinkaus & Burkhardt KGaA*
Dipl.-Kfm. Wolfgang Haupt, Bad Vilbel, Steuerberater
Reinhard Matten, Essen,*) Trinkaus & Burkhardt KGaA
Brita Wenke, Düsseldorf,*) Trinkaus & Burkhardt KGaA
Dr. Hanns-Hermann Winkhaus, Düsseldorf, Rechtsanwalt

*) Von den Arbeitnehmern gewählt.

Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bilden und deren Aufgaben und Befugnisse festsetzen. Den Ausschüssen können, soweit gesetzlich zulässig, auch Entscheidungsbefugnisse des Aufsichtsrates übertragen werden.

Jedes Aufsichtsratsmitglied erhält neben dem Ersatz der ihm erwachsenen Auslagen (einschließlich Umsatzsteuer) eine Festvergütung von jährlich DM 5 000,— und darüber hinaus für jedes den Satz von vier vom Hundert übersteigende Dividendenprozent eine Zusatzvergütung von DM 1 000,—. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates erhält das Doppelte, der Stellvertreter erhält das Eineinhalbfache der vorgenannten Beträge.

Die **Hauptversammlung** findet in Düsseldorf oder am Sitz einer anderen deutschen Börse statt, an der die Aktien der Gesellschaft zum Börsenhandel zugelassen sind. Sie wird einberufen durch die persönlich haftenden Gesellschafter. Die ordentliche Hauptversammlung findet in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres statt.

Je DM 50,— Nennbetrag einer Aktie gewähren eine Stimme.

Geschäftsjahr, Bekanntmachungen, Zahl- und Hinterlegungsstellen, Jahresüberschuß und Gewinnverwendung

Das **Geschäftsjahr** ist das Kalenderjahr.

Die **Bekanntmachungen** der Gesellschaft werden im Bundesanzeiger und in mindestens einem Pflichtblatt der Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Frankfurt am Main, München und Stuttgart veröffentlicht. Für die Rechtsgültigkeit genügt die Bekanntgabe im Bundesanzeiger.

Die Bank wird in Düsseldorf, Frankfurt am Main, München und Stuttgart mindestens je ein Kreditinstitut als **Zahl- und Hinterlegungsstelle** benennen und bekanntgeben, an dessen Schaltern fällige Gewinnanteile und neue *Gewinnanteilscheinbogen erhoben, Bezugsrechte ausgeübt,* Aktien zur Teilnahme an Hauptversammlungen hinterlegt und alle sonstigen die Aktien betreffenden Maßnahmen kostenfrei bewirkt werden können.

Bei der Feststellung des Jahresabschlusses ist ein Teil des **Jahresüberschusses** in freie Rücklagen einzustellen. Den entsprechenden Vorschlag unterbreiten die persönlich haftenden Gesellschafter im Einvernehmen mit dem Aktionärsausschuß. Über die **Verwendung des Bilanzgewinns** beschließt die Hauptversammlung *im* Rahmen der ihr gesetzlich eingeräumten Befugnisse.

Im Falle einer Erhöhung des Grundkapitals kann die Gewinnbeteiligung abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

Um die Jahresüberschüsse der Kommanditgesellschaft *Trinkaus & Burkhardt bzw. der Gruppe mit denen einer* Kommanditgesellschaft auf Aktien vergleichen zu können, wurden die Gewinn- und Verlustrechnungen der Geschäftsjahre 1982, 1983 und 1984 nach den Grundsätzen einer Kommanditgesellschaft auf Aktien umgerechnet, indem insbesondere die Körperschaft- und Vermögensteuer als Aufwand angesetzt wurden. Die hiernach ermittelten Jahresüberschüsse betragen:

	Gruppe	KG
1982	DM 23 313 531,94	DM 19 314 814,16
1983	DM 20 320 213,75	DM 15 659 169,60
1984	DM 25 724 109,55	DM 20 113 122,13

Jahresabschluß der Gruppe Trinkaus & Burkhardt

Die nachfolgend abgedruckte Gruppen-Bilanz ist die testierte Gruppen-Bilanz der Kommanditgesellschaft Trinkaus & Burkhardt zum 31. Dezember 1984.

Die Gruppen-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1984 unterscheidet sich im wesentlichen nur insoweit von der testierten Gruppen-Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft, als bestimmte bei einer Kapitalgesellschaft anfallende Positionen, insbesondere die Körperschaft- und Vermögensteuer, als Aufwand angesetzt wurden. Hiermit wurde allein bezweckt, die Gruppen-Gewinn- und Verlustrechnung der *Kommanditgesellschaft Trinkaus & Burkhardt* mit der einer Kommanditgesellschaft auf Aktien vergleichbar zu machen. Die Ordnungsmäßigkeit dieser Ableitung ist von der Ernst & Whinney GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und von der DWT Deutsche Warentreuhand-Aktiengesellschaft bestätigt worden.

Die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 1983 wurden entsprechend angepaßt.

Erläuterungen zu den konsolidierten Unternehmen

In den Jahresabschluß der Gruppe Trinkaus & Burkhardt zum 31. [illegible]ember 1984 ([illegible]abschluß) sind neben der Kommanditgesellschaft Trinkaus & Burkhardt, Düsseldo[illegible], [illegible]liche nach[illegible]den Tochtergesellschaften einbezogen:

	Kapital Mio D[illegible]	Be[illegible]igung %	Dividenden % 1982	1983	1984
Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft für Bankbeteiligung mbH, Düsseldorf	35,6	100	Ergebnisabführungsvertrag		
Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxembourg	lfrs 400 Mio	100*)	—	—	—
Trinkaus & Burkhardt (Schweiz) AG, Zürich	sfrs 10 Mio	100*)	—	—	—
Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf	1,5	6[illegible]	14	14	14
Grundstücksgesellschaft Trinkausstraße KG, Düsseldorf	5,6	96,[illegible]	**)	**)	**)
Burkhardt & Co. Grundstücks-Kommanditgesellschaft, Essen	5,3	99,[illegible]	**)	**)	**)
Trinkaus & Burkhardt Immobilien GmbH, Düsseldorf	0,3	100	142,[illegible]	78,5	63,4
Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH, Düsseldorf	0,5	100	Ergebnisabführungsvertrag		
J. H. Vogeler GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1,1	100	**)	**)	**)

*) mittelbar über die Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft für Ban[illegible]eteiligungen mbH, Düsseldorf
**) Die Jahresergebnisse der Personengesellschaften sind im Erg[illegible]bnis der Muttergesellschaft enthalten.

Zu den konsolidierten Unternehmen ist folgendes zu bemerken:

Die **Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft für Bankbeteiligungen m[illegible]H, Düsseldorf,** hält die Beteiligungen an der „Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxembourg" und [illegible]er „Trinkaus & Burkhardt (Schweiz) AG, Zürich". Für die Beurteilung der Gesamtaktivitäten des Konzerns Trin[illegible]us & Burkhardt sind diese beiden Gesellschaften von wesentlicher Bedeutung.

Die **Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxembourg,** wu[illegible]de 1977 gegründet. Die Gesellschaft ist vorwiegend im kurz- und mittelfristigen Eurokreditgeschäft tätig. Dan[illegible]ben wird ein aktiver Geld-, Devisen- und Wertpapierhandel betrieben. Zum 31. Dezember 1984 betrug die B[illegible]lanzsumme lfrs 31,3 Mrd (DM 1,55 Mrd). Davon entfielen rd. 70 % oder lfrs 21,5 Mrd (DM 1,1 Mrd) auf Kunden[illegible]orderungen, im wesentlichen DM-Kredite an deutsche Unternehmen, die auch mit der Muttergesellschaft in Ges[illegible]häftsverbindung stehen. Die Gesellschaft refinanziert sich zu einem beachtlichen Teil durch Kundeneinlagen; z[illegible]m Jahresende betrugen sie lfrs 13,3 Mrd (DM 657 Mio) oder rd. 42 % der Bilanzsumme.

1984 wurde ein Jahresüberschuß von lfrs 53,3 Mio (DM 2,64 Mio) erz[illegible]elt nach lfrs 45 Mio (DM 2,23 Mio) im Vorjahr. Das Teilbetriebsergebnis des Jahres 1984 in Höhe von lfrs 20[illegible],4 Mio (DM 10,2 Mio) ist nur bedingt mit dem des Vorjahres in Höhe von lfrs 270,3 Mio (DM 13,3 Mio) vergleichbar. Erstmals hat die Gesellschaft zum Jahresende fällige, aber noch nicht gezahlte Zinsen in Höhe von lfrs 17,6 Mio (DM 0,87 Mio) nicht aktiviert. Das entspricht einer 100%igen Wertberichtigung dieser Zinsforderungen. Ferner sind von der Muttergesellschaft höhere Leistungsentgelte in Rechnung gestellt worden, so daß Verwaltungs- und Provisionsaufwand vergleichs*weise hoch erscheinen.*

Kredite an Umschuldungsländer machen nur etwa 2 % der Bilanzsumme aus; sie sind nach konservativen Maßstäben bewertet.

Übersicht – in TDM*) –	1984	1983	1982
1. Ertragsentwicklung			
Zins- und Provisionsergebnis	13 755	15 615	15 068
Verwaltungsaufwand einschl. Abschreibungen auf Sachanlagen	./. 3 554	./. 2 341	./. 2 050
Teilbetriebsergebnis	10 201	13 274	13 018
Saldo aus Bildung und Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen	./. 1 670	./. 8 517	./. 8 656
Betriebsergebnis	8 531	4 757	4 362
Jahresüberschuß	2 640	2 225	2 066
	31. 12. 1984	31. 12. 1983	31. 12. 1982
2. Kapitalentwicklung			
Kapital	20 000	19 798	17 323
Offene Rücklagen	12 237	5 766	3 217
Nachrangiges Darlehen	10 000	10 280	9 998
Eigenmittel	42 237**)	35 844	30 538
3. Bilanzsumme (in Mio DM)	1 552	1 488	1 376

*) Zur Vergleichbarkeit wurden sämtliche lfrs-Werte mit dem Währungskurs vom 31. 12. 1984 lfrs 100 = DM 4,9494 umgerechnet.
**) Nach Umstellung der Bilanz auf DM per 1. 1. 1985.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1985 bilanziert die Gesellschaft nicht m[illegible]hr in lfrs, sondern in DM. Hierbei wurde der Ausgleichsposten für nicht realisierte Währungsgewinne, der bis[illegible]ang als Rückstellung passiviert war, den *freien Rücklagen zugewiesen. Nach der Umstellung auf DM betra[illegible]en die Eigenmittel der Gesellschaft ein*schließlich des von der Muttergesellschaft gewährten nachrangige[illegible] Darlehens in Höhe von DM 10,0 Mio DM 42,2 Mio. Entsprechend den Vorjahren wurde der Jahresüberschu[illegible] in Höhe von DM 2,6 Mio im neuen Jahr in die freien Rücklagen eingestellt. Gemäß Luxemburger Vorschriften [illegible]ählen zu den Eigenmitteln auch Sammelwertberichtigungen. Hiernach belaufen sich die Eigenmittel der Gese[illegible]schaft einschließlich Jahresüberschuß auf DM 53,35 Mio.

Die **Trinkaus & Burkhardt (Schweiz) AG, Zürich,** besitzt die Gesch[illegible]ftserlaubnis einer Vollbank (einschließlich der Berechtigung zur Hereinnahme von Spargeldern).

Die Gesellschaft betreibt vornehmlich die aktive Vermögensbetreuung privater und institutioneller Kunden, die individuelle Vermögensverwaltung auf der Grundlage von Vollmacht[illegible]verträgen sowie alle Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Verwahrung und Verwaltung von Wertpa[illegible]ieren, Edelmetallen und sonstigen Vermögenswerten.

Seit Geschäftsaufnahme *im Jahre 1979 konnte das Depotvolumen be[illegible] positiver Ertragsentwicklung stetig ausge*weitet werden.

Übersicht – in TDM*) –	1984	1983	1982
1. Ertragsentwicklung			
Zins- und Provisionsergebnis	10 218	9 144	6 467
Verwaltungsaufwand einschl. Abschreibungen auf Sachanlagen	./. 4 036	./. 3 415	./. 3 070
Betriebsergebnis	6 182	5 729	3 397
Jahresüberschuß	2 799	2 266	1 451
	31. 12. 1984	31. 12. 1983	31. 12. 1982
2. Kapitalentwicklung			
Aktienkapital	12 140	12 140	12 140
Offene Rücklagen zuzüglich Gewinnvortrag	8 038	5 239	2 972
Eigenmittel	20 178	17 379	15 112
3. Bilanzsumme (in Mio DM)	111	102	90

*) Zur Vergleichbarkeit wurden sämtliche sfr-Werte mit dem [illegible]ährungskurs vom 31. 12. 1984 sfr 1,00 = DM 1,214 umgerechnet.

Das um die Steuern verminderte Betriebsergebnis wurde in de[illegible]ergangenen Jahren fast ausschließlich durch die freiwillige Bildung von Sammelwertberichtigungen und The[illegible]urierung der Jahresüberschüsse zur Stärkung der äußeren und inneren Ertrags- und Kapitalkraft verwandt.

Per 31. Dezember 1984 betrugen die ausgewiesenen Eige[illegible]ttel mit sfrs 16,6 Mio (DM 20,2 Mio) 18 % der Bilanzsumme in Höhe von sfrs 91,65 Mio (DM 111,2 Mio).

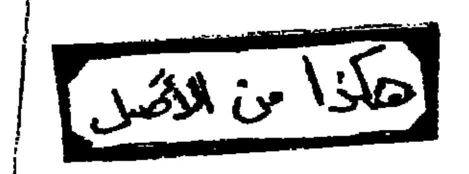
Die geschäftlichen Beziehungen zwischen der Trinkaus & Bu[illegible]ardt KGaA und ihren Tochterinstituten in Luxembourg und Zürich *erstrecken sich auf übliche Interbanken[illegible]chäfte.*

Die **Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Dü[illegible]dorf,** wurde 1968 gegründet. Für die meisten der von dieser Gesellschaft verwalteten Sondervermögen, de[illegible] Gesamtvolumen per 31. Dezember 1984 rd. DM 1 050 Mio betrug, ist die Trinkaus & Burkhardt KGaA De[illegible]ank gemäß § 12 Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften.

Die **Grundstücksgesellschaft Trinkausstraße KG, [illegible]seldorf,** und die **Burkhardt & Co. Grundstücks-Kommanditgesellschaft, Essen,** sind Eigentümer de[illegible]nk- und Geschäftsgebäude in Düsseldorf und Essen. Für die von der Bank genutzten Räumlichkeiten werd[illegible]arktübliche *Mieten gezahlt. Bei den Grundstücksgesellschaften besteht die langfristige Fremdfinanzieru[illegible]s Darlehen von dritter Seite.*

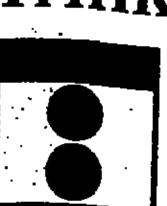
Die Trinkaus & Burkhardt KGaA trägt Verantwortu[illegible]afür, daß alle in den Konzernabschluß einbezogenen Gesellschaften ihre Verbindlichkeiten erfüllen könne[illegible].

Am 1. August 1985 *waren im Konzern* 661 Mitarb[illegible] beschäftigt.





Trinkaus & Burkhardt



Trinkaus & Burkhardt
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Düsseldorf

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1984 der Gruppe Trinkaus & Burkhardt

Aktivseite

Aktivseite		DM	31.12.1984 DM	31.12.1983 in 1000 DM
1. Kassenbestand			2 390 992,19	2 196
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			248 741 968,51	267 821
3. Postscheckguthaben			4 082 696,97	3 732
4. Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere				
5. Wechsel			115 980 246,28	34 816
darunter: a) bundesbankfähig			95 564 886,14	99 974
b) eigene Ziehungen	DM 68 381 361,34			
6. Forderungen an Kreditinstitute	DM —			
a) täglich fällig		335 140 366,95		186 299
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		203 958 523,76		192 228
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		803 891 889,18		721 947
bc) vier Jahren oder länger		235 632 541,94		253 143
			1 578 623 321,83	1 353 617
7. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				
a) des Bundes und der Länder		—		—
b) sonstige		6 717 148,40		270
			6 717 148,40	270
8. Anleihen und Schuldverschreibungen				
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren				
aa) des Bundes und der Länder	DM 10 201 458,33			
ab) von Kreditinstituten	DM 66 042 576,84			
ac) sonstige	DM 24 280,00	76 268 315,17		117 808
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank DM 61 022 968,14				
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren				
ba) des Bundes und der Länder	DM 297 523 436,83			
bb) von Kreditinstituten	DM 290 022 275,30			
bc) sonstige	DM 76 095 992,91	663 641 705,04		732 370
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank DM 50[illegible] 665 037,91			739 910 020,21	850 178
9. Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind				
a) börsengängige Anteile und Investmentanteile		66 939 152,69		69 611
b) sonstige Wertpapiere		6 437 085,50		6 520
darunter: Besitz von mehr als dem zehnten Teil der Anteile einer Kapitalgesellschaft oder bergrechtlichen Gewerkschaft ohne Beteiligungen	DM —		73 376 238,19	76 131
10. Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
a) weniger als vier Jahren		2 443 373 855,78		2 311 397
b) vier Jahren oder länger		461 754 599,06		320 925
darunter: ba) durch Grundpfandrechte gesichert	DM 16 213,83		2 905 128 454,84	2 632 322
bb) Kommunaldarlehen	DM 36 634 500,00			
11. Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand			1 888 703,80	1 985
12. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			43 822 680,92	40 824
13. Beteiligungen			9 686 693,75	9 631
darunter: an Kreditinstituten	DM 2 565 795,80			
14. Grundstücke und Gebäude			76 907 608,00	78 369
15. Betriebs- und Geschäftsausstattung			10 364 777,32	11 600
16. Konsolidierungsausgleichsposten			645 199,64	6 584
17. Eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag: DM —			—	—
18. Sonstige Vermögensgegenstände			1 989 984,53	4 150
19. Rechnungsabgrenzungsposten			873 143,64	701
Summe der Aktiven			5 916 694 765,16	5 474 901
20. In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den unter der Passivseite vermerkten Verbindlichkeiten sind enthalten				
a) Forderungen an verbundene Unternehmen			28 688 962,69	21 298
b) Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen fallenden Krediten und aus Krediten an stille Gesellschafter, soweit sie nicht unter a) vermerkt werden			18 459 968,12	16 341

Passivseite

Passivseite	DM	DM	31.12.1984 DM	31.12.1983 in 1000 DM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		536 861 488,07		439 613
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten	783 032 928,49			
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	1 222 221 717,40			
bc) vier Jahren oder länger	425 128 431,41	2 430 383 077,30		2 121 768
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 379 949 479,27				
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		12 433 790,01		29 283
			2 979 678 355,38	2 590 664
2. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern				
a) täglich fällig		594 330 869,30		541 464
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten	1 113 881 212,19			
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	467 375 516,44			
bc) vier Jahren oder länger	160 102 482,78	1 741 359 211,41		1 760 556
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 160 102 482,78				
c) Spareinlagen				
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	24 432 423,20			
cb) sonstige	11 841 371,68	36 273 794,88		39 459
			2 371 963 875,59	2 341 479
3. Anteile in Fremdbesitz			1 198 224,76	1 570
darin Gewinnanteil DM 222 359,85				
4. Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf			187 215 000,00	187 677
5. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			43 822 680,92	40 824
6. Rückstellungen				
a) Pensionsrückstellungen		33 665 142,00		30 783
b) andere Rückstellungen		53 457 893,45		44 000
			87 123 035,45	74 783
7. Wertberichtigungen				
a) Einzelwertberichtigungen		—		—
b) vorgeschriebene Sammelwertberichtigungen		37 136 717,87		33 071
			37 136 717,87	33 071
8. Sonstige Verbindlichkeiten			5 792 736,03	3 624
9. Rechnungsabgrenzungsposten			7 002 983,22	5 986
10. Sonderposten mit Rücklageanteil gem. § 52 Abs. 5 EStG			1 199 855,00	1 682
11. Eigenkapital			187 000 000,00	187 000
12. Reingewinn, soweit nicht den Gesellschaftern bereits gutgeschrieben				
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		1 950 313,52		
Jahresüberschuß 1984		5 610 987,42		
			7 561 300,94	6 541
Summe der Passiven			5 916 694 765,16	5 474 901
13. Eigene Ziehungen im Umlauf			—	—
darunter: den Kreditnehmern abgerechnet		DM —		
14. Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln			310 899 941,83	222 483
15. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen			994 892 482,30	905 904
16. Verbindlichkeiten im Falle der Rücknahme von in Pension gegebenen Gegenständen, sofern diese Verbindlichkeiten nicht auf der Passivseite auszuweisen sind			121 561 000,00	—
17. Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			—	—
18. Sparprämien nach dem Sparprämiengesetz			43 980,84	74
19. In den Passiven sind enthalten				
a) Verbindlichkeiten (einschl. der Verbindlichkeiten unter 14—18) gegenüber verbundenen Unternehmen			471 864 741,63	293 923
b) Verbindlichkeiten gegenüber Geschäftsinhabern und unbeschränkt haftenden Gesellschaftern			3 347 925,51	4 884

Gewinn- und Verlustrechnung der Gruppe Trinkaus & Burkhardt für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1984

Aufwendungen	DM	1.1.–31.12.1984 DM	1.1.–31.12.1983 in 1 000 DM
1. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		317 131 459,71	281 697
2. Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte		14 052 145,45	12 107
3. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		8 138 379,31	13 841
4. Gehälter und Löhne		49 998 021,02	48 205
5. Soziale Abgaben		5 681 817,25	5 558
6. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		7 260 607,99	7 962
7. Sachaufwand für das Bankgeschäft		25 670 858,71	24 167
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		4 652 333,41	4 073
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen		1 552 371,00	606
10. Steuern			
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	25 606 239,14		23 717
b) sonstige	46 043,20		409
		25 652 282,34	24 126
11. Gewinnanteile Minderheitsgesellschafter		163 827,37	280
12. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		—	349
13. Sonstige Aufwendungen		19 498 879,47	7 242
14. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- und eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		—	—
15. Jahresüberschuß		25 724 109,55	20 320
Summe der Aufwendungen		505 177 092,58	450 533

Erträge	DM	1.1.–31.12.1984 DM	1.1.–31.12.1983 in 1 000 DM
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		342 866 422,02	303 769
2. Laufende Erträge aus			
a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	53 802 091,26		61 538
b) anderen Wertpapieren	3 624 516,45		5 989
c) Beteiligungen	3 567 111,72		971
		60 993 719,43	68 498
3. Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften		64 061 748,48	61 326
4. Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		35 408 410,99	15 479
5. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		—	—
6. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter 4 auszuweisen sind		1 713 438,66	1 328
7. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		133 317,00	133
8. Erträge aus Verlustübernahme		—	—
9. Jahresfehlbetrag		—	—
Summe der Erträge		505 177 092,58	450 533

Bestätigungsvermerk

Der vorstehende konsolidierte Jahresabschluß der Gruppe Trinkaus & Burkhardt KG zum 31. Dezember 1984 wurde unter Datum vom 8. März 1985 von uns mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung der Gruppe für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1984 ist nach Maßgabe der Verhältnisse bei einer Kommanditgesellschaft auf Aktien von der testierten Gewinn- und Verlustrechnung der Gruppe Trinkaus & Burkhardt KG des Jahres 1984 abgeleitet worden. Wir bestätigen die Ordnungsmäßigkeit dieser Ableitung.

Düsseldorf, im August 1985

Ernst & Whinney GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Epperlein
Wirtschaftsprüfer

DWT Deutsche Warentreuhand-AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Stalschus
Wirtschaftsprüfer

Erläuterungen zu den Beteiligungen

Die Beteiligungen werden in der Gruppen-Bilanz zum 31. Dezember 1984 mit DM 9,7 Mio ausgewiesen. Hierzu gehören folgende das Bankgeschäft fördernde Beteiligungen mit einem Bilanzwert von DM 4,9 Mio:

	Kapital Mio DM	Beteiligungen %	Dividenden % 1982	1983	1984
Im Inland					
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt	40,0	0,89	20	20	20
Kreditgarantiegemeinschaft Industrie, Großhandel, Verkehrs- und sonstiges Gewerbe in Nordrhein-Westfalen GmbH, Düsseldorf	1,7	0,31	—	—	—
Lombardkasse AG, Berlin/Frankfurt	12,0	2,0	10	13	12
Münchener Hypothekenbank eG, München	5,0	1,6	8	8	10
Privatdiskont AG, Frankfurt	10,0	0,8	6	6	8
Union-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt	20,0	2,37	10*)	15*)	6,5*)
Wertpapiersammelbank Nordrhein-Westfalen AG, Düsseldorf	2,0	8,8	10	10	10
Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt	310,0	0,37	2,56	2,56	2,56
Wertpapiersammelbank Baden-Württemberg AG, Stuttgart	0,5	4,0	20	20	25
Düsseldorfer Börsenhaus GmbH, Düsseldorf	1,5	7,5	1,23	1,27	—
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Industrie- und Handelskammer Rheinisch-Westfälische Börse, Düsseldorf	—	7,5	—	—	—
FL Finanz-Leasing GmbH, Wiesbaden	2,0	25,0	12	—	—
Deutsche Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH, Frankfurt	50,0	0,6	—	—	—
Im Ausland					
Euro-Clear Clearance System Ltd., London	US-$ 2,5	1,25	24	40	52
Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (S.W.I.F.T.), Brüssel	bfr 125,1	0,164	—	—	—

Daneben bestehen einige Beteiligungen an gewerblichen Unternehmen mit Beteiligungsquoten von nicht mehr als 25%.

*) Geschäftsjahr 1. Oktober bis 30. September.

Haftungsverhältnisse

Am 31. Dezember 1984 bestanden Einzahlungsverpflichtungen auf noch nicht voll eingezahlte Aktien und GmbH-Anteile in Höhe von DM 130 900,– und Mithaftungen gemäß § 24 GmbH-Gesetz in Höhe von DM 12,5 Mio. Es besteht ferner eine Haftsumme aus Genossenschaftsanteilen von DM 400 000,–.

Im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt, besteht eine Nachschußpflicht bis zur Höhe von DM 3,445 Mio und außerdem eine selbstschuldnerische Bürgschaft für die Erfüllung der Nachschußverbindlichkeiten der übrigen, dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörenden Gesellschafterbanken.

Von den Ausgleichs- und Deckungsforderungen sind DM 1,7 Mio an die Deutsche Bundesbank verpfändet.

Im Rahmen des Imissionsschutzförderungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen besteht für durchgeleitete Kredite eine Rückzahlungshaftung. Die Freistellung durch das Land erfolgt nach Vorlage des endgültigen Verwendungsnachweises.

Erläuterungen zur Umwandlung

Die Umwandlung der Kommanditgesellschaft Trinkaus & Burkhardt in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien wurde durch die Gesellschafterversammlung vom 23. Mai 1985 mit Rückwirkung auf den 1. Januar 1985 beschlossen. Im Rahmen der Umwandlung gemäß §§ 40ff. Umwandlungsgesetz ging das gesamte Vermögen der Kommanditgesellschaft Trinkaus & Burkhardt mit allen Aktiva und Passiva auf die Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien über.

Die Umwandlung war mit einer Erhöhung der ausgewiesenen Eigenmittel der Gesellschaft verbunden. Während das Eigenkapital der Kommanditgesellschaft Trinkaus & Burkhardt in der Bilanz zum 31. Dezember 1984 noch DM 187 000 000,– beträgt, weist die Umwandlungsbilanz (= Eröffnungsbilanz) der Kommanditgesellschaft auf Aktien Eigenmittel in Höhe von DM 200 000 000,– aus. Sie sind eingeteilt in DM 85 000 000,– Grundkapital und DM 115 000 000,– gesetzliche Rücklagen.

Die Erhöhung der Eigenmittel um DM 13 000 000,– wurde nicht durch Bar- oder Sacheinlagen bewirkt, sondern ergab sich als Nettogröße aus der Neubewertung von verschiedenen Aktiv- und Passivpositionen. Die Neubewertung dieser Positionen erfolgte aufgrund zwingender Vorschriften des Umwandlungs- und des Umwandlungsteuergesetzes.

Die Gesellschafter haben im Zusammenhang mit der Umwandlung keine Sonderausschüttung erhalten. Ferner sind weder den persönlich haftenden Gesellschaftern noch den Kommanditaktionären oder den Aufsichtsratsmitgliedern besondere Vorteile im Sinne des § 26 Abs. 1 AktG eingeräumt worden.

Der Gesamtbetrag der Gründungs- und Umwandlungskosten – im wesentlichen Gesellschaftsteuer – ist gemäß § 32 der Satzung auf DM 3 000 000,– festgesetzt worden.

Status zum 30. Juni 1985

	Trinkaus & Burkhardt KGaA (Mio DM)	Gruppe (Mio DM)
Aktiva		
Barmittel	108	111
Schecks und sonstige Inkassowerte	12	12
Wechsel	55	57
Forderungen an Kreditinstitute	1 316	1 999
Wertpapiere	794	811
Forderungen an Kunden	1 998	3 245
davon: kurz- und mittelfristig	1 774	3 021
langfristig	224	224
Beteiligungen	116	12
Sonstige Aktivpositionen	71	214
Bilanzsumme	4 470	6 461
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2 204	3 081
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 670	2 729
davon: täglich fällig	751	884
befristet	919	1 845
Eigene Akzepte im Umlauf	175	175
Grundkapital	85	85
Offene Rücklagen	115	115
Sonstige Passivpositionen	221	276
Bilanzsumme	4 470	6 461
Indossamentsverbindlichkeiten	360	360
Geschäftsvolumen	4 830	6 821
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften usw.	1 218	959
Gesamtvolumen	6 048	7 780

Trinkaus & Burkhardt



Trinkaus & Burkhardt
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Düsseldorf

Ertragsentwicklung und Vorschau 1985

	1983*) KG	1983*) Konzern	1984*) KG	1984*) Konzern	1.1.–30.6.1985 KGaA	1.1.–30.6.1985 Konzern
			in TDM			
Zinsergebnis	76 136	90 570	72 676	86 729	40 950	49 385
Provisionsergebnis	40 746	49 219	44 599	50 010	30 106	34 808
Zwischensumme (1)	116 882	139 789	117 275	136 739	71 056	84 193
Personalaufwand	56 234	61 725	57 088	62 940	30 956	34 229
Sachaufwand einschl. Abschreibungen auf Sachanlagen	29 214	28 240	31 032	30 323	15 386	14 801
Verwaltungsaufwand (2)	85 448	89 965	88 120	93 263	46 342	49 030
Teilbetriebsergebnis (1) ./. (2)	31 434	49 824	29 155	43 476	24 714	35 163
Jahresüberschuß vor EEV-Steuern**)	34 320	44 037	40 732	51 330	–	–
EEV-Steuern**)	18 661	23 717	20 619	25 606	–	–
Jahresüberschuß	15 659	20 320	20 113	25 724	–	–

*) Zwecks Vergleichbarkeit umgerechnet nach Maßgabe der bei einer KGaA gegebenen Verhältnisse.
**) Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen.

Im **Kredit- und Einlagengeschäft** konzentriert sich die Bank auf das kurz- und mittelfristige Geschäft mit großen und mittleren Firmenkunden. Auch angesichts dieser Struktur liegt die Zinsspanne für das gesamte zinsabhängige Geschäft regelmäßig niedriger als bei Kreditinstituten mit stärkerer Ausrichtung auf das Mengengeschäft. Sie betrug 1983 bei der Muttergesellschaft 1,9%, im Konzern 1,7%. Im Jahr 1984 ermäßigte sich die Zinsspanne um durchschnittliche 0,2%-Punkte auf 1,7% bzw. 1,5%; der dem allgemeinen Trend entsprechende Margenrückgang wurde durch höhere Volumina teilweise kompensiert. Absolut ermäßigte sich das **Zinsergebnis** des Konzerns 1984 gegenüber dem Vorjahr um rd. DM 3,8 Mio oder 4% auf DM 86,7 Mio. Im ersten Halbjahr 1985 wurde der Rückgang der Zinsmargen im Kredit- und Einlagengeschäft durch höhere Volumina, vor allem aber durch hohe Dividendenerträge bei vergleichsweise beachtlichen Aktienbeständen, mehr als aufgefangen. Hier ist im zweiten Halbjahr mit einer Normalisierung zu rechnen.

Das **provisionspflichtige Dienstleistungsgeschäft**, traditionell ein besonderer Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit von Trinkaus & Burkhardt, hat sich in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt. Machte 1983 das ***Provisionsergebnis*** *im Konzern* erst gut 54% des Zinsergebnisses aus, stieg der Anteil 1984 auf knapp 58% und erreichte im ersten Halbjahr 1985 gut 70%. Absolut betrug das Provisionsergebnis der ersten sechs Monate 1985 DM 34,8 Mio im Konzern, das entspricht einer Steigerung von 39% gegenüber 6/12 des Ergebnisses 1984. Die außergewöhnliche Erhöhung des Provisionsergebnisses ist auf ein sehr lebhaftes Wertpapierkommissionsgeschäft *und eine beachtliche Intensivierung des zinsunabhängigen kommerziellen Dienstleistungsgeschäftes* zurückzuführen. Da nicht erwartet werden kann, daß sich die Aufwärtstendenz an den Kapitalmärkten auch im zweiten Halbjahr unverändert fortsetzen wird, rechnet die Bank für das gesamte Geschäftsjahr mit einer niedrigeren Steigerungsrate im provisionsabhängigen Geschäft.

Der **Verwaltungsaufwand** erhöhte sich 1984 gegenüber dem Vorjahr um rd. 3% auf DM 88,1 Mio bei Trinkaus & Burkhardt bzw. um rd. 4% auf DM 93,2 Mio im Konzern. Im ersten Halbjahr 1985 lag der Verwaltungsaufwand um 5,2% höher als 6/12 des Vorjahres; in der KGaA belief er sich auf DM 46,3 Mio, im Konzern auf DM 49 Mio.

Infolge des niedrigeren Zinsüberschusses und der höheren Personal- und Sachaufwendungen erreichte das **Teilbetriebsergebnis** 1984 nicht den hohen Stand des Vorjahres. Im ersten Halbjahr 1985 hat sich das Teilbetriebsergebnis aufgrund der obengenannten Entwicklungen überdurchschnittlich erhöht, bei der Trinkaus & Burkhardt KGaA auf DM 24,7 Mio (6/12 1984: DM 14,6 Mio), im Konzern auf DM 35,2 Mio (6/12 1984: DM 21.7 Mio). Eine Hochrechnung der Ergebnisse des ersten Halbjahres auf das Gesamtjahr 1985 ist im Hinblick auf die besondere Ertragsstruktur der Bank nicht angezeigt.

Zu den wesentlichen Geschäftszweigen der Bank zählen auch der Devisen- und Wertpapiereigenhandel. In den Jahren 1983 und 1984 hat Trinkaus & Burkhardt – wie bereits in den Jahren zuvor – im Eigenhandel Erträge erzielt, die den nach konservativen Maßstäben bemessenen Aufwand für Risikovorsorge der Muttergesellschaft überstiegen.

Die Bank hat 1983 einen **Jahresüberschuß** nach Steuern in Höhe von DM 15,7 Mio erzielt (Konzern: DM 20,3 Mio). Im Jahr 1984 stieg der Jahresüberschuß nach Steuern aufgrund höherer Handelserträge auf DM 20,1 Mio (Konzern: DM 25,7 Mio). Soweit keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, erwartet die Bank auch für das *Geschäftsjahr 1985 ein gutes Ergebnis, das die Ausschüttung einer angemessenen Dividende auf das erhöhte* Grundkapital von DM 90 Mio erlaubt.

Düsseldorf, im August 1985

Trinkaus & Burkhardt KGaA

Aufgrund des vorstehenden Prospektes sind die

DM 27 000 000,–
auf den Inhaber lautenden Aktien

mit halber Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1985

540 000 Aktien zu je DM 50.
verbrieft in
6 000 Einzelurkunden über je 1 Aktie (= DM 50,–)
Nr. 1–6 000
7 000 Sammelurkunden über je 2 Aktien (= DM 100,–)
Nr. 1–7 000
26 000 Sammelurkunden über je 20 Aktien (= DM 1 000,–)
Nr. 1–26 000

der

Trinkaus & Burkhardt
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Düsseldorf

– Wertpapier-Kenn-Nummer 81[illegible] 51[illegible] –

zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Frankfurt am Main, München und Stuttgart zugelassen worden.

Düsseldorf, Frankfurt am Main, München, Stuttgart, im Oktober 1985

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft

Immer Ärger mit der Sore

egw – Eine strenge Mahnung erhielt der Berufseinbrecher R. St. vom Finanzamt des fünften Wiener Gemeindebezirks, die Bewertung des von ihm gestohlenen und weiterveräußerten Diamanthalsbandes mit 21 000 Schilling könne nicht in seinem Einkommensbekenntnis anerkannt werden, es werde auf mindestens 200 000 Schilling eingeschätzt. Wie bitte? Ein Dieb soll Einkommensteuer für den Erlös seiner Beute zahlen? Das kann doch nicht wahr sein. Aber es ist nach der Gesetzeslage wahr. Nur die angeführten Daten sind erfunden.

Wahr ist viel mehr. Ein Angestellter, der – so berichtet die „Presse" – jahrelang Skier seiner Firma privat verkauft hatte, wurde tatsächlich zu einer hohen Steuernachzahlung verurteilt, und diese Forderung wurde vom Verwaltungsgerichtshof als legal erklärt, weil ja „Menschen, die ihre Einkünfte durch strafbare Handlung erwerben, nicht besser gestellt sein dürften als ehrliche Staatsbürger". Und wahr ist noch viel mehr. Der Einbrecher kann, laut Steuergesetz, die von ihm gekauften Einbruchswerkzeuge von der Steuer absetzen, er muß bloß die Rechnungen vorweisen.

Hört, hört, hört. Also wird der Einbruch als Erwerbsquelle öffentlich anerkannt, allerdings, immerhin, das „Steuergeheimnis" bleibt nur bis zu einer Strafdrohung von unter drei Jahren gewahrt. Gutverdienende Einbrecher werden also ihre Sorgen haben, um nicht in des Staatsanwalts Küche zu geraten. Aber man kann sich helfen: da schwerlich, wie das Finanzamt in humaner Gesinnung konstatiert, der brave Dieb über den „Erwerb" und den Verkauf der Beute Rechnungen vorlegen kann, wird ihr Wert eben schätzungsweise angeführt (siehe oben).

Peter Herrmanns erste Ausstellung im Westen

Wohnsitz ohne Heimat

Vor anderthalb Jahren hat der Maler Peter Herrmann seinen Wohnsitz nach Hamburg verlegt. So etwas wäre kein spektakulärer Vorgang für einen Künstler, wenn er nicht aus der „DDR" stammte und bisher in Dresden gelebt hätte. Von dort führt eine solche Übersiedlung in der Regel zur endgültigen Trennung von der Heimat, ohne Aussicht auf spätere Besuche im alten Milieu und bei den alten Freunden. Die Verhältnisse in der „DDR" sind unerbittlich.

Ende der 50er Jahre hatten Peter Herrmann und seine Malerfreunde Ralf Winkler (A. R. Penck), Peter Graf und Peter Makolis unter ihrem Lehrer Jürgen Böttcher (Strawalde) in ihren Bildern den frühen Ausbruch aus den erstarrten Leerformeln des „Sozialistischen Realismus" geprobt. Die Nomenklatura, zuständig für sozialistische Kunst, reagierte ablehnend. Der Wille zur Kunst ohne Kompromiß wurde deshalb zu einem langen Kampf um die Kunst – und um einigermaßen akzeptable Lebensbedingungen. Aber auf der letzten, der 9. „Kunstausstellung der DDR", war Peter Herrmann nicht mehr vertreten. Die Arbeitsbedingungen wurden immer schlechter.

Jetzt zeigt der Maler in der Berliner Galerie am Savignyplatz zum ersten Mal nach seinem Ost-West-Wechsel seine Bilder. A. R. Penck, früher Mitstreiter aus der Dresdener Zeit, schreibt für seinen Freund zum Geleit: „... Das neue Leben im Westen! Wer hätte das für möglich gehalten? Strafversetzung in die Vergangenheit oder Ausflug in die Zukunft? Das sollte auch der Betrachter deiner Bilder bedenken. Wo du hingehst! ... Wo du herkommst!"

Was Peter Herrmann verließ, zeigt er in einem seiner eindrucksvollsten Bilder, das er „Abschied" nennt. Ein Weg führt durch eine beschädigte Waldlandschaft. Gefällte Bäume, Holzsegmente versperren eine nicht zustande kommende Idylle. Im Vordergrund liegt ein Liebespaar, nahe ihren Köpfen steht eine leicht geneigte, mächtige Birke, gleich einem Schlagbaum, der sich öffnen und schließen kann.

Die naive Sicht der Landschaft, der Straßen- und Zimmerausschnitte ist typisch für Herrmanns künstlerisch überzeugende Arbeiten. Diese Bildsicht hat er nun in die Hamburger und Londoner Stadtlandschaften verpflanzt, ohne allerdings immer seine urwüchsigen Dresdener Bildqualitäten ganz zu erreichen. Der Bruch ist noch sichtbar.

Es dauert eben seine Zeit, ehe der neue Wohnsitz zur neuen Heimat wird – wenn er es überhaupt werden kann. Hoffen wir, daß Peter Herrmann hier seinen Platz in der leider so schnellebigen und avantgardesüchtigen Kunstszene finden kann. (Bis 18. Okt.) SIEGHARD POHL

Orient und Okzident im Kreuzverhör – Höhepunkte des Internationalen Theaterfestivals von Venedig

Ein Himmel voller Mimen und Märchen

Ganz Venedig ist zwar eine schöne Kulisse, aber Räume für die 19 Schauspiele des 33. Internationalen Theaterfestivals der Biennale zu finden war ein ausgesprochener Rebus. Die neuen Sicherheitsvorschriften haben die Zahl der verfügbaren Gebäude so verringert, daß zum Beispiel Peter Brooks indische Saga „Mahabharata" keinen Platz in der Lagune fand. Dabei hätte sie so gut zu dem diesjährigen Thema, „Aktion und Bewegung von der Commedia dell'arte bis zum Tanztheater, gemessen an der orientalische Erfahrung", gepaßt, mit dem sich Orient und Okzident nach alter venezianischer Tradition hier bis zum 20. Oktober begegnen.

Dafür kamen die indische Tanzgruppe Manipuri, die japanische Suzuki Company mit einer griechischen Tragödie im Kabuki-Stil, Robert Wilson mit seinen „Kneeplays" und die schon fast klassische Avantgarde mit „La Mama" oder mit Eugenio Barbas „Odin Teatret". Recht Heterogenes also, das sich nicht leicht unter einen Hut zwingen läßt. Nach den ersten Aufführungen schien das Motto eher die Verfremdung klassischer Themen durch andere Kulturen zu sein.

Das begann mit Eduardo de Filippos Übertragung von Shakespeares „Sturm" in Neapels Dialekt des 17. Jahrhunderts, der alle Feinheiten und alle Grobheiten von Shakespeares Sprache besitzt. De Filippo, Italiens 1984 verstorbener Lieblingsschauspieler, Regisseur und Theaterautor, hatte seine Übersetzung als Vorlesung an der Universität Rom vorgetragen. Als 84jähriger dann hat er bis kurz vor seinem Tod alle männlichen Rollen des „Sturms" auf Band gesprochen. Bei der venezianischen Uraufführung durch Carlo Collas Marionetten klang seine Stimme so lebendig und verlieh den starren Puppen solch unverwechselbare Persönlichkeit, als sei der alte Mime aus dem Himmel der Schauspieler herabgestiegen.

Shakespeares letztes Werk und poetisches Testament wird hier auch zu de Filippos Vermächtnis. Er hat Prospero, der am Schluß seinen Zauberstab zerbricht, fast autobiographische Züge gegeben. Von Shakespeare selbst bleibt allerdings nicht viel übrig. Trotz der exotischen Pappszenen à la Rousseau, eingehüllt in die Musik von Antonio Sinagra, die ebenso naiv populär und raffiniert zugleich ist wie die Märchenhandlung, fühlt man sich ganz in de Filippos Neapel versetzt. Der Luftgeist Ariel ist hier ein neapolitanischer Lausbub. Seine winzigen Gefährten schweben wie Exvotos des San Gennaro in der Luft herum, der Spaßmacher Trinculo ist ein Pulcinella, und es geht zu wie in einer Féerie des 17. Jahrhunderts, mit der Großvater de Filippo großen und kleinen Kindern von heute ein Märchen erzählt.



Ein Augenfest aus Melancholie und Heiterkeit: Szene aus Carlo Gozzis „König Hirsch", dargeboten vom American Repertory Theater auf der Biennale von Venedig FOTO: DIE WELT

Auch Carlo Gozzi (1720 bis 1806) schrieb mit seinem „König Hirsch" ein Märchen, das den Erzfeind Goldoni, den Erfinder der naturalistischen Charakterkomödie Italiens, mit seiner absurden Verspieltheit ausstechen sollte. Von den deutschen Romantikern geliebt, von Stanislawski als reine Theateressenz gefeiert, ist Gozzi heute der Vorzugsautor des naturalisierten Amerikaners Andrej Serban, der seine „König Hirsch"-Inszenierung mit dem American Repertory Theater nach Venedig brachte. Den Venezianern ihren Gozzi auf amerikanisch mit balinesischen Masken und chinesischen Schattenspielen in dem Theater vorzustellen, das Goldoni vor 200 Jahren geleitet hat, das grenzte an Tollkühnheit. Es wurde ein Fest.

Denn das Märchen vom König auf Brautschau, den ein perfider Grande seines Hofes in einen Hirsch verwandelt hat, wird zu reiner Theaterwonne. Serban, der durch Peter Brooks Pariser Schule ging, hat Gozzis Chinoiserien beim Wort genommen und in Bildern und Handlung einen Traum voller Orient geschaffen: mit akrobatischen Sprüngen maskierter Schauspieler, mit phantastischen Tieren, die als Schattenbilder oder in Papier und Seide, von Bambusstäben bewegt, vorübergleiten, mit leichten Hirschen, die wie Symbole der Unsterblichkeit alle Gefahren überwinden, mit einer Atmosphäre von Geheimnis, Melancholie und Heiterkeit. Gozzi-Serbans „König Hirsch" ist ein surrealistisches Augenfest, das sicher mit de Filippos „Sturm" einer der Höhepunkte der Biennale bleiben wird.

Dazwischen gab es auch Tiefpunkte wie die Aufführung „Mèta" der italienischen Truppe Daggide, gegen die auch ein erfahrener Kritiker wie der derzeitige Direktor des Theaterfestivals, Franco Quadri, nicht gefeit ist. Dafür stieg die Spannung, als Goethes „Urfaust" angekündigt wurde, den es nur einziges Mal zuvor in Italien auf der Bühne zu sehen gab, um so mehr, als sein Regisseur Massimo Castri zusammen mit dem Hamburger Jürgen Gosch den zum ersten Mal vom Europarat verliehenen Theaterpreis erhielt.

Castri hat Goethes unvollendetes Jugendwerk in schönen Sturm- und Drangszenen und Kostümen von Maurizio Balò auf die Grundthemen konzentriert: auf das Scheitern des Philosophen Faust und das seiner Liebe zu Gretchen, die im „Urfaust" verdammt wird. Nach dem ersten Akt, der sehr poetisch beginnt und im Spiel einer grotesken Parodie fortfährt, denkt man mit Bangen an Castris Projekt, mit dem Theater „Loggietta" aus Bresca eine dreijährige „Reise rings um Goethe" mit dem „Tasso" und „Faust I und II" zu inszenieren. Die Sorge verfliegt im zweiten Akt mit einer an Mittners Goethe-Auslegung geschulten Interpretation, die Faust und Mephisto, identisch weißgekleidet, zu einer einzigen Figur mit all den Widersprüchen zusammenzieht. Zum tiefsten Eindruck wird hier das Gretchen der Laura Marinoni, das sich aus einem sanften, verstörten Kind in einen schieren Weibsteufel verwandelt.

Von morgen bis zum 20. Oktober zeigt Dario Fo das Ergebnis seines „Laboratoriums für Arlecchino". Das dürfte, wie üblich bei diesem genialen Autor, Dramaturg, Regisseur und Schauspieler in Personalunion, zwar nicht fertig, aber unwiderstehlich komisch werden. Ein Probenbesuch läßt diesem Schlußstück des Festivals einen Triumph vorhersagen.

MONIKA von ZITZEWITZ

JOURNAL

Berlin wünscht Drehbuchwerkstatt

AP, Berlin

Weil bisherige Versuche, begabte Drehbuchautoren zu finden und auszubilden, nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben, hat der Berliner Senat ein Drehbuchstipendium ausgeschrieben. Wie Kultursenator Volker Hassemer erklärte, soll der seit Jahren beklagten „Drehbuchmisere" mit Hilfe einer Drehbuchwerkstatt abgeholfen werden. Für die Teilnehmer der Ausbildung, die während ihrer etwa achtmonatigen Arbeit in Berlin wohnen müßten, sei ein Stipendium von jeweils höchstens 200 000 Mark vorgesehen, sagte Hassemer.

Verschollene Bilder von Macke gesucht

dpa, Münster/W.

Für ein neues, möglichst vollständiges Œuvre-Verzeichnis des Expressionisten August Macke (1887–1914) sucht das Westfälische Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Münster nach unbekannten und verschollenen Bildern des westfälischen Malers. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe vermutet, daß sich noch Arbeiten Mackes in Privatbesitz im In- und Ausland befinden. Zum 100. Geburstag des in Meschede geborenen Malers bereitet das Landesmuseum für 1987 eine umfassende retrospektive Ausstellung vor. Parallel dazu soll das neue Werksverzeichnis erscheinen.

Galinskis Appell: Stück von Faßbinder fallenlassen

dpa, Berlin

Heinz Galinski, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin, hat in einer öffentlichen Sitzung der Repräsentantenversammlung seiner Gemeinde an den Intendanten des Frankfurter Schauspielhauses, Günther Rühle, appelliert, das Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" von Rainer Werner Faßbinder nicht aufzuführen. Wenige Wochen vor dem Jahrestag der Juden-Pogrome sei es „ein Unding, daß im künstlerischen Gewande purer Antisemitismus verbreitet" werde. Einen Appell richtete Galinski auch an das ZDF. Sollte dort der Film „Schatten der Zukunft" nach dem 9. November aufgeführt werden, so würde dadurch Zwietracht gesät werden. Vergleiche zwischen Auschwitz und der aktuellen Situation im Nahen Osten seien „unstatthaft".

Deutsche Filmwoche in Polen eröffnet

dpa, Warschau

Der Botschafter der Bundesrepublik in Warschau, Franz Pfeffer, hat in Warschau die zweite deutsche Filmwoche eröffnet. Gezeigt werden sieben Filme: „Morgen in Alabama" von Norbert Kückelmann, „Wo die grünen Ameisen träumen" (Werner Herzog), „Wozzek" (Oliver Herbich), „System ohne Schatten" (Wolfgang Thome), „Im Innern des Wals" (Doris Dörrie), „Die Macht der Gefühle" (Alexander Kluge) und „Novembermond" (Alexandra von Grote). Außer in Warschau finden auch in Lodz und in Kielce deutsche Filmwochen statt.

Planeta-Preis für Roman von Vallejo-Najera

dpa, Barcelona

Der mit zwölf Millionen Peseten (rund 200 000 Mark) dotierte Planeta-Preis ist in Barcelona dem historischen Roman „Yo, el Rey" (Ich, der König) von Juan Antonio Vallejo-Najera zugesprochen worden. Der Autor und Psychiater beschreibt darin die Person von Napoleons Bruder Jose Bonaparte. Die renommierte Auszeichnung des Verlagshauses Planeta, das diesen Preis ausschreibt, macht das Werk des 59jährigen Vallejo-Najera fast automatisch zu einem Bestseller. Der zweite Preis (rund 50 000 Mark) ging an den Roman „Pius XII." von Francisco Umbral.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „2000. Magazin für den Menschen von morgen"

Die Verschwörung des Wassermanns

Guboo Ted Thomas, ein australischer Eingeborener, kam auf seine Vorfahren zu sprechen. In ihren Träumen hätten sie von der Ankunft des „Entdeckers" Captain Cook erfahren. Sie seien ihm an die Küste entgegengezogen. Dort hätten die Alten zu den Jungen gesagt: „Hört zu, Kinder: Das ist das Ende der Zivilisation."

Guboo Ted Thomas trat auf einem Kongreß jener „New-Age-Bewegung" auf, für die das wissenschaftliche, industrielle und nationalstaatliche Modell überholt und ein neues Paradigma im Werden ist. Eine der Galionsfiguren der Bewegung, Robert Muller (stellv. Generalsekretär der UNO) definierte *New Age* als eine „Verschwörung im Zeichen des Wassermanns". Die Bewegung verfügt bereits über ein Dutzend Verlage und einige Zeitschriften. In diesem Jahr startete die monatliche „Neue Zeitung" (Wallstr. 3, 7800 Freiburg), die das New-Age-Gedankengut in einer Auflage von 70 000 verbreitet. Schon etwas älter ist „2000. Das Magazin für den Menschen von morgen" (Verlag Hesemann, Postfach 2223, 3400 Göttingen 1).

„2000" konzentriert sich stärker auf die Interna der Bewegung. So lesen wir in der Oktober-Nummer über die Geburt eines neuen Mythos im Kursaal von Interlaken, dem Regenbogenfest. Unter Leitung des Indianer-Schamanen Harley Swift Deer traten acht Religionen in Gestalt eines indianischen Medizinrades zu einem Kraftfeld zusammen. Am Schluß wurde der während der Zeremonie in der Mitte des Kursaals liegende Kristall, der nunmehr mit Liebe aufgeladen war, Seiner Heiligkeit, dem XIV. Dalai Lama übergeben, der wenig später im Schweizer Dorf Rikom, umgeben von 100 hohen Lamas aus nordindischen Klöstern, die Kalachakra-Einweihung an 6000 Teilnehmern vollzog.

Von der „Natura 85" in Basel, die sich dem Paradigmawechsel in der Heilkunde widmete, wird in „2000" ebenso ausführlich berichtet wie vom Frankfurter Kongreß der „Brahma Kumaris World Spiritual University". Die Brahma Kumaris haben bei der „Wende zwischen Zerstörung und Neuem Geist" insofern einen Vorsprung, als sie von einem eigenen Medium über künftige Katastrophen ins Bild gesetzt werden. „Diese Katastrophen aber sind, so weiß man, nur der Übergang zu einem goldenen Zeitalter, in dem alles, was buchstäblich morsch ist, zerstört wird."

New Age reklamiert für sich ein „abgerundetes Modell für unsere Zukunft, das alle Bereiche des Lebens umfaßt". Das Charakteristikum scheint die Verschmelzung von wissenschaftstheoretischen Modellen mit den Geheimlehren esoterischer Zirkel zu sein. Schamanen, Lamas, Medizinmänner bewegen sich auf New-Age-Kongressen so selbstverständlich wie Ministerialräte auf Verbandstagen. So endet der Antiimperialismus der 68er bei den Naturvölkern.

Eine scharfe Attacke „gegen den Neo-Mystizismus" der New-Age-Autoren Capra, Bohm, Hofstadter führt im „Criticón" 90 (Knöbelstr. 36, 8000 München 22) Karl Steinbuch. Im Streit um die Schlagworte „Modell" und „Mystik" gehe es um eine ähnliche Weichenstellung wie im Streit um Galilei: „Das Denken in Modellen sucht zutreffende und denkökonomische Abbildungen von Stücken unserer Welt, die der Falsifikation durch die Erfahrung unterworfen und intersubjektiv ausgetauscht werden können und Problemlösungen ermöglichen. Der Neo-Mystizismus sucht eine Wissenschaft ganz anderer Art: ‚Ganzheitlich', wertend und ‚weiblich'." Über sie berichten „Die Neue Zeitung" und „2000".

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Zeitgenössische Opern: Reimanns „Lear" und Bialas' „Hero und Leander"

Ein Licht über dem nächtlichen Meer

Einen fulminanteren Saisonauftakt konnten sich der neue Intendant Eike Gramss in Krefeld/Mönchengladbach und der 1986 nach Wiesbaden wechselnde Claus Leininger in Gelsenkirchen kaum wünschen. Zwei Werke des zeitgenössischen Musiktheaters, „Lear" von Aribert Reimann und „Hero und Leander" von Günter Bialas, lösten am Niederrhein und im Ruhrgebiet wahre Begeisterungstürme aus.

Während sich Reimanns Shakespeare-Vertonung seit 1978 als Repertoirestück etablieren konnte, erfuhr die 1966 uraufgeführte Grillparzer-Vertonung von Günter Bialas in Gelsenkirchen erst ihre dritte Inszenierung. Über die Gründe kann man nur rätseln. Aus den Werken erklärt sich sich die Vernachlässigung der Bialas-Oper auf keinen Fall. Mit Hilfe des Librettisten Eric Spiess hat Bialas aus der Tragödie „Des Meeres und der Liebe Wellen" eine szenische Ballade geschaffen.

Der Fischer Leander liebt die Priesterin Hero, die Ehelosigkeit und Jungfräulichkeit schwören mußte. Um mit Hero Liebesnächte zu verbringen, schwimmt Leander über das Meer zu dem Turm, in dem die Geliebte wohnt. Sie stellt ein Licht ins Fenster, damit er den Weg übers nächtliche Meer findet. Der Oberpriester als Verkörperung der Ordnung löscht das Licht. Leander ertrinkt. Als Hero seine Leiche am Strand entdeckt, stirbt sie den Liebestod.

Viele Deutungen läßt diese Geschichte zu, wobei eine psychoanalytische genau so legitim ist wie eine gesellschaftskritische. Jaroslav Chundela hat sich von Johannes Leiacker einen Assoziationsraum bauen lassen, der beherrscht wird von dem Torso eines abgestürzten Riesenvogels und dem Zuschauer die Gedankenfreiheit läßt, das Drama als ewige Utopie absoluter Liebe oder als Symbol für die Unterdrückung des Menschen zu verstehen.

In dem schwarz ausgeschlagenen Bühnenraum können sich die Figuren voll entfalten: die Baß-Entdeckung Martin Blasius als Oberpriester, der Bariton Tord Wallström als Leander und besonders Sue Patchel als Hero. Mit dieser Partie hat die Amerikanerin sich an die Spitze der hierzulande tätigen Sängerdarsteller gespielt und gesungen. Nun gilt der Wandlung der Hero von gehemmter Jungfräulichkeit zu absoluter Liebe auch die besondere Zuneigung des Komponisten. Bialas hat sich wunderbare lyrische Kantilenen ausgedacht, die in wirkungsvollem Kontrast stehen zu den dramatisch explosiven Klangmustern. Christoph Kurig am Pult unterstreicht den romantischen Gestus, was den Balladencharakter wirkungsvoll herausarbeitet.

Gegenüber der fein ziselierten und vielschichtig angelegten Bialas-Partitur wirkt Aribert Reimanns „Lear" trotz aller konstruktiven Finessen fast plakativ. Daß die Reimann-Partitur einen stark illustrativen Charakter hat, ist noch nie so deutlich geworden wie in der Mönchengladbacher Aufführung. Das mag in der Absicht des Dirigenten Reinhard Schwarz liegen, der im Gegensatz zu seinen Kollegen früherer Inszenierungen mehr auf Klangkompaktheit abstellt als auf Transparenz und Rhythmisierung.

Zum anderen liegt es gewiß an der Regie des Intendanten Gramss, der auf einem bestechend einfachen, bühnentiefen Plankenboden (Eberhard Matthies) den „Lear" ganz aus der Sicht des Schauspiels formt. Das kommt der Titelfigur, die mit Monte Jaffe hervorragend besetzt ist, zugute. Hier ist Lear kein jammernder rauschebärtiger Opernopa, kein grübelnder Intellektueller, sondern ein quicklebendiger, fast gelassen naiver Mann, der die Bosheit der Welt erst erkennt, als es dafür bereits zu spät ist.

ALBIN HÄNSEROTH

Produktion aus der Spielberg-Factory: Der Film „Zurück in die Zukunft"

Tüftlers Tücken mit der Kraftmaschine

Bei den meisten Reisen durch die Zeit ist die Zielrichtung klar: vorwärts, in die Zukunft. So brach etwa George, der Held des Films „Die Zeitmaschine" (1960) aus dem Jahr 1900 in das London von 1966 auf, um die Stadt am Beginn des Dritten Weltkriegs von flüssiger Lava umzingelt zu sehen. Dem schrecklichen Anblick entfloh George, indem er im Zeittunnel kräftig Gas gab und im Jahr 802 701 landete. Gewiß wäre solch ein kühner Sprung ins Übermorgen auch für Hollywoods Sternenkrieger Steven Spielberg eine tricktechnische Herausforderung. Doch ferne Planeten, Raumkreuzer und Laserschwerter sucht man in der jüngsten Spielberg-Produktion „Zurück in die Zukunft" vergebens.

Alles beginnt in einer amerikanischen Kleinstadt des Jahres 1985. Dort verpaßt der aufgeweckte Marty (Michael J. Fox) regelmäßig den Unterricht, weil er viel lieber mit dem besessenen Tüftler Doc Brown an phantastischen Erfindungen bastelt. Eines Abends ist es so weit. Auf einem öden Parkplatz läßt Doc den Motor jenes rassigen Sportwagens aufheulen, der in jede gewünschte Zeit brausen kann. Marty landet im Jahr 1955, in dem die Tasse Kaffee noch fünf Cents kostet, die Autos dem Fahrtwind mit barocken Rundungen trotzen und Ronald Reagan das Publikum ins Kino lockt. Marty könnte seelenruhig durch dieses belebte Museum schlendern, wäre 1955 nicht genau jenes Jahr, in dem sich seine Eltern kennenlernten. Das entscheidende Rendezvous aber droht Marty zu verhindern, da er in eine vertrackte Romanze mit seiner damals recht koketten Mutter stolpert.

Mit Witz und Taktgefühl führt Regisseur Robert Zemeckis seinen verstörten Helden über diese gefährliche Klippe. Zwar bleiben bei dem riskanten Seiltanz zwischen Gegenwart und Vergangenheit einige paradoxe Patzer nicht aus, doch Zemeckis jongliert hier durchaus elegant mit den logischen Tücken des Themas. Vor allem aber hat er die Kleinstadtidylle der 50er Jahre ebenso liebevoll wie stilecht rekonstruiert. Er widersteht auch der Versuchung, eine Epoche gegen die andere auszuspielen, indem er seine süffisanten Seitenhiebe gerecht verteilt: Sowohl die damals sehr viel höhere Rassenschranke als auch die sprachliche Schlamperei von heute werden kritisiert. Dabei schleicht die Satire allerdings auf Samtpfoten durch einen Film, der sich als höchst unterhaltsame Mischung aus intelligentem Märchen, einfallsreicher Komödie und spannender Science-fiction entpuppt. Und der beweist, daß auch Spielberg souverän auf dem technischen Bombast seiner „Star Wars"-Reihe und die allzu putzige Weltverbesserei von „E. T." verzichten kann.

HARTMUT WILMES



Mit „Tod des Handlungsreisenden" zu Weltruhm: Arthur Miller FOTO: DPA

Leben nach dem Sündenfall – Der Schriftsteller Arthur Miller wird siebzig

Großes Spiel für und gegen die Zeit

Um den Willy Loman haben sie sich alle gerissen, Kortner in Berlin 1950 unter Käutner, Steckel 1961 unter Piscator, 1983 – sein Erfinder hat das in seiner unaufdringlich-herzenswarmen Art in Buchform beschrieben – gar in Peking der Volkstheaterchef Ying Ruo-cheng und, last but not least, in Amerika jetzt auch Dustin Hoffman.

Loman, das ist die Hauptfigur im „Tod des Handlungsreisenden", das Arthur Miller 1949 pulitzerpreiswürdig auf die Bühne brachte – gewiß sein bestes Werk, obwohl manche auch in „Nach dem Sündenfall", zwei Jahre nach Marilyn Monroes Freitod entstanden, sehr viel mehr sehen als die Ausarbeitung des dramatischen Verlusts einer (Ehe-)Frau.

Gewiß: Die Ehe mit der Monroe hat den New Yorker Schneiderssohn mit Hornbrille und Cordhose in die Schlagzeilen der Yellow Press gebracht und damit künstlerisch gleichsam zur zweiten Garnitur degradiert. Aber Arthur Miller, dieser stolze Amerikaner mit dem europäischen Gehirn, darf sich nicht nur anrechnen, zusammen mit O'Neill, Wilder, Maxwell Anderson und Tennessee Williams seinen prosaverrückten Landsleuten die Form des Dramas erst wirklich nahegebracht zu haben. Wie kaum ein Kollege seiner Zunft hat er sich abgekehrt vom europäischen Faible fürs bürgerliche Sujet und eine Figur auf die Bühne gestellt, die es in God's Own Country so eigentlich nie gegeben hat: den *Kleinbürger*, der dann auch noch am amerikanischen Traum zerbricht.

Das tauchte in Variationen auch noch nach dem „Sündenfall" immer wieder in seinen Arbeiten auf, obwohl ihm feuilletonistische Schnellrechtler und neidische Kollegen nachsagten, nach Loman habe Miller so richtig Großes nicht mehr zu Papier gebracht.

Mag ja sein. Versiegt ist seine Kraft als Dramatiker und Buchautor (Kurzgeschichten 1967, mit seiner dritten Frau, der österreichischen Fotografin Inge Morath, 1969 „In Russia" und gerade eben erst sein China-Bericht) nicht. 1980 kam Off-Brodway „American Clock" heraus, ein Depressionszeit-Stück, und „Playing for Time", jene so ans Herz greifende Chronik des grotesk-makabren Auschwitz-Orchesters, wurde gar wieder ein internationaler Erfolg.

Miller schreibt seit 1943 fast unablässig, führt Regie, redigiert Drehbücher, abwechselnd in New York und in seinem Landhaus in Connecticut wohnend. Er bleibt dabei immer der, der er auch wirklich ist: der kluge, gebildete Amerikaner mit dem ausgeprägten Sinn für Leistung ohne Lärm, für feine Nuancen und mit dem Abscheu für Starkult und Show-busineß.

ALEXANDER SCHMITZ

Löffelte der Professor seinen Joghurt während der Operation?

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Geradezu atemberaubende Zustände müssen in der Orthopädie des Krankenhauses Barmbek, einem Stadtteil *in Hamburg, geherrscht* haben, glaubt man den Aussagen ehemaliger Patienten, die Dienstag abend vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß im Hamburger Rathaus ausgesagt haben. In Rollstühlen und an Krücken bewegten *sich die* meisten Zeugen, die alle in der Orthopädie des Krankenhauses Barmbek operiert wurden und nun gegen Professor Rupprecht Bernbeck, den ehemaligen Chefarzt der Abteilung, sowie die Hansestadt klagen.

Der Ausschuß hatte sich gebildet, nachdem bekannt wurde, daß sich 200 der operationsgeschädigten Patienten zu einer „Patienteninitiative" zusammengschlossen hatten.

Was in den ersten Sitzungen vorgetragen wurde, scheint kaum glaublich: Danach müssen in der Abteilung mittelalterliche hygienische Zustände geherrscht haben. Nicht nur die Rentnerin Hilda Lindner (70), die über die zahlreichen schmerzhaften Eingriffe an der vereiterten Wunde ihres Hüftgelenks genau Buch führte, sondern auch der Feinmechaniker Thomas Sachert (19) erinnerten sich, daß der Chefarzt zuweilen in blutiger Operationskleidung und Gummihandschuhen zum Telefonieren oder Joghurtessen in sein Dienstzimmer und „so wie er war" zurück an den *OP-Tisch eilte.*

Vereiterte Gipse wurden in einer Küche aufgesägt, in der man sonst für Kinder kochte, erzählte die Erzieherin Ursula Rolf (32). Die Kranken warteten auf dem Flur zwischen Essenskarren und Wäschekübeln auf die Operation. Dazu kam ein häufig rüder Umgangston. Operationen seien nicht besprochen, sondern „diktiert" worden, behauptete Ingrid Sachert; manchmal sei sogar etwas ganz anderes gemacht worden als angekündigt. Bei Hilda Lindner entfernte man erst *mal die* Krampfadern, *statt die Hüft*operation vorzunehmen. Mehrere Patienten waren zur Operation mit dem Argument „motiviert" worden, daß sie ohne Eingriff bald im Rollstuhl sitzen würden.

Tatsächlich braucht Thomas Sachert deshalb heute eine weitere Operation, um wieder gehen zu können. Einem 24jährigen Kraftfahrer wurden bei einer Knorpelentfernung auch gleich die angeblichen X-Beine korrigiert. Er leidet heute unter extremen O-Beinen und hat „tierische Angst" vor der notwendigen Korrektur.

Bei Komplikationen nach den Eingriffen habe der Professor stets versichert, es sei alles bestens, *man* solle nur fleißig üben. Unbequeme Patienten, so Ursula Rolf und Hilda Lindner, habe er angeschrien, sie seien nur zu faul zum Arbeiten.

Kaum vorstellbar erscheint es heute, daß die haarsträubenden Zustän*de so lange dauern konnten, daß sich* die Mitarbeiter nicht gegen ihren Chef auflehnten, daß niemand dem Kollegen ins Gewissen redete. Hilda Lindner berichtete, daß ein Arzt, der ihr später half, nach ihrer Schilderung die Orthopädie „besichtigte" und „*alles noch viel schlimmer vorge*funden" habe. Ob er etwas unternahm, wußte die Patientin nicht.

Auch dem zuständigen Gesundheitsamt, den Hygiene-Hütern und den Gesundheitssenatoren ist in Barmbek offenbar nichts aufgefallen. Warum sie sich das alles haben gefallen lassen, wurden die Patienten gefragt. „Er war so sicher", sagte Ursula Rolf. „Man hat ihn uns als die Kapazität empfohlen", erklärte Ingrid Sachert. Schließlich gab es ebenfalls eine große Zahl von Patienten, denen der *Professor* auch *in* ausweglos erscheinenden Situationen geholfen hatte. Und den „geglückten Fällen" scheint er überaus fürsorglich und umgänglich begegnet zu sein. Und woher habe sie wissen sollen, sagt Frau Sachert, daß die Operationsme*thoden zumindest umstritten* waren.

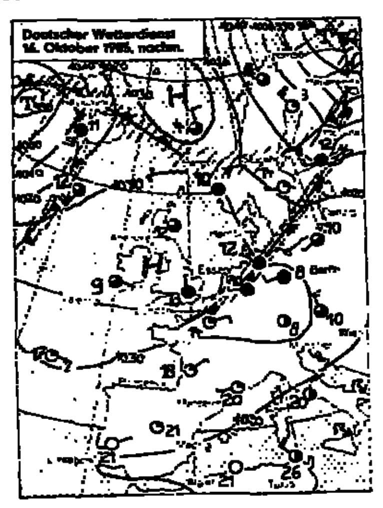
LEUTE HEUTE

Lady Di an der Spree

Mit blankgewienerten Stiefeln und erhöhtem Pulsschlag werden morgen die Grenadiere des 1. Bataillons des in Berlin stationierten Royal Hampshire Regiments vor ihrem neuen Ehrenoberst strammstehen: Die Prinzessin von Wales, **Lady Diana Spencer**, verläßt für zwei Tage die Insel zu ihrer ersten Berlin-Visite. Freilich solo. Ihr Prinz bleibt daheim. An der Spree erwartet die Dame neben dem Gastgeschenk des Bataillons, einer eigens in London gefertigten Diamantenbrosche, auch der Händedruck von Berlins *Regierendem Bürgermeister* **Eberhard Diepgen**, der die blonde Lady zum Eintrag in das Goldene Buch der Stadt im Schloß Charlottenburg geleiten wird, sowie anschließend ein Bad in der Menge. Am Samstag werden dann der königlichen Hoheit militärische Übungen vorgeführt, bevor sie um 12.45 Uhr wieder – unter der „Eskorte" einiger Dutzend Fotografen – mit dem Privatflugzeug in Richtung London entschwebt.

WETTER: Stark bewölkt. Mild

Wetterlage: An der Ostflanke des wetterbestimmenden Hochs über den Britischen Inseln gelangt weiterhin feuchtmilde und wolkenreiche Nordseeluft nach Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag:
In ganz Deutschland vormittags Nebel oder Hochnebel, sonst stark bewölkt, *nur* wenige Auflockerungen und gelegentlich etwas Sprühregen, vornehmlich östlich der Weser. Höchsttemperaturen 11 bis 14 Grad. Nachtwerte zwischen 10 im Norden und 2 Grad im Süden. Schwachwindig, vorherrschend aus Nordwest.

Weitere Aussichten:
Am Freitag im Süden Deutschlands wenig Änderung, im Norden zeitweise Regen und Temperaturrückgang.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	8°	Kairo	28°
Bonn	9°	Kopenh.	11°
Dresden	9°	Las Palmas	24°
Essen	10°	London	13°
Frankfurt	10°	Madrid	21°
Hamburg	12°	Mailand	17°
List/Sylt	13°	Mallorca	18°
München	8°	Moskau	6°
Stuttgart	8°	Nizza	22°
Algier	21°	Oslo	7°
Amsterdam	14°	Paris	14°
Athen	14°	Prag	9°
Barcelona	23°	Rom	20°
Brüssel	12°	Stockholm	14°
Budapest	12°	Tel Aviv	28°
Bukarest	12°	Tunis	26°
Helsinki	12°	Wien	10°
Istanbul	12°	Zürich	10°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.50 Uhr, Untergang: 17.23 Uhr; **Mondaufgang:** 12.52 Uhr, Untergang: 19.45 Uhr
*In MEZ, zentraler Ort Kassel

Herbstlich

FOTO: ANDREA PREUSSLER

Zum Frühstück blaue Bohnen für den „Paten"

Marseiller Bandenkrieg fordert 50. Opfer / Frankreichs Innenminister will mit Sonderbrigade die Unterwelt durchforsten

ANDREAS SEIFERT, Paris

„Krieg der Limonade" nennt sich der Krimi, der sich in Marseille abspielt. Nur daß er nicht im Fernsehen gezeigt wird, sondern grausame Wirklichkeit ist: 50 Tote während der vergangenen zwei Jahre im Bandenkrieg an der Côte d'Azur. Frankreichs Innenminister Pierre Joxe macht jetzt Ernst mit der Aufstellung einer Sonderbrigade der Polizei. Sie soll endlich den Mafia-Dschungel an der Côte d'Azur aufräumen.

Die Story beginnt am 6. Oktober 1983. An diesem Tage wird nach klassischem Muster Gilbert Hoareau, der „Libanese" oder der „schöne Gilbert" genannt, von zwei gedungenen Mördern von einem Motorrad aus mit einer Maschinenpistole umgelegt. Der Kopfpreis beträgt heute zwischen 50 000 und 70 000 Franc in Marseille, weiß „Le Monde" zu berichten. Der einstige Friseur hatte seine Karriere mit Spielautomaten begonnen und war schließlich zum Chef einer „Gangsterfamilie" avanciert, die eine Reihe von Nachtclubs und Casinos in Marseille, Aix-en-Provence und Nizza kontrollierte. Sie dienen als Waschanlage („Limonade" im Gangsterjargon) für das Geld aus dem Drogenhandel, Raubüberfällen und der Prostitution.

Der „Libanese" hatte sich mit „Monsieur Paul" getroffen, bürgerlichen Namens Paul Mondoni, der „Bankier" des Milieus, seit 1945 in alle großen Affären verwickelt und von den Amerikanern als einer der Chefs der French Connection gesucht. Zehn Meter von seiner Wohnung entfernt, im Herzen von Marseille, wurde Gilbert ermordet. Zwei Jahre später, am 22. Juli 1985, findet „Monsieur Paul" am gleichen Ort und auf gleiche Weise seinen Tod.

Gilbert hatte sein Reich mit Gaëtan „Tany" Zampa geteilt, einem der Großen der Unterwelt. „Tany" war schon zu Lebzeiten eine legendäre Figur, der „Pate" von Marseille, das Auge der Mafia an der Côte d'Azur. Er hatte, selbst Sohn eines Zuhälters, als Mädchenhändler an der Place Pigalle begonnen und war durch extreme Gewalt nach oben auf den Gipfel dieser düsteren Hierarchie gelangt. Er war, so will es die Legende, an allen großen Coups der letzten Jahrzehnte beteiligt: am Einbruch in die Sparkasse von Nizza, am französisch-italienischen Drogenhandel, am Mord des Richters Michel in Lyon. Er hatte nun eine Reputation, daß ihm von selbst das Erbe des „Libanesen" zugefallen wäre. Aber es war ihm nicht mehr vergönnt, dieses Erbe anzutreten. Drei Wochen nach dem Tod des „Libanesen" wurde „Tany" bei der Polizei denunziert und während des Frühstücks verhaftet. Nicht als großer Bandenchef, der er war, sondern unter dem vulgären Vorwand des Proxenitismus. Die Polizei und ihre Helfer vom Finanzamt prüften nun die Bücher seiner Bars und Nachtclubs, die bisher tabu gewesen waren. Sie fanden dort genügend Ungereimtheiten, um ihn für eine Reihe von Jahren hinter Schloß und Riegel zu halten. Aber „Tany" entzog sich dieser unerfreulichen Zukunft und hängte sich in seiner Gefängniszelle auf.

Wer sein Erbe, das des „Libanesen" und schließlich das von „Monsieur Paul" angetreten hat, daran wird gerätselt. Das Erbe hätte in der Familie bleiben müssen. Aber im August 1985, genau einen Monat nach der Ermordung von „Monsieur Paul", wird auch der Sohn des „Libanesen" auf Korsika erschossen. Im Frühjahr dieses Jahres war bereits sein Bruder Georges und sein Finanzverwalter, Jean-Pierre Parenti, umgebracht worden.

„Schrecken und Chaos sind eingebrochen in die Unterwelt von Marseille", heißt es in „Le Monde". Man verhandelt nicht mehr, wie „Monsieur Paul", der kurz vor seiner Ermordung noch, alle Widerstände des Innenministeriums überwindend, das Casino von Nizza erwarb, sondern „sie legen um oder werden umgelegt". Die Polizei kannte die Namen der großen Bandenchefs, hatte aber keine Beweise. Jetzt faßt sie ins Leere, während der Krieg der „Limonade" um die Kontrolle der Clubs und Casinos weitergeht.

Die Polizei kann die Fäden der Geschichte bis in die Jahre des Krieges zurückverfolgen, als im Maqui und auf dem Schwarzmarkt die Strukturen der heutigen Unterwelt sich bildeten. Rückblickend scheint klar zu sein, daß alle Affären irgendwie untereinander in Verbindung standen. Aber wie es aussieht, fehlen zum jetzigen Zeitpunkt wieder einmal alle Beweise. Was gestern so konkret erschien, löst sich heute in unbewiesene Vermutungen auf.

Da es offensichtlich auch dieses Mal keine Überlebenden der alten Familien gibt, muß man warten, bis ein neuer „Pate" die Geschäfte übernommen hat. Nur die Nachtclubs und Spielcasinos mit ihren Millionen-Umsätzen bestehen weiter. Weiter geht auch das Töten.

Aber auch die Polizei bleibt auf der Spur. Am 7. Oktober hat sie in Guadeloupe Christian Martin, einen ehemaligen „Leutnant" von Gaëton Zampa, verhaftet, der dort unter dem Namen Thierry Couécou lebte und sein Geld gewinnbringend im örtlichen Drogenhandel anzulegen schien. Er wurde jetzt nach Paris gebracht. Doch auch er dürfte stumm bleiben wie ein (kleiner) Fisch.

Aids-Tests für alle US-Soldaten

SAD, Washington

Blutuntersuchungen auf Aids wurden jetzt vom US-Verteidigungsministerium für alle Bewerber für die Streitkräfte angeordnet. Die umstrittene und von Homosexuellen-Organisationen scharf kritisierte Maßnahme entspringt der Sorge vor einer weiteren Ausbreitung der Seuche unter den 2,1 Millionen Männern und Frauen, die den Streitkräften angehören. Trotz der Bestimmung, daß Homosexuelle nicht zugelassen werden, wird die Zahl der homosexuellen Angehörigen von Heer, Luftwaffe, Marine, Marineinfanterie und Küstenwache auf zehn Prozent der Gesamtstärke geschätzt.

Seit 1981 wurden 100 Aids-Erkrankungen bei militärischem Personal sowie 26 Erkrankungen von Angehörigen bekannt. Pro Jahr werden künftig bei rund 400 000 Bewerbern Blutuntersuchungen vorgenommen. Das Pentagon rechnet damit, daß jeden Monat 50 bis 75 Bewerber auf Grund von Positivergebnissen zurückgewiesen werden müssen. Die Namen der abgewiesenen Bewerber sollen vertraulich behandelt werden.

Geld für frische Leichen

Bestatter „honorierte" rasche Hinweise der Behörden

F. DIEDERICHS, Berlin

„Lässige Hand macht arm, aber der Fleißigen Hand macht reich." (Sprüche Salomo, Kapitel 10, Vers 4)

Nicht auszuschließen, daß sich die Mitarbeiter eines der größten Bestattungsunternehmen Berlins dann und wann diesen Vers aus der Heiligen *Schrift vor Augen hielten.* Denn der Blick in die Bibel gehört bekanntermaßen zum Repertoire manchen Bestatters, will er trauernden Angehörigen Trost spenden. Ebenso zum Handwerk einer heftig konkurrierenden Branche zählt aber auch – glaubt man den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft –, daß mit besonders fleißiger und manchmal illegaler Hand um Kundschaft gerungen wird.

Seit jetzt in Berlin ruchbar wurde, daß sich die „GBG-Bestattungsgesellschaft" mit Schmiergeldern an mindestens 43 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes Marktanteile gesichert haben soll, dürfen leise Zweifel an Takt und Pietät der Bestatter angebracht sein.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt derzeit gegen Polizeibeamte, Feuerwehrleute, Krankenhausangestellte, Altenheimleiter und Angestellte der zwölf Berliner Bezirksämter – eine Personengruppe, die am ehesten wußte, wann und wo gestorben wurde. Zwischen 50 und 200 Mark sollen für jeden heißen Tip an sie geflossen sein – dem Kunden wurde dieser Betrag dann, in einen anderen Posten verschlüsselt, natürlich in Rechnung gestellt. 400 000 Mark, schätzen die Ermittler, sind in den letzten drei Jahren in die Taschen der Tipgeber des öffentlichen Dienstes geflossen.

Doch auch die Angestellten der Bestattungsfirma – gegen 13 wird eben*falls ermittelt* – sollen *nicht leer* ausgegangen sein: 50 Mark durften sie angeblich aus einer Sonderkasse nehmen, wenn sie ihrer Firma einen Auftrag verschafft hatten. Auch fand die Polizei bei einer Haussuchung eine Kartei, in der sorgfältig die Vorlieben der Tipgeber notiert waren. So wurden besonders ergiebige Helfer auch schon mal mit einem Farbfernseher oder gar einem Gebrauchtwagen belohnt. Weibliche Beerdigungsangestellte sollen Beamte sogar ins Theater begleitet haben – weitere Vergnügen nicht ausgeschlossen.

60,5 Kilo Heroin beschlagnahmt

KURT POLLAK, Wien

Österreichische Drogenfahnder haben bei Mitgliedern einer Drogenschmugglerbande mit 60,5 Kilo auf einen Schlag vermutlich die bisher größte Heroinmenge in Europa sichergestellt. Wie der österreichische Innenminister Karl Blecha gestern bekanntgab, wurden 21 Drogenhändler festgenommen. Bei den Dealern, überwiegend iranischer Herkunft, seien aus dem Nahen Osten stammende Rauschgifte im Schwarzmarktwert von umgerechnet rund 21,5 Millionen Mark beschlagnahmt worden.

Der 47jährige Bandenchef konnte bereits im vorigen Jahr verhaftet werden. Diesem Perser wurden nun auch Verbindungen zu Landsleuten in Kalifornien nachgewiesen. Die Bande lagerte das Heroin für den Weitertransport in die USA in Wien. Aufgrund der Großaktion konnten von den amerikanischen Behörden bisher sechs in Los Angeles lebende Drahtzieher des interkontinentalen Suchtgiftschmuggels identifiziert werden. Zumindest sechs der in Wien Verhafteten sind führende Köpfe des weltweiten Drogenhandels.

Herstatt-Urteil teilweise aufgehoben

dpa, Karlsruhe

Die größte Bankpleite der Nachkriegszeit, der Zusammenbruch des Kölner Privatbankhauses Herstatt, wird die Gerichte weiter beschäftigen. Der 2. Strafsenat des Karlsruher Bundesgerichtshofes (BGH) hob gestern im Revisionsverfahren das vorinstanzliche Urteil des Landgerichts Köln vom 16. Februar 1984 gegen den Bankier Iwan D. Herstatt (72) im Strafausspruch auf. Der BGH verwies die Sache zur erneuten Straffestsetzung an eine andere Kammer des Landgerichts. Der Schuldspruch gegen Herstatt wegen Untreue wurde von den Karlsruher Richtern jedoch bestätigt und ist damit rechtskräftig. Herstatt war in erster Instanz wegen Untreue und Konkursdelikten zu einer viereinhalbjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurden. Dagegen hatte der Ex-Bankier Revision eingelegt. Bereits zu Beginn der mündlichen Revisionsverhandlung hatte der BGH-Senat das Verfahren auf den Vorwurf der Untreue beschränkt und den des betrügerischen Konkurses fallengelassen.

Wrackteil gefunden

dpa, Dublin

Ein großes Wrackteil des im Juni vor der irischen Küste mit 329 Personen abgestürzten Air India-Jumbos ist gehoben worden. Es handelt sich um ein etwa 500 Kilogramm schweres Frontteil der Boeing 747, das in fast 2000 Meter Wassertiefe lag. An der Bergungsaktion waren zwei kanadische Spezialschiffe beteiligt.

300 Tote in Dhaka

dpa, Dhaka

Vermutlich mehr als 300 Studenten sind ums Leben gekommen und weitere 400 verletzt worden, als das Dach eines Studentenwohnheims in Dhaka nach schweren Regenfällen einstürzte. In dem Wohnheim hielten sich zur Zeit des Unglücks mindestens 1200 Hindu-Studenten auf. Die genaue Ursache des Einsturzes ist bisher nicht bekannt.

Untersuchung bei Bhagwan

dpa, The Dalles

Eine Voruntersuchung der Frage, ob abgefallene Jünger des indischen Sektenführers Bhagwan Shree Rajneesh sich kriminelle Taten haben zuschulden kommen lassen, *hat in der* Stadt The Dalles im US-Bundesstaat Oregon begonnen. Eine aus sieben Mitgliedern bestehende Grand Jury soll feststellen, ob es genügend Beweise für eine offizielle Anklage gibt. Die „Untreuen" sollen versucht haben, *Sektenmitglieder zu vergiften* sowie die Sektenzentrale mit Abhöreinrichtungen versehen und eine Salmonellenvergiftung verursacht zu haben.

Attentäter geisteskrank

dpa, Zürich

Gegen einen 22jährigen Mann aus München, der am 13. Juni im Kunsthaus Zürich ein Gemälde von Peter Paul Rubens zerstörte, wird es keinen Prozeß geben. Die Bezirksanwaltschaft Zürich teilte mit, eine psychiatrische Untersuchung habe ergeben, daß er geisteskrank und nicht zurechnungsfähig sei. Er soll in einer geschlossene Anstalt eingewiesen werden.

„Kommissare" verhaftet

AFP, Paris

Eine Bande von falschen Polizisten, die seit Wochen die vornehmen Viertel von Paris verunsicherte und bereits eine Beute von mehreren Millionen Mark verbuchen konnte, ist von der Polizei dingfest gemacht worden. Bei den vier falschen Polizisten handelte es sich um mehrfach vorbestrafte Gangster.

ZU GUTER LETZT

Namensvorschläge von Berlinern, um die ein Bankinstitut in der Stadt für ihren Neubau gebeten hatte: „Mäusesilo, Fort Klotz, PiepenCenter, Milliopolis, Schnurz und Piepen, Banc-O-Drom, Berliner Hoffnungshütte, Scheckeria, Pfund-Grube".

